Betriebsratswahlen und Linke S. 30



Arbeiterkampf
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
Jg. 17, Nr. 283, 1. 6. 87 5 DM C 21734 E

Aus dem Inhalt

Boykott und Bürokratie lähmen Volkszählung

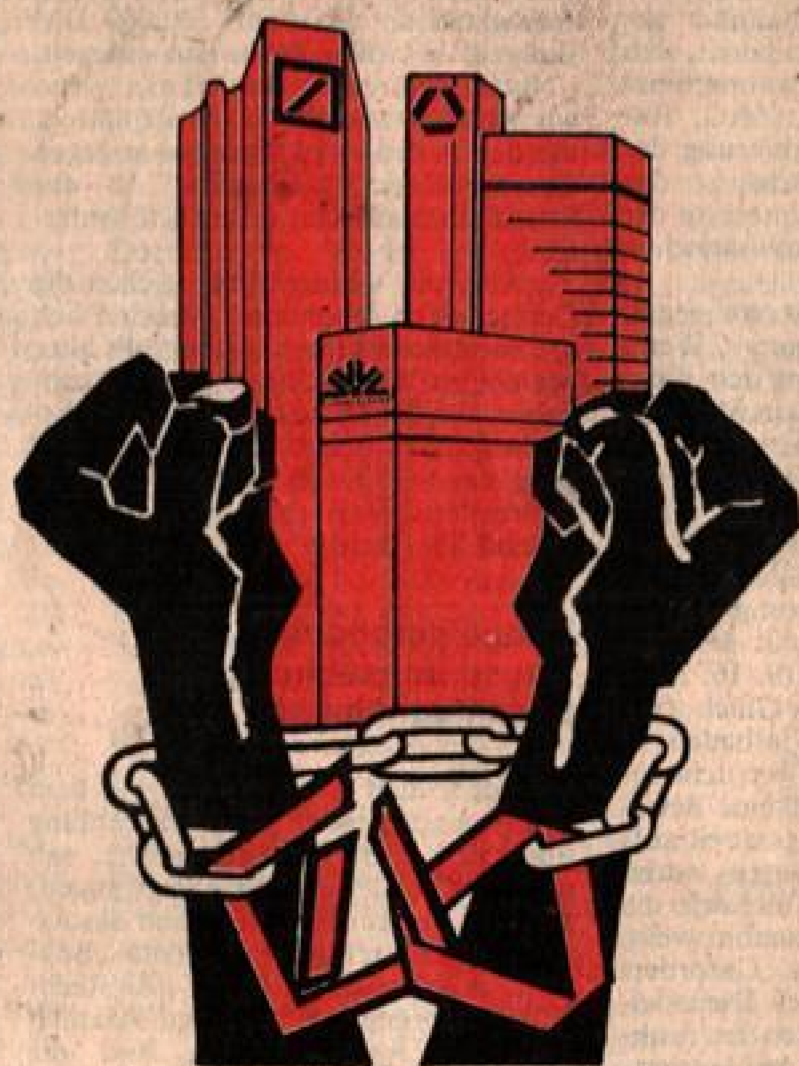
Stichtag 25. Mai. Die erste große Volkszählungsrunde sollte beendet sein. Auffällig zurückhaltend sind Innenministerium und statistische Landesämter mit Erfolgsmeldungen. Auffällig schrill die Hetze: „faschistische Gesinnung", „Terrorismus". Zu dick aufgetragen Zimmermanns Behauptung, nur zwei Prozent würden boykottieren. Der Staat macht sich Mut.

Und versucht, die Bürger durch Repression gegen die Boykottbewegung zu ängstigen. Massenhafte Beschlagnahme von Infomaterialien, vorläufige Festnahme, Ermittlungsverfahren, Verweigerung von Räumen, Verbot von Infotischen, Hausdurchsuchungen mit teils brachialer Gewalt und Bußgelder; Verteufelung der Grünen als Gesetzesbrecher und absurde juristische Vorwürfe gegen Nummernabschneider („Sachbeschädigung"): Immer wird auf rasch wirksame Einschüchterung spekuliert, um den Boykott kleinzukriegen.

Aber die Volkszählung hat sich im Netz sowohl der Bürokratie wie des Boykotts verfangen. In den großstädtischen VoBo-Hochburgen bestimmen polizeiliche Dienstpläne den Einsatz der Zähler, da diese nicht ohne Polizeischutz losgejagt werden.

Die Volkszählung wird auch noch im Sommer laufen, das Gesetz sieht Nacherhebungen bis zum Jahresende vor. Ausdauer ist also gefragt.

Nicht allzu genau sollte man es mit der schleppenden, allzu pedantischen Bogenzählerei der Sammelstellen nehmen. Sie hinken nicht nur zwangsläufig hinterher. Sie unterliegen ein wenig der alternativen Bürokratie, die da meint, wer seinen Zettel ins Klo werfe, boykottiere nicht. Es darf weiterhin boykottiert werden.



Kirche, Banken und Apartheid

Kampagne zum Kirchentag am 17. Juni

Der evangelische Kirchentag wird in Frankfurt am 17. Juni mit Glockengeläut eröffnet. Er steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um die Rolle der bundesdeutschen Banken bei der Unterstützung des südafrikanischen Apartheid-Regimes. Kein Ort eignet sich besser als gerade die Finanzmetropole Bankfurt. Die oppositionelle Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid" ist seit Monaten bemüht, die Auseinandersetzung insbesondere um die Tätigkeit der Deutschen und der Dresdner Bank in die öffentliche Diskussion zu bringen. Angeknüpft wird an die Veröffentlichung der OMGUS-Studien von 1947 über den Anteil der beiden Großbanken an der Finanzierung der Nazi-Herrschaft. Ihre heutige finanzielle Stützung der südafrikanischen Rassisten wird als Fortsetzung jener Bankenpolitik gesehen. Der Streit geht auch und vor allem um die stille Duldung und praktische Beteiligung der Kirchen an den schmutzigen Geldgeschäften, durch die EKD und andere kirchlichen Einrichtungen, die millionenschwere Konten bei diesen Banken unterhalten.

Höhepunkte der Kampagne werden am 19. Juni die Banken-Aktionen und am 20. Juni eine große Demonstration mit Kundgebung vor der Zentrale der Deutschen Bank sein. Auch Atheisten sind hierzu herzlich willkommen.

Wir dokumentieren die Rede der Jüdin Esther Bejarano, die die KZ Auschwitz und Ravensbrück durchlitt, die sie als „kritische Aktionärin" auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank gehalten hat.
Seite 3

Grüne Strategien in der Sackgasse

Atempause für die Sozialdemokratie

Abschied von den Grünen? Nicht zum erstenmal tauchen diese Überlegungen nach einer Niederlage auf. Herbe Verluste der linken GAL in Hamburg lassen grüne Untergangsstimmung aufkommen. Daß die Grünen eben erst in Rheinland-Pfalz in den Landtag eingezogen sind, wird öffentlich gar nicht zur Kenntnis genommen. Es kriselt bei den Grünen, die Realos sind desorientiert, die Fundis und Linken schwer angeschlagen, ein Ausweg ist nicht in Sicht. Der Triumph der SPD ist nicht zu übersehen.

Schon einmal — im Saarland und in NRW vor zwei Jahren — gab sie sich dem Trugschluß hin, die Grünen abschreiben zu können. Damals wurde die Rau'sche Strategie der absoluten Mehrheit geboren, die bei der Bundestagswahl so erbärmlich vorgeführt wurde. Heute blühen sozialliberale Hoffnungen auf. Doch macht die eine Schwalbe den neuen Sommer? Nur weil es einmal geklappt hat, ist ja noch nicht ausgemacht, daß sozialliberal ein mehrheitsschaffendes gesellschaftliches Projekt sein könnte. Nichts fiel der SPD leichter, als von Rot-Grün Abschied zu nehmen, weil die Träger dieser Partei keine ernsthafte Erneuerung wollen. Wieviel leichter fällt ihr die sozialliberale Variante. Doch da bahnt sich ein erneuter Fehlschluß an. Es gibt bislang keine Anzeichen dafür, daß das christlich-liberale Mehrheitsbündnis so marode ist, daß es vor der Ablösung steht. Auch der vordergründige Streit um die Abrüstungs- und Entspannungspolitik birgt nicht die von den Sozialdemokraten erhoffte Sprengwirkung für die Bonner Koalition. Sozialliberal à la Hamburg, das ist zunächst mal nicht mehr als ein Zweckbündnis gegen die allzu „schwarze Republik", nicht mehr als die alte SPD-Regierungspolitik plus wirtschaftsliberaler Variante. Sie bietet keine neue Perspektive, ist kein Hoffnungsträger, der für Mehrheiten gut ist, sondern ein Hamburger Spezifikum, das erst einmal vor Ort seine Tragfähigkeit beweisen muß. Zweifel sind da mehr als angebracht.

Fortsetzung Seite 22

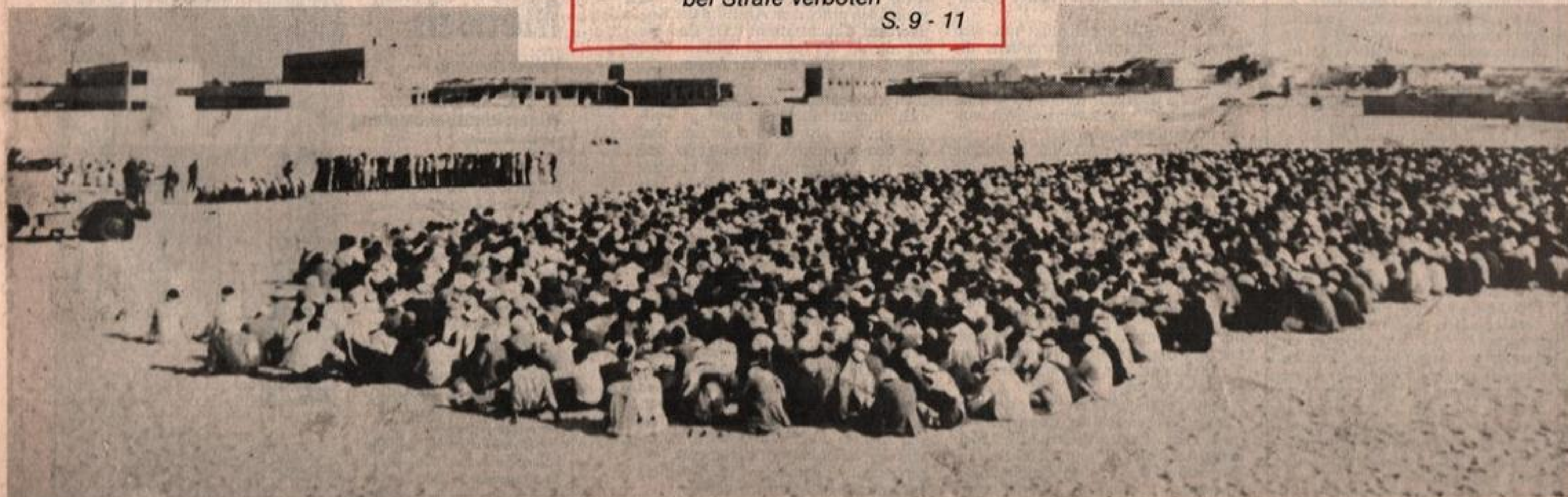
Null-Lösung ohne Abrüstung?

Friedensbewegung läuft Verhandlungen hinterher

Nach der Null kam die Doppel-Null. Seither ist die Verwirrung in der NATO total. Am schrillsten die Töne in der BRD. Von der Forderung nach eigener Verfügung über Atomwaffen — endlich! — bis zur Umdefinierung der hier stationierten US-Sprengköpfe zu Drittländerwaffen, die wie die Frankreichs und Großbritanniens von Null auszunehmen sind (womit Null-zwo hinfällig wäre und nur Einfach-Null — Pershing 2 und Cruise bliebe), ist derzeit alles im Schwange.

Wie ernst ist der NATO-Streit wirklich? Bislang gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß irgendjemand in der NATO tatsächlich abrüsten will — auch nicht die Null-Befürworter. Eifrig wird Null gesagt und Rüstungs-Kompensation gedacht. Denn was da so wohlklingend als atomare Abrüstung einherkommt, meint die landgestützten Raketen und schließt die Vermehrung see- und luftgestützter so lange aus, wie die Sowjetunion kein entsprechendes Junktim aufstellt. Gar nicht berührt ist bislang die konventionelle Rüstung. Der Reagan-Besuch am 12. Juni dürfte allen Spekulationen über einen tiefen Riß BRD/USA mit einem demonstrativen Schulterschluß der NATO-Hauptmächte begegnen.

Die Friedensbewegung mobilisiert derweil für den 13. Juni zur Großdemonstration nach Bonn — erfüllt von Friedenshoffnungen und Illusionen. Während in Westberlin auf dem Hintergrund von Kreuzberg und dem Toten im Knast die Stimmung heiß und die Luft dick ist.



„Terroristen" verhindern Erfolg beim Erbsenzählen

Was sich seit Tagen in der Republik abspielt, läßt sich noch am besten mit einer Komödie vom Ohnsorg-Theater vergleichen.

Die Zimmermann-Regierung in der Rolle des heimlichen Fädenspinners und Intriganten, der sich beweisen will, daß ihn in Wirklichkeit alle ganz gern haben, Egon Hölder (Präsident des Statistischen Bundesamtes) und die anderen Statisten in der Rolle des Watschenmanns, der für alles herhalten muß und zum Schluß Heidi Kabel, quatsch, ich meine die Bevölkerung, die auch nicht auf den Kopf gefallen ist. Ein Happy-End ist absehbar.

Es war für viele von uns ein Erlebnis, das zwar wenig überraschte, aber immerhin doch irritierte: Nach der Bauchlandung von 1983 sollte es schon wieder einen Volkszählungsversuch geben. ,,Kapieren die denn wirklich nichts'', fragten die Optimisten, während andere von der Dreistigkeit der Regierung eingeschüchtert oder zumindest beeindruckt waren.

Schon den Verfassungsrichtern war klar, daß allein mit einem Verfassungsgerichtsspruch das Thema nicht gegessen sein würde, daß allein Erklärungen von so vertrauenserweckenden Statisten wie Egon Hölder den Unmut über staatliche Erfassungsmaßnahmen nicht beseitigen würden.

Die verständlicherweise geringe Bereitschaft der Bevölkerung, sich in Kochtopf, Geldbeutel und Bett gucken zu lassen, sollte durch verstärkte Propaganda in Auskunftsfreude gewendet werden. Daher wurde, damit es die bescheuerten Politiker auch kapieren, die Aufgabe der Propaganda auf verfassungsrechtliches Niveau angehoben und zu einer ,,Informationspflicht'' erklärt. Für diese Informationspflicht wurden zunächst 16 Millionen DM bereitgestellt, später wurde der Betrag verdreifacht.

Während die Einrichtung der örtlichen ,,Ämter für Volkszählung'', oft — wie wir heute sehen unter recht freier Interpretation der gesetzes- und verordnungsmäßigen Grundlagen — weitgehend unbehelligt von statten ging, begann man im Innenministerium vorausahnend, Bettelbriefe an Sportvereine, Kirchen- und Heimatverbände und andere gesellschaftlich relevanten Kreise zu schreiben:

Die sollten doch bitte — so öffentlich wie nur möglich — erklären, daß sie die Volkszählung saugut fänden und das sie total notwendig sei usw. Eine gewisse Resonanz blieb nicht aus, schließlich erklärte der Teutonen-Barde Heino, er sei ,,als deutscher Sän-

und das sie total notwendig sei usw. Eine gewisse Resonanz blieb nicht aus, schließlich erklärte der Teutonen-Barde Heino, er sei ,,als deutscher Sän-

ger für eine deutsche Zählung''.

Zum Thema Volkszählung wird generalmobilgemacht: Während die statistischen Ämter auf Plakatwänden die unbeschreibliche Wichtigkeit von Datenbergen betonen und in spröden und langweiligen Anzeigen die Legalität der Erhebung und den Datenschutz erläutern, von Spannung also keine Spur ist, lassen einige Politiker — vorläufig eher verhalten — durchblicken, was tatsächlich Sache ist: ,,Es geht hier um die staatliche Ordnung der Bundesrepublik''. Die ,,Ehre'' des Staates steht auf dem Spiel, und Pannen sind in dem Zusammenhang doppelt peinlich.

Aufgrund der sowieso vorhandenen Unlust in der Bevölkerung sollte alles zunächst todseriös wirken. Das ,,Ja zur Zahl'' sollte zu einem ,,Ja zum Staat'' gemacht werden, die aktive Teilnahme einer Gruppe von Sympathieträgern erzielt und die lethargische Staatstreue der Mehrheit mobilisiert werden.

Aber schon bei der Zählerrekrutierung wurde deutlich, daß dieses Ziel nicht erreicht werden würde. Die anvisierten, wohlangesehenen und gutsituierten Kreise waren kaum zur Übernahme des ,,Ehren''amtes bereit, zumal schon absehbar war, das ihnen der arbeitsaufwendige Job als Klinkenputzer von der BRD-Company (,,Hallo, Herr Kaiser'') von der Kundschaft nicht leicht gemacht werden würde. Während sich in den ländlichen Gegenden am einen oder anderen Ort sendungsbewußte CDU-Ortsvereine fanden, die geschlossen ins Zähleramt eintraten, sah es in städtischen Regionen lange mau aus und selbst Teile der bürgerlichen Presse spekulierten schon darüber, ob der Zensus vielleicht mangels Zählpersonal scheitern würde. Aber diese stille Hoffnung bewahrheitete sich nicht, wenn es auch nach wie vor weiße Flecken — wie z.B. Kreuzberg — auf der Erhebungskarte gibt.

Nun zählen sie also, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (denen Anrechnungsfreiheit zugesichert wurde), die Schüler (die dazu mancherorts schulfrei kriegen) und die Rentner, die Ehefrauen von Versicherungsvertretern und die Hobbydetektive, und schließlich —Wörners Beitrag zum Gelingen — die Bundeswehrsoldaten und manchenorts wohl auch noch ausgewiesene Rechtsradikale. Das letzte Aufgebot der BRD und wohl den Verwaltungsvorschriften zur Zählerauswahl entsprechend: ,,Die Erhebungsstellen müssen die Zähler also sorgfältig auswählen'', die Zähler müssen ,,die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten''.

Die Volkserfasser haben kein attraktives Angebot zu machen, weder für die Zähler noch für die Gezählten. Auch die Versuche, sich mit dümmlichen, bunten Werbespots — die sogar in Befürworterkreisen eher negativ auffallen — ins Herz des Volkes einzuschleichen, scheitern kläglich. Auch ohne Boykottbewegung wäre es nicht einfach geworden, dieses Ding zu schaukeln.

Boykottbewegung

Innerhalb weniger Wochen entstand in

Boykottbewegung

Innerhalb weniger Wochen entstand in

der BRD ein Netz von Bürgerinitiativen und Boykottgruppen, eine politische Aktivität auf Massenbasis, wie es sie vielleicht nicht mal zu Zeiten der Friedensbewegung gegeben hat.

Eine erste Bundeskonferenz, die relativ früh schon am 6. Dezember auf Einladung der Grünen, der Humanistischen Union und der Jungdemokraten (u.a.) in Wiesbaden stattfand, entpuppte sich im wesentlichen als (Wasser)Kopf einer Bewegung, die zu diesem Zeitpunkt noch im Entstehen begriffen war. Aber auch die folgenden Bundestreffen waren, besonders im Vergleich mit Bundeskonferenzen zu Friedens- oder AKW-Themen in den Hochphasen, eher mies besucht. Ein irgendwie zentraler Ansatz, ein politsches Spektakel auf Bundesebene wie in der Friedensbewegung oder ein ,,Bauzaun'', solche gemeinsamen Ereignisse fehlen in der VoBo-Bewegung weitgehend. Das hat in der aktuellen Situation ihre Schlagkraft jedoch kaum gemildert: Die Stärke der Bewegung liegt gerade auch in ihrer Dezentralität.

Die VoBo-Bewegungung sah sich mit einer Situation konfrontiert, die sich am besten mit zwei Fragen der Bürger charakterisieren läßt. Erstens ,,Wir sind dagegen! Könnt ihr uns sagen, warum?'' und zweitens ,,Wir wollen boykottieren, aber ...?''

Gefordert waren kaum politische Manifestationen, nicht — wie etwa die Friedensbewegung — eine ,,Gegenkultur'', sondern fast ausschließlich eine ,,Gegeninformation''. Und die wurde in bisher nicht dagewesener Weise auch geleistet. In zig Millionen Auflage wurden dezentral Flugblätter in die Haushalte verteilt, in überfüllten Sälen wurden Infoveranstaltungen durchgeführt, die Infobüros wurden von Anfragen überschwemmt. Und auch das Fernsehen bot dem Zuschauer manches zur Volkszählung, nur eben nicht das, was er wissen wollte.

Statt politischer Parolen bestimmen Zungenbrecher aus der Computerwelt die Szene: ,,Reidentifizierung'', ,,Melderegisterabgleich'' und ,,Recht auf informationelle Selbstbestimmung''. Aber auch Juristen — ,,Wieviel kostet der Boykott?'' — sind gefordert. Gewollt war eben genau die Mischung aus Klaus Brunnstein und Christian Ströbele, die dann allerorten die Veranstaltungsräume füllen konnte. Hauptsache, es wird nicht zu sehr der gigantische Überwachungsstaatshammer geschwungen. Man war kaum bereit, sich Scheußlichkeiten im Repressionschinesisch anzuhören (ZEVIS, ZAG, Rasterfahndung und Ideologisierung der Sicherheitsdienste), vielleicht ist das vergleichbar mit dem Desinteresse der Friedensbewegung an militärischen Themen.

Und trotzdem die Angst vor genau diesem Überwachungsstaat: ,,Wenn ich jetzt boykottiere, kann ich dann noch Lehrer werden?... Mein Mann ist nämlich im öffentlichen Dienst ...''. Es scheint, daß der politische Konflikt um die Volkszählung sich tatsächlich im eigenen Wohnzimmer bzw. an der Wohnungstür abspielt. Die größtenteils wenig erfolgreiche Mobilisierung zu Demos im Zusammenhang mit der Aktionswoche gegen die VZ (9.-16. Mai) beweist das eindeutig, zum Glück wurde keine Großdemo in Wiesbaden — einmal rund ums BKA — versucht.

Die Vobo-Bewegung ist keine Bewegung, die viel Überzeugungsarbeit aufbringen mußte. Die Fronten waren schon vorher abgesteckt, und wie die Umfragen bewiesen ausnahmsweise mal zu unseren Gunsten. Gefordert wurde ein vertrauensvoller Dienstleistungsbetrieb, und je besser der funktioniert, desto eher wird boykottiert. Vielleicht war es diese Konstellation, die der Beweung eher aufgeschreckte Bürger als ,,alte Linke'' als Aktivisten in die Arme trieb.

Während die Medien und auch die Statistiker das Thema ,,Boykott'' zunächst totschwiegen, begannen einige Grüne, darunter die ,,kommunistisch geschulten Kader in ihren Reihen'' im Bundestag, auf Delegiertenversammlungen genauso wie in den Medien und auf dem Klo in der Kneipe, klar zu sagen, was angesagt ist, sobald die Zählung kommt.

Der Staat reagierte — scheinbar durch die Entwicklung überrascht — auf allen Ebenen, vor allem aber in Bonn, völlig durchgeknallt und kopflos.

Einheit der Demokraten

Einheit der Demokraten

Der Oppositionsführer Vogel schreibt dem Bundeskanzler: ,,Wir können uns deshalb *in dem von den Grünen ausgelösten Konflikt* nicht neutral und abwartend verhalten.'' (Hervorhgb. f.)

Und in der Tat reagierte der Staat nicht neutral. Auf breiter Front wurde losgeschlagen: Fast allabendlich Sendungen und Zählungsreklame zu den besten Sendezeiten, flächendeckend über die gesamte BRD Plakatwände, durch ,,Empfehlungen'' der Landespressekammern und verlagsinterne Verbote, nur ,,offizielle'' Berichte in den Zeitungenund nicht zuletzt auch die ,,Einigkeit der Demokraten'', die ganz große Koalition: Von Strauß und Zimmermann über Kohl, Vogel und Lafontaine, Hirsch und Baum bis hin zu Otto Schily alle dabei.

Im Fernsehen mußte sich der arme Egon Hölder (Präsident des Statistischen Bundesamtes) als Watschenmann für die staatliche Schnüffelei hergeben. Angesichts von politischer Kritik am Unternehmen ging er schließlich unter dem Ansturm der Kritiker auf Tauchstation: ,,Da sind Sie bei mir an der falschen Adresse. Das müssen sie einen Politiker fragen ...''. Die Politiker, die sich eigentlich in Sachen Volkszählung bedeckt halten und nicht unnütz unbeliebt machen wollten, mußten also doch noch ran, und die demokratische Viereinigkeit ließ sich im Großformat für die bundesdeutsche Reklametafeln abbilden. Das Einmischen Zimmermanns in die Diskussion (,,Datenschutz ist Täterschutz'') aber auch der Diskussionsbeitrag seines Kabinettchefs, der bei den Boykotteuren ,,faschistische Gesinnung'' unterstellte, brachte nicht gerade die Wende zu Guten für die Totalerfasser. Im Gegenteil war man aus dieser Ecke nur noch zu Patzern fähig, die Wasser auf die Mühle der Boykotteure waren. Da war die SPD schon klüger: Einerseits wirft sie der Regierung eben diese Sprüche als ,,ungeschickt'' vor, und andererseits predigt sie ein ,,Augen zu und durch'' in Sachen Volkszählung, gemischt mit der überall feilgebotenen Volksweisheit, daß man ja auch nichts zu verbergen habe.

Neben dem Deutschen Städtetag meldete sich auch der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zu Wort. Obwohl in der Sache zweifelsohne nicht zuständig, plädiert er dafür, den Grünen Parlamentariern die vom Gesetz ermöglichten maximal 10.000 DM Bußgeld in voller Höhe auzuerlegen. ,,Nützlich wäre es'', sinniert er, ,,wenn wir schon jetzt eine Vorschrift hätten, die den Aufruf zu Ungehorsam gegen Gesetze unter Strafe stellte'' — was Strauß im Bundesrat vergeblich forderte.

,,Aber so, wie sie sind, reichen die Gesetze doch schon aus'', melden sich die Sozialdemokraten in ebenfalls alter Manier zu Wort: Und leider — Recht haben sie. Eine Aufnahme des Volkszählungsboykotts in den Straftatenkatalog des §129 StGB ist angesichts der Repressionspraxis tatsächlich weitestgehend überflüssig.

Bußgelddrohungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen

Nachdem man sich zunächst mit dem Widerstand gegen die Volkszählung überhaupt nicht befassen wollte, sah man sich schließlich doch gezwungen, sich angesichts der zunehmend desolateren Situation mit dem Thema ,,Boykott'' auseinanderzusetzen. ,,Zu Recht Pflicht'' prangte es von den staatlich bezahlten Anschlagtafeln, und die ,,Bußgelder bis zu 10.000 DM'' machen Furore. Tatsächlich wurde dann via Fernsehen von einem Bußgeld in Höhe von 8.400 DM gegen die Grünen Bundestagsabgeordneten gesprochen, obwohl so ein Bußgeld noch überhaupt nicht verhängt worden war. Das Ziel,die Bewegung so einzuschüchtern, wurde nur zu einem kleinen Teil erreicht, trotzdem schwebte die Angst vor Sanktionen über den Boykotteuren, und ein Teil bröckelte ab aufgrund der Unsicherheit,die in der Bußgeldfrage nun mal besteht und aufgrund der Tatsache, daß man vielleicht was mit dem Gericht zu tun bekommen könnte. Als Maulkorb hatte diese Aktion allerdings ihre Wirkung verfehlt, an vielen Orten wurde jetzt mit dem offenen Boykottaufruf erst richtig losgelegt. Eine ausreichende Möglichkeit, Volkszählungsgegner allein über den Bußgeldparagraphen in die Knie zu zwingen (dessen Anwendung rechtlich

gelegt. Eine ausreichende Möglichkeit, Volkszählungsgegner allein über den Bußgeldparagraphen in die Knie zu zwingen (dessen Anwendung rechtlich

zumindest fragwürdig ist, wurde auch im Innenministerium offensichtlich nicht gesehen. Das Innenministerium gab daher den Auftrag, sich nach strafrechtlich relevanten Tatbeständen umzusehen.

Die konnten durch allerhand juristische Drahtseilakrobatik schließlich gefunden werden, und zwar durch geschickte Kombination der §§111 und 303 StGB. Heraus kommt dabei, daß der Satz ,,Wenn der Zähler weg ist, schneiden wir die Kennummer von den Bögen ab'' als öffentliche Aufforderung zu einer Sachbeschädigung gewertet wird. Das läppische Schnippeln an einem Bogen, der nur wenige Pfennige wert ist, dient dabei als Begründung für die Verfolgung der Betroffenen mit Methoden der StPO.

Das bedeutet in der Praxis unter anderem die Durchführung hunderter von Hausdurchsuchungen, in Grünen und anderen Büros, Buchläden, Initiativenzentren und Privatwohnungen. Während am Anfang die Gerichte meist willfährig mitspielten, regt sich inzwischen auch in Juristenkreisen der Widerspruch gegen solch ein Vorgehen. Das Landgericht Lübeck hat — als höchste zuständige Instanz — die im Zusammenhang mit einer Hausdurchsuchung stattgefundene Beschlagnahme von VoBo-Material rundum für rechtswidrig erklärt, eben weil die Konstruktion des Straftatbestandes (,,öffentlicher Aufruf'') blödsinnig sei. Aber diese höchstricherliche Einsicht ist in der BRD bisher ein Einzelfall. Sollte sie sich durchsetzen, wurde signalisiert: Wir können auch anders. Vier Tage, bevor der Beschluß in der Presse publiziert wurde, wurden die Büros der Grünen abermals durchfilzt, diesmal ohne richterlichen Beschluß, sondern mit Inanspruchnahme des 70er Jahre Slogans ,,Gefahr in Verzug''. Fensterscheiben gingen zu Bruch, zwei Personen wurden vorläufig festgenommen und eine Liste von fast 50 Positionen, vom Volkszählungsbuch bis zur Büroklammer wurden beschlagnahmt.

Aber auch andere Spezialitäten der wehrhaften Demokratie werden aktiviert: Bücher werden auf schwarze Listen gesetzt, wenn ,,durch dieses Schriftgut zumindest mittelbar zu einem Boykott der Volkzählung aufgerufen wird''. Nicht die dargelegten Inhalte allein sind Grund zur Zensur, auch die ,,Begleitumstände'' zählen. Mit dieser Begründung wurde in Bayreuth eine Broschüre der HU beschlagnahmt, die ausdrücklich nicht zum Boykott aufruft. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit wird zugunsten von ein paar Strichen auf einem Blatt Papier und zuungunsten einer kleinen Schnippelei daran faktisch aufgehoben. Das gleiche läßt sich auch anhand unzähliger abgeräumter Infotische und verbotener Theateraktionen belegen. Auch die Aktivitäten von politischer Polizei und Geheimdiensten in Sachen Volkszählung deuten darauf hin, daß es um mehr geht. Und auch das Postgeheimnis bleibt bei dem Gemetzel um die Daten auf der Strecke: In Berlin wurde bekannt, daß die Post von über 100 Betrieben einbehalten und durchgesehen wurde, ohne daß die Betroffenen etwas davon ahnten.

Die Volkszählungbewegung sieht sich mit einem Staat konfrontiert, der das Rennen um die Bögen um jeden — demokratischen — Preis gewinnen will sowie mit einer Justiz, die willfährig mitmacht, den Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit übergeht und schließlich mit einer Mehrheitspresse, die sich ihrer ,,demokratischen Verantwortung'' voll bewußt ist.

Die kopflosen Überreaktionen des

schließlich mit einer Mehrheitspresse, die sich ihrer ,,demokratischen Verantwortung'' voll bewußt ist.

Die kopflosen Überreaktionen des

Staates geben der Treibjagd keine gute Chance. Im Gegenteil wird der Mißmut, der sich schon an der Volkszählung entzündete, durch ein solches Agieren gerade auch in bürgerlichen Kreisen verstärkt. Das ziellose Herumballern auf alles, was sich zum Thema Volkszählung bewegt, wird sich als politisch kontraproduktiv erweisen. Anders als in den 70ern kann eine Gemeingefährlichkeit der Volkszählungsboykotteure nicht vermittelt werden.

So wie die Volkszählung ein Flop zu werden scheint, so wird auch die Kriminalisierung ihrer Gegner aufgegeben werden müssen. In Schleswig-Holstein scheint man sich schon jetzt von Bußgeldern für Boykotteure verabschiedet zu haben. Aus anderen Bundesländern hört man ähnliches.

f., Kiel

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.800

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kirche, Banken und Apartheid

Liebe Atheisten, es ist wieder soweit! Am 17. Juni abends läuten in Frankfurt die Kirchenglocken; der Deutsche Evangelische Kirchentag wird eröffnet. Weit über 100.000 Christen werden für vier Tage die Mainmetropole überfluten und das gewohnte Bild verfremden. Die Gebildeten unter den Verächtern der Religion werden sich abwenden und das Spektakel bestenfalls aus vornehmer Distanz betrachten. Also alles wie gehabt?

Hoffentlich nicht, denn wie kein anderer vorher wird dieser Kirchentag Konflikte transportieren und ausagieren, die den Verstand und das Herz einer/s jeden Linken berühren. Es geht um die Banken und deren Unterstützung der Apartheid-Regimes in Südafrika und Namibia, die den Krieg gegen die schwarze Bevölkerungsmehrheit erst möglich machen. In erster Linie geht es um die Deutsche Bank, bezüglich der ohnehin noch eine alte Rechnung offensteht. Die amerikanische Militärregierung OMGUS empfahl nämlich schon 1947 nach Abschluß längerer Untersuchungen über die Kooperation der Bank mit dem NS-Staat, „daß

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden."

Gleichlautende Empfehlungen gab die OMGUS-Studie auch zur Zukunft der Dresdner Bank ab.

Seit einigen Monaten nun ruft die kirchentagsoppositionelle Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid" diese Empfehlungen wieder in Erinnerung. Anlaß ist die erneute Verstrickung der genannten Banken mit den rassistischen Regimes im südlichen Afrika.

Vor diesem Hintergrund wird dem Präsidium der Beschluß, den diesjährigen Kirchentag nach Frankfurt einberufen zu haben, mittlerweile sicher leid tun. Denn die verspiegelten Türme der westdeutschen Finanzzentralen konnten gar nicht anders wirken als eine Stimulanz für den Protest gegen den so unverschämt offen zur Sohau getragenen, an und mit dem Rassismus verdienten Reichtum.

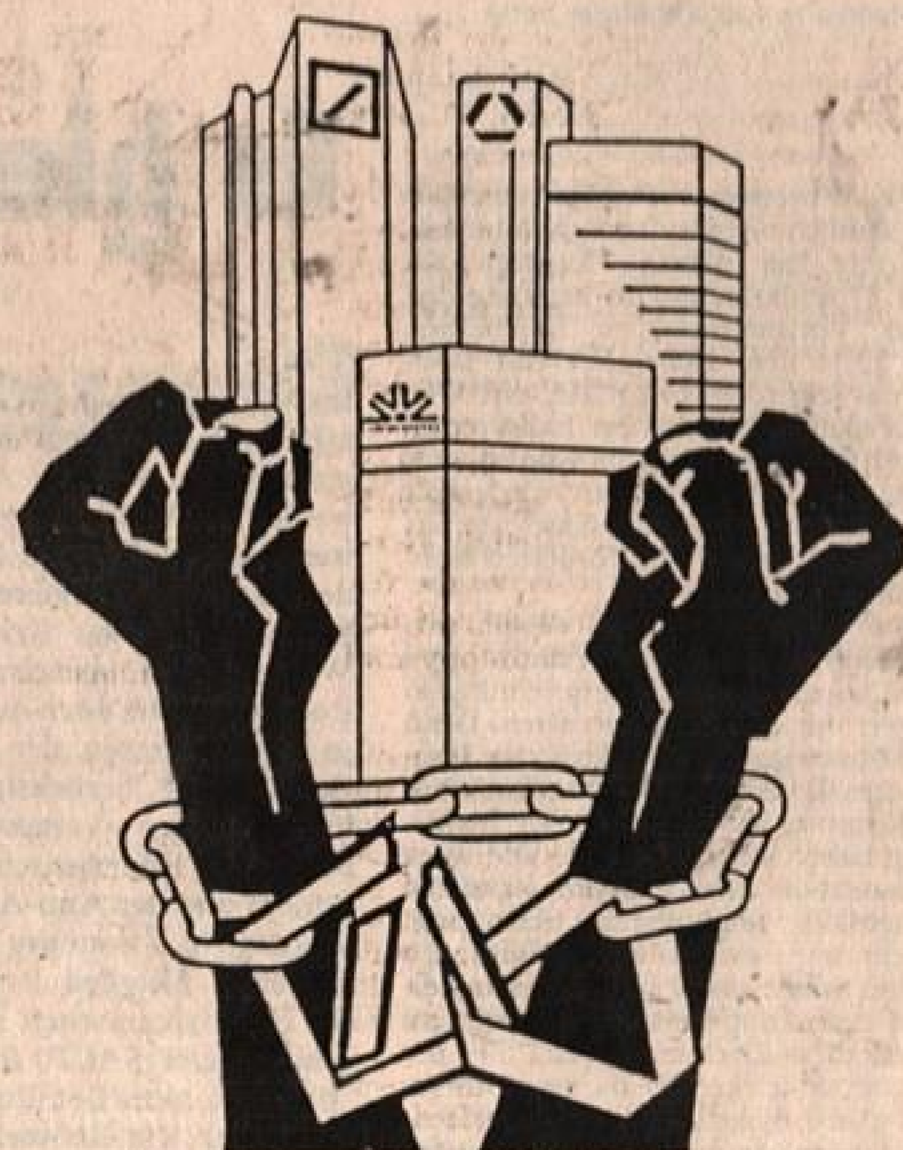
Der Streit um diesbezüglich deutliche kirchliche Signale gegen jene Kumpanei und für die Solidarität mit den Unterdrückten gärt schon lange. Seit Jahren arbeiten christliche Anti-Apartheid-Gruppen in der Kirche, sie betreiben Früchte-Boykott, organisieren Banken-Aktionstage, gründen Partnerschaften mit südafrikanischen Dörfern, die von der Zwangsumsiedlung bedroht sind. Seit Jahren auch fordert die weltweite Christenheit und namentlich der „Ökumenische Rat der Kirchen" (ÖRK) alle Religionsgemeinschaften auf, ihre Geschäftsbeziehungen mit den Banken abzubrechen, die durch ihre Finanzpolitik die rassistischen Regimes stützen. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wollte da nicht so recht mit. Sie hatte sich schon in den siebziger Jahren in der internationalen Christenheit isoliert, als sie sich weigerte, den Antirassismusfonds finanzieren zu helfen. Bregründung: Jener Fonds unterstütze zumindest mittelbar auch bewaffnete Befreiungskämpfe.

Die kirchliche Praxis, Apartheid verbal als „Sünde" zu verurteilen, dieses Bekenntnis aber nicht in konkrete politische Schritt umzusetzen, wurde während der letzten Kirchentage wiederholt diskutiert. Es waren hier christliche Gruppen, die die Empfehlungen des ÖRK aufnahmen und forderten, daß alle kirchlichen Einrichtungen und Institutionen als einen ersten praktischen Schritt ihre Konten bei den entsprechenden Banken kündigen sollten. Doch es geschah, von wenigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, so gut wie nichts.

Mit dem Herannahen des diesjährigen Kirchentages spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Denn es war bekannt, daß auch der Kirchentag noch ein Konto bei der Deutschen Bank unterhält. Im Herbst letzten Jahres wurde das Präsidium mehrfach zur Kündigung dieses Kontos aufgefordert, vergebens. Ende November trafen sich daraufhin in Mainz gut 200 Vertreter/innen zahlreicher und überwiegend kirchlicher Gruppen und gründeten die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheit". Eine handvoll Mitarbeiter/innen des Kirchentags erklärte, ihre Arbeit solange ruhen zu lassen, bis das Präsdium sein Konto gekündigt habe. Auch vom Kirchentag offiziell eingeladene Mitglieder südafrikanischer und namibischer Kirchen machten ihr Kommen von diesem Schritt abhängig.

Derart unter Druck, beschloß der Vorstand des Präsidiums, ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Bank zu führen und dabei zu verlangen, daß die Deutsche Bank bei den anstehenden Verhandlungen mit Südafrika ihre Bereitschaft zur Umschuldung an politische Bedingungen knüpfe (z.B. Aufhebung des Ausnahmezustands, Freilassung der politischen Gefangenen, Zulassung verbotener politischer Organisationen einschließlich des ANC), andernfalls würde der Vorstand „dem Präsidium vorschlagen, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen

Fortsetzung nächste Seite



Rede der kritischen Aktionärin Esther Bejarano auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank AG

Esther Bejarano, geboren 1924. Verfolgte des Nazi-Regimes in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz, dort Mitglied im Mädchenorchester. Sängerin antifaschistischer Lieder. Mitglied der VVN.

Ihnen liegt der Antrag auf Nichtentlastung des Vorstandes und der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat vor. Ich beziehe mich auf diesen Antrag, werde ihn begründen und bitte um Ihre Zustimmung.

Kurz zu meiner Person: Ich bin Jüdin und gehöre zu den Verfolgten des Naziregimes. Vier entsetzlich lange Jahre war ich in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück inhaftiert. Meine Eltern und eine Schwester wurden von den Nazis ermordet. Was ich und die Millionen ermordeter Verfolgter in der Zeit der nazistischen Gewaltherrschaft erlitten haben, verpflichet mich, dafür zu kämpfen, daß sich gleiche oder ähnliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht

fen, daß sich gleiche oder ähnliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wiederholen.

Das Geschäftsjahr 1986 ist Gegenstand unserer heutigen Hauptversammlung. Im gleichen Jahr 1986 ist in der Bundesrepublik der OMGUS-Bericht erschienen, das Ergebnis der offiziellen Untersuchung der amerikanischen Militärregierung über die Geschäftspraktiken der Dresdner Bank in der Zeit von 1933-1945. In diesem Bericht heißt es abschließend, ich zitiere: *„Bei der Verwirklichung von Hitlers Ziel, die Juden aus dem deutschen Leben zu eliminieren, bildete die Dresdner Bank eine treibende Kraft. Sie setzte ihre ausgedehnten Geldmittel ein und nutzte das hohe Ansehen, das sie in Partei, Regierung und SS genoß, um sicherzustellen, daß sie und ihre Kunden den größtmöglichen Vorteil aus dieser Politik zog. Schließlich trug sie die Erfahrung, die sie auf dem Gebiet der Arisierung besaß, in die besetzten Gebiete Europas. Die Verantwortung für die Mittäterschaft an diesem ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit lag beim Vorstand, der diese Politik betrieb, beim Aufsichtsrat, der sie billigte, und bei den leitenden Angestellten der Dresdner Bank, die sie praktisch ausführten."*

Die Dresdner Bank sorgte in der Zeit der Naziherrschaft nicht nur dafür, daß in ihren Filialen keine „Nichtarier" tätig waren, auch in den von ihr kontrollierten Firmen wachte sie darüber, daß Juden nicht beschäftigt wurden. Schon im August 1933 meldete die deutsch-südamerikanische Bank an die Dresdner, sie habe den Arierparagraphen durchgeführt. Überhaupt war die Dresdner Bank im Bereich der Arisierung der deutschen Wirtschaft führend. Als es 1938 um die reichsweite „Arisierung der Wirtschaft" ging, wendete sich das Judenreferat des Reichswirtschaftsministeriums direkt an die Dresdner, an Carl Goetz. Die Dresdner Bank profitierte von rassistischer Politik, die sich mit Machtgier paarte.

Welche Politik unterstützt die Dresdner Bank heute mit ihren Geschäften in Südafrika und Namibia?

Wofür muß der Vorstand heute Verantwortung übernehmen? Die UNO verurteilte schon 1973 die südafrikanische Apartheidpolitik als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Die großen Religionsgemeinschaften lehnen Apartheid einmütig ab.

Doch die Dresdner Bank, die verbal zwar beteuert, die Apartheid abzulehnen, scheint sich in ihrer Geschäftspolitik nicht von derartigen Urteilen beeinflussen zu lassen. Warum hat die Dresdner Bank in den Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika keine politischen Forderungen gestellt, etwa nach Freilassung aller politischen Gefangenen und Abschaffung der Apartheid? Durch die Verlängerung der Kredite bestärkt die Dresdner Bank die südafrikanische Minderheitsregierung, ermöglicht somit das Fortbestehen der menschenverachtenden Apartheidpolitik und wird so wieder einmal zum Mittäter an einem ungeheuren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Ich frage den Vorstand:

— Warum hat die Dresdner Bank nicht auf den OMGUS-Bericht rea-

— Warum hat die Dresdner Bank nicht auf den OMGUS-Bericht reagiert?

— In welcher Höhe hat die Dresdner Bank 1986 Inter-Bank-Kredite an Südafrika gegeben?

— Ist die Dresdner Bank an langfristiger Projektfinanzierung öffentlicher südafrikanischer Unternehmen, von denen die südafrikanische Zentralbank berichtet, 1986 beteiligt?

Die Reden von einer Reformpolitik hat die weiße Minderheitsregierung selbst Lügen gestraft. Die Verfassungsreform Bothas macht alle Schwarzen zu Ausländern im eigenen Land und legalisiert Ausbürgerung und Zwangsumsiedlung. In keiner Rede spricht Botha von der Rücknahme dieser Verfassung und von der Anerkennung der Schwarzen als Bürger der Republik Südafrikas.

Die außerparlamentarische Opposition wird brutal unterdrückt. Verhaftungen und Folter machen auch nicht mehr vor Kindern halt. Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Sommer 1986 sind 10.000 Kinder und Jugendliche inhaftiert worden. Unzählige sitzen noch heute in den Gefängnissen, ohne Gerichtsverfahren, abgeschnitten von Familie und Anwälten. Botha und sein Kabinett haben nicht mehr Legitimität als Hitler und der Reichstag.

In keinem Fall kann es im Interesse von uns Aktionären sein, daß die Dresdner Bank im Ruf steht, wiederum Politik zu protegieren, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet wird. Dies gilt gerade angesichts der unrühmlichen Geschichte dieses Geldinstituts.

Heute wird die Dresdner Bank von verschiedenen Seiten aus mit Parteifinanzierung in Zusammenhang gebracht. So ist z.B. Günter Verheugens Buch zu entnehmen, daß es eine diskret behandelte Finanzierung der südafrikanischen Nationalen Partei von Seiten der bundesdeutschen Wirtschaft gibt. Ist es richtig, daß die Dresdner Bank 1986 und in den Vorjahren Spenden an die Nationale Partei Südafrikas gegeben hat? Wenn ja, in welcher Höhe?

In den 30er Jahren hat die Dresdner Bank am Faschismus verdient. Heute macht sie Geschäfte mit der Apartheid. Ich als kritische Aktionärin möchte wissen, wie der Vorstand es verantworten kann, von der südafrikanischen Apartheid-Politik zu profitieren. Als Bürgerin dieses Staates fordere ich den Vorstand auf: Brechen Sie endlich mit dieser Tradition.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!

Anm. d. Red.: Der von Esther Bejarano zitierte OMGUS-Bericht erschien unter dem Titel „Ermittlungen gegen die Dresdner Bank", bearbeitet von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, erschienen bei Franz Greno, Nördlingen 1986. 354 S., 30 DM.

Zwei Mark, die sich lohnen: Alternativer Geschäftsbericht der Dresdner Bank

Zur diesjährigen Aktionärsversammlung der Dresdner Bank legte der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid" einen „Alternativen Geschäftsbericht" vor. Die zwölfseitige Broschüre kon-

einen „Alternativen Geschäftsbericht" vor. Die zwölfseitige Broschüre kon-zentriert sich auf die Punkte, die der offizielle Geschäftsbericht sorgsam ausspart. Der „Alternative Geschäftsbericht" benennt und belegt die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Aktivitäten der Dresdner Bank im südlichen Afrika, er stattet Bericht ab über die westdeutsche Finanzierung des Apartheidregimes in Südafrika und Namibia.

Anhand einschlägiger Tabellen wird die herausragende Rolle der Dresdner Bank insbesondere als Kreditgeber und Anleihenmanager belegt. Der Arbeitskreis leuchtet die dunklen Ecken der Bankenengagements bei der Umschuldung südafrikanischer Auslandsschulden aus. (1985: 23,7 Mrd. US-Dollar, davon 1,2 Mrd. DM allein bei der Dresdner Bank.) Die gängige Lüge vom zivilen Charakter der Finanzhilfe wird widerlegt: 1982-85 gingen gut 92% der Anleihen direkt an den südafrikanischen Staat oder an von ihm kontrollierte Einrichtungen und haben so große militär-strategische Bedeutung für Apartheid-Südafrika.

Ein Kapitel widmet der „Alternative Geschäftsbericht" der kolonialen Kontinuität der Dresdner Bank in Namibia: 1885 beteiligte sie sich an der Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, heute danken die Dresdner Mehrheitsaktionäre der namibischen Swabank „der Verwaltung von Südwestafrika/Namibia", wie sie die illegale Regierung in Fortsetzung alter Tradition nennen. Diese Broschüre ist ein „muß" für alle Apartheidgegner, sie eignet sich zur eigenen Information genauso hervorragend wie zur Agitation.

Damit die Dresdner Bank ihre Südafrika/Namibia-Geschäfte wirklich „eines Tages" beenden muß, wie die Herausgeber am Schluß hoffen, sollte diese Broschüre im Heimatland der Apartheid-Banken auf keinem Büchertisch fehlen.

Sie kostet 2,- DM und ist zu beziehen beim Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid" — Siegesstr. 9, 8000 München 40.

Militante Wahrheiten

Buchstäblich umwerfende Folgen zeitigten die Reden der „Kritischen Aktionäre" auf der diesjährigen Hauptversammlung der Dresdner Bank am 21. Mai in der Frankfurter Alten Oper. Aufsichtsratschef Haeusgen brach zusammen, nachdem er und seine Vorstandskollegen sich manchen Vergleich zwischen der Bank-Politik zur Zeit des deutschen Faschismus und der aktuellen gegenüber den Rassistenregimes in Südafrika und Namibia anhören mußten.

„Ihr habt mir meine Jahreshauptversammlung kaputtgemacht", so ein völlig frustrierter Aktionär. Und tatsächlich: Aus der gewohnten Anbetung der Macht und Glorie westdeutschen Kapitals durch die huldige Entgegennahme des glanzvollen Geschäftsberichts wurde dieses Mal nichts. Die Unterstützung Südafrikas durch die Geschäftspolitik der Dresdner war das dominierende Thema auch für die Aktionäre, die rein gar nichts davon wissen wollten. Auch ihre Beiträge hatten nahezu durchweg Südafrika zum Thema.

Dabei hatte sich der etwas abgeklärtere Vorstand der Dresdner noch vorgenommen, den Sturm der oppositionellen Aktionäre über sich ergehen zu lassen, ohne in eigenen Beiträgen darauf einzugehen. Die Erwiderung auf die Vorwürfe, durch „unglaublich günstige Bedingungen" bei den Umschuldungsverhandlungen das Apartheidsystem zu stärken und durch die Mehrheitsbeteiligung an der namibischen „Swabank" die „Finanzierung einer völkerrechtswidrigen Regierung" und damit Südafrikas „blutigste Kolonialherrschaft" zu sichern, überließen sie dem Aktionärs-Fußvolk.

Doch interessant, daß jene Vorstandsmitglieder ihre Kontenance in just dem Augenblick verloren, als Frau Esther Bejarano, eine Verfolge des Nazi-Regimes in den KZs Ravensbrück und Auschwitz, einen Rückgriff in die Geschichte der Dresdner tätigte und einen Vergleich zur Bedeutung der Dresdner für die südafrikanische Apartheid-Politik zog. (Siehe dazu unten den Redebeitrag Frau Bejaranos.) Sie löste Pöbeleien, vulgärste Anmache, ein abgedrehtes Mikrofon und jenen Schwächeanfall aus. Immerhin, so dicht heran an die oft gesuchten Hebel der Macht und so wirkungsvoll war lange keine Aktion mehr.

Der Protest fand aber nicht nur im Saale, sondern auch draußen vor den Türen der Alten Oper statt. Der Frankfurter Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid" unter maßgeblicher Beteiligung der Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit hatte gut 80 Menschen versammelt, stimmte die eintrudelnden Aktionäre ein und besorgte dann die nötige Aufmerksamkeit für die Passanten. In einer „Alternativen Aktionärsversammlung" begegnetem dem Vorstand der Dresdner Bank die „braunen Geister der Vergangenheit". In Schweigekreisen und Totenwachen wurden der in Südafrika und Namibia Inhaftierten, Gefolterten und zu Tode Gekommenen gedacht.

Für die Veranstalter war dieser Bankenaktionstag der Testlauf für die geplanten Aktionen am 19. Juni während des Kirchentages. Und als solcher war er äußerst erfolgreich. So werden das wohl auch die Bankerkollegen von Haeusgen empfunden haben. Denn wie zu hören ist, haben sie die Einladung zu einem Podiumsgespräch mit Kritikern auf dem Südafrikaforum des Kirchentags nicht angenommen. Offensichtlich nehmen sie den neuentdeckten gesundheitlichen Risikofaktor sehr ernst.

mt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bank zu beenden.'' Peinlich nur, daß die deutliche Abfuhr, die die Kirchenvertreter bei diesem Gespräch am 19.1.87 erfuhren und die das Deutsche Bank Vorstandsmitglied Herrhausen am 22.1. dem Generalsekretär noch einmal schriftlich bestätigte, erst Wochen später und dann per Indiskretion der Öffenlichkeit bekannt wurde, denn diese kleine Panne machte wiederholt deutlich, wie wenig Eigeninteresse das Präsidium an der eingeforderten Kontokündigung hatte.

Nun läßt sich fragen, warum sich Vertreter einer doch als relativ offen profilierten kirchlichen Einrichtung so schwer mit diesem Schritt taten. Denn sie selbst waren es doch auch, die ständig darauf verwiesen, daß besagtes (Giro)Konto ohnehin keine große Bedeutung habe. Mehr als 20.000 DM seien da nie drauf, eine Kündigung habe also bestenfalls symbolische Bedeutung. Doch nur anderesherum wird ein Schuh draus: genau um diese symbolische Bedeutung geht es (vorerst), und genau diese Zeichenhandlung fällt der Kirche so schwer. Denn sie rührt an den Nerv eingefahrener Loyalitäten. Zum einen personell: mancher Banker stellt sein Wissen und Können auch kirchlichen Finanzausschüssen zur Verfügung (so z.B. in Bremen). Allenthalben wird auf die blendende Zusammenarbeit zwischen Kirche und Deutscher-/Dresdner Bank in der Vergangenheit verwiesen, ein landeskirchlicher Finanzreferent verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß gerade bei der Überweisung kirchlicher Hilfsgelder nach Südafrika die Kooperation so unaufgebbar sein. Zum anderen aber geht es um einen großkirchlichen Konsens, um Systemloyalität. Was damit gemeint ist, wird deutlich, schaut mensch sich einmal die massiv vorgetragenen Einwände gegen die dann im März vom Präsidium schließlich doch beschlossene Kontokündigung an: Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Kruse, warnte davor, ,,Banken als Komplizen der Apartheit hinzustellen'' (epd 11.5.87). Sein Vorgänger, Bischof Lohse, bezieht eine noch direktere Position: die Deutsche Bank habe wiederholt Rassismus und Apartheid abgelehnt, und soweit geschäftliche Beziehungen der Bank mit Südafrika fortbestünden, ,,seien sie von der verständlichen Erwartung geleitet, einst gewährte Kredite zurückerhalten zu können''

beschlossene Kontokündigung an: Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Kruse, warnte davor, ,,Banken als Komplizen der Apartheit hinzustellen'' (epd 11.5.87). Sein Vorgänger, Bischof Lohse, bezieht eine noch direktere Position: die Deutsche Bank habe wiederholt Rassismus und Apartheid abgelehnt, und soweit geschäftliche Beziehungen der Bank mit Südafrika fortbestünden, ,,seien sie von der verständlichen Erwartung geleitet, einst gewährte Kredite zurückerhalten zu können''

(epd 28.4.87). Und noch einmal Kruse: ,,Es ist nicht Sache der Kirche, auf Wirtschaftsvertreter Druck auszuüben'' (FR 4.4.87).

Es ist deutlich: die klerikale Oberschicht bezieht hier die Verteidigungslinie der Finanzbourgeoisie zu einem Zeitpunkt, zu dem Christen in aller Welt von einer der reichsten Kirchen einen kleinen symbolischen Akt der Solidarität mit den unterdrückten Völkern im südlichen Afrika fordern.

Nun geht so etwas natürlich nicht widerspruchsfrei ab. Und es gehört zu den interessanteren Phänomenen des ganzen Streits, daß das Kirchentagspräsidium zwar mit knapper Mehrheit auf Druck der Kampagne die Kündigung ihres Kontos beschloß, jene Mehrheit im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen sich aber kaum mehr zu artikulieren verstand. Propagandistisch ist die kirchliche Rechte mit ihren Distanzierungen vom Präsidiumsbeschluß voll am Zuge. Ihr Hauptvorwurf an die Kampagne: sie würde den Kirchentag und die Kirchen ,,erpressen'', an den Kirchentag: er habe sich ,,erpressen'' lassen. Und mit diesem innerkirchlich disqualifizierenden und anrüchigen Vorwurf der Erpressung läßt sich fein Beute machen: ihn plappern inzischen auch manche von denen gerne nach, die sich inhaltlich nicht gegen einen Abbruch der Beziehungen zur Deutschen Bank aussprachen. Das wohl auch deshalb, weil sie inzwischen merken, daß mit der Kontokündigung ein Ziel nicht erreicht ist, nämlich eine Befriedung der oppositionellen Gruppen. Die wollen jetzt an's Eingemachte gehen, an die millionenschweren Konten der Landeskirchen, der EKD und kirchlichen Einrichtungen.

Die Kampagne ,,Kirchentag gegen Apartheid'' versteht ihre Aktionen in Frankfurt als Startschuß auf dem Weg zu einem Boykott westdeutscher Unterstützung für die Rassistenregimes in Südafrika und Namibia. Es geht faktisch also um weit mehr als um einen innerkirchlichen Konflikt. Eine breite Beteiligung an den Bankenaktionen am Freitag, 19. Juni, 9.00 bis 12.00 Uhr in der Frankfurter Innenstadt sowie an der Demonstation am Sonnabend, 20.6., 12.00 Uhr ab Messegelände, Kundgebung vor der Deutschen Bank-Zentrale gegen 13.00 Uhr, ist also dringend gewünscht.

Es bleibt das Vertrauen auf die Waffe

Brian Banting (ANC und SACP) zu den Wahlen am Kap

Im Mai wählten die Weißen in Südafrika ihr Parlament neu. Fast niemand erwartete eine Änderung im weißen Parlament zugunsten einer weniger reaktionären Mehrheit als der gegenwärtig regierenden Botha-Partei. Keine der Kräfte, die zur Wahl standen, sprach sich für eine Politik aus, die auch nur ansatzweise die Interessen der nichtweißen Bevölkerung berücksichtigte. Anläßlich einer Veranstaltung der MASCH (Marxistische Arbeiterschule) und der Anti-Apartheid Bewegung in Hamburg sprach das führende Mitglied des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) *Brian Bunting* über die aktuelle Situation in seinem Land. Im Rahmen dieser Veranstaltung beantwortete Brian Bunting mehrere Fragen zur Einschätzung der Wahlen zum weißen Parlament in der Republik Südafrika. Seine Antworten haben wir im Folgenden leicht gekürzt zusammengefaßt.



Von den internationalen Medien ist das Wahlresultat als eine Gewichtsverlagerung zur Rechten hin interpretiert worden. Aber es ist sehr schwer zu ermessen, worin genau diese Gewichtsverlagerung besteht. Die Konservative Partei, die nun die führende Oppositionskraft ist, existierte zur Zeit der letzten Wahlen im Jahre 1981 noch nicht. Die Konservative Partei wurde 1982 von 17 ehemaligen Mitgliedern der Nationalen Partei Bothas gegründet, nachdem sie aus der Nationalen Partei ausgetreten waren. Aus diesem Grund ist die Vergleichbarkeit dieser beiden Wahlen von 1981 und 1987 schwierig. Die rechte Herstigte Nasionale Partei, die 1981 14.8 Prozent der Stimmen erreichte, bekam in der jetzigen Wahl lediglich 3 Prozent. Stimmen gingen also von dieser Partei zur Konservativen Partei, von der extremen Rechten zur gemäßigten Rechten, wie wir die Kräfte

Konservative Partei wurde 1982 von 17 ehemaligen Mitgliedern der Nationalen Partei Bothas gegründet, nachdem sie aus der Nationalen Partei ausgetreten waren. Aus diesem Grund ist die Vergleichbarkeit dieser beiden Wahlen von 1981 und 1987 schwierig. Die rechte Herstigte Nasionale Partei, die 1981 14.8 Prozent der Stimmen erreichte, bekam in der jetzigen Wahl lediglich 3 Prozent. Stimmen gingen also von dieser Partei zur Konservativen Partei, von der extremen Rechten zur gemäßigten Rechten, wie wir die Kräfte

rechts von Bothas Partei nennen. Andererseits verschwand die New Republic Party fast gänzlich von der Bildfläche und die Stimmen, die diese Partei 1981 bekam, wurden ebenfalls von Bothas Partei und der Konservativen Partei aufgesogen.

Es ist eine Überschätzung von interessierter Seite, diesen Wahlausgang als Rechtsruck zu klassifizieren. Das Interesse ist hier, Botha als politisch ungebrochen und stark erscheinen zu lassen, um einen Weg zu Kompromissen mit diesen Kräften als unvermeindlich zu weisen. Aus den aktuellen Stimmenzahlen ist dies nicht abzulesen. Zu den Konsequenzen aus diesem Ergebnis ist zu sagen, daß sie die Menschen aus der Befreiungsbewegung überzeugen, alle Hoffnungen auf effektive Reformen aus den Reihen der Nationalen Partei, oder von der Regierung, oder aus irgendeiner Partei des Parlaments fahren zu lassen. Im Endeffekt wird dieses Ergebnis die Menschen überzeugen, daß sie sich auf den außerparlamentarischen Kampf und besonders den bewaffneten Kampf stützen müssen, um der Befreiungsbewegung zum Erfolg zu verhelfen.

Für eine Zusammenarbeit zwischen uns und Buthelezi gibt es gegenwärtig keine Basis. Buthelezi und seine Inkartha Partei haben sich einer jeden Strategie entgegengestellt, die vom ANC entwickelt wurde: Buthelezi ist gegen Sanktionen gegen Südafrika, er ist gegen den bewaffneten Kampf, und wiederholt wurde Buthelezi benutzt, um das afrikanische Volk zu spalten, sowohl von der südafrikanischen Regierung als auch von den imperialistischen Kräften. Die südafrikanische Befreiungsbewegung betrachtet Buthelezi als Kollaborateur mit dem südafrikanischen Regime. Wenn er sich als der einzig wahre afrikanische Führer einer Befreiungsbewegung bezeichnet, ist dies anzuzweifeln, sieht man welche Unterstützung er im afrikanischen Volk erfährt: Umfrageergebnisse zeigen, daß Nelson Mandela ihn um Längen schlägt.

Die Lage der Weißen ist eine ziemlich verzweifelte, und das aus verschiedenen Gründen. Die alte Überzeugung in eine weiße Überlegenheit und in die

freiungsbewegung betrachtet Buthelezi als Kollaborateur mit dem südafrikanischen Regime. Wenn er sich als der einzig wahre afrikanische Führer einer Befreiungsbewegung bezeichnet, ist dies anzuzweifeln, sieht man welche Unterstützung er im afrikanischen Volk erfährt: Umfrageergebnisse zeigen, daß Nelson Mandela ihn um Längen schlägt.
Die Lage der Weißen ist eine ziemlich verzweifelte, und das aus verschiedenen Gründen. Die alte Überzeugung in eine weiße Überlegenheit und in die

Apartheid ist verschwunden. Diese Entwicklung ist besonders unter den Intellektuellen spürbar, und da wiederum nicht nur unter den englischsprachigen, sondern im Besonderen unter den afrikaans-sprechenden Intellektuellen, fast alle haben sowohl ihre Abneigung gegenüber der Regierungspolitik ausgedrückt, als auch für notwendige Veränderungen gesprochen. Denn es ist für alle sichtbar, daß die gegenwärtige Politik des Regimeskeine Stabilität oder Frieden für Südafrika gebracht hat. Weder die ,,Reformen'' noch die Repression haben die Mehrheit der Bevölkerung ruhig gestellt. Und der Kampf ist nicht nur weitergegangen, sondern ist sogar noch ausgeweitet worden. Im Gegensatz zu allem was die Regierung tun kann oder bestimmte Teile der weißen südafrikanischen Bevölkerung auf der Suche nach einer Verständigung anzubieten in der Lage sind. Das Ergebnis ist, daß die Weißen keine rechte Perspektive für die Zukunft sehen, es gibt weder einen Plan noch irgendeine Idee, was getan werden könnte — außer das Vertrauen und das Verlassen auf das Gewehr. Aber das bringt sie nicht weiter, denn trotz des gesteigerten Terrors nimmt der Kampf zu.

Die Taten der kämpfenden Menschen werden gegenwärtig immer konzentrierter, zielgerichteter. Jüngst wurde der South African Youth Congress gebildet, und dies drückt eine große Überzeugtheit bei den jungen Menschen aus. Sie kamen aus allen Teilen des Landes zusammen um im geheimen eine Konferenz abzuhalten, hunderte von Jugendverbänden und -gruppen waren repräsentiert. Ein weiteres Beispiel in diese Richtung ist die Errichtung der Women's Section der United Democratic Front, die auf einem Delegiertinnen-Kongreß gegründet wurde, trotz Ausnahmezustandes und aller Verbote. Diese Gründungen beweisen einmal mehr die Überzeugung und das Vertrauen der Menschen in Organisierung und Mobilisierung, um den Kampf fortzusetzen. Und die Fähigkeit, Menschen aus dem ganzen Land im Kampf zusammenzubringen, trotz der Möglichkeiten von Polizei und Militär dies zu unterbinden.

weiteres Beispiel in diese Richtung ist die Errichtung der Women's Section der United Democratic Front, die auf einem Delegiertinnen-Kongreß gegründet wurde, trotz Ausnahmezustandes und aller Verbote. Diese Gründungen beweisen einmal mehr die Überzeugung und das Vertrauen der Menschen in Organisierung und Mobilisierung, um den Kampf fortzusetzen. Und die Fähigkeit, Menschen aus dem ganzen Land im Kampf zusammenzubringen, trotz der Möglichkeiten von Polizei und Militär dies zu unterbinden.

Diese Art von Konfrontation nimmt zu, und das macht den Weißen Angst, führt zur Polarisierung unter den Weißen auf der Rechten. Das Wahlergebnis ist so weniger eine Stärkung der Weißen als vielmehr eine Polarisierung untereinander, zwischen den Kräften der Rechten.

Die ,,linken'' Kräfte unter den Weißen sind aber auch durcheinander. Das Ausbrechen von Dennis Warrol, Malan und eines weiteren New Nationalist führte zu nichts. Malan wurde wiedergewählt, Dennis Warrol verpaßte einen Sitz im Parlament knapp, aber dies zeigt, daß bei einigen Kräften unter den ,,linken'' Afrikaanern die Tendenz größer ist nach ,,links'' als nach rechts zu gehen. Dies ist die allgemeine Richtung in der gegenwärtigen Entwicklung: ein Teil der weißen Bevölkerung bewegt sich zur Rechten, vielleicht sogar die Mehrheit, und ein zunehmender Teil geht zur ,,Linken'', unter ihnen sind verstärkt Intellektuelle aus allen Bereichen präsent. Und wenn die Intellektuellen erstmal die Rechte verlassen, bringt dies vielleicht nur Probleme und Durcheinander unter den Rechten, aber auf alle Fälle ist dies keine Bedingung für die Kräfte des Regimes die Probleme in ihrem Sinne lösen zu können.

Die reine Arithmetik des Wahlergebnisses zeigt natürlich, daß die Mehrheit der Weißen weder liberal ist noch, daß es Anlaß zu irgendeiner Hoffnung für positive Lösungen aus dem weißen Lager gibt. In der Einschätzung des Wahlergebnisses ist es aber nicht richtig, dies als Rechtsruck zu qualifizieren, denn die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ist einfach reaktionär, und was die Wahl allenfalls ergeben hat ist eine Polarisierung in der Weise, daß einige ehemalige Mitglieder der Nationalen Partei zur Konservatien Partei gegangen sind um ihre reaktionären Ansichten dort auszudrücken. Aber man muß nicht allein auf die Zahlen achten, sondern auf die Politik, die die verschiedenen Parteien während dieser Wahlperiode vorgestellt haben. Und dort findet man die Verwirrung ausgedrückt, die unter den weißen Kräften herrscht. Niemand weiß wirklich, was die Politik der Nationalen Partei heute ist. Während der Wahl hatten sie kein anderes Programm, als daß sie Law and Order wieder einführen würden. Darüberhinaus gab es keine Programme für die Zukunft. Dies ist ein Ausdruck für den Pessimismus, der vorherrscht in der Einschätzung der nächsten Zukunft. Keine andere Vorstellung als das Vertrauen auf die Waffe. Dieses einzige Verlassen auf die Gewalt gewinnt weder organisierte Kräfte aus der Bevölkerung noch unter den Intellektuellen, der Geschäftswelt etc. Die Industrie und Handelskammern verlangen nach Reformen die über das hinausgehen, was Botha vorgeschlagen hatte. Viele Intellektuelle aus allen Bereichen rufen nach einer Veränderung der Politik die darüber hinaus geht, was Botha bereit und in der Lage ist anzubieten. Daraus erwächst die Verwirrung, denn aus allen weißen Gruppierung ist nichts produziert worden, das irgendein Zutrauen geweckt hätte. Niemand bietet ein Programm, woran sie glauben könnten.

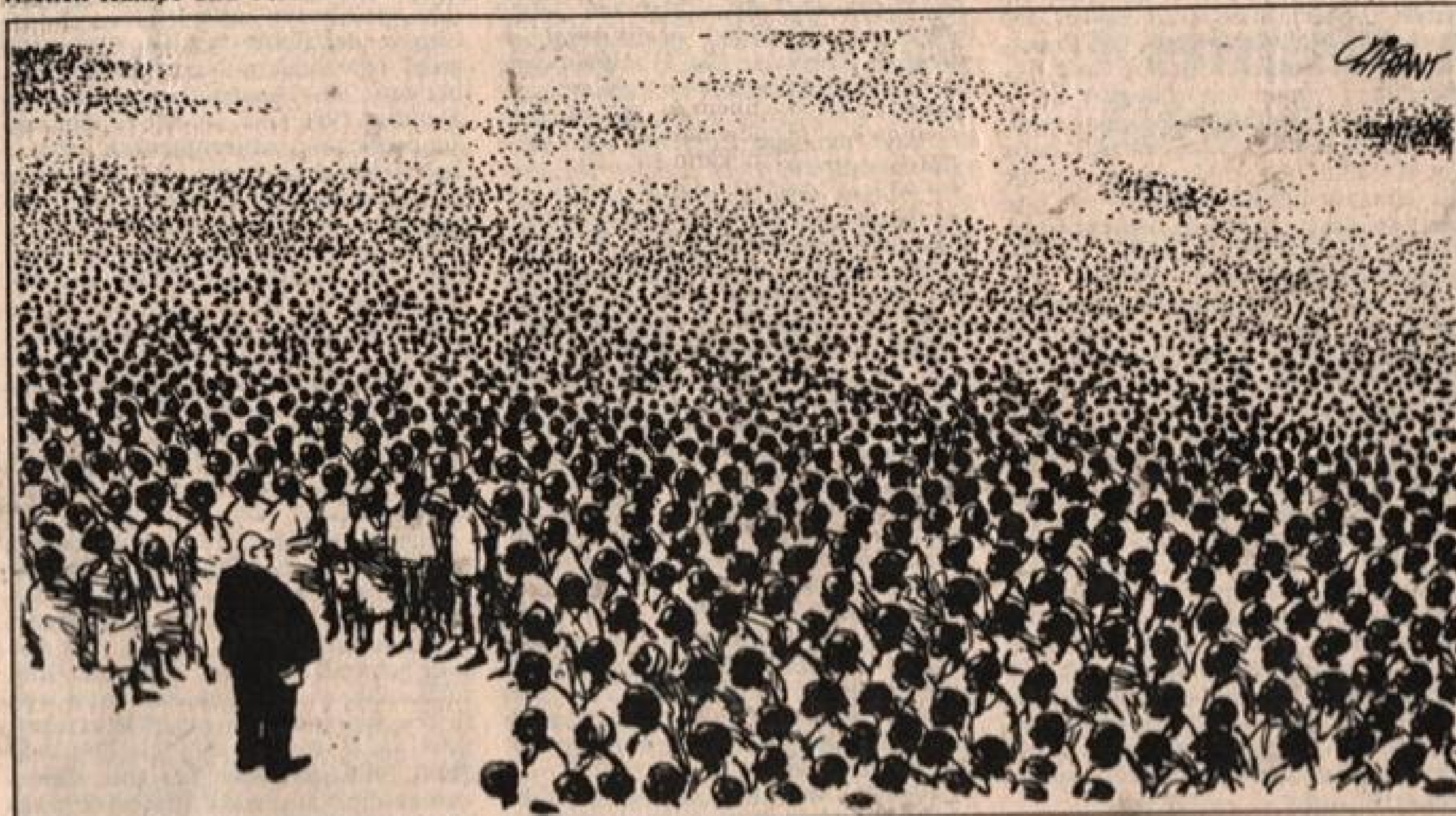
Die SACP ist keine Vertreterin der weißen Arbeiterklasse, sondern insgesamt der arbeitenden Menschen. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder der SACP sind ,,schwarz'', und daher ergibt sich die Kraft der SACP aus der organisierten Kraft der schwarzen Arbeiterklasse. Die weiße Arbeiterklasse ist im großen und ganzen reaktionär, sie hatte immer eine bevorrechtigte Position in Südafrika inne, und hat sich immer auf die Seite der herrschenden Klasse geschlagen. Aber sogar in der weißen Arbeiterklasse gibt es Veränderungen. Die Gewerkschaft der weißen Arbeiter (Tradeunion Council of South Africa — TACA) ist zusammengebrochen weil ihre Mitglieder kein Vertrauen mehr gegenüber ihrer Gewerkschaft hatten. Ein gewisser Teil der weißen Arbeiterklasse wird sich der Tatsache bewußt, daß sie zunehmend bedeutungslos werden im Kampf in Südafrika. Es gab eine Zeit da hatte diese Gewerkschaft Einfluß in der Arbeitswelt, heute kümmert sich niemand mehr um sie. Sie stellen nichts mehr dar. Die Zahl ihrer Mitglieder verschwindet hinter der großen Zahl der schwarzen Arbeiterklasse. Deshalb ist diese Gewerkschaft zusammengebrochen. Obwohl die weiße Arbeiterklasse immer noch eine privilegierte Position besitzt, wird ihre Position im Verhältnis zur gesamten Arbeiterklasse immer bedeutungsloser. Die Tage der weißen Arbeiterklasse sind gezählt. Die eigentliche Kraft der Arbeiterklasse liegt eindeutig auf Seiten der Organisationen wie der NUM (National Union of Mineworkers). Sie zeigten ihre Kraft z.B. am Vortag und am Tag der Wahl, als Millionen ihren Arbeitsplätzen fernblieben.

Das Wahlergebnis

	Sitze	Prozent
Nationale Partei	125	52.4
Konservative Partei	20	26.4
Progressive Partei	19	14.1
andere Parteien	2	ca. 6.3

Das Wahlergebnis

	Sitze	Prozent
Nationale Partei	125	52.4
Konservative Partei	20	26.4
Progressive Partei	19	14.1
andere Parteien	2	ca. 6.3



„Ihr seid alle festgenommen!"

Ist die NULL-Lösung wirklich eine Nullösung?

Die derzeitige politische Propaganda der NATO um die Nullösung zielt offensichtlich auf eine babylonische Verwirrung. Reagan, Schmidt, Genscher, Gorbatschow und die Friedensbewegung stehen dem Anschein nach jetzt in einer Front für die Annahme der Null- oder gar Doppelnullösung. Hatte doch Reagan nach seinem Amtsantritt mit ,,flotten'' Atomkriegssprüchen Europa einen fürchterlichen Schrecken versetzt und Gorbatschow zufolge muß man nun zwischen dem friedlicheren Europa und den aggressiven US-Imperialismus unterscheiden. Nach Gorbatschows Friedensinitiative befürchten jetzt aber Europäer auf einmal eine atomare Abrüstung der Supermächte auf ihre Kosten.

Breschnew und die Friedensbewegung lehnten die NATO-,,Nullösung'' noch als üblen Propagandatrick ab. Beim Präsidentengipfel in Reykjavik bot bei den landgestützten Mittelstrecken-Raketen Gorbatschow die Reagansche Nullösung an, falls die USA SDI fallen ließen. Genscher und Kohl hatten vorher in Washington gegen eine Nullösung interveniert. Nach Reykjavik forderte die NATO unisono von Gorbatschow die Aufgabe des SDI-Junktims, was dann auch während des Karnevals dieses Jahres geschah. CDU und Bundesregierung forderten als Antwort die Einbeziehung der Raketen kürzerer Reichweite (500 bis 1.000 km) und prompt bietet Gorbatschow die Doppelnullösung an. Dregger und Strauß, die vorher vehement die Einbeziehung dieser Raketen gefordert hatten, intervenieren jetzt ebenso laut gegen ,,Doppelnull'' und beschwören die Abkoppelung der BRD aus der NATO-Verteidigung. Schließlich ,,übertrifft'' Kohl Gorbatschow und fordert die Verhandlung über alle Atomraketen in Europa, d.h. die Einbeziehung aller Atomraketen unter 500 km. Alle NATO-Staaten lehnen ab und nur von Gorbatschow ist eine po-

beziehung aller Atomraketen unter 500 km. Alle NATO-Staaten lehnen ab und nur von Gorbatschow ist eine po-

sitive Antwort zu erwarten. Dregger und Strauß, die Scharfmacher gegen Atomabrüstung warnen andererseits davor, daß nach einer Doppelnullösung bei den Kompensationsangeboten der USA mehr atomare Kurzstreckenraketen und die Forderung nach mehr konventioneller Aufrüstung der Bundeswehr die Folge sein werden.

Gorbatschow hat unzweifelhaft einen politischen Treffer gelandet und für jeden erkennbar der NATO den schwarzen Peter für Abrüstungsunwilligkeit zugeschoben das Ansehen der Sowjetunion und seiner Person im Westen immens aufbessern können, andererseits ist es völlig unklar, wohin die Politik der Sowjetunion zielen soll; der Kurs mit Billigstangeboten zu Abrüstungsvereinbarungen mit der ganz und gar nicht abrüstungsbereiten NATO kommen zu wollen, kann kaum längeren Bestand haben.

Es ist nicht ganz einfach, diesen Knoten zu entwirren und andererseits will ja die NATO im Juni schon erklären, wohin der Hase laufen soll. Trotzdem will das Papier hier versuchen, die politische Lage zu skizzieren. Zu Beginn geht es um die militärische Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Waffen, deren Verlust angeblich nur noch ,,Trümmer'' der bisherigen NATO-Strategie hinterlassen würde. Was würde die NATO im Falle einer Abrüstungvereinbarung tatsächlich verlieren können?

Pershing II und Cruise Missiles ...

Die neuen US-Mittelstreckenraketen sind von der Friedensbewegung als ganz besonders gefährliche Waffen für einen punktzielgenauen atomaren Überraschungsschlag gegen die SU dargestellt worden und man könnte jetzt einfach fortfahren und sagen: Kein Wunder, wenn die NATO sich jetzt sträubt, diese Waffen abzuziehen oder gar zu verschrotten. Doch gerade auf diesem Gebiet wäre der Verzicht noch am einfachsten. Bei den Cruise Missiles sind neben 464 landgestützten europäischen Systemen rund 4.000 für Schiffe und ebensoviele für die Bomber geplant oder schon stationiert. Davon ist ein erheblicher Teil auf dem europäischen Kriegsschauplatz ständig präsent und für die gleichen Ziele einsatzfähig. Zudem plant NATO derzeit, gegebenenfalls noch 1.500 Marschflugkörper für Bomber in Europa anzuschaffen, was im Endeffekt sogar eine Vergrößerung der Gesamtzahl erbringen würde.

... sind militärisch ersetzbar

Unterstellt man einmal optimistisch, wie die NATO das inzwischen behauptet, die Sowjetunion könne mit ihren verbesserten Luftabwehrfähigkeiten zukünftig auch anfliegende Cruise Missiles abschießen, so wäre die Pershing II derzeit die einzige NATO-Rakete, die mit einer kurzen Flugzeit von 10 Minuten ohne jede Abwehrchance, ohne daß Gegenmaßnahmen (z.B. einem Startversuch aus der anvisierten Raketenstellung) ergriffen werden könnten und aufgrund der Endphasenlenkung punktzielgenau (mittlere Zielabweichung unter 30 Meter) jedes Ziel bis Moskau ausradieren könnte. Allerdings ist die NATO längst dabei, mit Hilfe von Satelliten (NAVSTAR) für eine genaue Positionsbestimmung und Zielgenauigkeit für alle von See gestarteten Raketen zu sorgen. (Dank einer Reihe von Raketenabstürzen hat sich das Programm allerdings kräftig verzögert.) Ab 1989 wird mit der Einführung der Trident II-Rakete auch für seegestützte Systeme die treffgenaue Endphasenlenkung vorliegen. Wenn es aus Sicht von NATO-Strategen speziell aus der BRD schon fast ein NATO-Sprengsatz sein soll, daß diese Raketen ,,nur'' große Atombomben an Bord haben und einen zu großen sowjetischen atomaren Gegenschlag provozieren würden, so wäre nichts einfacher, als auch dort andere Sprengköpfe zu montieren oder notfalls die Pershing einfach auf Schiffen unterzubringen. Aber auch für jede anderen 100 Atomraketen, die der Westen in einem Abkommen ,,opfern'' müßte, lassen sich vermutlich Strategen finden, die das Ende der bisherigen NATO-Strategie voraussagen dürften.

Es gab auch vor der Stationierung eine Debatte innerhalb der NATO, ob man die politische Kontroverse um die Stationierung nicht umschiffen sollte, die Dinger also auf See stationieren solle. Dies ist seinerzeit nicht aus militärischen sondern aus politischen Erwägungen heraus (Motto: Nicht Nachgeben!) abgelehnt worden. Das Betrugsmanöver besteht ja gerade darin, so zu tun, als solle hier angeblich eine ,,ganze Kategorie'' von Atomwaffen, nämlich alle europäischen Mittelstreckenraketen, beseitigt werden. Nach dieser Version gehören Frankreich, Großbritannien, die europäischen Gewässer und jede Atombombe, wenn sie nur auf Flugzeugbeinen drei Meter über dem Boden steht, nicht mehr zu Europa.

Die Schlußfolgerung lautet also: Es ist keine militärische, sondern eine rein politische Frage, ob man die ,,einfache Nullösung'', die man selbst vorgeschlagen hat, annehmen will oder nicht.

Dregger & Co: Die NATO-Fundis

Obowohl es nun angesagt wäre, sich dem allgemeinen Chor der Abrüstungswilligkeit anzuschließen, haben es die Rechten der BRD übernommen, jetzt politische Trockenübungen zu veranstalten, wie im Kriegsfalle der rote Atomkriegsknopf zu bedienen wäre. Da sie aber darüber nicht verfügen und die wichtigsten Raketen in ihrem Spiel verschwinden könnten, droht nun die NATO-Katastrophe. Gerade die hier in der BRD aufgestellten Atomraketen waren offenbar die letzten im riesigen NATO-Arsenal, die noch die Sicherheit der BRD aufrechtzuerhalten vermochten.

Aber so ungewöhnlich sind die BRD-Stahlhelmer nun auch wieder nicht. Die schrillen Atomkriegstöne in den USA, als es dort um das verschärfte Rüstungsprogramm Reagans ging, klingen noch in den Ohren, wenn Frankreich auch nur auf eine geplante Atomrakete bei einem Abkommen verzichten müßte, sähe das Geschrei nicht anders aus. Man kann das BRD-Geschrei als eine Art ,,Gegenstück'' zur alljährlichen US-Debatte über den Abzug der US-Truppen aus der BRD USA ansehen, was hier in der BRD-Presse als große Gefahr für unsere Sicherheit rausgeputzt wird. Auf jeden Fall wird im Rahmen dieser Debatte jedesmal ein US-Forderungskatalog an die BRD transportiert. Es handelt sich im Effekt nicht um eine ,,Zerreißprobe der NATO'' sondern um einen Streit, der mit konkreten Zielen betrieben wird und auch diesmal mit einem demonstrativen ,,Schulterschluß'' der NATO beendet wird.

Die derzeit vielbeschworene ,,Abkoppelungsgefahr'' bringt allerdings einmal mehr die gesamten reaktionären politischen Vorstellungen in der BRD zum Vorschein. Das Herausrechnen des gesamten französischen militärischen (des atomaren wie des konventionellen) Potentials aus jedem Kräftevergleich besagt ja nichts weiter, als daß diese Politiker in aller Öffentlichkeit fordern, daß die BRD am besten den Krieg alleine führen können sollte, weil sämtliche NATO-Staaten nach jedem erdenklichen Schlupfweg suchen, um den NATO-Vertrag bei einem ,,Angriff'' auf die BRD bzw. im Kriegsfalle nicht einhalten zu müssen, was d e r Kern des NATO-Bündnisses ist. Die Forderung, auf die atomaren Bundeswehr-Raketen auf keinen Fall zu verzichten, die wieder einmal vorgetragene Ansicht, daß die BRD am besten eigene Atomwaffen brauche (Strauß), der Versuch, wieder einmal die Wiedervereinigung auf den Tisch zu bringen, runden das Bild ab. NATO-Kritik ist ja ansonsten ein Geschäft von Staatsfeinden. Wir und alle übrigen Anti-NATO-Aktivisten in der BRD haben zwar nie einen Zweifel daran gelassen, daß es nicht möglich ist, daß der BRD-Imperialismus die übrigen verbündeten Imperialisten und vor allem nicht die USA als Führungsmacht dazu bringen kann, ihre Interessen dem speziellen BRD-Interesse unterzuordnen, aber soweit in der Kritik sind wir ja nie gegangen, zu behaupten, daß der NATO-Vertrag in Bezug auf die BRD das Papier nicht wert sein soll.

Die Doppelnullösung

Die Doppelnullösung

Mit der Herausnahme aller landgestützten Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1.000 km in der BRD würde sich tatsächlich etwas ändern. Diese Raketen sind lange Zeit die militärische Option für den ,,Schlag in die Tiefe'', d.h. zur sofortigen Ausschaltung der zentralen Flughäfen gedacht (weshalb sich ein Teil dieser Systeme auch ständig in Alarmbereitschaft befindet und nach spätestens einer Viertelstunde unterwegs wäre) und als zweite Priorität zur Unterbrechung des sowjetischen Nachschubs an Engpässen (Flußüberquerungen etc.). Bei der Debatte um den Rogers-Plan und Airland-Battle ging es für den europäischen Kriegsschauplatz darum, dafür entsprechende konventionelle Einsatzmöglichkeiten zu entwickeln (die atomaren gab es ja schon lange). Richtig ist hier, daß Flugzeuge nur schwerlich die strategisch zentralen Ziele angreifen könnten, bevor nicht die gegnerische Luftwaffe oder Luftabwehr ausgeschaltet wäre (die Ausschaltung der gegnerischen Luftwaffe gilt als erste Priorität), richtig ist aber genauso, daß es auch aus Sicht der NATO der helle Wahnsinn wäre, gleich in den ersten Minuten eines Krieges in Europa atomar loszuschlagen. Der Streit geht hier zentral um die Frage, ob hier neben der neuen konventionellen auch die alte nukleare Option beibehalten werden müsse, was bisher vereinbart war. Im Mai dieses Jahres sollte der endgültige BRD-Beschluß fallen, endlich nun das alte Vorhaben der Schmidtregierung in die Tat umzusetzen und die Pershing-I-A durch eine neue 1-B-Version zu ersetzen. Richtig ist auch, daß dafür natürlich ebenfalls see- oder luftstationierte Cruise Missiles einsetzbar wären und die BRD solche Flugkörper mittlerer Reichweite entwickelt. Nun sind aber die 72 Pershing-Raketen der Bundeswehr die letzten landgestützten Raketen der NATO in der BRD in der Kategorie zwischen 500 und 1.000 km. Hier sollen die USA längst der BRD zugesichert haben, die Pershing-I-A aus dem Paket als ,,Drittstaatensysteme'' rauszunehmen. D.h. die zweite Nullösung besteht darin, daß der Westen keine einzige Rakete abrüsten will, die Sowjetunion aber alle verschrotten soll, ein ganz schlechter Witz also und man kann sich kaum vorstellen, daß es darüber noch ein Abkommen geben soll, auch wenn angeblich bei dem Shultz-Besuch in Moskau der sowjetische Verhandlungsemissiär eine Zustimmung in Aussicht gestellt haben soll. Das ganze NATO-Geschrei geht also gar nicht um die Abrüstung nur einer einzigen NATO-Rakete, sondern vielmehr darum, welche Maßnahme dann als ,,Kompensation'' für das ,,Entgegenkommen'' einer Vertragsunterschrift angeschafft werden sollen.

Was will die NATO?

Es ist offenkundig, daß die NATO sich seinerzeit beim Angebot der Nullösung und vermutlich auch bis Reykjavik darauf verlassen hatte, daß die Sowjetunion nicht bereit sein würde, ein derartig beschissenes Abkommen anzunehmen. Der Vorschlag wurde für ausreichend gehalten, um ,,das blöde Volk'' mit der angeblichen atomaren Abrüstungsbereitschaft der NATO vollsülzen zu können, wobei Reagans damalige flotte Atomkriegssprüche bei seinem Regierungsantritt in Europa jedenfalls ausgesprochen kontraproduktiv wirkten. Andererseits hat bisher die NATO perfekt die Linie durchgehalten, bisweilen phantastisch klingende Abrüstungsvorschläge zu machen, die in der Regel einen kräftigen einseitigen unannehmbaren Abrüstungspferdefuß für die Sowjetunion beinhalteten, und sich konkret niemals in Rüstungsvorhaben durch Verhandlungen reinpfuschen zu lassen (s. etwa die SALT- und ABM-Abkommen etc.). Die besondere Situation besteht nun nicht darin, daß hier eine Wende zur Abrüstungsbereitschaft innerhalb der ,,vernünftigen Fraktion'' der NATO-Länder oder speziell bei den Europäern in Sicht wäre, sondern in der Tatsache, daß die NATO zumindest als wortbrüchig und atomwaffengeil dastehen würde, wenn sie nun auf das Einlenken Gorbatschows auf ihren Vorschlag mit ,,Njet'' antwortet. Der NATO paßt die ganze Richtung nicht, die Forderung nach Abschaffung der Atomwaffen ist seit jeher eine Propaganda Moskaus, die die westliche Verteidigungsbereitschaft untergräbt; auf Atomkriegsrüstung und Atomkriegsführung unterhalb des ,,großen Knalls'' will man auf keinen Fall verzichten. Der ,,Opportunismus'' der Politiker gegenüber der Atomkriegsangst wird auf Militärfachtagungen ständig beklagt. Umgekehrt wird aber eine Glaubwürdigkeitskrise und ein Aufschwung der Friedensbewegung im Falle der Ablehnung befürchtet. Die derzeitige verworrene Streitdebatte könnte genutzt werden,

wegung im Falle der Ablehnung befürchtet. Die derzeitige verworrene Streitdebatte könnte genutzt werden,

um jedes Abkommen zu zerreden oder solange mit neuen Junktims zu belegen, wo am Ende schließlich der Schuldige für ein Scheitern kaum noch auszumachen wäre. Ebensogut könnte das aber mit einem ,,Kompromiß'' enden, um im Windschatten eines Abkommens neue Rüstungsmaßnahmen zu beschließen und Protest dagegen ins Leere laufen zu lassen und gezielt auf neue Zugeständnisse Gorbatschows zuzusteuern.

Nachdem es anfangs eher darauf hinauszulaufen schien, daß überhaupt kein Abkommen zustande kommt, sieht es derzeit doch eher so aus, daß von den Optionen kein Abkommen, einfache Null- oder Doppelnullösung, die einfache Nullösung die wahrscheinlichste Lösung ist, bei den Raketen kürzerer Reichweite wäre überhaupt nur ein Abkommen mit gemeinsamen Obergrenzen denkbar, wobei die Sowjetunion die Pershing-I-A der Bundeswehr mit US-Atomsprengköpfen quasi als Drittstaaten-Systeme schlucken müßte. Auf jeden Fall wird die NATO in diesem Zusammenhang eine Reihe von sogenannten ,,Kompensationsmaßnahmen'', also neue Aufrüstungsrunden beschließen, dafür liegt spätestens seit der NATO-Tagung in Stavanger ein konkreter US-Vorschlag vor.

Ansonsten ist die NATO dabei, täglich unverschämtere Forderungen an die Sowjetunion zu richten. Es scheint mir auch eindeutig, daß die NATO mit ihren Erweiterungsvorschlägen gezielt auf die konventionelle Rüstung zusteuert, wo sie von vorneherein erklärt, daß ein Abkommen überhaupt nur denkbar wäre, wenn die Sowjetunion hier eindeutige Einschnitte hinnimmt oder im NATO-Jargon ihr ,,gefährliches Übergewicht'' zurücknimmt.

Keine Chance für die Abrüstung

Die Friedensbewegung fordert die Doppelnullösung, die jetzt auch dem letzten ,,Stahlhelmer'' abzuringen sei und bei dem erstmals Abrüstungsmaßnahmen von Atomwaffen, speziell den immer bekämpften Pershing II und Cruise Misseles vereinbart werden sollen. Es wird von DKP bis SPD und jedem Prominenten-Appell die ,,historische Chance'' für den Einstieg in die Abrüstung beschworen. Nun hat sich in der Sache ja in der NATO nichts getan, sondern die Veränderung der Position der Sowjetunion ist Träger dieser Hoffnungswoge und es scheint fast so, als sei bislang die Sowjetunion das Hindernis für Abrüstung gewesen. Helmut Schmidt oder Genscher als Betreiber der neuen Raketen und selbst Reagan erscheinen gegenüber dem aktuellen Geschrei der CDU-Rechten schon fast gewonnen. Die NATO

Fortsetzung nächste Seite

NULL-Lösung grüner Friedenspolitik

Zur Diskussion in der grünen Bundestagsfraktion

An zentraler Stelle des grünen Friedensprogramms findet sich die Forderung nach sofortigem und bedingungslosem Abzug von Pershing 2 und Cruise Missiles mit der Begründung: *„Diese Raketen sind die Speerspitze der neuen US-Kriegsführungsstrategie und müssen ohne neue Verhandlungen innerhalb der Nato oder zwischen USA und UdSSR abgezogen werden. Dies bedeutet die Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses."*

Die Bundestagsfraktion der Grünen erarbeitete Anfang März einen Antrag, dessen Kern eine Aufforderung an die Großmächte ist, sich über den Mittelstreckenraketenabzug zu einigen. Dieser Antrag stieß bei der BAG Frieden der Grünen auf heftige Kritik, weil er die Position des grünen Friedensprogramms und der Friedensbewegung, die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses zu verlangen, verläßt. Ferner enthielt er Elemente von Nato-Propaganda, gegen die die Grünen und die Friedensbewegung ansonsten landauf und landab Aufklärungsarbeit betreiben. So ein Lob für die Erklärung Reagans zur Sache, obwohl dort die Gorbatschow-Vorschläge als Erfolg des „Nach"-Rüstungsbeschlusses gefeiert und als Beweis für die Richtigkeit der These angesehen wurden, daß man die Russen nur durch Aufrüstung zur Abrüstung zwingen könne. So die Forderung nach einseitigen Leistungen der UdSSR und nicht etwa der BRD. Die Fraktion lehnte die Änderung ihres Antrages mit 11 zu 9 Stimmen ab.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung forderte mit den Stimmen der grünen Vertreter die Fraktionen des Bundestags auf, einen Antrag einzubringen, der die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses und den Abzug der Pershing 2 und Cruise Missiles fordert. Die Fraktion der Grünen beharrte mehrheitlich auf ihrem Antrag.

„Der Deutsche Bundestag sieht die Voraussetzungen zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles als nicht mehr gegeben an. Er fordert deshalb die USA auf, bis zum 31.8.87 ein entsprechendes Abkommen mit der UdSSR zu schließen. In jedem Fall beginnt der Abzug der bereits stationierten Pershing II und Cruise Missiles am 1.9.87."

Vorschlag des „Bonner Koordinationsausschusses für einen Antrag im Bundestag

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Duisburg stellte die BAG Frieden den Antrag, die Bundestagsfraktion aufzufordern, einen Antrag in den Bundestag einzubringen, der dem Anliegen der Friedensbewegung und des grünen Programms entspricht. Diesen Antrag unterschrieben binnen einer Stunde über 400 Anwesende. Die Abstimmung hierüber erfolgte am Ende der Konferenz mit einer überwältigenden Mehrheit der Anwesenden. Die Satzungsstrategen sind sich nun über die Frage der Beschlußfähigkeit in die Haare geraten. Die Fraktion beharrte mit 18 zu 16 Stimmen weiterhin auf ihrem Antrag.

In der Bundestagsdebatte eröffnete der Abgeordnete der Grünen Fraktion, Mechtersheimer, der verdutzten Fraktion, daß sie jetzt dem SPD-Antrag zustimmen solle, der eigene Antrag aber in die Ausschüsse verwiesen würde. Der SPD-Antrag appellierte ebenfalls an die USA und die UdSSR, sich zu einigen. Er blieb damit weit hinter den Beschlüssen des Nürnberger Parteitags (Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses) zurück und schloß sich da an, wo Helmut Schmidt aufgehört hatte. Immerin 23 Abgeordnete der Grünen stimmten für den SPD-Antrag. Das Lager der Bundesregierung stimmte geschlossen gegen den SPD-Antrag. Eine Enthaltung gab es bei der FDP (Hildegart Hamm-Brücher).

Als Begründung für ihren Antrag hatte die Bundestagsfraktion angeführt: Angesichts der Situation kurz vor dem Abschluß eines Abkommens helfe es nicht, die Gebetsmühle der einseitigen Abrüstung abzuspielen, einseitige Schritte würden vielmehr den Verhandlungserfolg gefährden. Es wird nicht die Position des grünen Programms geteilt, daß einseitige Abrüstungsschritte durch Bedrohungsminderung zur Entspannung beitragen, Legitimation von Aufrüstung untergraben und zur Nachahmung anreizen sollen. Dahinter steht vielmehr die Propaganda-Position der bürgerlichen Parteien, daß das Drohpotential der NATO letztlich unverzichtbar sei, um die Sowjetunion in Schach zu halten. Reduziere man dieses einseitig, so dächten die Staaten des Warschauer Vertrages nicht daran, positiv zu reagieren, sondern würden auf den ihnen daraus resultierenden Vorteilen beharren.

Die Aufhebung des Stationierungsbeschlusses war eine zentrale Wahlkampfaussage der Grünen wie auch der SPD, wobei die Grünen auch die konkrete Umsetzung des Abzugs forderten. Es war sogar eine Quasi-Tolerierungsforderung, die auch vom realpolitischen Lager im Wahlkampf erhoben wurde. Stattdessen wurde jetzt ein Antrag rechts von den SPD-Parteitagsbeschlüssen in den Bundestag eingebracht.

Für den Fraktionsantrag wurden aber auch taktische Begründungen abgegeben: Er sei für alle Fraktionen im Bundestag zustimmungsfähig, er könne die Spaltung ins Regierungslager tragen und eine Friedensmehrheit herstellen. Das verkennt, daß die FDP sich nicht in einer sicherheitspolitischen Frage aus der Koalition brechen läßt. Es verwechselt Entspannungs- mit Abrüstungspolitik und vergißt, daß die FDP in jedweder Koalition Garant für Aufrüstung war. Ebenso verkennt es die Tragweite des derzeitigen Streites, da auch die FDP für das Umgehen der Nullösung zu haben ist.

In der innerparteilichen Diskussion wurde für den grünen Antrag in den Vordergrund gestellt, daß damit die FDP entlarvt werden sollte. Diese Taktik mußte bei der Fortführung des Abrüstungstheaters der Regierungskoalition vollkommen wirkungslos bleiben, konnte die FDP doch darauf verweisen, daß sie in der Koalition um eine positive Haltung zu Genf ringen würde.

Der Antrag der Bundestagsfraktion bringt die Grünen gegenüber der Friedensbewegung in eine groteske Situation: Jahrelang kritisierten grüne Vertreter SPD- und DKP-orientierte Kräfte, man solle nicht auf Verhandlungen der Supermächte setzen, sondern auf einseitige Abrüstung im eigenen Land. Nun tauchen in diesem Frühjahr Elemente davon im Aufruf zur Bonner Friedensdemonstration und in einem Antrag des Bonner „Koordinationsausschusses der Friedensbewegung" an die Fraktionen des Bundestags auf, da rückt die Bundestagsfraktion von diesen Positionen ab und verwechselt Appelle an die Großmächte mit Friedenspolitik.

Das Vorgehen des Bundestagsfraktion beweist einmal wieder, daß bei den Grünen diejenigen, die am eifrigsten vom Parlamentarismus reden, die schlechtesten Parlamentarier sind. Das Feld der friedenspolitischen Auseinandersetzung wurde den bürgerlichen Parteien überlassen. Durch das völlige Fehlen eines eigenen politischen Beitrages der Grünen, eines Vorschlages oder einer Perspektive wurde auch öffentlich der Eindruck der Entbehrlichkeit der Grünen gefördert.

Tay Eich
Mitglied der BAG-Frieden und Fachgruppe der GAL Hamburg

(Nach dem Redemanuskript eines Vortrages in der GAL-Fachgruppe, mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Aufruf zur Demonstration:

Den ersten Schritt tun
Atomraketen verschrotten!

Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren gegen die Stationierung neuer Atomraketen demonstriert. Gemeinsam haben wir begonnen, für eine Welt ohne Waffen, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu handeln. Die Friedensbewegung ruft heute alle Menschen auf: Demonstriert für die Verschrottung der Atomraketen, damit der erste Schritt zur Abrüstung getan wird!

1979 hat die NATO beschlossen, unser Land mit Pershing II und Cruise Missiles aufzurüsten und dies mit den sowjetischen SS 20-Raketen begründet. Sie hat von Anfang an die Öffentlichkeit getäuscht: In Genf wurden Scheinverhandlungen geführt. Ein Verzicht auf die Stationierung war niemals ernsthaft beabsichtigt. Die sogenannte "Null-Lösung" war für sie immer nur eine Propagandaformel.

Völlig unerwartet ist die Sowjetunion darauf eingegangen. Sie setzt ein politisches Signal, die Stationierungsdynamik zu durchbrechen und durch eine Abrüstungsdynamik auf politischer Ebene zu ersetzen. Damit greift sie eine zentrale Forderung der Friedensbewegung auf.

Die Bundesregierung begrüßt zwar offiziell die sowjetische Bereitschaft zur "Null-Lösung". Viele Reaktionen lassen aber befürchten, daß ein mögliches Abkommen durch Forderungen nach Umrüstungen und neuen "Nachrüstungen" hintertrieben werden soll.

Die Friedensbewegung ist von Anfang an gegen die Stationierung und für den sofortigen Abbau von Pershing II und Cruise Missiles eingetreten. Wenn die Bundesregierung ernsthaft die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa will, kann und muß sie praktische Schritte tun: Sie muß den sofortigen Bau- und Stationierungsstopp in den vier Stützpunkten für atomare Mittelstreckenraketen verfügen und jeden Übungsbetrieb für die bereits stationierten Raketen untersagen!

Die Friedensbewegung fordert erneut:
Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß rückgängig machen; Pershing II und Cruise Missiles müssen sofort verschrottet werden!

Alle weiteren Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Europa müssen ebenfalls abgeschafft werden! Dazu zählen auch die britischen und französischen Nuklearwaffen sowie die übrigen in Europa und an Bord von Schiffen und Flugzeugen stationierten US-Atomwaffen! Ganz Europa in Ost und West muß atomwaffenfrei werden!

Unser Ziel bleibt Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit. Nur durch unseren Druck, nur durch das gemeinsame Handeln aller Menschen können die Forderungen der Friedensbewegung Wirklichkeit werden.

Demonstrieren wir am 13. Juni in Bonn für den Einstieg in die Abrüstung jetzt!

Aufruf des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung

ANTRAG DER GRÜNEN

Der Deutsche Bundestag begrüßt die jüngsten Erklärungen von Generalsekretär Gorbatschow und US-Präsident Reagan, die die konkrete Chance eröffnen, zu einem Abkommen über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen zu gelangen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die USA und die UdSSR, ihre grundsätzlich erzielte Einigung über die Abrüstung aller landgestützten weitreichenden Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles, SS 20) in und für Europa noch in diesem Jahr vertraglich abzusichern und mit der Verschrottung dieser Systeme und der Auflösung der Raketenverbände zu beginnen.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß auch die möglicherweise verbleibenden amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen mit jeweils 100 atomaren Sprengköpfen außerhalb Europas durch ein weiteres Abkommen abgerüstet werden.

Der Deutsche Bundestag hält es für unverzichtbar, daß im Anschluß an ein Mittelstreckenabkommen die im Gegenzug in der DDR und Tschecheslowakei aufgestellten sowjetischen operativtaktischen Raketen ohne Vorbedingung abgezogen werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß bei beiderseitigem politischen Willen zur Abrüstung die Verifikationsprobleme im Mittelstreckenbereich lösbar sind.

Der erfolgreiche Abschluß eines Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu weiteren umfassenden Abrüstungsvereinbarungen, nicht nur bei den nuklearen, sondern auch bei den chemischen und konventionellen Waffen.

Zugleich würden dadurch die Voraussetzungen für eine dauerhafte kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa entscheidend verbessert.

(zit. nach Pressemitteilung 138/87 der Grünen Fraktion)

Der Antrag erfuhr im späteren noch diese und jene kleine Änderung

Fortsetzung von vorheriger Seite

könnte mit einem Abkommen selbst bei der Friedensbewegung erfolgreich „Abrüstungsbereitschaft" demonstrieren, neue Forderungen an die Sowjetunion richten und weitere Aufrüstung betreiben. Der Druck der Friedensbewegung hätte hier, so die jetzige Agitation, der NATO ein Stück Abrüstung abgezwungen und die Gefahr eines Atomkrieges ein Stück erfolgreich gemildert. Sieht man einmal davon ab, daß das Stück Entspannung in der atomaren Ost-West-Konfrontation nach der Kuba in den 60er Jahren gleichzeitig der Vietnam-Krieg der USA gefolgt ist, so soll hier der Schein einer Abrüstung schon zu einer „historischen Chance" herhalten, dem wieder einmal nur noch „Miesmacher" widersprechen können. Eine Demoralisierung der Friedensbewegung, die bislang noch einhellig Abrüstungsforderungen an die NATO stellte, scheint unabwendbar.

Wohin steuert Gorbatschow?

Die politische Offensive Gorbatschows in Sachen Abrüstung hat zweifellos großen Anklang gefunden und er hat Reagan schnell an Ansehen überrunden können, sagen die Umfragen. Die aktuelle Gorbi-Welle ist auch zweifellos davon mitgeprägt. Als Kehrseite der Medaille ist derzeit die sowjetische Außenpolitik für uns unkalkulierbar geworden, und man kann zu allerlei Schlußfolgerungen und Spekulationen kommen. Geht man davon aus, daß die jetzige SU-Initiative ein konkreter politischer Test um die politische Glaubwürdigkeit der NATO sei, so ist der nur dadurch möglich gewesen, daß die Sowjetunion an bestimmten Stellen westliche Vorschläge und dafür einseitige Lasten auf sich nimmt.

Klar ist, daß die Sache einen politisch-ideologischen Haken hat: die alte Bedrohungssituation wird ständig „harmloser", die seinerzeit behauptete Gefahr eines atomaren Entwaffnungsschlages gegen die Sowjetunion ist von der Sowjetunion und ihren Apologeten in der DKP ersatzlos in die Mottenkiste verbannt worden. Die sowjetischen Waffen sind im Tauschgeschäft heute billiger geworden, das vorher „beste" Angebot für den Westen war unter Andropow noch 120 SS-20 zu Null. Die Friedensbewegung hatte schon 1983 den Hang, die eigene Erfolgslosigkeit und die mangelnde NATO-Abrüstungsbereitschaft durch Forderungen an die SU zu kompensieren. Wenn die Sache erst einmal wieder stockt, und das muß sie ja, wenn man nicht von Abrüstungsbereitschaft des Westens oder der entsprechenden „vernünftigen Fraktion" ausgeht, wird dieser Hang noch mächtiger in Schwung kommen, wo doch nun bei Gorbatschow auch noch ein Eingehen darauf erwartet werden kann. Wenn schon die „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein" (KoFAZ) behaupten, daß die Sowjetunion nun die Möglichkeit eines gerechten Krieges, solange er zum Atomkrieg führen könnte, verworfen habe und auch die Abschreckung auf den Müll werfen wolle trotz der damit verbundenen Risiken, dann läßt sich erahnen, was wir erwarten können. Der Appell vom „Komitee für Grundrechte" spricht schon vom „konventionellen Ungleichgewicht" etc. Bisher hat die SU auf jede Drohung verzichtet, falls der Westen jedes Abkommen torpedieren oder unterlaufen will. Auf jede Grenzziehung, wo die Zumutung überschritten wäre und Gegenmaßnahmen erfolgen würden, ist bisher verzichtet worden. Sie hat nicht gedroht, etwa im Gegenzug zur Herausnahme der „Bundeswehr"-Pershing-I-A etwa 72 ihrer Raketen der nationalen Volksarmee zu unterstellen, sondern angeblich sogar ihre Zustimmung signalisiert. Sollte kein Abkommen zustande kommen, könnte es Gorbatschow in der SU schlecht ergehen, falls er seinen Militärs ein Abkommen versprochen hat. Sollte die NATO ein Abkommen annehmen, könnte die Initiative nach dem Herbst nur durch neue entsprechenqe ähnliche Angebote fortgeführt werden oder durch demonstrative „Gegenmaßnahmen", weil die NATO das Abkommen unterläuft.

Es ist logisch, daß die Sowjetunion für die Verwirklichung ihrer Reformen eine Senkung ihrer Rüstungslasten braucht. Nun ist die Verschrottung von aufgestellten Systemen ja noch keine Senkung der Ausgaben. Eine Senkung der Rüstungsausgaben ist vor allem im konventionellen Bereich erreichbar (der gesamte Kostenanteil der „billigen" Atomrüstung macht bei den USA nur ein Viertel der Kosten aus und das trotz der gewaltigen Aufrüstung). Man kann die Kalkulation der westlichen Militärpolitiker nicht von der Hand weisen, die sagen, die Nagelprobe für den neuen Kurs wird die konventionelle Rüstung sein. Es ist nicht ausschließen, daß die SU ihre Senkungsmaßnahmen hier in Form eines Abkommens mit dem Westen zu vollziehen gedenkt, auch wenn sie hier kräftig „draufzahlen" müßte, weil sie eh eine Senkung will. Man wird es sehen.

HH

Reagan goes to Kreuzberg

Am 12. Juni wird US-Präsident Reagan im Rahmen der 750-Jahres-Feierlichkeiten Westberlin einen Besuch abstatten. Seinen Auftritt möchte er mit einer großen Freiheitsrede vor dem symbolträchtigen Brandenburger Tor, umrahmt von rund 20.000 auserwählten Jubel-Berlinern, krönen. Bereits sehr frühzeitig formierte sich ein breites Bündnis aus dem Spektrum der Westberliner Friedensbewegung (SPD, Jusos, SEW, Friedensinitiativen), der AL, Dritte-Welt-Gruppen, Autonome und KB, um ihrerseits für einen gebührenden Empfang des US-Präsidenten zu sorgen. Schließlich sollte aus dem ersten Reagan-Besuch vor fünf Jahren (11.6.82) gelernt werden — damals hatte sich das Anti-Reagan-Bündnis gespalten.

Rund 200 Organisatoren und Initiativen, einschließlich der SPD, riefen damals zu einer friedlichen Großdemonstration am Vorabend des Reagan-Besuchs auf, an der sich 80-100.000 Menschen beteiligten. Am eigentlichen Besuchstag, dem 11. Juni 1982, standen Autonome und AL allein im Reagan. Ca. 8.000 Menschen nahmen an einer verbotenen Demonstration teil. Es kam zum berühmten Kessel am Nollendorfplatz, als ein großes Polizeiaufgebot plus NATO-Stacheldraht die Demonstranten einschlossen. Dennoch gelang es, den Kessel zu durchbrechen, und es folgte die ebenso berühmte „Schlacht am Nolli". Im Nachhinein distanzierten sich einige AL-Mitglieder von den gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Anläßlich des jetzt bevorstehenden Besuches des US-Präsidenten einigten sich inzwischen über 120 Organsationen, Parteien und Initiativen (u.a. die Jusos, ein SPD-Bezirksverband, SEW, AL, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen, Einzelgewerkschaften wie die HBV, Autonome und KB) auf einen gemeinsamen Demonstrationsaufruf, in dem u.a. die Politik der USA gegenüber den Ländern der Dritten Welt und die Aufrüstung kritisiert wird. Das Anti-Reagan-Bündnis wird gemeinsam zu zwei Demonstrationen aufrufen. Das Problem besteht darin, daß der US-Präsident voraussichtlich bereits am Nachmittag des 12. Juni abreist, so daß eine etwaige Großdemonstration erst im Nachhinein stattfinden würde. So kommt es zu einer zentralen Großdemonstration am Vorabend, dem 11. Juni. Alle Beteiligten werden aber auch für Aktivitäten während der Anwesenheit des US-Präsidenten am 12. Juni aufgerufen. Das „wie" war und ist jedoch nach wie vor umstritten.

Neben gemeinsamen Aktionen werden auch verschiedenste dezentrale Aktionen vorbereitet. Nicht nur Reagan, auch die Westberliner Polizei wird sich abrüstungsunwillig zeigen; die Verstärkung der Polizei aus der BRD ist bereits beschlossene Sache.

D., Westberlin

Im Juni-Krieg 1967 besetzte die israelische Armee innerhalb weniger Tage große arabische Gebiete: Die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel sowie Rest-Palästina, d.h. den Gaza-Streifen und das Westjordanland mit Ost-Jerusalem (1). Nur die Sinai-Halbinsel sollte einmal in Friedensverhandlungen an Ägypten zurückgegeben werden (2), für alle übrigen Gebiete war dauerhafte Besetzung und schleichende Annexion geplant.

Ost-Jerusalem wurde schon 1967 mit dem Westteil der Stadt vereinigt und nach Ausdehnung der Stadtgrenzen israelischer Souveränität unterstellt. Die syrischen Golan-Höhen annektierte Israel im Dezember 1981 aus Gründen der Sicherheit, wie das israelische Argument in solchen Fällen lautet. Die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifen hingegen ist offiziell noch heute Verhandlungsgegenstand.

Verhandlungen über die besetzten Gebiete und die Zukunft der Palästinenser sind seit Monaten im Gespräch. Eine Räumung dieser Regionen oder gar ein eigenständiger palästinensischer Staat sind nicht geplant. Vielmehr geht es um eine Lösung, in der die Israelis mit Hilfe des jordanischen Königs ihre Herrschaft über dieses Gebiet langfristig sichern.

20 Jahre nach dem Junikrieg:

Westbanks und Gazastreifen immer noch unter israelischer Besetzung

Die Teilung Palästinas und der erste israelisch-arabische Krieg

Nach Ende des Ersten Weltkrieges erhielten Frankreich und Großbritannien Teile des Nahen Ostens als Mandatsgebiet: Frankreich das heutige Syrien und den Libanon, Großbritannien den Irak und Palästina. Die Briten teilten Palästina im folgenden Jahr auf, hatten sie dieses Gebiet doch zugleich den Juden als Heimstatt (Balfour-Deklaration 1917) und dem Sherif von Mekka als Teil seines zukünftigen großsyrischen Reiches versprochen. Der Jordan und die Linie bis Aqaba bildete die Grenze. Abdallah, ein Sohn des Sherif von Mekka, wurde auf den Thron Transjordaniens gesetzt, die Juden durften weiter im Gebiet westlich des Jordan siedeln, das den Namen Palästina behielt.

Der jordanische König Abdallah konnte seine Macht nur mit britischer Unterstützung aufrechterhalten; Großbritannien kontrollierte die Außen- und Wirtschaftpolitik des bitterarmen Landes, und half beim Aufbau einer Armee unter dem britischen General Glubb Pascha.

1947 beschloß die UN-Vollversammlung die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat, die eine Konföderation bilden sollten. Jerusalem sollte unter UN-Aufsicht gestellt werden. Weder Juden noch Araber waren mit der Teilung einverstanden. Die Zionisten erweiterten mit militärischen Aktionen das ihnen zugesprochene Gebiet. Als die britischen Truppen im Mai 1948 schließlich abzogen, begannen die arabischen Nachbarstaaten den Krieg gegen Israel. Bei Waffenstillstand hatte die israelische Armee etwa die Hälfte des geplanten arabischen Staates besetzt und aus Israel und den im Krieg gewonnenen Gebieten die größten Teile der palästinensischen Bevölkerung vertrieben. 700.000 bis 900.000 Menschen flohen in die Westbank, den Gaza-Streifen und in benachbarte arabische Staaten.

Die von britischen Offizieren befehligte Arabische Legion König Abdallahs hielt das Westjordanland und den Ostteil Jerusalems besetzt. Im Gaza-Streifen standen ägyptische Truppen. Die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates war zu diesem Zeitpunkt auch von den arabischen Regierungen nicht geplant. Die palästinensischen Notablen in der Westbank blieben untätig und sahen die israelische Herrschaft als vorübergehend an. Im Gaza-Streifen hingegen riefen einige traditionelle palästinensische Führer 1948 eine All-Palästinensische Regierung aus, die bedeutungslos blieb.

Die Westbank bis 1967

Das Westjordanland umfaßt 20 % des Gebietes von Palästina und trug zur Zeit der jordanischen Besetzung nur zehn Prozent zum Bruttoinlandprodukt Palästinas bei, war also eine wirtschaftlich relativ schwach entwickelte Region. Der jordanische König aber hatte ein Territorium gewonnen, das in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Tourismus, dem Grad der Urbanisierung, der schulischen und medizinischen Versorgung deutlich weiter entwickelt war als Transjordanien. Die Bevölkerung des dichtbesiedelten Gebietes war dem Transjordaniens zudem an Bildung und politischem Bewußtsein überlegen.

Im Dezember 1948 ließ sich Abdallah von einer Versammlung mehrerer hundert palästinensischer Notablen, die er selbst ernannt hatte, zum König von Gesamt-Palästina (einschließlich Israel) ausrufen, im Mai errichtete er in der Westbank eine zivile Verwaltung und nahm Palästinenser aus den 350 führenden Familien in Kabinett und Verwaltung auf. Im Dezember 1949 erhielten die Palästinenser die jordanische Staatsbürgerschaft. Im April 1950 ließ er auf beiden Jordanufern Wahlen abhalten; das neugebildete Parlament, dem 50 % Palästinenser angehörten, vollzog wenig später die Vereinigung beider Landesteile zum Haschemitischen Königreich von Jordanien (3). Abdallah, der geheime Verhandlungen mit Israel führte, wurde 1951 vor der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem ermordet.

Zusammen mit den rund 500.000 palästinensischen Flüchtlingen des Krieges 1948 waren 60 % der jordanischen Bevölkerung Palästinenser. Die palästinensische Bourgeoisie entwickelte sich, es entstand eine breite Mittelschicht; 70 % der Palästinenser in Jordanien gehörten zur schlecht bezahlten Arbeiterklasse, die in Flüchtlingslagern und Elendsvierteln leben mußten.

Obwohl die Palästinenser die wichtigste ökonomische Kraft des Königreiches waren, wurden sie von der jordanischen Minderheit und der Beduinenarmee des Königs beherrscht. Ausgenommen waren *die* traditionellen palästinensischen Führer, die sich vollständig loyal dem haschemitischen Königshaus gegenüber verhielten und im Regierungsapparat aufstiegen.

Die Palästinenser blieben auch in Jordanien die aktivste Kraft der politischen Opposition, die sich in der Baath-Partei, nasseristischen Strömungen, der Bewegung der Arabischen Nationalisten und der Jordanischen Kommunistischen Partei sammelte und das Regime wegen seines mangelnden arabischen Nationalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Zionismus kritisierte. Als Hussein 1953 nach Abdankung seines Vaters König wurde, waren in der arabischen Welt, besonders in Ägypten und Syrien, panarabische, antiwestliche und anti-monarchische Strömungen gewachsen. Die jordanische Monarchie, die ihre Herrschaft den Briten verdankte, finanziell und militärisch von den Briten abhängig geblieben war, mit Israel verhandelte und ihr Territorium durch die Annexion der Westbank — mit Duldung Israels — vergrößert hatte, war Zielscheibe der Kritik. Unruhen, besonders unter den Palästinensern, verhinderten den Beitritt Jordaniens zum Bagdad-Pakt; der König entließ den britischen Kommandeur der Arabischen Legion, Glubb Pascha, schloß Militärabkommen mit Syrien, Ägypten und Libanon und kündigte den Anglo-Jordanischen Vertrag von 1948. Im Juli 1957 zogen die letzten britischen Truppen ab; ein Jahr später stellte Großbritannien die wirtschaftliche und militärische Hilfe ganz ein, An die Stelle der Briten traten jedoch in wachsendem Maße die Amerikaner. Als 1958 die haschemitische Monarchie im Irak gestürzt wurde, holte Hussein wiederum britische Truppen ins Land, um seine Herrschaft abzusichern.

Nach relativ liberaler Entwicklung war Jordanien 1957 zu einem Polizeistaat geworden, als König Hussein die Regierung Nabulsi abgesetzt und einige Tage später einen Militärputsch niedergeschlagen hatte. Der jordanische König setzte eine Militärregierung ein, ließ das Kriegsrecht verhängen und alle Parteien verbieten (4). Die Opposition war ausgeschaltet. Jordanien erhielt nun jährlich 50 Mio. US-Dollar Unterstützung. Dank dieser finanziellen Hilfe gelang es Hussein, eine ihm loyale Technokratenschicht heranzuziehen und die Spaltung zwischen jordanischer und palästinensischer Bevölkerung zu vertiefen. Der Staat wurde zum größten Arbeitgeber. In weniger als zehn Jahren wuchs der Beamtenapparat um das Vierfache; Jobs, Unterstützungsgelder und Anleihen, Lizenzen und Genehmigungen für Im- und Export wurden gezielt vergeben. Auf diese Weise gewann König Hussein die Loyalität der jordanischen Bevölkerung. Die Spaltung zwischen Jordaniern und Palästinensern vertiefte sich. Die nationale Bourgeoisie, die in den 50er Jahren liberalen Ideen gegenüber aufgeschlossen war, verlor an Einfluß. Die oberen palästinensischen Schichten erreichten zwar Wohlstand, erlangten aber, bis auf wenige Ausnahmen, keine politische Macht. Die unteren palästinensischen Schichten waren nicht in gleichem Maße von wirtschaftlicher Unterstützung des Regimes abhängig und versagten der haschemitischen Monarchie ihre Loyalität, die sie letztlich als Besatzerregime ansahen. Sie waren den panarabischen und antiimperialistischen Ideen gegenüber aufgeschlossen; ihre Vorbilder saßen in Kairo und Damaskus, nicht in Amman.



„Zu verkaufen — gestohlenes Land". Demonstration vor Begins Haus 1979

Seit 1957 hatte sich die jordanische Bevölkerung kaum mehr an Aufständen und Protesten beteiligt. Auch die parlamentarische Opposition wurde weitgehend von Palästinensern getragen. Die Spaltung der beiden Teile der Bevölkerung erleichterte dem jordanischen König 1970 die Vernichtung der palästinesischen Fedayin.

Als auf Initiative Nassers 1964 die Palästinensische Befreiungsorganisation gegründet wurde, war der Konflikt zwischen der haschemitischen Monarchie und den Palästinensern vorprogrammiert. Schließlich beanspruchte die PLO ebenso wie Hussein das Alleinvertretungsrecht für die Palästinenser und stellte so seine Herrschaft direkt in Frage. In Jordanien gab es sofort Auseinandersetzungen um das Recht der PLO, Steuern zu erheben und Palästinenser für die Palästinensische Befreiungsarmee zu werben. 1966 schließlich ließ Hussein alle PLO-Büros schließen. Ahmed Shukeiry, der erste PLO-Chef, rief 1966 zur Gründung einer Palästinensischen Republik in Jordanien auf. Die israelische Armee hatte ein Dorf auf der Westbank überfallen, die jordanische Armee hatte nicht eingegriffen; Palästinenser in allen Städten der Westbank demonstrierten (5).

In dieser Situation konnte sich Hussein eine pro-israelische und antiarabische Haltung nicht leisten, ohne seinen Thron zu gefährden. Deshalb trat er wenige Wochen vor dem Juni-Krieg dem ägyptisch-syrischen Bündnis bei. Die Israelis hatten diese tollkühne Wendung geradezu provoziert: Sie ließen verlauten, Israel sehe in Hussein einen objektiven Verbündeten und würde seinen Sturz mit einer Invasion Jordaniens beantworten (6). Auch die amerikanischen Berater hielten Hussein nicht von seiner Wendung ins radikale arabische Lager ab. Im Juni-Krieg verlor der jordanische König in wenigen Tagen das Westjordanland. Jordanien mußte 300.000 weitere palästinensische Flüchtlinge aufnehmen. Der jordanische König erhielt nun jährlich 120 Mio. Dollar Unterstützung von den arabischen Bruderländern, verfolgte aber umgehend wieder seine alte proimperialistische Politik. Er holte amerikanische Berater ins Land, denen er praktisch die Außenpolitik übertrug und in deren Sinne er seine Armee gegen den wachsenden palästinensischen Widerstand vorgehen ließ. Mehrfach verhandelte Hussein, auf Drängen der Amerikaner, zwischen 1968 und 1970 mit Israel über einen Sonderfrieden (7).

Der Gaza-Streifen bis 1967

Vor 1948 spielte Gaza, ein Unterbezirk Palästinas, eine wirtschaftlich und politisch untergeordnete Rolle. Bis in die Mitte der 40er Jahre siedelten in der Gaza-Region keine Juden. Deshalb wurde dieser Distrikt im UN-Teilungsplan Kern einer der drei Teile Palästinas, die den arabischen Staat bilden sollten. 1948 eroberte die israelische Armee zwei Drittel dieses Gebietes Kornanbau- und Weidegebiete östlich von Gaza gingen verloren, ebenso die Dörfer nördlich der Stadt Gaza, die von Zitrusfrüchten und Gemüseanbau lebten. 180.000 palästinensische Flüchtlinge strömten in den schmalen Streifen, in dem vor dem Krieg 80.000 Menschen gelebt hatten. 1967 war die Zahl der Einwohner auf 385.000 angewachsen, von denen 60.000 wiederum zur Flucht gezwungen wurden.

Heute leben im Gaza-Streifen eine halbe Million Menschen, ein Viertel davon stammt von der einheimischen Bevölkerung ab. Eine kleine Zahl Großgrundbesitzer und Kaufleute haben in Zitrusplantagen investiert, kontrollieren den Handel und die Palestine Bank, außerdem haben sie einige größere Industriebetriebe errichtet. Diese Familien bestimmen das wirtschaftliche und politische Leben im Gaza-Streifen.

Angehörige der einheimischen Mittelschicht besitzen Läden, arbeiten als Lehrer, Ärzte oder Rechtsanwälte oder besitzen kleinere Höfe. Die Ärmsten der Bewohner leben in Elendsvierteln, in denen die Lebensbedingungen schlechter sind als in den acht Flüchtlingslagern, in denen die UNWRA wenigstens für minimale soziale und medizinische Dienstleistungen sorgt. Viele dieser Menschen sind gezwungen, in Israel zu arbeiten.

Während der 19 Jahre ägyptischer Militärverwaltung entwickelte sich die Wirtschaft kaum. 1966 war die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, das Pro-Kopf-Einkommen betrug 80 Dollar. Nur der Zitrusfrüchteanbau dehnte sich aus; davon profitierten jedoch nur die Großgrundbesitzer.

Politische Arbeit war in diesen Jahren kaum möglich. Untergrundorganisationen, wie zum Beispiel die Kommunistische Partei oder die Moslembrüder arbeiteten in Flüchtlingslagern und Hochschulen. Ihre Mitglieder wurden verfolgt und verhaftet. Erst 1962 wurde ein Gesetzgebender Rat gebildet, den ein Palästinenser aus einer einflußreichen Familie leitete. Als 1964 auf Nassers Initiative die Palästinensische Befreiungsorganisation gegründet wurde, durften Studenten und Gewerkschaften mit der PLO zusammenarbeiten.

Als Israel 1967 das Gebiet eroberte, glaubten viele Einwohner, es handele sich um eine kurzfristige Besetzung wie 1956/57. Diese Annahme stellte sich jedoch bald als Irrtum heraus. Im Gaza-Streifen entwickelte sich der stärkste militärische und politische Widerstand gegen die israelische Besatzung (8).

Unter israelischer Besatzung:

Siedlungspolitik und Landnahme

Die israelische Regierung hatte im Juni-Krieg zwar große Gebiete besetzt, die von etwa einer Million Palästinensern bewohnt waren. 300.000 Palästinenser waren, oft zum zweiten Mal, geflohen. Der jüdische Staat aber sollte möglichst araberfrei bleiben. Israel wollte einen Teil der besetzten Gebiete nicht wieder räumen, sondern schrittweise annektieren. In den ersten Jahren spielten Landnahme und der Aufbau von Siedlungen die zentrale Rolle, gleichzeitig bemühte man sich, die Trennung der jüdischen und arabischen Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Auf diesen Vorstellungen basierte der Siedlungsplan der Arbeiterpartei. Die neue Besatzungsmacht bemühte sich deshalb in den ersten Jahren nicht, mit der traditionellen Führerschicht der besetzten Gebiete zusammenzuarbeiten, obwohl die meisten Notablen im Osmanischen Reich, unter britischer und jordanischer Herrschaft mit der jeweiligen Besatzungsmacht kollaboriert hatten und so ihren Einfluß auf Familie, Clan oder Dorf erhalten konnten.

In den ersten zehn Jahren folgte die Besatzungspolitik der regierenden Arbeiterpartei (9) im wesentlichen dem „Allon-Plan". Dieser Plan sah — entsprechend dem nationalen Konsens (10) — für drei besetzte Regionen keine Konzessionen vor.

Ostjerusalem mit der Altstadt und der Klagemauer gehört aus israelischer Sicht natürlicherweise zum zionistischen Staat. Folglich beschloß die Regierung der Nationalen Einheit nur vier Tage nach dem Waffenstillstand, Ost-Jerusalem der israelischen Verwaltung zu unterstellen; vierzehn Tage später dehnte die Knesset per Gesetz die Stadtgrenzen erheblich aus, um Raum für israelische Siedlungen zu schaffen; schließlich wurde Ost-Jerusalem israelischem Gesetz unterstellt. Damit waren Ostjerusalem und Umgebung Teil Israels geworden. Der breite Siedlungsgürtel, der in den folgenden Jahren um Jerusalem errichtet wurde, lag auf Jerusalemer Stadtgebiet und war folglich von allen weiteren Verhandlungen über eine eventuellen Rückgabe der besetzten Gebiete ausgeschlossen.

Nach dem Allon-Plan wurden in dem Gebiet der syrischen Golan-Höhen, das nicht zurückgegeben werden sollte, in den nächsten sechs Jahren siebzehn Siedlungen errichtet. Im Dezember 1981 annektierte Israel die Golan-Höhen.

In dem sehr dichtbesiedelten Gaza-Streifen lebten schon 1967 eine Viertel Million Palästinenser, meist Flüchtlinge. Deshalb errichteten die Israels in diesem Gebiet nur wenige Siedlungen; von 1972 an jedoch im Nord-Sinai südlich von Rafah. Diese Siedlungen wurden bei Rückgabe der Halbinsel an Ägypten zehn Jahre später geräumt.

Ein israelischer Rückzug aus Teilen der Westbank schien nach dem „Allon-Plan" nicht völlig ausgeschlossen: Das Zentrum des Westjordanlandes (Jenin, Nablus, Ramallah, Hebron) sollte, nach Entmilitarisierung dieses Gebietes, jordanischer Verwaltung unterstellt werden — ein Plan, der allerdings von arabischer Seite zurückgewiesen wurde. Möglicherweise wurde dieses "Angebot" Israels in den Geheimgesprächen mit dem jordanischen König Hussein bis 1970 verhandelt. Der Vorschlag einer jordanischen Verwaltung für Teile der Westbanks darf indes nicht mit Rückgabe von Gebieten verwechselt werden. Eine jordanische Verwaltung würde für beide Seiten vorteilhaft sein: Israel wäre von möglichen wirtschaftlichen Belastungen entbunden, die Besetzung der arabischen Gebiete wäre nicht allzu offensichtlich, die Trennung von arabischer und jüdischer Bevölkerung wäre leichter aufrechtzuerhalten. Der jordanische König würde seinen Einfluß in den Westbank bewahren und einer möglichen politischen Radikalisierung vorbeugen.

Bis 1973 wurde der „Allon-Plan" ziemlich genau befolgt. Im Nordteil der Westbank, zwischen Jericho und Jerusalem, wurde ein Siedlungsgürtel

angelegt, der immerhin ein Viertel des Landes umfaßt. Im Süden sollte gar die Hälfte des Landes unter israelischer Herrschaft bleiben, um die Küsten des Toten Meeres und die Gegend um Hebron zu kontrollieren. Diese Ziele verfolgte die Arbeiterpartei offiziell bis 1977 (11).

Gleichzeitig aber folgte die israelische Politik den Vorstellungen des damaligen Verteidigungsministers Moshe Dayans, der sich zum Anwalt einer funktionellen Integration der besetzten Gebiete machte: Übergabe der Verwaltung und sozialer Dienste an lokale palästinensische Institutionen (Gemeinderäte und Büros der jordanischen Verwaltung in der Westbank), damit die israelische Herrschaft gefühlt, aber nicht gesehen wird; die Ausnutzung überschüssiger palästinensischer Arbeitskraft in Israel und die schrittweise Auflösung der palästinensischen Flüchtlingslager mit Hilfe der lokalen Autoritäten; die Fortführung der Politik der offenen Brücken mit Jordanien, um den Austausch von Waren zu erleichtern und Kontakte zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete — und Israels — mit der arabischen Welt zu ermöglichen. Vor allem die "Tauben" der israelischen Regierung waren gegen diesen Plan, da sie um den jüdischen Charakter des zionistischen Staates fürchteten.

Der Wunsch, die Gebiete zu annektieren, und der Bedarf des israelischen Kapitals nach billigen arabischen Arbeitskräften entschieden schließlich zugunsten der Politik Dayans. Nach dem Oktoberkrieg 1973 sprach man von funktionaler Teilung der Gebiete, nicht von territorialer Teilung. Folgerichtig wurde nun die Siedlungspolitik verstärkt. Israel kontrollierte außerdem die Wasserressourcen (12).

Der Galili-Plan, im September 1973 von der Arbeiterpartei angenommen, übernahm die Vorstellungen Dayans: Israelis erhielten Steuervergünstigungen und Anleihen für den Ankauf von Land und die Errichtung von Siedlungen; städtische und industrielle Siedlungen wurden gebaut. Der Schock des Oktoberkrieges verstärkte diese Politik. Westlich der im Allon-Plan vorgesehenen Gebiete wurden Siedlungen in dicht bewohnten arabischen Gebieten gegründet, und schließlich wurden die wilden Siedlungen des Gush Emunim nach und nach von der Arbeiterregierung legalisiert. Am Vorabend der Wahl 1977, die Begin an die Macht bringen sollte, war die Situation in den besetzten Gebieten folgendermaßen: Die palästinensische Arbeitskraft blieb wichtig für die israelische Wirtschaft, trotz der Rezession; die landwirtschaftliche und industrielle Integration der besetzten Gebiete in den israelischen Markt wurde fortgesetzt. Die von Israel konfiszierten Gebiete des Westjordanlandes umfaßten 30 % des gesamten Gebietes, aber 70 bis 80 % im Jordantal (13). Die Arbeiterpartei hatte bis 1977 80 jüdische Siedlungen errichtet: 26 auf dem Golan, 22 im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel, 32 in der Westbank ohne den Siedlungsgürtel um Jerusalem (14). Die Zahl der Siedler blieb jedoch gering: auf dem Golan 3.000, in Gaza und Sinai 3.500, im Westjordanland 1972 800 und 1977 4.400, zusammen also 10.900 (15).

Mit dem Amtsantritt Begins wurde die Siedlungspolitik beschleunigt. In dem 26-Punkte-Plan über die Zukunft der Westbank und des Gaza-Streifens (die Sinai-Siedlungen waren ausgenommen), übernahm Begin im wesentlichen die Vorstellungen Dayans. Begin legte diesen Plan im Januar 1978 der Knesset vor, zwei Monate nach dem Jerusalem-Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadats, um keinen Zweifel daran zu lassen, wie eine Autonomie für die Palästinenser aussehen sollte.

Siedlungspolitik stand nun an wichtiger Stelle im Regierungsprogramm, Ariel Sharon war als Landwirtschaftsminister für diese Politik verantwortlich. Der Allon-Plan wurde ausrangiert und durch die Vorschläge Sharons ersetzt: Nach diesen Vorstellungen sollte die Westbank mit einem Netz jüdischer Siedlungen überzogen werden. Kern des Plans sind fünf große Städte, die durch Straßen mit dem israelisshen Kernland verbunden sind, die an den arabischen Orten vorbeiführen und das Land zerstückeln. In den geplanten Siedlungen sollen 200.000 Menschen wohnen (16).

Diese Zahl ist heute längst nicht erreicht, dennoch wuchs die Zahl der jüdischen Siedler seit 1977 schnell: im Jahr 1981 waren es in der Westbank 16.200, im Dezember 1982 21.000 und Ende 1984 42.600, die in 114 Siedlungen lebten (1977: 32) (17); 1986 wohnten schon 60.000 Menschen in 126 Siedlungen.

Sicher, die Zahl der Siedler ist, verglichen mit der arabischen Bevölkerung (rund eine Million), gering geblieben. Betrachtet man diese Zahlen, scheint der Erfolg der israelischen Siedlungpolitik gering. Aber: Der größte Teil dieser Siedler sind Anhänger fanatischer religiöser Gruppen, die ausgesprochen provokativ und militant auftreten und der palästinensischen Bevölkerung fortwährend deutlich machen, daß sie deren Vertreibung wollen.

Inzwischen hat Israel große Teile des Landes konfisziert oder es der Jewish Agency und jüdischen Privatleuten ermöglicht, es zu kaufen, weit mehr, als der israelische Staat heute kolonisieren kann.

Die Politik der Landnahme ist aus israelischer Sicht legal. Israel hat die Haager Konvention von 1907 und die Genfer Konvention von 1949 anerkannt und deren Gültigkeit für die besetzten Gebiete erklärt. Diese Vereinbarungen erlauben der Besatzungsmacht, Land für militärische Zwecke für die Dauer der Besatzung zu konfiszieren, nicht aber es endgültig in Besitz zu nehmen oder gar die eigene Bevölkerung dort anzusiedeln. Beschwerden weist der Oberste Gerichtshof denn auch regelmäßig ab: Das Land werde für begrenzte Zeit gebraucht, um die militärische Sicherheit aufrechtzuerhalten. Einzig das Land, das vor 1967 als Privatbesitz in Jordanien registriert war — und das ist nur ein Drittel der Westbank —, kann nicht ohne weiteres von Israel in Besitz genommen werden. Wiederholt jedoch, beispielsweise zum Straßenbau, hat die Militärregierung dann die jordanischen Gesetze über Enteignung für öffentliche Zwecke anzuwenden.

Die Palästinenser, die auf diese Weise ihres Landes beraubt wurden, haben gleichzeitig ihre Wirtschaftgrundlage verloren; die Wirtschaft in der Westbank stagniert, nicht zuletzt wegen der Auflagen der israelischen Militärregierung. Vielen Palästinensern bleibt nur die Arbeit in Israel, die Emigration oder die Abhängigkeit von Geldzuwendungen aus dem Ausland (18)

Die Möglichkeiten, gegen die israelische Politik Widerstand zu leisten, sind gering.

Der Artikel wird im nächsten AK fortgesetzt. Er behandelt den Widerstand in den besetzten Gebieten, die traditionelle und nationalistische Führungsschicht, ihr Verhältnis zur PLO und den Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten, die wirtschaftliche Entwicklung und das Anwachsen des Einflusses des Islam.

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1)Gemeint ist Palästina nach Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina in Palästina und Transjordanien.
(2) Im April 1982 wurde die Sinai-Halbinsel von israelischen Truppen geräumt, die Siedlungen wurden aufgelöst.
(3) Vg. Gudrun Krämer, Jordanien, S. 358, in: Nohlen/Nussheler (Hg), Handbuch der Dritten Welt 6, Hamburg 1983
(4) wie (3), S. 359
(5) Naseer H. Aruri and Samih Farsoun, Palestinian Communities and Arab Host Countries, in: Khalel Nakhleh, Elia Zureik, The Sociology of the Palestinians, London 1980, S. 112 f.
(6) Hans Henle, Der neue Nahe Osten, Frankfurt 1972, S. 131
(7) wie (6), S. 132
(8) vgl. Ann M. Lesch, Gaza: The Forgotten Corner of Palestine, in: Journal of Palestine Studies, 57, Autumn 1985, S. 43 - 59
(9) Die Arbeiterpartei war wichtigste Partei in den Regierungskoalitionen zwischen 1967 und 1977, zunächst in der kurz vor dem Juni-Krieg gebildeten Regierung der Nationalen Einheit unter Einschluß der Cherut-Partei Menachem Begins, dann im Arbeiterblock unter Einschluß der sozialistischen Mapam.
(10) Kritik übten nur die kommunistische Rakach und linke außerparlamentarische Gruppen.
(11) vgl. Alain Dieckhoff, A Propos des Territoires Arabes Occupes, in: L'Afrique et l'Asie Modernes, No. 141, Ete 1984
(12) Salem Tamari, the Palestinians in the West Bank and Gaza: The Sociology of Dependency, S. 84 f., in: Nakhleh, Zureik, a.a.O.
(13) wie (11)
(14) wie (12), S. 86
(15) Michael Wolffsohn, Israel, Opladen 1987, S. 20
(16) wie (11), S. 88
(17) wie (15)
(18) Kenneth Lewan, The Palestinian Resistance to Israeli Settlement, in: The Middle East, Febr. S. 87, S. 13 - 16

Nahost-Friedenskonferenz:

Viel Lärm um nichts

1987 sollte „ein Jahr der Friedensverhandlungen" werden, versprachen Mubarak (Ägypten) und Peres (Israel), als sie sich im September letzten Jahres trafen. Stattdessen scheint 1987 ein Jahr des leeren Geschwätzes zu bleiben. Ein Geschwätz allerdings, an dem Israels Große Koalition faktisch zerbrochen ist, auch wenn der im Oktober 1986 ins Amt rotierte Ministerpräsident Schamir vom rechten Likud-Block bisher nicht die Absicht zeigt, den Weg für Neuwahlen freizugeben, die von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gefordert werden. Verständlich, denn Meinungsumfragen besagen, daß der Vorsprung der Arbeiterpartei vorm Likud noch nie so groß war wie derzeit: 41% zu 24%, also 17 Prozentpunkte Abstand. Bei der Knesset-Wahl 1984 hatte die Arbeiterpartei nur 3 Prozentpunkte vorm Likud gelegen. In Israel heißt es denn auch vielfach, daß die Herbeiführung von Neuwahlen das eigentliche Ziel des von Peres provozierten Streits über eine Nahost-Friedenskonferenz gewesen sei.

Der Likud lehnt eine internationale Konferenz kategorisch ab und verweist stattdessen auf den beim Friedensschluß mit Ägypten (1977-79) bewährten Weg direkter, zweiseitiger Verhandlungen. Die Wahrheit ist aber, daß es für den Likud sowieso nichts mehr zu verhandeln gibt, weil Israel nach Ansicht der Rechten kein Stück der jetzt noch besetzten (Westbank, Gaza) und der inzwischen annektierten Gebiete (Ostjerusalem, Golan) freigeben sollte.

Für die Arbeiterpartei gilt das Phantom einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA und der UdSSR als rein zeremonielles Vorspiel, um möglichst schnell zu direkten Verhandlungen mit Jordanien zu kommen. Die Konferenz soll, wie es schön anschaulich heißt, ein „Schirm" sein, der es dem jordanischen König Hussein leichter macht, mit Israel ins Gespräch zu kommen. Hussein selbst habe ausdrücklich auf diesem „Schirm" bestanden, um der völligen Isolierung zu entgehen, der Ägyptens Sadat nach seinem Friedensschluß mit Israel ausgesetzt war. Insbesondere soll Hussein die Beteiligung der UdSSR verlangt haben. Peres macht aber zwei wesentlihe Einschränkungen, die Anlaß zu Zweifeln geben, ob er überhaupt eine internationale Konferenz will: 1. Die UdSSR soll nur teilnehmen dürfen, wenn sie vorher zwei Bedingungen erfüllt — die Wiederaufnahme der seit 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen und die Ingangsetzung einer neuen jüdischen Ausreisewelle nach Israel. Diese öffentlich bekanntgegebene Festsetzung des Eintrittspreises für eine Konferenz, die erklärtermaßen sowieso nur eine leere Hülle ohne Kompetenzen sein soll, stellt de facto eine Verhöhnung der UdSSR dar. In beiden Punkten würde Israel im Übrigen vermutlich ohne provozierend publizierte Ultimaten und ohne das Junktim mit einer Konferenz, deren Stattfinden immer unwahrscheinlicher wird, mehr erreichen können. 2. Die PLO soll bei der Konferenz nicht vertreten sein. Zugelassen werden sollen lediglich von Israel akzeptierte palästinensische Individuen im Rahmen der jordanischen Delegation.

Ende April berichtete die israelische Presse, daß zwischen Peres und Hussein insgeheim schon eine weitgehende Einigung über die Konferenz-Modalitäten erreicht worden sei. Beide Seiten dementierten prompt und scharf. Das israelische Außenministerium sprach von einer Spekulation, die dazu bestimmt sei, den Friedensprozeß zunichte zu machen. Die jordanische Regierung behauptete, sie würde niemals ohne die PLO verhandeln. Drei Wochen später gaben die USA, nun unwidersprochen, die Hauptpunkte eines israelisch-jordanischen Geheimabkommens bekannt: 1.Es sollen gleich nach Konferenzbeginn bilaterale Verhandlungsausschüsse gebildet werden. 2.Die Konferenz soll weder „Lösungen aufzwingen" dürfen, noch ein Vetorecht gegen die in den bilateral geführten Verhandlungen vereinbarten Ergebnisse haben. 3. Palästinenser sollen nur im Rahmen der jordanischen Delegation teilnehmen dürfen, und auch nur *solche*, die als Vorbedingung die UN-Resolutionen 242 und 338 anerkennen (d.h. vor allem Anerkennung des Staates Israel) und sich von „Terrorismus und Gewalt" distanzieren. 4. Jeder Teilnehmer soll jederzeit aus den Verhandlungen aussteigen dürfen. Aus den Erläuterungen US-amerikanischer Politiker geht hervor, daß Israel sich der unbedingten Rückendeckung der USA sicher sein könnte, falls es die Konferenz bzw. die Verhandlungen platzen lassen würde — beispielsweise weil den Israelis ein palästinensischer Delegierter nicht paßt oder die UdSSR die ihr zugedachte Komparsenrolle überzieht. Unklar bleibt, ob Peres sich in den geheimen Abmachungen mit Jordanien darauf festgelegt hat, erhebliche „territoriale Konzessionen" (gemeint ist: in den seit 1967 besetzten Gebieten) zu machen. Peres hat entsprechende Meldungen als „Verleumdungskampagne" dementiert. Es gehe darum, Verhandlungen „ohne Vorbedingungen" zu beginnen. An seinen Vorbedingungen für eine Teilnahme der UdSSR und der Palästinenser hält Peres trotzdem fest. Daß es in diesem Jahr überhaupt zu einer Konferenz kommen könnte, ist angesichts der Pattsituation in der israelischen Innenpolitik äußerst unwahrscheinlich. Eigentlich ein Grund mehr für die Annahme, daß es für die UdSSR keinen Grund gibt, sich auf Peres' Spiel einzulassen. Aber im Zeichen des „neuen Denkens" sind Überraschungen nicht auszuschließen. Immerhin hat sich die UdSSR in den vergangenen Monaten auffallend stark für das Konferenz-Projekt eingesetzt, obwohl dessen Substanzlosigkeit offensichtlich ist, und hat auf die linken Teile der PLO Druck ausgeübt, dies Projekt zu akzeptieren. (Die Orientierung auf die Konferenz ist ein wesentliches Motiv für die in Algier vollzogene Wiedervereinigung der PLO.)

Zur Beteiligung der Palästinenser: Israel wird in den besetzten Gebieten keinen einzigen Gesprächspartner von Bedeutung finden, der ohne direkte oder stillschweigende Billigung der PLO verhandeln würde. Arafat hat deshalb früher einmal gesagt: „Jeder Palästinenser, der mit Israel verhandelt, wird das in meinem Namen tun." Mit dieser Aussage hatte Arafat damals die Bedeutung einer *offiziellen* Vertretung der PLO bei künftigen Friedensverhandlungen herunterspielen wollen. Die letzte Tagung des PLO-Nationalrats in Algier hat sich in dieser Frage jedoch deutlich ausgesprochen: die PLO will *gleichberechtigt* an einer Friedenskonferenz beteiligt werden, und das heißt mit einer offiziellen, autonomen Delegation. Da zumindest in absehbarer Zeit keine israelische Regierung das akzeptieren wird, steht die Frage, wieviel Spielraum Arafat für eine eigenwilligere „Auslegung" der Beschlußlage haben würde, wenn ein Konferenz-Projekt (oder eine israelisch-jordanische Verhandlungsrunde) ins Stadium der konkreten Planung käme. Daß jeder palästinensische Teilnehmer sich zur Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 sowie zur Distanzierung von „Gewalt und Terror" verpflichten müßte — auch dies wieder nur einseitig: Israel würde sich weder zur Anerkennung der PLO noch zum Gewaltverzicht verpflichten — engt Arafats Spielraum fast auf Null ein, denn auch in diesen Punkten gibt es eine eindeutige Beschlußlage der PLO. Palästinenser, die sich der von Israel geforderten Prozedur unterziehen würden, um am Verhandlungstisch Platz nehmen zu dürfen, müßten entweder eine stillschweigende Zustimmung Arafats haben — und daran würde die mühsam rekonstruierte Einheit der PLO gleich wieder zerbrechen — oder sie wären als „Verräter" abgestempelt. Dazu ist kein einziger namhafter Palästinenser bereit — auch nicht unter denen, deren Sympathien für Jordanien oder Ägypten bekannt sind, denn für alle steht die Loyalität zur PLO außer Diskussion. Diese Tatsache ist den israelischen Politikern wohlbekannt.

Fazit: Peres' Vorbedingungen an die UdSSR und an die Palästinenser zielen darauf ab, eine Konferenz gar nicht erst zustandekommen zu lassen. Falls das Konferenzprojekt nicht sogar ausschließlich als innenpolitisches Manöver interpretiert werden muß, könnte der Zweck höchstens darin bestehen, für König Hussein den Weg zu direkten, zweiseitigen Gesprächen etwas leichter zu machen, indem man der UdSSR und den Palästinensern die Schuld anlastet, daß eine Konferenz wegen ihrer destruktiven Haltung nicht möglich gewesen sei.

Worüber könnte überhaupt verhandelt werden? Als israelisches Maximalangebot, das aber nur von der Arbeiterpartei getragen wird, also bisher nicht mehrheitsfähig ist, steht die Beteiligung Jordaniens an der Verwaltung der Westbank. Das beträfe ungefähr zwei Drittel der Westbank. Der Rest, einschließlich Ostjerusalem, soll unter alleiniger israelischer Kontrolle bleiben. Das würde u.a. bedeuten, daß zwischen Jordanien und dem zur Disposition stehenden Teil der Westbank eine israelische „Sicherheitszone" liegen würde. Was die gemeinsame Verwaltung angeht: in Israel wird das sarkastisch so beschrieben, daß Hussein für die Müllabfuhr und das Eintreiben der Steuern zuständig wäre, während die militärische und damit letztlich auch die politische Gewalt bei Israel bliebe, zumindest für eine nicht definierte „Übergangszeit". Israelis, die in diesem Teil der besetzten Gebiete leben, würden ihren Status als israelische Staatsbürger behalten. Für eine völlig instabile Situation wäre also gesorgt. Man kann sich die bekannte Eskalation vorstellen: nach dem nächsten palästinensischen Attentat würden wieder Scharen bewaffneter jüdischer Siedler brandstiftend und zerstörend durch arabische Dörfer und Städte ziehen, würden Orangengärten vernichten, arabische Geschäfte zerschlagen. Die israelische Armee müßte wieder eingreifen, Ausgangssperren (gegen die Araber) verhängen, Verhaftungen (unter den Arabern) vornehmen usw. wie bisher.

Für die Palästinenser würde sich bei diesem „Friedensplan" von Peres gar nichts ändern, außer daß sie zwei Herren statt nur einem im Nacken hätten — neben dem Besatzungsregime Jerusalems auch noch den reaktionären Monarchen aus Amman. Außerdem ist davon auszugehen, daß für die Entfaltung einer nationalen und politischen palästinensischen Autonomie die israelische Besetzung immer noch günstiger ist, als wenn die Westbank wieder von Hussein regiert würde. Der Unterschied ist beispielsweise: Die israelischen Behörden machen gelegentlich die eine oder andere in ihrem Machtbereich erscheinende arabische Oppositionszeitung für mehrere Wochen dicht. Hussein würde sie alle sofort verbieten.

Und Hussein selbst? Was könnte ihm eine Beteiligung am Besatzungsregiment über mehr als eine Million Palästinenser bieten? Nicht den geringsten politischen Vorteil, dafür aber einen Haufen zusätzliche Probleme. Sadat wurde zwar nach dem Friedensabkommen mit Israel (1979) in der ganzen arabischen Welt als Verräter gebrandmarkt, aber galt wenigstens in Ägypten selbst als erfolgreicher Staatsmann, der die Sinai-Halbinsel zurückgeholt hatte. Hussein könnte von Verhandlungen mit Peres nur als nützlicher Idiot Israels nach Amman zurückkehren. Die Frage ist, ob seine Abhängigkeit von den USA wirklich so extrem ist, daß ihm diese Rolle aufgenötigt werden kann. Er würde sie kaum lange überleben. Mit den Worten des PFLP-Vorsitzenden Habasch: *„Dem König sollte dann auch klar sein, daß er die Verantwortung dafür trägt. Mehr möchte ich darüber nicht sagen. Er weiß genau, was ich damit meine."* („Spiegel", 11.5.)

Soweit wird es aber wohl nicht kommen. Mit der jetzigen israelischen Regierung, die regulär noch bis 1988 im Amt ist, wird es weder eine Friedenskonferenz noch Friedensverhandlungen geben. Vorgezogene Neuwahlen werden von Schamir abgelehnt. Peres scheint diese Runde verloren zu haben. Das Ergebnis ist vorerst, daß in der Regierung das Gewicht der Orthodox-Religiösen zugenommen hat, auf die Schamir sich nun verstärkt stützt. Peres scheint vor allem die Haltung der USA ganz falsch eingeschätzt zu haben. Die US-Regierung ist nicht bereit, in Sachen Friedenskonferenz Druck auf Schamir auszuüben. Ebensowenig wollen sich die zionistischen und anderen großen jüdischen Verbände der USA, auf die Peres gehofft hatte, ins Geschirr spannen lassen. Selten wurde mit einem so miserablen Blatt derart unverschämt hoch gepokert.

Um nochmals Habasch zu zitieren: *„Es ist sinn- und zwecklos, darauf zu hoffen, daß wir irgend etwas von Israel bekommen; denn Israel ist politisch und militärisch in einer viel besseren Position. Es hält Territorien von drei arabischen Ländern besetzt. Warum sollte es plötzlich auf einer internationalen Konferenz Konzessionen machen?"* Was rät Habasch stattdessen? *„Nur durch bewaffneten Kampf kann Palästina befreit werden, nur durch bewaffneten Kampf kann ein palästinensischer Staat entstehen."* („Spiegel", s.o.) Aber wie macht man das gegen einen Gegner, der *„politisch und militärisch in einer viel besseren Position"* ist? Das Dilemma ist offensichtlich.

Kt., Hamburg

Das Treffen ist die Botschaft

Palästinensisch-israelischer Dialog in Costinesti

„Wir alle kämpfen dafür, der Besetzung und der Herrschaft über anderthalb Millionen Palästinenser in der Westbank und in Gaza ein Ende zu machen, die die israelische Gesellschaft brutalisiert und zur Zerstörung der moralischen und sozialen Werte führt, aus der sie ihre Kraft schöpfte." Mit diesen Worten eröffnete Simcha Flapan für die israelische Delegation das israelisch-palästinensische Treffen im November 1986 in Costinesti (Rumänien). Das PLO-Exekutivkomitee begrüßte in einer Resolution die Zusammenkunft mit „den demokratischen und progressiven Kräften in der israelischen Gesellschaft" und „würdigt den Mut der Delegationsmitglieder, die an dem Treffen teilnahmen und ruft auf zur Fortsetzung des Dialogs jetzt und in der Zukunft."

Am 6. November 1986 kamen in Costinesti 29 Israelis und 15 Mitglieder der PLO zu einem Treffen zusammen, das — im Unterschied zu allen bisherigen derartigen Zusammenkünften — zuvor sowohl von den Israelis als auch von der PLO öffentlich bekanntgegeben worden war. Die Bemühungen um ein Treffen dieser Art hatten im März 1985 begonnen, als von israelischen Friedenskräften der erste Aufruf für die Einberufung einer Internationalen Konferenz für Frieden im Nahen Osten veröffentlicht wurde. Am Rande der Nachfolgekonferenz für Frieden im Mittleren Osten der regierungsunabhängigen Organisationen (NGO) in der UNO, die Mitte letzten Jahres in Wien stattfand, kamen Israelis und PLO-Vertreter überein, ein Treffen (jüdischer) Israelis mit Palästinensern anzugehen, das von beiden Seiten zuvor öffentlich bekanntgegeben werden sollte.

Etwa zur gleichen Zeit, als diese Absprache in Wien getroffen wurde, wurde in der Knesset ein Zusatz zu der „Verordnung zur Verhütung von Terrorismus" durchgesetzt, der jeden von der Regierung nicht genehmigten Kontakt israelischer Bürger mit Mitgliedern der PLO mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren bedroht. (1) Bezeichnenderweise wurde diese Gesetzeserweiterung nur von einer *Minderheit* der Knesset-Mitglieder verabschiedet, da sich die Mehrheit der Stimme enthalten oder vor der Abstimmung den Saal verlassen hatte. (2)

Konkret initiiert wurde das Treffen schließlich von dem „Komitee für israelisch-palästinensischen Dialog, gegründet von Israelis orientalischer Herkunft", das im Januar 1986 mit einer Deklaration an die Öffentlichkeit trat, in der es u.a. heißt: „Wir (...), eine Gruppe israelischer Bürger orientalischer Herkunft, sind tief betroffen von der Situation der zwei Völker — Juden und Palästinenser — in *Eretz Israel/Falestin*. Wir anerkennen das unveräußerliche Recht beider Völker, in Frieden unter eigener Souveränität zu leben." (Hervorhebg. i. Orig.)

Wiewohl das Treffen schon geraume Zeit vor der Verabschiedung des Kontaktverbot-Gesetzes angegangen worden war, wurde die Durchführung des Treffens jetzt zugleich zur Demonstration, daß sich *jener* Teil der israelischen Friedenskräfte, der zum Dialog mit der PLO bereit ist, diesem — wie es der israelische Rechtsanwalt Amnon Zichroni formulierte —„Gesetz zur Verhinderung von Frieden" nicht zu beugen gewillt ist.

Die eigentliche „Meldung" war für große Teile der — nicht-arabischen bzw. nicht-palästinensischen Presse — nicht der mit diesem Treffen erreichte Fortschritt, sondern vielmehr eine angebliche Spaltung der israelischen Delegation sowie die Behauptung, in Costinesti habe gar kein Dialog stattgefunden, das Treffen sei vorzeitig und ohne Ergebnis abgebrochen worden. Von Kochawi Schemesch, Vorsitzender der „Orientalischen Front" und Mitglied des „Komitees für israelisch-palästinensischen Dialog", der sich kurz vor der Abreise der Delegation nach Rumänien von der Gruppe trennte, war auf einer Pressekonferenz eine Zahl von rund 150 (jüdisch-)israelischen Teilnehmern der Delegation angegeben worden. (Salah Chalaf, bekannter unter seinem nom de guerre Abu Ijad, der absprachegemäß für die PLO in Tunis das Treffen bekanntgab, sprach am 30.10. von voraussichtlich *40* Israelis, die an dem Treffen teilnehmen würden; eine Zahl, die der der tatsächlichen Delegationsstärke abzüglich derer, die noch in letzter Minute absprangen, in etwa entsprach.) Weiter hatte Schemesch geäußert, die Konferenz würde vom rumänischen Staatspräsidenten Ceaucescu eröffnet werden (tatsächlich hatte der Rumänische Schriftstellerverband die Schirmherrschaft übernommen) und Rumänien werde ein Sonderflugzeug stellen. Über die Gründe Schemeschs, diese Behauptungen vor der Presse aufzustellen, läßt sich nur spekulieren. Jedenfalls war es diese Großsprecherei, die „interessierten Kreisen" später dazu diente, als „nur" 29 (jüdische) Israelis nach Rumänien abflogen und einige Delegationsmitglieder in letzter Minute absprangen, eine bedeutende „Spaltung" der Delegation zu behaupten, um so von vornherein die Zusammenkunft von Israelis mit Vertretern der PLO als gescheitert auszugeben. Zumindest objektiv gestützt wurde diese „komplizierte Operation" noch durch den Protest der „Orientalischen Front" wie der (ebenfalls von orientalischen Juden gebildeten) Gruppe „Osten für den Frieden" gegen die Kürzung ihrer Beteiligungsquote — was allerdings daran lag, daß der rumänische Gastgeber nicht unbegrenzt Freikarten für den Flug zur Verfügung gestellt hatte. Fehlen durfte selbstredend auch nicht die Behauptung, die Kommunistische Partei habe versucht, die Delegation unter ihre Kontrolle zu bringen. Chajiim Hanegbi, Sprecher der „Progressiven Friedensliste" sagte vor der Knesset, er sei aus der Delegation aufgrund des Druckes der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Dem hielt der Delegationsleiter Latif Dori entgegen, er habe Hanegbis Ticket noch bereitgehalten, als die Delegation auf dem Flugplatz ankam; Hanegbi habe sich in letzter Minute Schemesch angeschlossen.

Der israelische Generalstaatsanwalt jedenfalls wußte eh — Spekulationen über die Erfolglosigkeit des Treffens hin oder her — welchen Interessen er zu dienen hat: Bei der Rückkehr nach Israel wurde noch auf dem Flughafen die vierköpfige Delegationsleitung festgenommen, von der Polizei verhört und der „Unterstützung einer terroristischen Organisation" angeklagt. (Der Prozeß begann am 27.4., die eigentliche Verhandlung wird jedoch erst Mitte Juni beginnen.)

K., Hamburg

Anmerkungen

1) Dieses Antikontakt-Gesetz war Teil eines Deals zwischen den Parteien der Knesset: nur zusammen mit *diesem* Gesetz waren die Rechten bereit, einem Antirassismus-Gesetz zuzustimmen, über das seit Monaten heftig gestritten worden war. In der zugleich mit dem Antikontakt-Gesetz beschlossenen Fassung war es so verwässert, daß sogar der rechtsradikale Abgeordnete Meir Kahane zustimmte, gegen dessen faschistoide Bewegung Kach, die u.a. die Vertreibung der Palästinenser aus Israel fordert, das Gesetz sich ursprünglich hatte richten sollen. Zum Inhalt des Gesetzes s. die dem Interview beigegebene Dokumentation.

2) *Für* das Gesetz stimmten alle rechten Parteien; *dagegen* Mapam, Chadasch und Progressive Friedensliste sowie u.a. Abba Eban und Schewach Weiss von der Arbeitspartei. Der Stimme *enthielten* sich bzw. verließen vor der Abstimmung den Saal (um nur die Bekanntesten zu nennen) Ezer Weizmann, Jitzchak Navon, Schimon Peres, Jitzchak Rabin.



Der offizielle Teil des Treffens in Costinesti. Links Mitglieder der PLO-Delegation (Imad Shekour, Raymonda Tawil, Ibrahim Ayad, Dr. Fuad Al-Bittar, Reserve-General Abdul-Razzak Al-Yahya, Nabil Amr, Khaled Salam); rechts Mitglieder der israelischen Delegation (Latif Dori, Simha Flapan, Jaffa Gavisch, Ruth Levin, Reuven Kaminer, Jael Lotan, Dov Jeremija, Elieser Feiler).

„Sie haben sich nicht bekreuzigt und wir haben uns nicht bekreuzigt"

Interview mit Elieser Feiler, angeklagt wegen Kontakten zur PLO

Elieser Feiler, einer der Delegationsleiter der Gruppe von Israelis, die sich im November 1986 mit Vertretern der PLO in Costinesti traf, ist aufgrund der Teilnahme an diesem Treffen, wie auch die drei anderen Mitglieder der Delegatoinsleitung, vom israelischen Generalstaatsanwalt der „Unterstützung einer terroristischen Organisation" angeklagt. (Der Prozeß beginnt Mitte Juni.) Wir sprachen mit Elieser während seiner vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten organisierten Rundreise durch die BRD und die Schweiz über Vorgeschichte und Verlauf des Treffens sowie die Chancen des Zustandekommens einer internationalen Konferenz.

Elieser, 1921 in Düsseldorf geboren, 1938 nach Palästina emigriert, ist seit Anfang der 40er Jahre aktiv in der kommunistischen Bewegung Palästinas bzw. Israels. Jedoch durchaus nicht durchweg in derselben Partei, denn er trennte sich stets von der Partei bzw. dem Parteiflügel, der seiner Auffassung nach eine nur jüdisch- oder nur arabisch-nationalistische Richtung einschlug, da er fast von Anbeginn seiner politischen Tätigkeit in Palästina vertrat, daß beide in diesem Land lebende Völker, Palästinenser wie Juden, das Recht auf Selbstbestimmung haben. Was unter den heutigen politischen Bedingungen für ihn heißt: Friedensverhandlungen unter Einschluß der PLO, Rückgabe aller besetzten Gebiete einschließlich des arabischen Teils von Jerusalem, Schaffung eines eigenständigen Palästinenserstaates neben Israel.

Elieser ist heute Mitglied der Rakach (Neue Kommunistische Liste), die im Rahmen der Bündnisformation Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) in der Knesset vertreten ist, und Delegierter der Chadasch im Nationalrat der Histradut. Er lebt und arbeitet als Agronom im Kibbuz Jad Chana, der in Israel im Rufe steht, ein kommunistischer Kibbuz zu sein.

Treffen von Arabern bzw. Palästinensern einerseits, israelischen Juden andererseits gibt es schön seit geraumer Zeit. Was hebt die Zusammenkunft in Costinesti gegenüber den bisherigen Treffen hervor?

Es hat natürlich Treffen zwischen Israelis und Arabern im allgemeinen schon seit vielen Jahren gegeben. Der Dialog zwischen Israelis und *Palästinensern* ist neueren Datums. Warum? Weil es sogar bei internationalen Treffen, die während der ganzen Jahre von der kommunistischen Bewegung organisiert wurden, in den meisten Fällen keine Bereitschaft der Kommunisten aus arabischen Staaten gab, sich mit Israelis zu treffen. Es gab Jahre, wo sie sich sogar mit den israelischen Kommunisten nicht treffen wollten, sogar mit den israelischen *arabischen* Kommunisten nicht, weil man sie als Quislinge betrachtete.

Seit den Versuchen von Curiel, einem ägyptischen Kommunisten, der 1978 ermordet wurde, er war der Initiator der Bologna-Konferenz, wo sich Israelis und Araber trafen, ist der Weg für Treffen offen. Der Nachteil der israelisch-palästinensischen Treffen war, daß man sie meist überhaupt nicht bekanntmachen konnte oder erst nachher. Und dann ist es manchmal passiert, daß eine Seite das mitgeteilt hat und die andere Seite hat dementiert.

Öffentliches Treffen mit der PLO

Dieses Mal ist das erste Mal, das beschlossen wurde und auch durchgeführt ein öffentliches Treffen mit Presse, mit Fernsehen, was schon vorher verlautbart wurde, von Tunis, von Paris durch die PLO und von uns in Tel Aviv und Jerusalem, daß wir uns mit den Palästinensern treffen. Und das ist das Neue, ich würde sagen: qualitativ Neue.

Daß ihr ein Treffen mit der PLO durchführt.

Mit der PLO! Wir haben gesagt in Israel, daß wir uns mit der PLO treffen werden, und die haben gesagt, sie werden sich mit progressiven Israelis treffen. Sie haben nicht hinzugefügt, wie es in der Vergangenheit oft war, sie träfen sich mit *antizionistischen* oder sonstwie Leuten und haben sich nicht bekreuzigt. *Sie haben sich nicht bekreuzigt und wir haben uns nicht bekreuzigt*. Unser gemeinsamer Nenner ist, daß wir — beide Seiten — für das Selbstbestimmungsrecht beider Völker sind und für die Einberufung der internationalen Konferenz.

Diese Geschichte hat angefangen faktisch am 2. März 1985, da haben wir veröffentlicht den ersten Aufruf für die Unterstützung der internationalen Konferenz. Seither arbeiten wir an dieser Geschichte. Es gab die zwei Treffen der sogenannten Nachfolgekonferenzen der regierungsunabhängigen Organisationen für Frieden im Mittleren Osten, die eine war in Genf, die andere in Wien. Sozusagen am Rand dieser Konferenz wurde vereinbart, daß die Zeit gekommen ist, daß wir nicht mehr nur Unterschriften sammeln oder Propaganda machen für die internationale Konferenz, sondern daß wir von beiden Seiten zeigen sollen, daß es möglich ist, sichzu treffen und daß man das im Voraus bekanntmachen solle. Ungefähr um dieselbe Zeit, wie diese Konferenz in Wien war, wurde im israelischen Parlament ein Gesetz durchgepeitscht, das israelischen Bürgern Kontakte mit der PLO unter Strafandrohung verbietet.

Zu uns sagt man, wir hätten mit dem Treffen ein Gesetz gebrochen. Es ist genau umgekehrt: man hat ein Gesetz illegal durchgepeitscht, weil man das Treffen verhindern wollte. In der Presse hieß es, wir führen zu dem Treffen, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Uns interessiert das nicht. Wir haben beschlossen zu fahren, um den Frieden näherzubringen, und die haben ein Gesetz durchgepeitscht mit einer Minderheit des Parlaments — die Mehrheit hat sich nämlich der Stimme enthalten, bekam vor der Abstimmung plötzlich Kaffeedurst —, um das Treffen zu verhindern.

Wieviel Teilnehmer hat die israelische Delegation gehabt?

Neunundzwanzig, davon waren vier — das zeigt schon den Bödsinn der ja auch erhobenen Behauptung kommunistischer Dominanz — Mitglieder der Partei. Der Unterschied der Presseangaben von mal neunundzwanzig, mal zweiundzwanzig Delegationsmitglieder, erklärt sich daraus, daß unser Rechtsberater Amnon Zichroni und einige Journalisten, die Mitglieder der Delegation waren, aus formellen Gründen gesagt haben, sie könnten nicht gleichzeitig Mitglieder der Delegation sein und Berichterstatter für ihre Zeitungen.

Zur gleichen Zeit, als die Meldungen von dem Treffen in die Presse kamen, kam die offizielle Warnung von dem Staatsanwalt, daß die Leute, die sich in Rumänien mit PLO-Vertretern treffen würden, vor Gericht gestellt werden würden. Zwei Tage bevor wir fuhren erschien in „Dawar" ein Leitartikel mit der Überschrift „Eine unnötige Komplikation". Da stand drin, es gebe eine Gruppe von Leuten, die nach Rumänien fahren wolle. Das Treffen mit der PLO ist nach dem Gesetz verboten. Wir sind zwar der Meinung, daß das Gesetz ein schlechtes Gesetz ist, aber es ist ein Gesetz. Aber wir nehmen an, daß diese Leute jetzt nicht mehr bereit sind, ihre Absicht aufzugeben, deshalb schlagen wir vor, daß die Leute sich an das Außenministerium wenden und um Erlaubnis für die Fahrt bitten — in dem Gesetz gibt es eine Klausel, in dem nur „unauthorized meetings" verboten sind. Und wir hoffen, daß dadurch das Problem aus der Welt geschafft wird.

Da Peres der Außenminister ist und „Dawar" die Zeitung der Histradut, ist anzunehmen, daß Peres oder seine Leute das in die Zeitung gebracht haben, um ihre Schwierigkeiten mit diesem Treffen zu beheben — weil sie mit Rumänien gute Beziehungen haben

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen, die Rumänen haben uns eingeladen, das ist unangenehm ... Wir haben darüber beraten, wir haben gesagt, wir können das nicht tun. Wenn wir um Erlaubnis bitten, dann haben wir faktisch das Gesetz anerkannt. Und dann gibt es auch das Problem, wir bitten um Erlaubnis, und das Ministerium sagt nein. Dann kannst du nicht nachher sagen, wenn nein dann fahre ich ja.

Störversuche

Als wir dann zum Flughafen zur Abreise eintrafen, war da eine Hetzkampagne im Gange. Die Leute von Rabbi Kahane waren da mit den armen Frauen und Müttern, deren Männer und Söhne im Krieg gefallen waren, die dort hysterisch schrien: ,,Ihr wollt die Mörder unserer Kinder treffen.'' Dann waren da Leute, die der Kochavi Schemesch von der ,,Orientalischen Front'', der ursprünglich an der Rumänien-Reise teilnehmen wollte, mobilisiert hatte und die von kommunistischer Dominanz redeten und versucht haben, einzelne zu überreden, nicht zu fahren. Und es gab auch wirklich einige Leute, die ihre Sachen schon auf dem Wägelchen hatten, die dann wieder umgedreht sind.

Was ist aber nachher passiert? Unter denen, im letzten Moment wieder umgekehrt sind, war auch ein junger bekannter Schauspieler, Sinai Peter, der ist in ,,Jesch Gwul'' (die Friedensinitiative ,,Es gibt eine Grenze''). Er hat sich ins Bockshorn jagen lassen. Der ist nun nach Hause gekommen, hat sich überlegt, was habe ich da nun gemacht, und Leute angerufen, die nicht gefahren sind. Sie haben eine Annonce veröffentlicht, die, als wir zurückkamen, schon in der Zeitung stand: Wir begrüßen unsere tapferen Freunde, die nach Rumänien gefahren sind und so weiter und so weiter. Das ist, das ist ...

... 'n bißchen verrückt.

Ja, schon. Aber dann gab's noch etwas. Schiloach, auch ein Schauspieler, ein orientalischer Jude, hat in verschiedenen Interviews gesagt, daß er für Frieden mit der PLO ist: *er* leide unter dem PLO-Syndrom, denn er sieht orientalisch aus, sagt er. Wenn ich nachts nach Hause gehe nach der Vorstellung, dann belästigt mich die Polizei, dann fragt sie mich, wer bist du, woher kommst du. Ich will frei in meinem Lande leben, also folglich muß es Frieden geben. Schiloach gehörte zur Delegation, hatte aber auch Angst bekommen und ist nicht gefahren.

Als wir zurückkamen hat das israelische Fernsehen am selben Abend erstens einen Film ausgestrahlt von dem Treffen selbst (das israelische Fernsehen ist mit uns gefahren, nicht nur das, auch das englische, die NBC und ande-

Treffen selbst (das israelische Fernsehen ist mit uns gefahren, nicht nur das, auch das englische, die NBC und ande-

re) und dann wollten sie eine Konfrontation machen zwischen einem der gefahren ist und jemand, der nicht gefahren ist. Dazu wurde eingeladen Jael Lotan, eine bekannte Schriftstellerin und Journalistin, die zur Delegationsleitung gehörte, und eben Schiloach. Jael hat vom Treffen erzählt und Schiloach wurde gefragt, warum er nicht gefahren ist. Da hat er gesagt, es war ein Irrtum, daß wir nicht gefahren sind — alle Achtung vor den Leuten, die doch gefahren sind. Also genau das Gegenteil von dem, was das Fernsehen hören wollte. Dieser Mann ist jetzt auch aktiv im Komitee für unsere Verteidigung.

Diese Affäre, die man veranstaltet hat, um die Delegation zu zerschlagen, die ist nur teilweise gelungen. Ein paar Leute sind von der Fahrt abgehalten worden, aber politisch ist es eine völlige Niederlage der anderen Seite geworden. Und wir haben heute noch eine bessere Presse, als wir vor der Reise hatten. Denn es ist ja auch im gewöhnlichen Leben so: wenn du etwas tust, und du hast Zivilcourage gezeigt, das mobilisiert die Sympathie der Leute.

In vielen Meldungen über die Konferenz in Costinesti wurde behauptet, es hätten nur Monologe der israelischen bzw. der palästinensischen Seite stattgefunden. Das Treffen sei nach zwei Stunden ergebnislos abgebrochen worden.

Das ist auch so eine falsche Geschichte. Durch Vermittlung der Rumänen wurde beschlossen, wie das Treffen verläuft. Ein Empfang, damit man sich kennenlernt, den die Rumänen geben, ein Plenartreffen, in dem eine Reihe von Vorträgen, Stellungnahmen von Israelis abgegeben werden, denen das Wort von Israelis erteilt wird, und Vorträge von Palästinensern, denen das Wort erteilt wird von Palästinensern. Um nicht der israelischen Staatsanwaltschaft in die Hände zu spielen, hat man auch den Tisch in der Mitte geteilt, Blumen da hingestellt. Die Diskussion, talk from heart to heart, die sollte stattfinden abends beim Bankett, wo wir wirklich alle an einem Tisch saßen (wie du auf dem Foto gesehen hast), und das anfing um sieben und das endete um zwölf Uhr dreißig.

Nun gab es aber einige Leute, die an dem abendlichen Bankett nicht teilnehmen wollten. Darunter unser Rechtsanwalt Amnon Zichroni, der sagte: Ich komme abends nicht, das ist etwas verbotenes, das kann ich nicht logisch verteidigen. Und es gab noch einen, Victor Cygielman, ein bekannter Journalist, der abends auch nicht gekommen ist. Diese Leute haben nach den offiziellen zwei Monologen nach Hause telegrafiert: es ist nichts passiert. Nun, sie waren nicht dabei, als das Wichtige passiert ist.

Die Erklärung der PLO

Was war tatsächlich? Es gab eine offizielle Verlautbarung der PLO, die sie nach dem Ende des offiziellen Treffens verteilt haben. Das besondere ist erstens, daß die PLO sagt, ,,wir schätzen den mutigen Standpunkt der demokratischen Persönlichkeiten und Kräfte, die dieses Treffen trotz der offiziellen israelischen Regierungspolitik, die alle Kontakte zwischen den demokratischen Kräften und der PLO verbietet, initiiert haben, hoch ein.'' Das ist eine Sache. ,,Das Treffen wurde in der Sozialistischen Republik Rumänien durchgeführt unter Teilnahme von israelischen Persönlichkeiten und Friedensaktivisten und palästinensischen Führern und Kadern.'' ,,Die PLO bekräftigt ihre tiefe Verpflichtung und Verantwortung für die Fortsetzung ihres Kampfes mit allen Mitteln für einen dauerhaften und gerechten Frieden im Rahmen einer internationalen Nahostkonferenz unter Teilnahme der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und den Regierungsmitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie aller beteiligten Parteien einschließlich der PLO.'' ,,In diesem Zusammenhang werten wir die Intitiative hoch, die von fortschrittlichen israelischen Kräften entwickelt wurde und rufen erneut alle friedensliebenden und forschrittlichen Kräfte der ganzen Welt auf, eine aktivere und deutlichere Rolle zur Unterstützung der richtigen Schritte zu einem wirklichen Frieden zu übernehmen.''

Jetzt: was ist da neu dran? Da ist neu dran, daß man über Israel und israeli forces ohne irgendwelche Attribute schreibt, nicht ,,antizionistische Israelis'' oder über die israelische Regierung: ,,die Regierung des zionistischen Gebildes''. Man hat auch in den Referaten in nicht-ideologischen Termini gesprochen. Man hat nicht den Zionismus verflucht, obwohl in unserer Delegation Simcha Flapan und andere, die Zionisten sind, über den ,,humanen Zionismus'' gesprochen haben. Es war

gation Simcha Flapan und andere, die Zionisten sind, über den ,,humanen Zionismus'' gesprochen haben. Es war

akzeptiert von beiden Seiten, daß wir keine ideologische Diskussion führen, sondern eine Friedensdiskussion. Jetzt in Bezug auf diesen Satz ,,eine internationale Konferenz unter Teilnahme der Sowjetunion'' usw. ,,und aller beteiligten Parteien einschließlich der PLO'' sagte ich am Abend zu einem der Vertreter der PLO: Hör mal, diese Formulierung ist für uns nicht gut. Da muß stehen: ,,einschließlich der PLO und Israel''. Denn wenn wir nach Hause kommen und da steht nicht Israel, dann sagen die Leute: aha, die negieren das Existenzrecht Israels. Nein, sagt der Mann von der PLO, da steht doch: ,,alle beteiligten Parteien'', das enthält Israel, nur die PLO wird nicht akzeptiert von Amerika und Israel. Deshalb muß man die PLO besonders erwähnen. Das stimmt, sagte ich zu ihm, objektiv magst du recht haben, aber trotzdem, das stört uns. Da nimmt er einen Federhalter raus und ich denke, er wird ,,Israel'' hinzufügen. Aber er tut das Umgekehrte, er streicht aus ,,einschließlich der PLO'', so daß da nur steht ,,alle beteiligten Parteien''. Sage ich, nein, das will ich nicht, wir wollen, daß PLO da steht. Sagt er, das ist der Konsens in der PLO, bei uns ist das auch nicht einfach, das ist das, was ich unterschreiben kann. Aber ich werde eure Anmerkung unserem Vorsitzenden, Jassir Arafat, mitteilen.

Und jetzt habe ich hier ein Interview mit Muhammed Milcham, welcher Mitglied der PLO-Exekutive ist, über das rumänische Meeting, und hier ist das erste Mal in ,,Al Awda'' vom 1.2.87, das ist eine palästinensische Zeitschrift in englischer Sprache, diese Formulierung, um die wir gebeten hatten: ,,Anerkennung, daß alle Nationen in der Region einschließlich Israel legitime Rechte haben, in Frieden zu existieren''. Das ist unseres Erachtens ein wichtiger Durchbruch. Ich weiß nicht, ob die PLO *als Ganzes* dazu steht, aber offiziell hat sich die PLO dazu durchgerungen, auch ,,Israel'' zu sagen, wenn es sich um Israel handelt. Und für uns ist das sehr wichtig.

Welche Resonanz hat euer Treffen in der arabischen bzw. palästinensischen Öffentlichkeit gehabt?

In der palästinensischen Presse ist sehr viel geschrieben worden. U.a. gibt es eine Verlautbarung in ,,Falestin Thaura'', der offiziellen Zeitung der PLO, wo ebenfalls diese Formulierung ,,einschließlich Israel'' benutzt wird. Einen interessanten Artikel gab es in der ägyptischen Zeitung ,,Rus al Jussuf'', eine Zeitung der linken Intelligenz. Der Redakteur ist Achmed Chamrusch, er war einer der ,,Freien Offiziere'', die mit Nasser gegen Faruk revoltiert haben, der war auch in der Friedensbewegung aktiv. Er hat selbstkritisch geschrieben: früher sind von unsere Leuten immer alle rausgegangen, wenn Israelis kamen, ich glaube, daß wir damit einen Fehler gemacht haben — aber jetzt ist es umgekehrt, wo die Israelis nach dem Gesetz rausgehen müssen, wenn irgendeine internationale Konferenz stattfindet. Wir können viel lernen, und wir hätten uns damals so verhalten sollen, wie sich die Israelis jetzt verhalten, das heißt, nicht dem nationalistischen Druck nachzugeben, dann wären wir vielleicht schon weiter.

Internationale Konferenz ...

Wie schätzt du die Chancen für das Zustandekommen einer internationalen Konferenz, einschließlich der PLO, ein?

Ich glaube, daß diese internationale Konferenz schließlich und endlich stattfinden wird. Aber sie ist keine Lösung des Problems, sie ist eine Arena, um den Kampf um eine Lösung in einem legitimen Rahmen fortzuführen. Es ist kein Fetisch, diese internationale Konferenz.

Diese Konferenz, glaube ich, kann aber nur stattfinden, wenn in der internationalen Lage ein Umbruch erfolgt, wenn der sich anbahnende Umbruch weitergeht, das heißt, daß man von Konfrontation zu Koexistenz und Kooperation kommt. Man kann nicht in allen Fragen auf einmal von Konfrontation zu Kooperation kommen, aber es gibt Plätze auf der Welt, die für die Zukunft der Menschheit wirklich schicksalhaft sind, und der Mittlere Osten ist so ein Platz. Wenn dort noch einmal etwas Ernsthaftes passiert, dann habe ich große Angst, daß das sehr schlecht ausgeht.

Deshalb haben wir auch überall appelliert an die Europäer, daß sie sich für den Frieden im Mittleren Osten engagieren nicht nur, weil sie Freunde der Völker des Mittleren Ostens sind, sondern aus Egoismus.

Du sprachst eben von einem ,,sich anbahnenden Umbruch''?

Du sprachst eben von einem ,,sich anbahnenden Umbruch''?

Ich glaube, daß über kurz oder lang in den westlichen Staaten, besonders in den Vereinigten Staaten, der gegenwärtige Kurs des Hegenomismus geändert werden muß. Auch ein großer Teil der Bourgeosie und der Massen des Volks möchte einen Fortschritt sehen in den internationalen Beziehungen. Es sieht zwar so aus, als ob die Null-Lösung abgelehnt oder verzögert wird, aber all das ist Teil von einem Kampf.

Ich glaube, daß der erste Schritt — nur der erste Schritt — zur Lösung unserer Probleme, zur internationalen Konferenz getan ist. Eine wesentliche Vorbedingung ist erreicht: die Zustimmung der PLO, in diesem Rahmen zu verhandeln. Die zweite Voraussetzung, die Bereitschaft der israelischen Regierung, mit der PLO zu verhandeln, ist noch nicht erreicht.

Aber es gibt eine interne Diskussion, und die Tatsache, daß Peres und Abba Ebban sich mit Leuten von der PLO treffen, ist natürlich ein gewisser Schritt, ist aber auch ein Schritt, um sich davor zu drücken durch die sogenannte jordanische Option. Das ist alles Teil eines Kampfes. In der israelischen Öffentlichkeit gibt es in den letzten Jahren auch eine ernsthafte, akademische Diskussion. Jehoschafat Hartabi, der viele Jahre Chef des israelischen Geheimdienstes war, hat jetzt ein Buch geschrieben, in dem er die Meinung vertritt, daß man mit der PLO verhandeln muß, daß Israel die besetzten Gebiete aufgeben muß, wenn es weiter existieren will. Es ist kein Zufall, daß so ein Mann eine solche Position vertritt. Bei uns in der Delegation war Dov Jeremija, ein General, der sein ganzes Leben in der israelischen Armee verbracht hat. Das alles muß seinen Niederschlag auch finden in der praktischen Politik gegenüber der PLO.

Auch auf der Ebene der Außenpolitik bewegt sich etwas. Jossi Beilin vom Außenministerium, der Sekretär von Peres, hat vor kurzem die Direktive herausgegeben, die palästinensische Charta nicht mehr zu verteilen. Bisher haben die israelischen Botschaften überall diese Charta der PLO verteilt, wo noch gefordert wird, Israel zu zerschlagen. Diese Charta stammt aus den 60er Jahren und ist schon lange nicht mehr aktuell, aber Israel hat sie bisher verteilen lassen. Es gibt alle möglichen Anzeichen, in welche Richtung sich die Diskussion zuspitzt.

Aussicht auf das Zustandekommen einer internationalen Konferenz unter Einbeziehung der PLO gibt es aber nur, wenn die gegenwärtige Koalition zerbricht.

Was wäre in der Friedensfrage, in der Frage der Rückgabe der besetzten Gebiete gewonnen, wenn Israel statt von der jetzigen von einer Koalition mit der Arbeitspartei an der Spitze regiert wird? Prinzipiell und praktisch unterscheiden sich Likud und Arbeitspartei in diesen Fragen doch nur unwesentlich.



Wenn man abstrahiert von der internationalen Lage, von dem Druck, der ausgeübt wird von globalen Kräften. Die Führung der Arbeitspartei wäre ein gehorsameres Werkzeug dem amerikanischen Establishment gegenüber als der Likud. Der Likud steht vielmehr von innen her unter Druck, der Likud würde kaputtgehen in dem Moment, in dem er einen Rückzug macht in der territorialen Frage, während die Arbeitspartei das machen kann, denn sie hat offiziell sogar ein Programm zum ,,territorialen Kompromiß''. Ich bin überzeugt, daß Amerika seine Politik wird ändern müssen aufgrund seiner eigenen globalen Interessen, und nicht alles

zeugt, daß Amerika seine Politik wird ändern müssen aufgrund seiner eigenen globalen Interessen, und nicht alles

auf dies eine Pferd Israel setzen. Die arabische Welt, Europa, alle fordern die internationale Konferenz. Und Amerika, ich glaube nicht, daß es einen guten Grund hat, weiter Milliarden an Israel zu geben. Ich weiß, daß Israel gewisse Funktionen erfüllt für die amerikanischen Imperialisten.

Der israelische Rechtsblock und das Establishment sind mittlerweile stark diskreditiert — Iran, Nicaragua, Südafrika — und deshalb werden die Amerikaner sich irgendwie anders behelfen müssen — das ist nicht meine Sorge —, und hier im Mittleren Osten wird man weniger den israelischen Forderungen nachgeben.

Also die sozialdemokratische Variante? Die Arbeitspartei als die bessere Vertreterin der Interessen des Kapitals?

Ja, historisch gesehen sicher die bessere Vertreterin. Aber auch das Kapital wird bei uns im Mittleren Osten einen modus vivendi suchen müssen mit der anderen Seite, und das geht nicht ohne irgendein Arrangement.

... und die Sowjetunion

Einer der Teilnehmer der internationalen Konferenz soll die Sowjetunion sein. Welche Rolle wird sie dabei spielen können?

Die Sowjetunion kann eine große Rolle dabei spielen. Die Sowjetunion hat schon in den letzten Jahren wirklich konsequent versucht, auch der arabischen Seite beizubringen, daß eine Lösung des Konflikts die Anerkennung Israels enthalten muß. Das ist in vielen Dokumenten wie dem Breshnew-Plan zum Ausdruck gekommen.

Es gab eine Zeit, wo die Sowjetunion eine opportunistische Politik gemacht hat. Es gab eine Zeit, wo sie die Erklärung von Gromyko von 1948 nicht mehr erwähnt haben. Sie haben es einfach totgeschwiegen. Und es gab Jahre, wo zu unserem Tag ,,Freundschaft mit der Sowjetunion'' der Botschafter hinkam und gesagt hat ,,Es lebe der Frieden in der Welt'', und nicht ,,Frieden in Israel'' oder ,,Frieden zwischen Israel und den Arabern''. Aber jetzt, auch in der Sowjetpresse, hat sich das geändert. Ich weiß auch von Gesprächen, die wir geführt haben in der Sowjetunion, zum Beispiel mit Arbatow und anderen, daß auf eine Verständigung mit der anderen Seite orientiert wird.

Die Sowjetunion hat eine große Rolle zu spielen, und ich hoffe, daß sie es auch tun wird. Die Sowjetunion ist eine Großmacht, sie hat Großmachtinteressen, da kann etwas aufkommen, was das Problem A zum Problem C macht, es kann andere Konstellationen geben. Sie ist keine akademische Institution, die Sowjetunion ist eine politische Macht, die auch Powerpolitik macht. Aber im Grunde genommen ist sie interessiert an einer Lösung des Konflikts, auch für sie als Großmacht ist das wichtig.

Für die Verständigung zwischen Israel und der Sowjetunion ist die Lage der Juden in der Sowjetunion sehr wichtig. Wie beurteilst du deren Lage? Zum Beispiel garantiert die sowjetische Verfassung die Freiheit der Glaubensausübung, praktisch wird sie aber den sowjetischen Juden nicht gegeben.

Ich will dir sagen, ich weiß da zu wenig Fakten, ich weiß nur, was in der Presse darüber steht. Ich habe viele sowjetische Juden getroffen, die Sowjetpatrioten sind, die sich nicht beschweren, keine Probleme haben. Es gibt eine Anzahl von Juden, religiösen Juden, aber das ist eine kleine Minderheit, die Probleme haben. Ich bin gegen solche Probleme, ich bin für Glaubensfreiheit. Ich sage auch sooft es mir möglich ist: Genossen, haben wir es nötig, uns da Fronten zu öffnen, die völlig unnötig sind, die uns auch in unserem Land, bei unserem Kampf Schaden bringen? Und ich hoffe, daß diese Probleme jetzt, wo man vieles überprüft, auch gelöst werden. Es gibt einige Anzeichen dafür. Es gibt auch einige Provokationen bei uns in Israel. In dem Moment, wo die Sowjets etwas in Richtung Israel und Erleichterung machen, kommt da irgendwelche bösartige Reaktion in Israel auf. Und zu meinem Leidwesen ist die sowjetische Politik immer darauf hereingefallen. Immer wenn die Israelis etwas tun, damit die Sowjets das und das nicht tun können, dann tun sie's wirklich nicht. Anstatt zu sagen: was schert es uns, wenn da einer bellt, soll er bellen, wir gehen weiter.

Die Sowjetunion scheint Pressemeldungen zufolge in einer Frage ziemlich weit gehen zu wollen, und zwar soll auf Wunsch Israels eine Vereinbarung mit der Sowjetunion getroffen werden,

weit gehen zu wollen, und zwar soll auf Wunsch Israels eine Vereinbarung mit der Sowjetunion getroffen werden,

daß jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion nicht mehr nach Wien ausgeflogen werden, von wo aus der größte Teil bisher in die USA weitergereist ist, sondern sie sollen direkt von der Sowjetunion nach Israel transferiert werden.

Das ist ein Gerücht. Ich habe den Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, gehört in einem Interview mit dem israelischen Radio. Der Korrespondent von ,,Al Hamischmar'' hat ihn danach gefragt. Gerassimow hat gesagt, daß die sowjetische Regierung nicht daran interessiert ist, Leute irgendwohin zu bringen, wo sie nicht hinwollen. Sagt der Interviewer: Die Leute wollen nach Israel. Sagt Gerassimow: Dann können wir sie doch weiterbringen über Wien. Sagt der Interviewer: Auch von Wien wollen sie nach Israel. Gerassimow darauf: O.K., let's try.

Es gibt das Interesse der Sowjetunion an einer größeren Einflußnahme auf die Entwicklungen im Mittleren Osten. Dieses Interesse kann nicht verwirklicht werden ohne irgendein Arrangement mit dem israelischen Establishment. Es ist nicht die Auffassung meiner Partei, aber ich glaube, daß der langwährende Abbruch der Beziehungen der Sowjetunion mit Israel ein Fehler war. Die Sowjetunion hat ihre Möglichkeiten der Einflußnahme stark eingeschränkt. Es kann sein, daß sie 1967 die Beziehungen abbrechen mußte, aber nicht über zwanzig Jahre lang. Amerika hat die VR China anerkannt, das war logisch. Daß die Sowjetunion die Beziehungen über zwanzig Jahre hin eingefroren hat, ist meiner Ansicht nach ein Irrtum.

Das Interview wurde geführt von K., Hamburg

In AK 284 publizieren wir ein Gespräch mit Elieser Feiler über seine politische Geschichte, die zugleich die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Palästina bzw. Israel von Anfang der 40er Jahre bis heute widerspiegelt.

Das Treffen ist das Verbrechen

— Dokumentation der strafrechtlichen Verfolgung von Friedensaktivitäten in Israel

Wir bitten um Hilfe in jeder Form

Nach der Rückkehr von dem palästinensisch-israelischen Treffen in Costinesti wurde die Delegationsleitung der israelischen Teilnehmer noch auf dem Flughafen festgenommen, verhört und später der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Die Mitglieder der Delegationsleitung waren:

— Latif Dori, Mitbegründer des „Dialog-Komitees" orientalischer Juden und Mitarbeiter in der arabischen Abteilung der links-sozialdemokratischen Mapam (die Mapam-Leitung distanzierte sich von dem Treffen);

— Elieser Feiler, Mitglied der Rakach (Neue Kommunistische Liste), Vertreter der Chadasch (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, Bündnis aus KP und anderen Gruppen) im Nationalrat der Histradut;

— Jael Lotan, Schriftstellerin und Redakteurin der Kulturabteilung von „Al Hamischmar", der Mapam-Tageszeitung;

— Reuven Kaminer, Mitglied der Leitung von Schassi (Israelische Sozialistische Linke, Abspaltung von Chadasch) und Dekan für die ausländischen Studenten an der Hebräischen Universität.

Die „Viererbande" — wie Elieser Feiler sich und seine Mitangeklagten

Die „Viererbande" — wie Elieser Feiler sich und seine Mitangeklagten nennt — schrieb den folgenden Brief.

Liebe Freunde ...

Wir, die Unterzeichner, sind von der Staatsanwaltschaft wegen des Verstoßes gegen die Anti-Terror-Verordnung angeklagt worden. Wenn wir schuldig gesprochen werden, dann droht uns eine Haftstrafe von bis zu vier Jahren.

Der Prozeß beginnt am 9. März vor dem Bezirksgericht in Ramleh. (Der erste Prozeßtag ist auf den 27. April verschoben worden — Anm. AK) Es ist wahrscheinlich, daß es am ersten Verhandlungstag um vorläufige Einsprüche und/oder die Anklage geht. In diesem Fall wird die eigentliche Verhandlung etwa zwei Monate später anfangen.

Die Vorwürfe gegen uns haben ihren Ausgangspunkt in einer Rumänien-Reise, die wir und andere Israelis im November 1986 gemacht haben. Wir waren die Gäste der rumänischen Schriftstellervereinigung, die uns zu einem Symposion über Wege zum Frieden im Nahen Osten eingeladen hatte. Wir waren uns natürlich darüber im Klaren, daß dasselbe Symposion auch von prominenten Palästinensern besucht werden würde. Wir fanden es selbstverständlich, daß ein Dialog über eine friedliche Lösung die Vertreter beider Konfliktseiten einschließen sollte. Das Treffen ermöglichte, obwohl es relativ kurz war, einen nützlichen, formellen wie informellen Auutausch von Gesichtspunkten zwischen Israelis und Palästinensern. Die Konferenz erfuhr nicht nur eine breite Berichterstattung in der Weltpresse, sondern rief auch, im Allgemeinen freundliche, Kommentare in der arabischen Presse hervor, besonders enthusiastisch war die Antwort in palästinensischen Kreisen.

Nach unserer Rückkehr wurden wir vier von der Polizei verhört, was schließlich zur Anklage unter der Anti-Terror-Verordnung führte. Dieses Gesetz, das es schon lange gibt, wurde im August 1986 geändert. Seitdem ist es für einen Bürger oder einen Bewohner Israels ein kriminelles Delikt, „wissentlich und ohne behördliche Genehmigung, innerhalb oder außerhalb der Grenzen Israels mit einer Person in Kontakt zu treten, die eine Funktion in einer Organisation ausübt, welche die israelische Regierung zur terroristischen Organisation erklärt hat." Trotz der Proteste hervorragender Juristen und Bürgerrechtsgruppen wurde die Gesetzesänderung, die ganz bewußt darauf zielt, den Treffen zwischen der PLO und israelischen Politikern und Friedensgruppen ein Ende zu machen, durch die Knesset gepeitscht.

Aus dem israelisch-palästinensischen Dialog, an dem wir teilgenommen haben, war nichts verstohlenes oder kriminelles. Er fand unter den wachsamen Augen von ganzen Scharen von Medienvertretern statt. Es ist eine Ironie, daß eine derartige Veranstaltung, deren einziger Zweck es war, die gegenseitige Gewalt zu beenden, jetzt Gegenstand einer Anklage wegen „Unterstützung von Terrorismus" sein soll.

Zusätzlich zu der offiziellen Verfolgung sind wir auch noch das Ziel von Verleumdungen durch rechte Politiker geworden. Premierminister Jitzchak Schamir hat uns als Verräter gebrandmarkt. Das hat zu zahllosen Belästigungen und zu andauernden gewalttätigen Drohungen von Seiten organisierter Kach-Rowdies geführt. (Die „Kach" ist die von Rabbiner Meir Kahane geführte faschistoide Organisation — Anm. AK) Wiederholte Bitten um Polizeischutz hatten keine Wirkung. Die Behörden finden es offenbar einfacher — und politisch zweckmäßiger — gegen legitime Bemühungen für die Sache des Friedens vorzugehen, als etwa den gefährlichen Mätzchen der Kahane-Gangster einen Riegel vorzuschieben.

Im Hinblick auf diese doppelte Prüfung bitten wir um Hilfe in jeder Form — mora-

Im Hinblick auf diese doppelte Prüfung bitten wir um Hilfe in jeder Form — moralisch und materiell, lokal und international. Diejenigen, die unsere Ansicht teilen, daß die Vorwürfe gegen uns und das Gesetz, auf das sie sich stützen, den demokratischen Freiheiten und der Suche nach Frieden schaden, können ihren Protest direkt an Premierminister Jitzchak Schamir richten. Adresse: Hakiriya, Jerusalem, Israel, oder über die nächste diplomatische Vertretung Israels. Wir bitten um Benachrichtigung von solchen Aktionen. Außerdem brauchen wir dringend Geld, um unsere Anwaltskosten zu bezahlen und um verkehrten Darstellungen gegen uns in den etablierten israelischen Medien entgegenzutreten. Spenden können an die folgende Adresse gesandt werden: Sinai Peter, P.O.B. 20 373, 203 Tel Aviv, Israel.

Eingegangenes Geld wird an das „Öffentliche Verteidigungskomitee" weitergeleitet, das sich im Moment noch in Gründung befindet. Wir hoffen, daß bald ausführlichere Informationen über das Treffen in Rumänien zu veröffentlichen und außerdem eine gründliche Studie des Gesetzes vorzulegen, unter dem wir angeklagt sind. Innerhalb der Beschränkungen, die uns das Verfahren auferlegt, werden wir oder andere Mitglieder der Delegation in Israel und im Ausland öffentlich auftreten, um unsere Sache darzulegen. Bis solche Vorhaben in Gang kommen, beantworten wir natürlich auch gerne alle direkten Anfragen.

Hochachtungsvoll
gez. Latif Dori, 6 Itamar Street, 52 531 Ramat Gan
gez. Elieser Feiler, Kibbuz Jad Chana 42 845
gez. Jael Lotan, 9 Gruner Street, 69 498 Tel Aviv
gez. Reuven Kaminer, P.O.B. 9013, 91 090 Jerusalem

Wer das Verteidigungskomitee für die vier Angeklagten finanziell unterstützen möchte, kann das Geld auch an den Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V. (DIAK) überweisen:
Konto-Nr. 23 796 bei der Sparkasse Edenkoben (BLZ: 546 513 30), Stichwort: Dialog

لجنة الحوار الاسرائيلي – الفلسطيني
بمبادرة أبناء الطوائف الشرقية
ص. ب ٢٠٣٧٢
تل أبيب ٦١٢٠٤



הועד לדיאלוג ישראלי־פלסטיני
מיסודם של בני עדות המזרח
ת.ד. 20373 תל־אביב 61204

February, 1987

Dear Friends,

We, the undersigned, have been indicted by the state prosecution for offences against the Anti-Terrorist Ordinance; if found guilty as charged, we face a sentence of up to three years' imprisonment.

The trial is scheduled to open on March 9th at the Ramleh Magistrate Court. It is likely that the first hearing will be devoted to preliminary objections and/or the plea. In this event, the main hearings will start approximately two months later.

The charges against us arise from a journey we and other Israelis undertook to Romania in November 1986. We went as guests of the Romanian Writers' Association, which invited us to a symposium on paths to peace in the Middle East. We were, of course, aware that the symposium would also be attended by prominent Palestinians; we found it self-evident that a dialogue on a peaceful solution should encompass representatives of the other side of the conflict. The dialogue, though relatively brief, facilitated a useful exchange of views, both formal and informal, between Israelis and Palestinians. As well as gaining extensive coverage from the world media, the conference also evoked generally favorable comment in the Arab press, with a particularly enthusiastic response from Palestinian circles.

Die Anklageschrift

Die Anklage im Fall 76/87 des Staates Israel gegen Latif Dori (Angeklagter Nr. 1), Jael Hersman-Lotan (Nr. 2), Elieser Feiler (Nr. 3) und Reuven Kaminer (Nr. 4) vor dem Amtsgericht Ramleh lautet:

Die vier namentlich genannten werden hiermit wie folgt angeklagt:

A. Die Tatsachen

1. Während des Oktobers 1986 und zu Beginn des Novembers des gleichen Jahres verschworen sich die Angeklagten untereinander und zusammen mit anderen zu einer Reise nach Rumänien mit dem Zweck, dort mit Vertretern terroristischer Organisationen, ohne Autorisierung nach dem Gesetz, zusammenzutreffen.
2. Der Angeklagte Nr. 1 organisierte die Reise der anderen Angeklagten und verschwor sich mit ihnen dazu, am 5.11.86 nach Lydda auf den Ben Gurion-Flughafen zu kommen. Von dort flogen die Angeklagten in einem Flugzeug der Gesellschaft Trom und mit Flugkarten, die der Angeklagte Nr. 1 verteilte, nach Rumänien.
3. In Rumänien kamen die Angeklagten und andere in einem Hotel der Ortschaft Costinesti an. Am 6.11.86 stießen Vertreter palästinensischer terroristischer Organisationen zu ihnen.
4. Am 6.11.86 begann um 18 Uhr, oder ungefähr dann, ein Treffen zwischen den Angeklagten und Vertretern terroristischer Organisationen in der Hotelhalle. Die Angeklagten und andere saßen an Tischen und in einer Entfernung von wenigen Metern einer parallelen Reihe von Tischen gegenüber, an denen die Vertreter der terroristischen Organisationen saßen.
5. Die Angeklagten wußten, daß die Teilnehmer des Treffens auf der palästinensischen Seite, oder einige von ihnen, Vertreter terroristischer Organisationen waren.
6. Die Angeklagten Nr. 1, 2 und 4 hielten bei dieser Gelegenheit Reden politischen Inhalts.
7. Nach dem Ende der Reden der Angeklagten 1, 2 und 4 und anderer Israelis hielten die Vertreter der terroristischen Organisationen Reden politischen Inhalts.
8. Um 19 Uhr, oder ungefähr dann, waren die Reden beendet, worauf sich die Angeklagten mit den Vertretern der terroristischen Organisationen zu einem gemeinsamen festlichen Abendessen trafen.
9. Die Angeklagten sind Bürger und Einwohner des Staates (Israel).
10. Zu den Vertretern terroristischer Organisationen gehörten:
a. Abdal Razek Yehieh, der als höherer Offizier im Rang eines Brigadiers in der Palästinensischen Befreiungsarmee in Jordanien fungierte und als Vertreter der PLO-Exekutive in Jordanien.
b. Salim Yaakub Jibran, bekannt unter dem Namen Amad Shakour, der Yassir Arafats persönlicher Berater in israelischen Angelegenheit und Mitglied des Palästinensischen Nationalrates ist.
c. Fuad al Bitar, der als Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Griechenland fungierte und der Mitglied der Fatah-Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung ist.
11. Die Palästinensische Befreiungsarmee, die Palästinensische Befreiungsorganisation und Fatah-Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung sind terroristische Organisationen in Übereinstimmung mit der Proklamation der israelischen Regierung vom 12.10.1980.
12. Die oben genannen Personen und andere in der palästinensischen Delegation fungierten als Vertreter von terroristischen Organisationen bei dem oben angegebenen Treffen.
13. Die Angeklagten kamen am 7.11.86 am Ben Gurion-Flughafen an, wo sie festgenommen und einem Verhör durch die israelische Polizei unterzogen wurden.
14. Die Angeklagten haben sich für ihr Vergehen, das Delikt der Unterstützung einer terroristischen Organisation, verschworen.
15. Die Angeklagten haben wissentlich und ohne Autorisierung nach dem Gesetz in dem Hotel in Costinesti in Rumänien Kontakt zu Personen aufgenommen, die Funktionen in Organen ausüben, außerdem mit Vertretern solcher Organisationen.

B. Gesetzliche Verordnungen, unter denen die Angeklagten beschuldigt werden:
1. Verschwörung zu einem Vergehen — ein Verstoß gegen Artikel 499 des Strafgesetzes von 1977.
2. Unterstützung einer terroristischen Organisation — ein Verstoß gegen Artikel 4 (h) der Anti-Terrorismus-Verordnung von 1948.

Das "Anti-Terror-Gesetz" von Amnon Zichroni

Amnon Zichroni war Rechtsberater der israelischen Delegation in Costinesti. Zichroni schrieb seinen Beitrag, den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben, für die französische Zeitschrift „israel & palestine".

Am 6. August 1986 erließ die israelische Knesset das Gesetz, daß „das Herstellen eines Kontakts durch einen Bürger oder Einwohner Israels, bewußt und ohne Autorisierung nach dem Gesetz, innerhalb oder außerhalb der Grenzen des Staates Israel, mit einer Person, die eine Funktion in einer Organisation ausübt, welche die israelische Regierung zu einer terroristischen Organisation erklärt hat, ein kriminelles Delikt ist und eine Strafe von bis zu drei Jahren Gefängnis nach sich zieht."

Die Mehrheit der palästinensischen Organisationen sind von der israelischen Regierung bereits zu „terroristischen Organisationen" erklärt worden.

Das neue Gesetz wurde als Zusatz zu einem existierenden Gesetz (von 1948 — Anm. AK) beschlossen — der „Verordnung zur Verhütung von Terrorismus", die dazu gedacht ist, die Mitgliedschaft oder Aktivität für eine terroristische Vereinigung auf dem Weg von Kriminalstrafen zu verhindern. Terror-Akte selbst werden von dieser Verordnung nicht abgedeckt. Dafür gibt es andere Gesetze, die der Natur und dem Ernst solcher Aktionen entsprechen. (...)

Politisch betrachtet hat der Beschluß dieses Gesetzes nichts mit der Verhinderung von Terror zu tun. Vielmehr ist es ein Gesetz zur Verhinderung von *Frieden*. (Hervorhebg. i. Orig.) Juristisch gesehen mißachtet es die grundlegenden Prinzipien des Strafrechts. (...)

Das Gesetz ist konstruiert, um Treffen zu verhindern, in denen Israelis versuchen, Palästinenser davon zu überzeugen, daß sie sich nicht weiter auf Terroraktionen einlassen sollen. Dem Buchstaben nach ist allerdings weder das Ziel, noch die Absicht eines solchen Treffens von Interesse. Das Treffen selbst ist ein Verbrechen. (...)

In der Realität verbietet das Gesetz nur Aktivitäten von Personen oder Parteien, die in Opposition zur Regierungsmacht stehen, denn diejenigen, die die Regierung unterstützen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine „Autorisierung nach dem Gesetz" bekommen und ihre Treffen werden danach als legal betrachtet werden können.

Das Gesetz will keineswegs Treffen verhindern, welche die Sicherheit des Staates in Gefahr bringen könnten. Treffen dieser Art werden schon von der bestehenden Strafgesetzgebung verboten (...). Worum sich der Gesetzgeber sorgt, ist nicht die „Verhütung von Terror", sondern die Verhinderung politischer Aktivitäten.

Kein Israeli darf mit einem Palästinenser sprechen, bevor er sich nicht ausgewiesen hat — in welcher Organisation er Mitglied ist, wen er vertritt, was seine politische Linie ist — sonst macht sich der Israeli durch den Umgang schuldig. Genau das war die Natur der verschwörerischen antikommunistischen Hexenjagd des berüchtigten Senators von Wisconsin, Joe McCarthy, in den 50er Jahren.

Das Gesetz entscheidet für den israelischen Bürger, mit wem er über Frieden reden darf und mit wem nicht. Mehr noch, es zwingt ihm die Weltsicht der extremen Rechten Israels auf — eine Geistesverfassung, die das Zugeständnis irgendeiner Art von Legitimität an die Palästinenser verachtet (...).

Das Gesetz verhindert von vornherein eine Debatte über die Notwendigkeit einer Verständigung mit der PLO und unterdrückt auf diese Weise wirksam den demokratischen Prozeß, in dem Mitglieder einer demokratischen Partei eine Veränderung ihres Parteiprogramms diskutieren könnten — in diesem Fall, um darin ein Mandat für Gespräche mit der PLO aufzunehmen. (...)

Die Frage ist jetzt: Ist es legitim, daß sich Israel weiter zur freien Welt rechnet, wenn es das Recht seiner Bürger, sich mit anderen Individuen zu treffen, darauf beschränkt, daß diese Treffen „unbeschwert" von politischen Empfindlichkeiten sein sollen, die der Staat für nicht wünschenswert hält? Wenn es Einzelpersonen verboten ist, solche Kontakte herzustellen, warum dann nicht auch die politischen Parteien verbieten, die für solche Kontakte eintreten? Und, um den Gedanken zu einem logischen Schluß zu bringen, sollte Israel dann nicht alle Parteien, außer derjenigen, die ihre politische Linie durchgesetzt hat, verbieten, damit es keine ernsthafte Debatte über die Natur und den Inhalt des Regimes geben kann? (...)

Übersetzung entnommen aus: israel & palästina, Sonderheft 12, Hg. Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten, Frankfurt, April 1987



Alltag in Ramallah (Westbank): Araberin und israelischer Besatzer im Kampfdreß

Deutsch-israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten

Der *Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V.* (DIAK) war der Organisator und Finanzier der Rundreise Elieser Feilers. Der DIAK entstand 1977, z.T. als Abtrennung von der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft*, deren Mehrheit die Auffassung vertrat, ihre Aufgabe sei es, die Politik Israels ohne (öffentliche) Kritik zu vertreten.

In den Leitsätzen des Arbeitskreises heißt es dagegen u.a.: „Für die Mitglieder des Arbeitskreises bildet die Anerkennung der Existenz Israels die unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung des Friedens im Nahen Osten. Die nationalsozialistische Judenverfolgung und Judenvernichtung in Europa begründet eine besondere Mitverantwortung der Deutschen für den Staat Israel. (...) Die Rechte des Staates Israel konkurrieren mit den Rechten der palästinensischen Araber auf nationale Selbstbestimmung. Ein Frieden im Nahen Osten ist nur möglich, wenn die Rechte beider Völker zur Geltung kommen. (...) Der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten weiß sich verbunden mit allen Gruppen und Personen, die für diese Ziele eintreten." (Leitsätze vom 15.10.77 in der Fassung vom 17.10.81)

Zu seinen vorrangigen Aufgaben zählt der Arbeitskreis, „in der deutschen Öffentlichkeit gesicherte Kenntnisse über die politischen und gesellschaftlichen Konfliktfelder im Nahen Osten zu vermitteln." Zu diesem Zwecke führt der Arbeitskreis Seminare u.ä. durch, gibt die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *israel & palästina — Zeitschrift für Dialog* heraus über die aktuellen Vorgänge in der Region sowie *Sonderhefte* zu Schwerpunktthemen (wie z.B. zu Costinesti: „Eine Reise nach Rumänien und ihre Folgen"); daneben eine *Schriftenreihe* mit Beiträgen von israelischen, palästinensischen und westdeutschen Experten zu Themen wie „Sefarden in Israel", „Staat und Religion in Israel", „Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik", „Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen" (darin auszugsweise Übersetzung der grundlegenden Studie von Benvenisti). Die ein- bis zweihundert Seiten starken und leicht verständlichen Bände kosten nur je fünf bis zehn Westmark.

Weitere Informationen sind bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises erhältlich: DIAK, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben



Saudi-Arabien:

Westlicher Vorposten am Golf

von Ellen Olms und Dietrich Schulze-Marmeling

Ausgerechnet die Visite des israelischen Staatspräsidenten Herzog nahmen CSU-Chef Strauß und Entwicklungsminister Hans Klein zum Anlaß, wieder einmal die Liberalisierung der Rüstungsexportpolitik gegenüber Saudi-Arabien einzuklagen. Dies Thema hatte schon zur Amtszeit der Regierung Schmidt die Gemüter erregt. Damals verweigerte die sozialliberale Regierung den Saudis den Kauf des Leo-II, des „besten Panzers der Welt".

Diesmal sind U-Boote das Objekt saudischer Begierde. Bereits am 18.3.86 hatten sich Bundeskanzler Kohl, Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner und Wirtschaftsminister Bangemann darauf verständigt, „*die Lieferung von U-Booten Saudi-Arabien zu genehmigen*" (FAZ, 18.4.). Am 15.4.86 teilte Wörner seinem saudischen Amtskollegen mit, daß die Bundesregierung das Vorhaben der saudischen Marine, sechs bis acht moderne U-Boote zu beschaffen und dafür auch Angebote aus der BRD einzuholen, unterstützte. Ein Problem ist indes, daß Bonn seit dem geplatzten Leo-II-Deal bei den Saudis in Ungnade gefallen ist und sich Riad nun auch nach anderen potentiellen Lieferanten umschaut.

Allerdings ist es keineswegs so, daß die BRD in Sachen Rüstungsexporte und Militärhilfe für Saudi-Arabien Zurückhaltung geübt hätte. Saudische Grenzschutztruppen werden bereits seit langem von deutschen Polizeibeamten geschult, und der GSG-9-*Held von Mogadischo* Wegner, soll mit ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung Berater der Saudis für „Sicherheitsfragen" werden.

Auch entspricht es nicht der Wahrheit, daß die BRD zumindest noch nicht am Transfer von schweren (und eindeutig offensiven) Waffensystemen nach Saudi-Arabien beteiligt war. Zwar lehnte die BRD den Verkauf des Atomwaffenträgers Tornado an Saudi-Arabien ab, doch gelang es Riad, das Kampfflugzeug in Großbritannien zu erwerben. Beim Tornado handelt es sich um eine deutsch-britische Koproduktion. Sowohl gegenüber Frankreich wie auch gegenüber Großbritannien hat die BRD explizit darauf verzichtet, ein Veto-Recht bezüglich des Exports von Koproduktionen an Dritt-Staaten geltend zu machen. So verdient die BRD am britischen und französischen Rüstungsexport mit, ohne daß diese Transfers in der eigenen Rüstungsexportstatistik auftauchen. Eine Rüstungsexportstatistik, die Exporte aus Koproduktionen, Exporte sensitiver Nukleartechnologie sowie als „zivil" getarnte Rüstungslieferungen (z.B. Lastwagen, mit denen militärisches Gerät transportiert wird oder Soldaten an die Front gefahren werden) mitberücksichtigt, würde nämlich die BRD als den drittgrößten Rüstungsexporteur weltweit ausweisen. Doch das paßt nicht zum „friedlichen" Image der „zivilen Mittelmacht" BRD.

Im folgenden soll erörtert werden, in

porteur weltweit ausweisen. Doch das paßt nicht zum „friedlichen" Image der „zivilen Mittelmacht" BRD.

Im folgenden soll erörtert werden, in

welchem Kontext westliche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien erfolgen und welche Rolle NATO und USA dem Wüstenstaat in ihrer politischen und militärischen Strategie zuordnen.

Desweiteren gedenken wir der Frage nachzugehen, ob eine Aufrüstung Saudi-Arabiens im Widerspruch zur politischen und ökonomischen Unterstützung des Staates Israel steht und dessen Existenz gar bedroht.

Saudi-Arabien als traditioneller Verbündeter

Saudi-Arabien ist ein traditioneller Verbündeter der USA in der Region. Bis Ende der 70er Jahre hatten die saudisch-amerikanischen Beziehungen nahezu exklusiven Charakter. Auf regionaler wie globaler Ebene gestalteten sich die Ziele und Interessen beider Länder weitgehend deckungsgleich. Saudi-Arabien versteht es, eine prowestliche mit einer moderat islamischen Orientierung zu verbinden, wenngleich Riad wiederholt durch die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen in Konfliktsituationen gebracht wurde. Für die prowestliche Orientierung sprechen aber nicht nur ideologische, sondern auch handfeste ökonomische und sicherheitspolitische Erwägungen. Saudi-Arabien fürchtet die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus und geht davon aus, daß letztlich nur die USA über die Machtmittel verfügen, die notwendig sind, um den Status Quo gegenüber innen- wie außenpolitischen Herausforderungen zu garantieren.

Andererseits läßt sich seit den späten 70er Jahren ein gewisser Trend zur Diversifizierung der saudischen Außenbeziehungen konstatieren. Dieser äußert sich in einer Hinwendung zu Westeuropa wie in Bemühungen um eine engere sicherheitspolitische Kooperation mit den benachbarten konservativen Golfstaaten. Die diesbezüglichen Motive sind nicht arabisch-nationalistischer und antiamerikanischer Natur, sondern liegen vielmehr in Zweifeln gegenüber den US-Sicherheitsgarantien begründet. Der Sturz des Schahs im Iran und die Unfähigkeit der US-Administration, der *islamischen Revolution* Einhalt zu gebieten, hat die konservativen Golfstaaten verunsichert. Der Angriff islamischer Fundamentalisten auf die große Moschee in Mekka (1979) wurde von Saudi-Arabien und seinen Nachbarn als Warnschuß interpretiert. Die überstürzte Modernisierungspolitik unter westlichen Vorzeichen hat in diesen Staaten zu fragilen und widersprüchlichen Gesellschaften geführt, in denen traditionelle Strukturen und die Anforderungen eines modernen kapitalistischen Staatswesens aufeinanderprallen und bestimmte soziale Sektoren gegenüber dem islamischen Radikalismus anfällig sind.

Auch die Ablehnung einer direkten militärischen Präsenz der USA in der Region — etwa in Form von Einheiten der Rapid Deployment Force („Schnelle Eingreiftruppe") — liegt

militärischen Präsenz der USA in der Region — etwa in Form von Einheiten der Rapid Deployment Force („Schnelle Eingreiftruppe") — liegt

nicht in einer Position der Blockfreiheit begründet, wie dies Saudi-Arabien manchmal angedichtet wird. Vielmehr ist Riad der Auffassung, daß eine allzu aufdringliche, allzu sichtbare Vorortstationierung der RDF die herrschenden Klassen als US-Lakaien desavouieren und antiwestliche Rebellionen provozieren könnte. Saudi-Arabien und die anderen konservativen Golfstaaten sind darauf bedacht, „subversive Kräfte" durch den Abbau potentieller Angriffspunkte — wozu neben dem Palästinenserproblem und der Ölpolitik auch eine offene militärische Präsenz der USA zählt — zu neutralisieren. Die Verstärkung der regionalen Kooperation, die u.a. im Aufbau einer gemeinsamen „schnellen Eingreiftruppe" der konservativen Golfstaaten ihren Niederschlag findet, wird nicht als Alternative, sondern als Ergänzung der US-Garantien verstanden. Diese arabische Rapid Deployment Force gilt primär innenpolitischen Herausforderungen. Saudi-Arabien erklärt in Friedenszeiten eine direkte Stationierung der RDF für unerwünscht und plädiert stattdessen für eine „schwimmende" (d.h. seegestützte US-Präsenz in der Region, die im Bedarfsfall jederzeit abrufbereit ist. In Saudi-Arabien selbst existiert eine umfangreiche militärische Infrastruktur, die eigens für die Aufnahme fremder Streitkräfte — also der US-Rapid Deployment Force — errichtet wurde.

Ohnehin sind einem Abrücken Riads von den USA enge Grenzen gezogen. Mit den Jahren hat sich eine vielschichtige organisatorische und institutionelle Verzahnung zwischen beiden Ländern etabliert. Dazu gesellen sich noch die intensiven militärischen Beziehungen (bzw. die Abhängigkeit Saudi-Arabiens von westlichen — und hier insbesondere US-amerikanischen — Rüstungsgütern) wie die Funktion der USA als Anlageort für die immensen saudischen Finanzüberschüsse. Von seiner gesamten Struktur her betrachtet bleibt für Saudi-Arabien bestenfalls die Möglichkeit, zwischen den USA und der EG zu lavieren.

Die amerikanischen Interessen an Saudi-Arabien

Schon zu Zeiten des Schahs setzten die USA nicht nur auf den Iran, sondern — gemäß ihrer *Zwei-Säulen-Strategie* — auch auf Saudi-Arabien. Nach dem revolutionsbedingten Ausfall des Irans als prowestlicher Polizist in der Region erhielten die Beziehungen zu Saudi-Arabien (und Ägypten) für Washington zusätzliche Bedeutung. Saudi-Arabien hatte in der Golfregion das Vakuum auszufüllen, das der Iran hinterließ. Desweiteren waren die USA spätestens nach dem Nahostkrieg von 1973 daran interessiert, dem Hauptverbündeten in der Region — Israel — „starke (arabische) Freunde" zu verschaffen, um so den zionistischen Staat wie sich selbst zu entlasten.

Im politischen und ökonomischen Bereich materialisiert sich die Kooperation zwischen den USA und Saudi-Arabien wie folgt:

wie sich selbst zu entlasten.

Im politischen und ökonomischen Bereich materialisiert sich die Kooperation zwischen den USA und Saudi-Arabien wie folgt:

— Mit Hilfe seiner enormen Guthaben an Petrodollars versucht Riad im mäßigenden und prowestlichen Sinne auf einzelne arabische Staaten und auf die PLO einzuwirken. Saudi-Arabien betätigt sich als Sponsor diverser proamerikanischer/prowestlicher strategischer Projekte in der Region, womit seine gigantischen Finanzüberschüsse aus westlicher Sicht eine politisch produktive Verwendung finden. Es war nicht zuletzt die saudische Petrodollar-Diplomatie, die Ägyptens Öffnung gegenüber dem Westen beschleunigte.

Riad tritt jedoch nicht nur in der Region selbst als pro-amerikanischer Sponsor in Erscheinung. Wo immer die USA finanzielle Nöte drücken (sei es aufgrund innenpolitischer Einsprüche oder tatsächlichen Geldmangels), steht die saudische Regierung Washington hilfreich zur Seite. Letztes Beispiel für dieses Verhalten: die kontinuierliche finanzielle Unterstützung der „Contra" in Nicaragua mit monatlich nicht weniger als 2 Mio. US-Dollar (nach taz, 13.5.87)

— Innerhalb der OPEC hat Saudi-Arabien — als an Petrodollars reichster Staat — stets im westlichen Interesse agiert und wurde deswegen von den anderen arabischen Erdölstaaten oft kritisiert. Saudi-Arabien verhinderte oft die Erhöhung der Ölpreise. Auch bei der Festsetzung der Produktionsmengen war und ist das Land stets darauf bedacht, die Entwicklung der westlichen Industriegesellschaften nicht zu behindern. Dies auch aus eigenen ökonomischen Interessen: die Rendite aus den saudischen Investitionen (vornehmlich in den USA) soll nicht beeinträchtigt werden. Ohne diesen „Agenten" innerhalb der OPEC wäre es den kapitalistischen Industriestaaten erheblich schwerer gefallen, die erforderlichen Strukturanpassungen zu vollziehen und die Folgen der „Ölkrise" zu überwinden. Nur einmal kam seitens der saudischen Regierung die „Ölwaffe" zur Anwendung: 1973/74. Anlaß war bezeichnenderweise die US-Militärhilfe für Israel, durch die sich das prowestliche Saudi-Arabien zurückgesetzt wähnte, was lediglich die Existenz einer Konkurrenz um amerikanische/westliche Rüstungshilfen belegt. Dem Westen kommt eine derartige Rüstungskonkurrenz durchaus gelegen. Gelingt es ihm doch stets, die machtpolitischen Ambitionen arabischer Regime (und Israels) in eine für ihn nützliche Weise zu integrieren und in eine Richtung zu lenken, die zu allererst das eigene Gewicht stärkt. Eine analoge Entwicklung war in den 60er und 70er Jahren bereits bei einer Reihe von sogenannten „Schwellenländern" zu beobachten, die sich — zwecks Statusverbesserung in der internationalen Hierarchie — mit dem exportorientierten Wachstumsmodell in eine verstärkte und qualitativ neue Abhängigkeit von den westlichen Metropolen begaben.

Die Rolle Saudi-Arabiens in der US- und NATO-Strategie

Die Rolle Saudi-Arabiens in der US- und NATO-Strategie

Die Aufrüstung Saudi-Arabiens erfolgt im Kontext des Ost-West-Konflikts, mit Blick auf den Krieg Iran-Irak und zum Zwecke der Sicherung der westlichen Ölversorgung. Saudi-Arabien gilt als westlicher Vorposten in der Region. Am Beispiel der Stationierung von AWACS-Flugzeugen läßt sich die Form der militärischen Einbindung und Ausrichtung des Landes verdeutlichen: Bei dem AWACS-System handelt es sich um das weltweit fortgeschrittenste und fähigste System der Frühwarnung, Radarüberwachung und Gefechtskontrolle, mit dem sich bis tief in gegnerisches Territorium hinein spähen läßt (ohne in den Luftraum des Kontrahenten eindringen zu müssen). Zunächst operierten vier AWACS-Systeme in Saudi-Arabien, die unter US-Kontrolle standen. Sie wurden im Zusammenhang mit dem iranisch-irakischen Krieg an Riad ausgeliehen. Seit 1985 erhält Saudi-Arabien fünf eigene AWACS-Maschinen. Ursprünglich waren diese Maschinen für das Schah-Regime Iran gedacht, das nach Auffassung der USA einer Verbesserung seiner Luftraumüberwachung bedurfte. Der Iran, so hieß es damals, sei Bedrohungen aus dem Norden, d.h. seitens der UdSSR, wie auch vom Irak ausgesetzt, den Moskau hochgerüstet hätte. Zudem werde die UdSSR in den kommenden Jahrzehnten ein erhebliches Defizit in der Erdölversorgung aufweisen, das sie zu interventionistischen Schritten in der Golfregion verleiten könnte. Den USA ging es um die Stationierung eines Aufklärungssystems nahe der sowjetischen Südgrenze, mit dem sich militärische Bewegungen bis weit in die UdSSR hinein registrieren lassen. Allgemeiner betrachtet sollte das AWACS-System dem Westen rechtzeitig Aufschluß über Entwicklungen garantieren, die den reibungslosen Ablauf der westlichen Ölversorgung zu beeinträchtigen drohten. Mit der Lieferung des AWACS-Systems an Saudi-Arabien hat sich an dessen Bestimmung nichts geändert. AWACS ist das Herzstück der amerikanischen Militärpräsenz in der Golfregion. Die in Saudi-Arabien stationierten Flugzeuge sorgen rund um die Uhr für Luftaufklärung in der gesamten Region und versorgen die Schiffe und Kampfflugzeuge der US-Marine mit den für sie wichtigen und notwendigen Daten. AWACS ist alles andere als ein „defensives" Waffensystem. Vergleichsweise primitive Vorgängermodelle haben bereits in Vietnam demonstriert, daß derartige Kontroll- und Kommandoflugzeuge den Kampfwert der eigenen Luftstreitmacht ganz erheblich verstärken können. Deshalb werden sie auch als „force multiplier" bezeichnet.

Die gelegentlich USA-kritische Rhetorik der saudischen Regierung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Riad von Washingtons Sichtweise des Ost-West-Konflikts profitiert. Zu Beginn der 70er Jahre war Saudi-Arabien noch ein unbedeutendes militärisches Leichtgewicht. Ab 1973/74 fand Riad zu einer engeren militärischen und ölpolitischen Zusammenarbeit mit dem pro-amerikanischen Schah-Regime (der „anderen Säule" der US-Strategie), die von den USA tatkräftig gefördert wurde. Mit dem revolutionsbedingten Ausfall des Irans erfuhr Saudi-Arabien im strategischen Denken der US-Administration eine weitere Aufwertung. Ohne die militärische Aufrüstung durch die USA (und Westeuropa) wäre Saudi-Arabien vermutlich nicht zu dem militärischen und ordnungspolitischen Faktor in der Region avanciert, der das Land heute ist. Saudi-Arabien unterhält heute eine der bestgerüsteten Armeen der Welt. Mit dem AWACS-System und den amerikanischen Hochleistungsjägern vom Typ F-15 verfügt das Land über eine der leistungsfähigsten und modernsten Luftkriegsflotten weltweit. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die saudische Armee genau betrachtet nicht mehr als eine regionale Einheit der US-Armee ist, deren Einsatzfähigkeit von amerikanischen Ersatzteillieferungen und Militärberatern abhängig ist. Ohne die amerikanischen Militärberater dürften die Saudis kaum dazu imstande sein, das größtenteils technologisch hochwertige und komplizierte Kriegsgerät zu bedienen. Die Kriegsfähigkeit der saudischen Armee steht und fällt mit der Unterstützung und Rückendeckung durch die USA und NATO. An die zehntausend US-Berater sind in Saudi-Arabien tätig. Dazu kommen noch Berater und Techniker aus Frankreich und Großbritannien sowie eine unbekannte Zahl von US-Soldaten.

Für die NATO ist dieses Land ein absoluter Glücksfall. Die Finanzierung der umfassenden militärischen Infrastruktur und der Aufrüstung der saudischen Armee erfolgt auf dem Wege des

absoluter Glücksfall. Die Finanzierung der umfassenden militärischen Infrastruktur und der Aufrüstung der saudischen Armee erfolgt auf dem Wege des

„Petro-Dollar-Recyclings". Dies bedeutet, daß der Westen an der Aufrüstung Saudi-Arabiens gleich doppelt profitiert, finanziell wie politisch-militärisch. Finanziell, indem für Ölimporte gezahlte Dollars durch Waffenverkäufe wieder in die westlichen Kassen wandern; politisch-militärisch, indem mit saudischen Geldern eine westliche Basis in der Region errichtet wird.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die militärische Infrastruktur Saudi-Arabiens, die im existierenden Umfang vom Land selbst allein nicht genutzt werden kann, sondern vielmehr darauf ausgerichtet ist, eine größere externe Streitmacht aufzunehmen, den USA im Falle einer Intervention zur Verfügung stehen würde. Die errichtete militärische Infrastruktur erlaubt es zudem, im Ernstfall komplette Armeen mit Militärflugzeugen von einem Militärstützpunkt zum anderen zu transportieren. Eine derart mobile Streitmacht könnte ständig zwischen verschiedenen Krisengebieten hin und her pendeln.

Die Abhängigkeit der saudischen Armee hinsichtlich ihrer Funktionstüchtigkeit von westlichen Militärberatern verweist auf einen Aspekt, der in der Diskussion um Rüstungsexporte oftmals vernachlässigt wird. Rüstungsexporte erfolgen niht nur deshalb, weil es sich bei ihnen um profitable Geschäfte handelt. Die Mehrzahl aller (staatlicherseits abgedeckten) Rüstungsexporte ist mit politisch-strategischen Kalkülen verbunden. Rüstungsexporte vergrößern die politischen und militärischen Einflußmöglichkeiten des Lieferlandes, sind Instrumente einer Strategie der abhängigen Militarisierung. Dies gilt vor allem dann, wenn es sich bei den transferier-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten Waffen um hochkomplizierte Systeme handelt, deren Bedienung eine qualifizierte Anleitung voraussetzt. So befinden sich im Gefolge jedes exportierten anspruchsvolleren Waffensystems Bataillone von Technikern und Militärberatern, die nicht nur für eine korrekte Bedienung, sondern auch für eine mit den eigenen Interessen korrespondierende Anwendung des Kriegsgerätes verbürgen. Diese These wird auch nicht durch den Einsatz von französischen ,,Exocet''-Raketen gegen britische Kriegsschiffe im Malwinenkrieg widerlegt. Argentinien, das in einigen Bereichen der Rüstung, Ausbildung und Militärstrategie erheblich autonomer als Saudi-Arabien ist, verlor den Krieg im Südatlantik nicht zuletzt deshalb, weil ab einem bestimmten Stadium der Auseinandersetzung fachliche Beratung, Ersatzteillieferung und Nachschub von kompletten Waffensystemen ausblieben. Die argentinischen Soldaten erwiesen sich wiederholt als unfähig, das hochkomplizierte Kriegsgerät westlicher Herkunft in einer optimalen Weise zu bedienen und einzusetzen.

Eine Bedrohung Israels?

Im Zusammenhang mit der Diskussion um bundesdeutsche U-Boot-Lieferungen nach Saudi-Arabien wurde suggeriert, die Aufrüstung dieses arabischen Staates stelle eine Bedrohung für Israel dar. Der skizzierte Kontext, in dem westliche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien erfolgen, widerspricht dieser Behauptung. Er legt eher den Schluß nahe, daß die Aufrüstung Saudi-Arabiens der Stärkung der westlichen Position in der Region insgesamt dient und somit indirekt auch Israel zugute kommt. Was die U-Boote anbelangt, so ist davon auszugehen, daß ihr Einsatzgebiet die Golfregion und das Arabische Meer sein wird. Es bedürfte schon weitreichender Raketen, um von saudischen U-Booten aus israelisches Territorium zu erreichen. Andere Möglichkeiten wären ihre Stationierung im schlauchartigen Roten Meer (wo sie allerdings für Israel ortbar und zerstörbar wären), oder die Umfahrung des gesamten afrikanischen Kontinents (inklusive der Passierung der Straße von Gibraltar), um dann an der ,,anderen Seite'', d.h. vor der Westküste Israels, aufzutauchen. Theoretisch könnte man natürlich die U-Boote auch über Land nach Jordanien schleppen, um von dort aus Israel unter Beschuß zu nehmen. Diejenigen, die behaupten, an Saudi-Arabien gelieferte U-Boote würden die Bedrohung Israels erhöhen, lassen sich durch diese Tatsachen nicht stören. Waffen werden hier nicht mehr in ihrem realen Kontext betrachtet, sondern erstens spielt eine Rolle, wer der Lieferant ist (was in Wirklichkeit für die Bedrohungsanalyse höchstens eine sekundäre Fragestellung ist), und zweitens wird zwischen mehreren Klassen von Opfern differenziert (auch Israel ist im

spielt eine Rolle, wer der Lieferant ist (was in Wirklichkeit für die Bedrohungsanalyse höchstens eine sekundäre Fragestellung ist), und zweitens wird zwischen mehreren Klassen von Opfern differenziert (auch Israel ist im

Besitz von U-Booten, wie sie nun Saudi-Arabien erhalten soll; daß diese U-Boote keineswegs defensiven Zwecken dienen, beweisen Attacken, die von diesen aus gegen Ziele im Libanon ausgeführt wurden). Die Annahme, an Saudi-Arabien gelieferte Waffen könnten irgendwann gegen Israel zur Anwendung kommen, ist höchst unwahrscheinlich. Hierbei handelt es sich nun wirklich um die letzte aller denkbaren Einsatzoptionen.

Die Behauptung, an Saudi-Arabien gelieferte Großwaffen würden Israels Sicherheit tangieren, verschleiert die realen Entwicklungen in der Nahost-Region und die realen Hintergründe westlicher Rüstungslieferungen an arabische Staaten. Zudem bleibt dabei ungeklärt, warum der gleiche Mann (Strauß) nun für Waffenlieferungen an Riad verantwortlich zeichnet, der in den 50er und 60er Jahren eine bedeutende Rolle bei der Aufrüstung Israels (wie der nukleartechnologischen Kooperation Israel-BRD) gespielt hat. Ägypten und Saudi-Arabien erhalten von den NATO-Staaten aus denselben Gründen hochwertige Rüstungsgüter wie Israel. Oder anders: Israel kommt nicht deshalb in den Genuß politischer, ökonomischer und militärischer Hilfe durch die BRD, weil diese ein historisch begründetes schlechtes Gewissen gegenüber der jüdischen Bevölkerung des israelischen Staates hegt (bzw. aus Gründen der Wiedergutmachung), sondern weil die Existenz dieses Staates wie dessen Politik mit den westlichen (inklusive der bundesrepublikanischen) Interessen in der Region korrespondiert. Verteidigungsminister Wörner hat in einem Interview mit der Zeitschrift ,,Tribüne'' freimütig zu erkennen gegeben, was aus der Sicht der BRD für eine enge militärische Kooperation mit Israel spricht: Die relativ jungen Kriegserfahrungen Israels, der sich ,,*im Stand der israelischen Technologie ausdrückt. Hier gibt es Erkenntnisse, von denen wir profitieren können. (...) Wir versuchen natürlich zu erkennen, wo wir von den Israelis im operativen und taktischen Bereich lernen können. Umgekehrt sind die Israelis an unseren operativen und taktischen Konzepten interessiert. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß die operativen und taktischen Operationen der israelischen Armee in manchem den unseren sehr ähnlich sind, insbesondere wenn man an die Auftragstaktik und ähnliches denkt*'' (,,Tribüne'', 99/1986)

Gegenüber Israel ist Saudi-Arabien angriffsunfähig. Seine acht Kampfbrigaden sind in dem Land so disloziert, daß im Nordosten, Südosten und Nordwesten des Territoriums nicht mehr als je zwei bis drei Brigaden stehen. Die Israel nächstgelegenen Kräfte müßten erst Hunderte von Kilometern überbrücken und Jordanien durchqueren, um an Israels Grenzen zu gelangen. Derartige militärische Bewegungen und Kräftekonzentrationen würden jedoch nicht unbemerkt bleiben. Noch bevor die saudischen Truppen ihr Ziel (Israels Grenzen) erreichen würden, hätte Israels weit überlegene Luftwaffe sie längst und ohne große Mühe zerschlagen. Die saudischen Truppen sind vorwiegend an der Grenze zur DRV Jemen und mit Blick zum Golf stationiert. Hier finden auch in der Regel die saudischen Militärmanöver statt. Eine Bedrohung aus der Richtung Israel/Jordanien spielt hingegen hinsichtlich Streitkräftedislozierung und Manövertätigkeit keine Rolle.

Daß die USA Rüstungshilfen für Saudi-Arabien nicht im Widerspruch zur fortgesetzten Aufrüstung und politischen Unterstützung Israels betrachten, bezeugt das Beispiel des amerikanischen ,,Flugzeugpakets'' für Israel, Saudi-Arabien und Ägypten vom Frühjahr 1978. Alle drei Staaten erhielten Waffensysteme, doch wurde Israel im Vergleich zu Ägypten und Saudi-Arabien von den USA besser bedacht. Israel erhielt 110 F-15 unf F-16 Flugzeuge im Werte von rund 2,5 Mrd. US-Dollar. Saudi-Arabien erhielt 60 ,,kastrierte'' F-15, von denen 15 Trainingsflugzeuge waren. Der Preis der Lieferung betrug gleichfalls 2,5 Mrd. US-Dollar, wobei allerdings allein 45 Mio. US-Dollar für zusätzliche Wartungs- und Ausbildungsleistungen der USAF vorgesehen waren, da Saudi-Arabien nicht dazu imstande war, die Flugzeuge ohne US-Hilfe zu unterhalten und zu bedienen. ,,Kastriert'' waren die F-15-Maschinen insofern, daß sie keine die Reichweite verlängernden Zusatztanks erhielten noch unter den Tragflächen Halterungen für die Anbringung von Luft-Boden-Waffen für den Einsatz als Jagdbomber montiert wurden. Zudem sollten die Maschinen nicht auf dem Flugfeld Tabuk im Norden des Landes, von wo aus sie theoretisch gegen Israel hätten operieren können, sondern nur auf einem Flugplatz am Golf, einem an der Grenze zu Südje-

Zudem sollten die Maschinen nicht auf dem Flugfeld Tabuk im Norden des Landes, von wo aus sie theoretisch gegen Israel hätten operieren können, sondern nur auf einem Flugplatz am Golf, einem an der Grenze zu Südje-

men und einem bei Dschidda stationiert werden. Allein aus dieser Dislozierungsform wird bereits ersichtlich, welchem Auftrag Saudi-Arabien aus US-amerikanischer Sicht nachzugehen hatte: Kontrolle der Golfregion und Neutralisierung Südjemens. Die Formalisierung der Dislozierung erfolgte nicht, weil die USA ernsthaft davon ausgingen, daß Saudi-Arabien eine Attacke gegen Israel beabsichtigte. Sie diente allein der Beruhigung jüdischer Einsprüche in den USA und korrespondierte zugleich mit den intendierten Einsatzoptionen.

Umgekehrt begründete Saudi-Arabien sein Interesse an Langstreckenflugzeugen mit der Größe seines Staatsgebietes, das dem Westeuropas entspricht. Eine derartige Reichweite aber wird benötigt, soll die Kontrolle des Luftraumes in der Golfregion gewährleistet sein. Des weiteren war dem Lad daran gelegen, als prowestliches Land den anderen arabischen Staaten zu demonstrieren, daß es in der Lage ist, dieselben Waffen von den USA zu erhalten wie Israel. So sollte unter Beweis gestellt werden, daß eine prowestliche Orientierung, eine Anlehnung an die USA eine lohnenswerte Perspektive für die arabischen Staaten darstelle.

Der Kriegsschauplatz Naher/Mittlerer Osten gibt Aufschlüsse für einen qualitativen Kräftevergleich zwischen Ost und West. Hier kommt es zum direkten Messen zwischen westlichen und östlichen Waffensystemen. Die Unterlegenheit des östlichen Waffenmaterials hatte seinerzeit die Westorientierung Ägyptens beschleunigt.

Die mangelhafte Qualität von Waffen sowjetischer Herkunft und die Weigerung der UdSSR, Kairo bestimmte Großwaffensysteme zu liefern, veranlaßten Ägypten nach dem 73er Nahostkrieg, sich an die Seite der USA zu begeben, die besseres Waffenmaterial und somit eine Aufwertung des ägyptischen Staates versprachen.



Zur Logik israelischer Proteste gegenüber westlichen Rüstungstransfers an arabische Regime

Ein zentraler Einwand Israels gegenüber Rüstungstransfers selbst an ein so moderates, prowestliches arabisches Land wie Saudi-Arabien lautet, daß niemand dafür garantieren könne, daß es nicht eines Tages zum Sturz der Regierung in Riad und zur Etablierung islamisch-fundamentalistischer Verhältnisse kommt. Ein anti-israelisches Regime würde dann die vom Westen gelieferten offensiven Waffensysteme dazu nutzen, einen Angriffskrieg gegen Israel zu führen. Abgesehen davon, daß Saudi-Arabien seitens des Westens u.a. deshalb so hochgepäppelt wird (auch mit Waffen, die sich gegen Anti-Regime-Kräfte einsetzen lassen), damit es nicht zu einer Revolutionierung seiner gesellschaftlichen Verfaßtheit bzw. zu einer Ausbreitung der islamischen Revolution mit den damit verbundenen außenpolitischen Implikationen kommt, handelt es sich dabei um ein Szenario, das die amerikanische Rapid Deployment Force auf den Plan rufen würde. So besehen gerät der israelische

Revolution mit den damit verbundenen außenpolitischen Implikationen kommt, handelt es sich dabei um ein Szenario, das die amerikanische Rapid Deployment Force auf den Plan rufen würde. So besehen gerät der israelische

Einwand eher zum Hinweis, der eine westliche Intervention im Falle eines Falles als legitim erscheinen läßt. Je mehr hochwertiges Waffenmaterial nach Saudi-Arabien importiert wird, desto notwendiger ein militärisches Eingreifen der NATO für den Fall eines Regimesturzes, da ansonsten die Gefahr droht, daß das saudische Waffenarsenal in ,,falsche Hände'' gerät und zu antiisraelischen Zwecken mißbraucht wird.

Im übrigen ist das israelische Szenario (Mullahs rollen im Leo-II gen Israel) völlig unrealistisch: es wurde bereits angemerkt, daß Saudi-Arabien seine supermodernen Waffen nur mit Hilfe jener Tausend westlicher Militärberater bedienen kann, die sich z.Zt. im Land aufhalten. Eine Hilfe, die im Falle der Etablierung eines antiwestlichen Regimes zweifelsohne entfallen würde.

Tatsächlich geht es bei der saudisch-israelischen Rüstungskonkurrenz überhaupt nicht um gegenseitige Bedrohungen und deren Ausmaß, sondern um das militärische Gewicht des jeweiligen Staates in der Region.

Des weiteren verfolgt Israel mit seinen Protesten die Absicht, im gleichen Ausmaß Rüstungslieferungen vom Westen einzufordern, wie sie zuvor den vermeintlichen arabischen Kontrahenten zugesagt wurden. Israelische Proteste gegenüber der Aufrüstung arabischer Staaten unter westlichen Vorzeichen dienen somit auch der Legitimierung eigener Aufrüstungsansprüche, denn für jede Lieferung an einen arabischen Staat verlangt Israel entsprechende Kompensation. Zugleich soll Israel selbst im Waffendeal mit Saudi-Arabien involviert sein: Israels größtes privates Luftfahrtunternehmen — Cyclone Aviation Products — produziert Teile der F-15-Maschinen, die an Saudi-Arabien geliefert werden (nach ,,Merip Reports'', Februar 1983).

Was Israel politische Probleme bereitet, ist, daß einerseits evident ist, daß das Land mittelfristig — zwecks Entlastung — ,,starke Freunde in der Region'' (Strauß) benötigt. Andererseits muß diese Unterstützung bzw. die damit einhergehende Aufrüstung besagter Länder die traditionelle militärische Dominanz Israels relativieren. Vor diesem Hintergrund sind die periodisch vorgetragenen israelischen Anmerkungen zu verstehen, daß der Staat Israel der einzige zuverlässige Verbündete des Westens in der Region sei. ,,*Israel ist das stabilste westliche Land in der Region; es befindet sich jetzt in der vordersten Linie zur Verhinderung sowjetischer Expansion im Nahen Osten. Im Laufe der Jahre vernichtete Israel in seinen Kriegen mehr als tausend russische Flugzeuge und mehr als viertausend russische Tanks; es ist in der Gegenwart und in der Zukunft mit den USA und dem Westen verbunden, und seine Sicherheitsbasis ist Teil der westlichen Infrastruktur*'' (so der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ezer Weizman, zit. nach Jakob Taut: Judenfrage und Zionismus, Frankfurt/M. 1986). Obgleich der Westen bereits seit Jahren auf ,,mehrere Säulen'' in der Region orientiert, erhält Israel seitens der USA pro Kopf berechnet noch immer die mit Abstand

Frankfurt/M. 1986). Obgleich der Westen bereits seit Jahren auf ,,mehrere Säulen'' in der Region orientiert, erhält Israel seitens der USA pro Kopf berechnet noch immer die mit Abstand

größten ökonomischen und militärischen Zuwendungen. 1982 erhielt Israel pro Kopf berechnet 14 mal so viel wie Ägypten (nach Taut, s.o.).

Wo sich der israelische Protest gegen speziell bundesrepublikanische Waffenlieferungen mit der Sorge um die Ausweitung des BRD-Einflusses in der Region verbindet, ist er selbstverständlich unterstützenswert. Diesbezüglich treffen die israelischen Einwände, wenn in ihnen davon die Rede ist, daß es bei puren Waffenlieferungen kaum bleiben würde, sondern daß in deren Gefolge ,,eigendynamisch'' Berater, Ausbilder etc. in der Region Einzug halten dürften. Das gilt für Saudi-Arabien ganz besonders, da dieses Land auf sich allein gestellt außerstande wäre, von der BRD transferierte hochwertige Waffensysteme — ob U-Boote, Leopard-Panzer oder Tornados — selbst zu bedienen. Dieser Aspekt bedarf einer stärkeren Berücksichtigung in der Auseinandersetzung mit bundesrepublikanischen Rüstungsexporten: Es geht bei Rüstungsgeschäften wie dem zwischen der BRD und Saudi-Arabien nicht nur um Waffen als solche, sondern auch um die Ausdehnung des bundesrepublikanischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten.

Denn wie sagte doch Strauß: ,,*Ich befürworte in voller Übereinstimmung mit der Haltung der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens usw. eine Handhabung der deutschen Rüstungsexportpolitik, die den Saudis nicht verwehrt, militärische Güter nach Maßgabe ihres Verteidigungsbedarfs zu erwerben und ihre stabilisierende Funktion in der Region wahrzunehmen*''. Diese Zusammenarbeit würde ,,*der Bundesrepublik Deutschland in Saudi-Arabien auch wieder jenes Gewicht und jenen Einfluß zurückgewinnen, der durch grobe Fehleinschätzungen verlorengegangen ist*''. (zit. nach ,,Rheinischer Merkur'', 1.5.87).

Literatur

Tim Niblock: Saudi Arabia, London 1981
William B. Quandt: Saudi Arabia in the 1980's, Washington 1981
Lutz Meyer: Rüstungskontrolle und internationaler Waffenhandel: Folgerungen aus der Politik Jimmy Carters 1977-79 unter besonderer Berücksichtigung des Mittleren Ostens, Frankfurt/M. 1986
Ursula Braun: Saudi-Arabiens veränderter Standort: Auswirkungen für den Westen, in: „Europa Archiv", 17/1980
dies.: Saudi-Arabien im Spannungsfeld zwischen Nahost, Golf und Rotem Meer unter besonderer Berücksichtigung des saudisch-amerikanischen Verhältnisses, SWP, Ebenhausen 1980
Hans Hecklau: Saudi-Arabien, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Band 6, Hamburg 1983
Joe Stork/ Jim Paul: Arms Sales and the Militarization of the Middle East, in: „Merip Reports", February 1983
Anthony Cordesman: Jordanian Arms and the Middle East Balance, Washington 1983
Scott Armstrong: Saudi's AWACS Just a Beginning of New Strategy, in: „Wasington Post", 1.11.1981
Max Holland: The Militarization of the

hington 1983
Scott Armstrong: Saudi's AWACS Just a Beginning of New Strategy, in: „Wasington Post", 1.11.1981
Max Holland: The Militarization of the

Middle East, Philadelphia 1983
sowie: diverse Ausgaben des „Spiegel", der „FAZ" und der „Europäischen Wehrkunde"

Ein Jahr nach dem Super-Gau in Tschernobyl soll hier eine Bilanz der Energiepolitik der Bundesregierung gezogen werden. Alle Atomanlagen werden weiter gebaut und betrieben, aber der alte ,,Energiekonsens'' ist dahin, klagen die herrschenden Politiker. Ist der von der SPD geforderte Ausstieg aus dem Atomprogramm blanker Opportunismus gegenüber der Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung oder eine Alternative für die herrschende Politik? Ist die Brüterzukunft schon beschlossen oder will die BRD mit Wackersdorf nun die eigene Atombombe bauen? Platzt der ,,Jahrhundertvertrag'' mit der Kohle oder wohin mit dem Kernenergieüberschuß? Doch bevor wir zu diesen Fragen kommen, wollen wir erst mit einer Rückschau auf die Entwicklung des Energieprogramms seit 1970 beginnen. Gigantischen Energieprognosen folgte das Kriegsgeschrei um das Ende der Ressourcen und des kostbaren Öls und die Beschwörung kriegerischer Verteilungskämpfe. Doch heute sind die Herrschenden froh, daß große Teile des Autarkieprogramms für eine krisensichere und teure Energiezukunft auf dem Papier geblieben waren. Heute ist angesichts großer Energieüberschüsse und sinkender Preise eher die Frage zu stellen, ob eine neue Ölzeit bevorstehen könnte.

Das Projekt ist ein bißchen zu umfassend, um es in einer Ausgabe unterzubringen. Es wird eine kleine Serie daraus werden, die Euch über einige AK-Nummern verfolgen wird.



Nach dem ,,Ende der Ölzeit'':
Energie im Überfluß

Der Krieg um den letzten Tropfen Öl

Bis 1973 befand sich das Öl weltweit auf dem Vormarsch. Von 1950 bis 1973 war Öl vor allem im Nahen Osten zu konstanten Schleuderpreisen von 2,5 Dollar pro Barrel (= 159 Liter) zu haben. Energie wurde immer billiger, denn die Industriepreise waren allein zwischen 1957 und 73 um 80% gestiegen. Bei einer Verdoppelung des Energieverbrauchs jeweils in 10 Jahren, stieg der Anteil des Öls am Weltenergieverbrauch von 31% 1960 auf 42% 1970 und 44% 1973. 1945 waren weltweit nur 73 Mio. t Rohöl gefördert worden, 1973 2,5 Mrd. t.

1970 und 44% 1973. 1945 waren weltweit nur 73 Mio. t Rohöl gefördert worden, 1973 2,5 Mrd. t.

In der BRD war diese Entwicklung noch krasser. Hier hatte sich der Ölpreis sogar fast halbiert, weil der Dollarkurs von 4,- auf 2,50 DM gesunken war. 1955 verbrauchte die BRD ganze 10 Mio. Tonnen Rohöl, 1973 das Zwölffache, nämlich 120 Mio. t. 55% der Energie wurden durch Öl abgedeckt, während der Anteil der Kohle gleichzeitig von 85 auf 25% gesunken war. Und so sollte es auch weitergehen: In den Prognosen der Bundesregierung sollte der Ölverbrauch in den nächsten 10 Jahren noch einmal um 70% gesteigert werden. (1)(2) (s. Tabelle 1)

Im Rahmen des israelisch-arabischen Krieges 1973 beschloß die OPEC den Ölboykott für die imperialistischen Länder, die Israel direkt in diesem Krieg unterstützten. Sie setzten den Verkaufspreis für Öl von 2,5 auf 10 Dollar pro Barrel herauf, wodurch der Anteil des Erlöses der Förderländer von 11-15% auf über 40% anstieg. Auf dem Papier befanden sich die imperialistischen Länder seither im Kriegszustand mit ,,den Ölscheichs'', auf einem Spiegel-Titel 1974 landete US-Präsident Ford mit der neugebildeten ,,Schnellen Eingreiftruppe'', um die Ölfelder zu besetzen (die Truppe gibt es tatsächlich erst seit 1980). Willy Brandt rief ,,das deutsche Volk'' zu Jahrhundertanstrengungen mit ,,Schweiß und Tränen'' auf, Autofahrverbote untermalten die Szene. (1)(3)

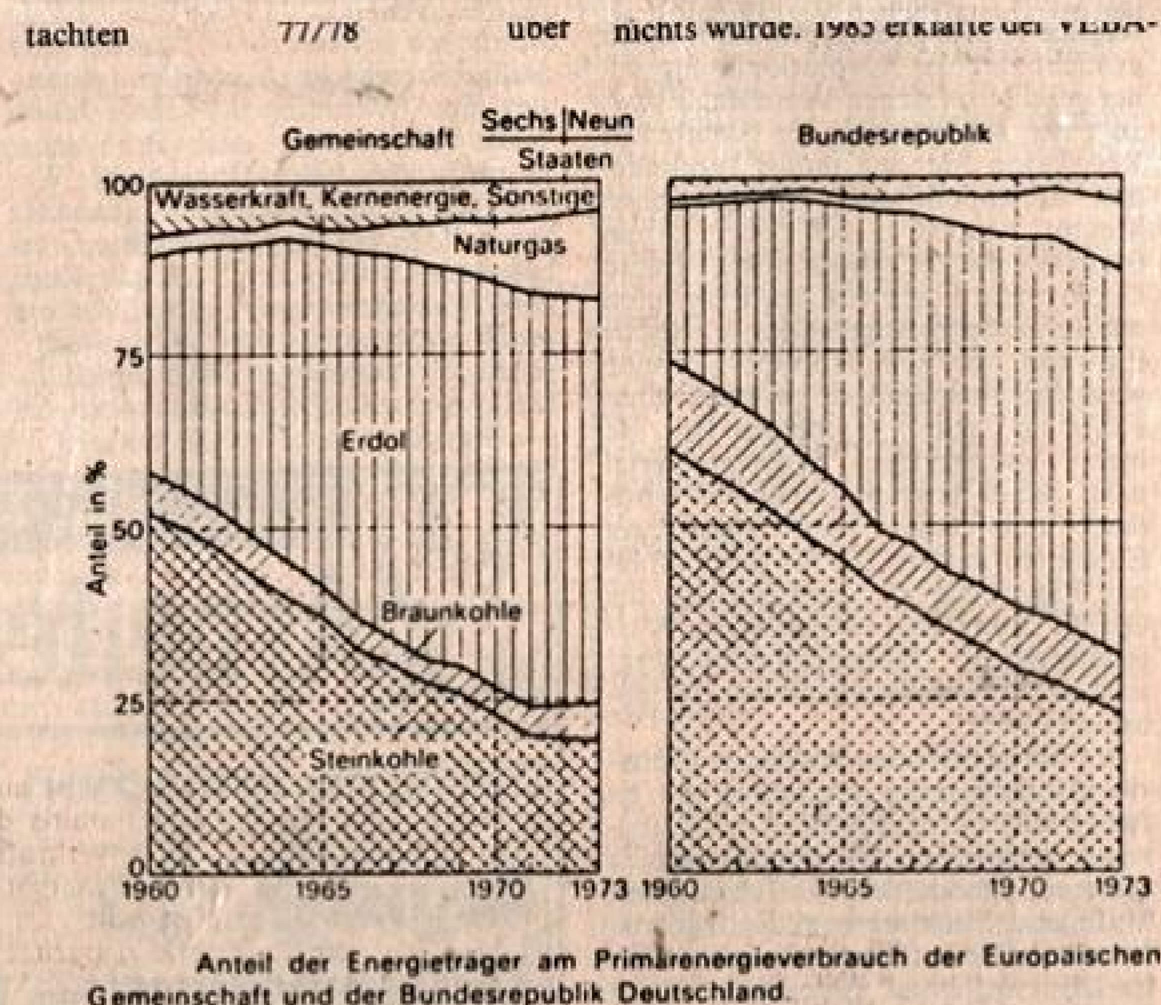
Als dann infolge des Schah-Sturzes 1979 der Ölpreis noch einmal von 12,7 Dollar (1978) auf 35 Dollar (Mitte 1980) emporschnellte, wurden die kriegerischen Töne erneut verschärft: ,,*Ausreichende Energie entscheidet über Krieg und Frieden. Die OPEC-Staaten sollen mit ihrer Preispolitik die Welt nicht aus den Angeln heben,*'' erklärte Helmut Schmidt auf der Weltenergiekonferenz 1980 in München. (4) Der zuständige EG-Kommissar Brunner rief dazu auf, ,,*die tödliche Abhängigkeit*'' vom Öl zu beseitigen: ,,*Wir haben Konsum und Produktion zum Motor der Wirtschaft und der technischen Erneuerung gemacht. Wir haben Verschwendungswirtschaft betrieben. Dies war unser Irrtum.*'' (5) Gerade in dieser Zeit war aber von gigantischen Investionen für die Energiezukunft die Rede. Hatte etwa der Sachverständigenrat von Wirtschaftswissenschaftlern in seinem Jahresgutachten 77/78 über

tachten 77/78 über

,,*Überkapazitäten*'' und ,,*zu niedrige*'' Energiepreise geklagt und geradezu nach ,,*Zwängen*'' gerufen, die ,,*zwar schmerzhaft aber geeignet* (seien), *die notwendige Umstrukturierung des Energiemarktes herbeizuführen,*'' (6) so sah man Anfang der 80er Jahre die Chance dafür gekommen. 1.800 Mrd. Dollar Energieinvestitionen innerhalb der kommenden zehn Jahre forderte 1975 eine OECD-Studie für die Industrieländer, 500 Mrd. Dollar für eine EG-Politik weg vom Öl wollte Guido Brunner allein innerhalb von 10 Jahren zusätzlich ausgeben. (7) 500 Mrd. DM (zu Preisen von 79) forderte die VEBA für die kommenden zwanzig Jahre für die BRD, darunter allein 70 Mrd. für 40.000 MW zu bauender AKWs. (8)(9) Man faselte damals auch von einem neuen Kohlezeitalter, in dem die fünffache Menge Kohle (700 Mio. Tonnen jährlich) über die Ozeane verschifft würde. Ab 1993 sollte in der BRD in 14 Kohleveredelungsanlagen Benzin und Gas im Großmaßstab gewonnen werden, 13 Mrd. Bundeszuschüsse sollten dafür gezahlt werden. Der Benzinpreis hätte dafür allerdings auf über 2,30 DM pro Liter hochschnellen müssen. (10)

Aber es kam völlig anders und heute ist man froh, daß aus diesen Plänen nichts wurde. 1985 erklärte der VEBA-

nichts wurde. 1985 erklärte der VEBA-



Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland.

TABELLE 1:

Energieprognose der Bundesregierung

Verbrauch	real		Konzept nach 73				vor der Ölkrise			
(Mio t SKE)	1972	%	1980	%	1985	%	1980	%	1985	%
Mineralöl	196,4	55,4	221	47	245	44	275	54	330	54
Steinkohle	83,7	23,6	82	17	79	14	58	11	50	8
Naturgas	30,6	8,6	87	18	101	18	82	16	92	15
Braunkohle	31,0	8,7	35	7	38	7	39	8	38	6
Kernenergie	3,1	0,9	40	9	81	15	45	9	90	15
Sonstige	9,6	2,8	10	2	11	2	11	2	10	2
Summe	374,4	100,0	475	100	555	100	510	100	610	100

Quelle: FR, 24.10.74

Chef, Rudolf v. Bennigsten-Foerder: Nun seien ,,*die Energiemärkte entspannt (...) wie seit Jahren nicht mehr: Alle Energiearten sind in beliebigen Mengen zu beziehen, und das internationale Energiepreisniveau ist real (...) rückläufig. (...) Mit Blick auf die Energieweltmarktpreise ist es ein glücklicher Vorteil, daß die von der deutschen Energiepolitik der siebziger Jahre angestrebten Maßnahmen zur staatlichen Steuerung der Primärenergiestruktur nicht verwirklicht wurden. (...) Die Energieversorgung wäre* (damit) *nicht sicherer, vielmehr ein gesamtwirtschaftlicher Unsicherheitsfaktor.*'' Oder zu den eigenen Kohleveredelungsplänen: ,,*Was wäre, würde heute das vormals geförderte Dutzend ‚großmaßstäblicher Kohleveredelungsanlagen' laufen? Zum Glück ist es bei der (...) Absicht geblieben.*'' (11)

Der Energiebericht der Bundesregierung für 1986 spricht von ,,*einem tendenziellen Energie- und besonders Öl-Überangebot. (...) Die gelassenen Reaktionen des Weltölmarktes auf die Situation im Golf zeigen, wie eine international gut abgestimmte und in der Sache wirkungsvolle Politik ein für die ganze Welt gefährliches Problem entschärfen kann.*'' Der Weltölverbrauch sei nach 1979 um 10% gesunken, die OPEC habe sogar 50% ihres Marktes verloren und die Preise seien unter den Stand von 1979 gefallen. ,,*Mineralöl deckt heute weltweit rd. 40% des Energieverbrauchs und dürfte auch über das Jahr 2000 hinaus der international dominierende Energieträger bleiben.*'' (12)

Die angebliche ,,Strangulierung der Weltwirtschaft durch die Scheichs'', der vorausgesagte Verteilungskampf um den ,,letzten Tropfen Öl'' oder das ,,Ende der Ölzeit'' oder die Zukunft des Kohlebenzins sind erst einmal passé. Entscheidend ist dabei, daß sämtliche offiziellen Energieprognosen aus heutiger Sicht als Müll betrachtet werden können.

Die Antarktis zur Riviera verwandeln

Phantastereien umgaben in den 50er Jahren die Atomenergie (13), nachdem US-Präsident Eisenhower 1953 die

Phantastereien umgaben in den 50er Jahren die Atomenergie (13), nachdem US-Präsident Eisenhower 1953 die

Welt dazu aufgerufen hatte, jetzt die durch Atomwaffen befleckte Kernenergie zu der Zukunftsenergie mit US-Hilfe zu entwickeln (,,Atoms for Peace''). Seit 1955 durfte auch die BRD offiziell wieder Atomforschung betreiben und sich einen Atomminister leisten, der auch gleichzeitig BRD-Atomwaffen haben wollte. Die SPD, die heute im Hauff-Papier die Atomenergie als ,,*eine Sackgasse*'' bezeichnet, hatte 1956 erklärt: ,,*Atomenergie kann zu einem nie geahnten Wohlstand für alle Menschen führen.*'' (14) Der eigentliche Siegeszug der Kernenergie sollte weltweit in den 70er Jahren beginnen. In der Bundesrepublik ging nach dem Bau zahlreicher Forschungsreaktoren und erst noch ,,kleinerer'' AKWs, wie Stade und Obrigheim, 1974 der erste Großreaktor des heutigen Standardtyps, das Kernkraftwerk Biblis A (mit 1.200 MW Leistung), für 400 Mio. DM ans Netz. Die OECD ging damals von einem weltweiten Bedarf von 2 - 2.500 GigaWatt (15) Kernenergieleistung für das Jahr 2000 aus, 1980 waren weltweit davon gerade erst 138 GW am Netz. Im Jahre 2000 sollte — dieser Prognose zufolge — dann innerhalb eines Jahres allein soviel Uran verbraucht, wie nach heutiger Schätzung für 50 Jahre reichen werden. (16) In der BRD sollten 1985 50.000 MW AKW-Leistung installiert sein, tatsächlich sind nicht einmal die Hälfte davon erreicht (20.000 MW). Es war nur eine nachgeschobene Begründung nach der Ölkrise, daß die Kernenergie den Ölverbrauch senken sollte, **ursprünglich war sie als zusätzliche Quelle für ein unbegrenztes Energiewachstum geplant.** In der ersten Energieprognose nach der Ölkrise wurde der Kernenergieplan sogar erstmals gestutzt. (s. Tabelle 1) In den USA wurden nach 1974 keine neuen Bestellungen mehr für AKWs abgegeben, es waren trotzdem so viele, daß selbst das derzeitige Ausbautempo trotz zahlreicher Verzögerungen, Projektaufgaben und Sicherheitsstillegungen noch zu groß ist. Öffentlicher Widerstand und das vollkommen unterschätzte Sicherheitsproblem führten neben Verzögerungen zu einer Kostensteigerung um den Faktor Zehn. Der 1969 begonnene Brutreaktor in Kalkar ist immer noch nicht fertig und hat schon die ersten Preiskalkulationen um den Faktor Zwanzig überboten. 1980 waren für die BRD aber immer noch 50.000 MW, jetzt für das Jahr 2000 geplant. (8)(9)(11) Im ,,Jahrbuch der Atomwirtschaft'' für 1986 heißt es, daß die Bedeutung der Kernenergie in der BRD ,,*nach wie vor noch deutlich von der Zurücknahme der sehr hohen Ausbauerwartungen bestimmt ist.*'' Allerdings ging die Atomindustrie 1985 immer noch von 35.000 MW für das Jahr 2000 aus. (17) Inzwischen sagt der Vorsitzende der Vereinigung der Elektrizitätswerke, Prof. Peter Heidinger, daß ,,*kein Handlungsbedarf für den Bau neuer Kernkraftwerke*'' bestünde, zumindest nicht bis Mitte der 90er Jahre. (18) Selbst nach Fertigstellung der jetzt noch im Bau befindlichen Atomanlagen werden 25.000 MW nur knapp erreicht; die Elektrizitätswirtschaft hat totale Überkapazitäten und die Kernenergie versucht, den Kohleanteil am Strom zu reduzieren. Zwar ist der Stromverbrauch seit 1973, in den letzten 15 Jahren (bei stagnierendem Energieverbrauch) um rund 50% gestiegen, und hat seinen Anteil erheblich erhöht; man ging seinerzeit allerdings von einer Vervierfachung in 20 Jahren aus. (2) Für die Zukunft wird, wenn überhaupt, nur noch geringfügiger Anstieg des Stromverbrauchs erwartet.

Auch für Atomenergieplanung war der Faktor Energieverschleuderung ganz offensichtlich eine entscheidende Voraussetzung. 1973 hatte das Energieprogramm der Bundesregierung für die Energieeinsparung schon ,,*ein eigenes Kapitel*'' übrig, aber erst ab 1979 kam dem eine vorrangige Stellung zu. (19) Schon die ersten Schritte auf diesem Gebiet haben alle bisherigen Energiepläne, die einen gigantischen Energieverbrauch vorsahen, über den Haufen geworfen. Andererseits ist auch die Vorstellung, daß jetzt die angebliche Endzeit der Ressourcen bereits unmittelbar bevorstünde, ins Reich der Fabel gerückt, zumal die ersten ,,Erfolge'' bei der Energieeinsparung eher deutlich machen, wieviel tatsächlich möglich wäre, wenn man wollte.

Energieeinsparung und Verschwendung

Innerhalb von nicht einmal 10 Jahren gingen die Energieprognosen von einer exponentiellen Steigerung (einer Verdoppelung alle zehn Jahre) zu einer stetig abfallenden Kurve über. (s. Schaubild)

Beim Thema ,,Energiesparen'' muß man erst einmal zweierlei Dinge unter-

Beim Thema ,,Energiesparen'' muß man erst einmal zweierlei Dinge unter-

scheiden: Man kann Energie einsparen, wenn man z.B. nicht mit dem Auto nach Italien in den Urlaub fährt, sondern stattdessen in der Umgebung wandert oder Fahrrad fährt, man kann versuchen, die Wohnungsheizung durch warme Decken zu ersetzen, man könnte den Fernseher abschaffen oder ein Fahrverbot verhängen oder ganz konsequent die Mängel vergangener Zeiten heute als neue Werte entdecken, wie es ja teilweise offiziell oder von rechten Ökologen geschieht (zu dem Thema kommt etwas in einem späteren Kapitel). Man kann aber andererseits auch das Niveau des Energieverbrauchs schon ganz entscheidend senken, indem sie rationeller, sprich wirkungsvoller eingesetzt wird. Das passiert heute in einem gewissen Umfang. 1973 wurden pro 1000 DM Leistung des Bruttosozialproduktes in der BRD 279 kg SKE aufgewendet, 1985 nur noch 244 kg SKE und damit 18% weniger. (12)(20) Aber auch heute verpufft der Großteil der Energie als nutzlose Aufheizung der Umwelt.

In dem Schaubild hier wird deutlich, daß 1984 nur 26% der Energie nutzanwendend eingesetzt wurde. Schlagend ist etwa das Beispiel vom Wasserkochen mit dem elektrischen Herd: 66% werden bei AKWs den Fischen vorgeworfen, die AKWs werden bekanntlich mit Flußwasser gekühlt. Wegen des damit verbundenen Sauerstoffmangels mögen das die Fische nicht so gern. 5% braucht das Kraftwerk, der sich erwärmende Herd schluckt 10%, die Küche und der Topf schlucken noch einmal 16% und ganze 3% der Energie bringen dann das Wasser zum Kochen. Würde man nun die Wärmeenergie aller Kraftwerke gleichzeitig benutzen, um warmes Wasser zu Heizzwecken zu produzieren (sog. ,,Wärmekraftkoppelung''), so könnte man statt einem Drittel 75 bis 85% (je nach Leitungsverlusten) der Energie nutzen und damit weit mehr als die Hälfte aller Woh-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nungen in der BRD heizen. Erst 10% der Kraftwerke im Energiespar-,,Weltmeister''-Land BRD werden so betrieben, in Dänemark immerhin 43%, dort gibt es nämlich keine dafür hinderlichen AKWs. (21) Immerhin gab es auch in der BRD seit 1977 3 Mrd. staatlicher Gelder für die Fernwärme (weniger als für ein AKW), 8% der Wohnungen werden mit Fernwärme bedient, nicht mehr als mit energiefressenden Stromheizungen ausgerüstet sind, die aber beim gegenwärtigen AKW-Stand nachts nur verhindern, daß die AKWs nicht zu 100% Fischheizung betreiben und damit laut Bundesregierung keine zusätzliche Kapazität in Anspruch nehmen. (12) Denn Kernkraftwerke lassen sich nicht einfach aus- und anschalten, sondern es wird mehr Wärme in den Fluß geleitet, wenn die Turbinen abgeschaltet würden. Und AKWs taugen nicht für eine Wärmekraftkoppelung (d.h. der Thorium-Reaktor soll einmal Prozeßwärme z.B. zur Kohlumwandlung liefern können). Im Nachbarland Dänemark (ohne AKWs) sind 31% der Haushalte mit Fernwärme beheizt. (21) Umgekehrt könnte die Industrie, die 70% ihres Energieverbrauchs als Wärme benötigt, gleichzeitig aus der Abwärme, die durch den Schornstein gejagt wird, Strom gewinnen. Hier wären insgesamt 40.000 MW, d.h. zwei Drittel des Stromes der BRD zu gewinnen. Tatsächlich sank aber die Eigenversorgung der Industrie mit Strom von 48,6% (1950) auf 20,2% (1981), die Industrie nimmt heute 50% des Stromes ab, statt umgekehrt Strom zu liefern. (21) Aber da müßte man schon die Grundrechte der Strommonopole antasten, denn seit 1935 besitzen die Stromversorger in ihrem Gebiet das Monopol auf Stromleistungen, sie müssen jeder Stromeinspeisung zustimmen. Während die SPD an der Regierung ausdrücklich davon Abstand genommen hatte, fordert sie seit neustem hier eine Gesetzesänderung. Aber die jetzige Bundesregierung geht ,,*nach wie vor davon aus, daß privatwirtschaftliche Vereinbarungen aufgrund ihrer Flexibilität den Interessensausgleich zwischen den Beteiligten besser gewährleisten als gesetzliche Regelungen.*'' Im Industriebereich habe es 1979 eine ,,erste Vereinbarung'' und 1985 eine ,,Ergänzung'' gegeben und auch eine ,,erhöhte Zahl'' von Einspeisungen. Das Dumme ist aber, daß auf dem freien Markt solchen Anlagen nur selten für Industrieunternehmen lohnen, da die Anschaffung erst einmal sehr teuer wäre. Die Bundesregierung gibt selbst zu, daß solche Bemühungen im nicht-industriellen Bereich ,,*bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen nicht*

Erdölförderung der Welt

— in Millionen Tonnen —

LAND/REGION	1960	1970	1973	1978	1979	1980	1984
BRD	5.5	7.5	6.6	5.1	4.8	4.6	4.1
Norwegen	-	-	1.6	16.8	18.3	24.4	34.5
Großbritannien	0.1	0.1	1.4	54.0	77.9	80.5	125.0
Westeuropa	**15.5**	**22.6**	**22.5**	**91.0**	**115.9**	**124.6**	**179.0**
USA	380.4	533.6	514.3	481.5	478.6	482.2	487.0
Kanada	25.8	70.0	100.1	74.7	83.2	83.0	82.0
Nordamerika	**406.2**	**603.6**	**614.4**	**556.2**	**561.8**	**565.2**	**569.0**
Venezuela	147.9	193.2	175.4	115.7	122.8	112.9	95.0
Mexiko	14.1	21.9	23.2	66.4	80.8	106.8	150.0
Lateinamerika	**196.8**	**267.7**	**264.2**	**252.1**	**276.1**	**295.1**	**335.1**
Iran	52.1	191.7	293.9	260.9	151.4	76.6	105.0
Saudi-Arabien	65.8	190.3	364.7	422.0	475.2	496.4	235.0
Kuweit	85.5	150.7	138.3	108.9	127.2	81.4	58.0
Irak	47.5	76.6	99.4	128.9	168.0	130.0	58.5
VAE	-	37.6	77.0	89.6	89.4	82.6	64.2
Quatar	8.2	17.2	27.5	23.4	24.4	22.8	18.8
Ägypten	0.6	16.4	13.5	24.4	26.0	30.1	43.0
Mittlerer Osten	**264.8**	**705.9**	**1061.6**	**1087.0**	**1089.0**	**944.7**	**606.8**
Ferner Osten	**27.2**	**67.0**	**109.8**	**139.3**	**144.4**	**134.9**	**155.3**
Libyen	-	159.2	104.6	96.2	99.0	85.9	52.5
Algerien	8.5	47.2	51.1	58.8	53.2	51,5	29.5
Nigeria	0.9	53.4	101.3	94.0	113.5	101.8	68.0
Afrika	**9.4**	**279.1**	**278.7**	**276.1**	**293.2**	**267.8**	**186.6**
WELT ohne Ostbl.	**917.2**	**1945.9**	**2351.2**	**2401.7**	**2480.4**	**2332.3**	**2031.8**
Sowjetunion	148.0	352.7	427.2	572.5	586.0	603.0	615.5
China	5.5	20.0	53.6	104.0	106.2	106.0	110.0
Ostblock	**167.3**	**390.2**	**499.6**	**695.4**	**710.8**	**726.8**	**747.2**
Welt total	**1024.5**	**2336.1**	**2850.8**	**3097.1**	**3191.2**	**3059.1**	**2779.0**

Quelle: Petrolum Economist

immer zu befriedigenden Ergebnissen geführt'' habe. (12) Anders gesagt, während etwa in Dänemark Bauer Jensen oder Karlsen überall seine Windmühle oder Biogasanlage zur Stromerzeugung nutzen kann, ist das hier in der BRD in aller Regel verboten. Aber kehren wir von dem, was möglich wäre und was in zahlreichen Studien vorgerechnet worden ist, zu dem zurück, was in der BRD an rationellerer Energieanwendung tatsächlich betrieben wird, und hier — sagt die Bundesregierung — seien ,,*die erzielten Erfolge (...) weit größer, als zu Beginn der Ölkrise und auch noch Anfang der 80er Jahre erwartet worden war*''.

rung — seien ,,die erzielten Erfolge (...) weit größer, als zu Beginn der Öl-

1977 wurden im Rahmen eines Energieeinsparungs- und Wohnungsmodernisierungsgesetzes 4,35 Mrd. DM an Zuschüssen und Steuererleichterungen gewährt. Für Neubauten müssen seither die Wärmedämmungsmaßnahmen verdoppelt werden. Und hier gibt es ganz entscheidende Sparerfolge. Benötigte man 1973 im Durchschnitt 29 Liter Heizöl pro Quadratmeter Wohnfläche für die Heizung, so liegt das heute bei 20 Litern, also fast ein Drittel darunter. Aus diesem Bereich stammt (neben Umstellungen) der Löwenanteil der Öleinsparung. Heizöl machte 1973 61% am Mineralölverbrauch aus, 1985 waren es 46%. Der Kraftstoffverbrauch hingegen ist seither sogar absolut um 30% gestiegen (Anteil von 36% am Ölverbrauch). Um 16% sackte der Heizölverbrauch von 1973 bis 74 und um 56% zwischen 1978 bis 1983, seither ist der Verbrauch wieder ,,stabil''. Aber an weitere, drastischere Maßnahmen ist hier nicht gedacht. Auch wenn heute der Wärmebedarf in Räumen technisch gesehen auf ein Drittel senkbar wäre (19), hält die Bundesregierung den Rahmen für ,,*ausgeschöpft. Eine weitere Verschärfung der Vorschriften des Wärmeschutzes würden der notwendigen Wirtschaftlichkeit zuwiderlaufen.*'' Immerhin gibt es bei Umbauten in Altbauten Auflagen. Die Forderungen nach einem Niveau wie in Schweden etwa übersehe hingegen, ,,*daß unterschiedliche Klimafaktoren auch zu unterschiedlichen bauphysikalischen Lösungen zwingen.*'' (12) Verstanden? Das ist auch nicht zu verstehen.

Bei Kraftfahrzeugen sei der spezifische Verbrauch für Neuwagen seit 1978 um fast ein Viertel reduziert worden. Seit 1980 ist der gesamte Kraftstoffverbrauch bei wachsendem Autopark noch um 2% gestiegen. Eine ,,Selbstverpflichtung der Industrie'' ersetzte die ursprünglich in dem 1979 von der Schmidt-Regierung eingesetzten Kabinettsauschuß geplante verbrauchsabhängige Steuer. Eine ähnliche Selbstverpflichtung gibt es bei Elektrogeräten, wo dann die diskutierte ,,Energieverbrauchsordnung'' fallengelassen wurde: ,,*Eine solche Reglementierung würde den technischen Fortschritt eher hemmen,*'' sagt die Bundesregierung, die stattdessen als ,,Wettbewerbselement'' eine Energieetikettierung empfiehlt. Immerhin wird hier im Industriebereich ein Rückgang des Stromverbrauchs um jährlich ein Prozent erwartet. Seit 1978 sei der spezifische Stromverbrauch bei Elektrogeräten um 15 bis 35% gesunken (12), in anderen Quellen kann man finden, daß der Stromverbrauch von Elektrogerätendurchaus um 50% zu senken wäre. (21)

der Stromverbrauch von Elektrogerä- anderen Quellen kann man finden, daß

Nicht zuletzt spielt bei der Entwicklung des Energieverbrauchs eine gewichtige Rolle, daß das heutige wirtschaftliche Wachstum vor allem im sog. Dienstleistungssektor stattfindet, jedenfalls nicht in der energieintensiven Grundstoffindustrie. In unserem Schaubild stammte die letzte Prognose noch von einem Ökoinstitut, aber alle Energieprognosen gehen nun (nach 1985) von einer abnehmenden Tendenz aus und dies beim derzeitigen Stand der ,,Anstrengungen'' darum. (22)

Auch wenn der spezifische Energieverbrauch in den Industrieländern noch erheblich, nämlich um einen Faktor Zwei zwischen Dänemark, Japan, der BRD am unteren Ende und Canada und den USA am oberen, schwankt (12), so ist der Trend überall gleich: Der Ölverbrauch liegt überall unter dem Stand von 1973, der Energieverbrauch sinkt weiter. Nur im Ostblock und in der ,,3. Welt'' hat man noch einen steigenden Energiebedarf.

Woran der Ölkrieg scheiterte

Als 1973 die Erdölförderländer ihren Verdienstanteil am Rohöl auf etwa 40% hochsetzten und damit auf einen Schlag das ständig billiger gewordene Öl dem allgemeinen Preisentwicklungsstand wieder angepaßt hatten, erhob sich hier großes Kriegsgeschrei: ,,*Die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind,*'' tönte es in der Springer-Presse. Und es blieb keineswegs nur bei der chauvinistischen Propaganda. Am 1.1.1975 wurde Henry Kissinger gefragt, ob die USA militärische Aktionen als Reaktion auf die Ölpreiserhöhungen erwägen würden. Kissinger meinte daraufhin, daß es ,,*zwar etwas hochgegriffen*'' sei, ,,*so auf Preiserhöhungen zu reagieren*'', aber daß es ,,*etwas ganz anderes ist, wenn es tatsächlich um die Erdrosselung der Industriestaaten geht.*'' Und schon brach ein Sturm der Empörung im arabischen Raum aus. Verteidigungsminister Schlesinger gab noch einen drauf: ,,*Vielleicht würden wir ein erneutes Ölembargo nicht völlig passiv geschehen lassen. Ich werde keine mögliche Reaktion andeuten; ich möchte nur darauf hinweisen, daß uns wirtschaftliche, politische und möglicherweise militärische Mittel zur Verfügung stehen.*'' (24) In der US-Öffentlichkeit gab es eine hitzige Debatte, welche Länder man denn am besten besetzen solle. Allerdings setzten sich seinerzeit die Kritiker durch, so schrieb etwa der Chefredakteur von ,,Newsweek'', de Brochgrave: ,,*Wenn Sofa-Strategen immer noch dabei bleiben, daß die Ölfelder Saudi Arabiens relativ einfach von den USA erobert werden können, so irren sie sich. Gut 700 Bohrlöcher sind über ein Gebiet von der Größe Westeuropas verstreut. Diese Bohrlöcher sind durch 7.000 Meilen Pipeline — größtenteils oberirdisch — an 150 Verarbeitungsanlagen und Pumpstationen angeschlossen. Sollten diese technischen Einrichtungen durch Sabotage zerstört werden, würde es Jahre — nicht Monate — dauern, sie wieder herzustellen. (...) Eine Intervention würde genau das heraufbeschwören, was sie verhindern soll: die ökonomische Strangulierung der westlichen Industriegesellschaften.*'' (24) Und so wurde die Nixon-Politik nach dem Abzug der Briten Anfang der 70er Jahre in diesem Raum fortgesetzt, nämlich den Schah als imperialistischen Stellvertreter und Wachhund für die Region zu stützen. Und ausgerechnet dieser Wachhund, der immerhin sogar 44% des OPEC-Öls lieferte, fiel 1979 aus, die zweite Ölkrise begann und jetzt wurde tatsächlich an den Ausbau der ,,Schnellen Eingreiftruppe'' zügig herangegangen und Präsident Carter erklärte, daß jede Blockierung des US-Zugangs zum Öl des Persischen Golfs ,,*als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten*'' angesehen würde und ,,*durch den Gebrauch aller nötigen Mittel, einschließlich militärischer, abgewehrt*'' würde.

Die Drohung der Imperialisten mit Rohstoff- und Verteilungskriegen ist ernst zu nehmen, die NATO bereitet sich darauf vor. Doch ein Ölkrieg kann nicht zur unmittelbaren Sicherung der Rohstoffgrundlage geführt werden, sondern umgekehrt, Krieg ums Öl und andere Rohstoffe kann man dann führen, wenn eine weitgehende Unabhängigkeit vom einzelnem Rohstofflieferanten oder ,,Krisenherd'' besteht.

Die Autarkiepolitik

Die Autarkiepolitik

Eine krisen- oder gar kriegssichere Energieversorgungsstruktur läuft nach etwas anderen Gesetzen. 1980, nach der zweiten Ölkrise, sagte der Energiemanager Prof. Knizia: ,,*Energie wird noch viel mehr kosten als Rüstung.*'' Im Energiebericht der Bundesregierung heißt es wieder bedächtiger, daß die Energieversorgung ,,*nicht notwendig billig*'' sein müsse: ,,*Entscheidend ist, daß die deutsche Volkswirtschaft zu etwa gleichen Bedingungen wie ihre maßgeblichen internationalen Wettbewerber versorgt wird. Dieses Ziel ist insgesamt bei allen Energieträgern erreicht.*'' (12) Und da sich diese Wettbewerber auf eine Strategie weg vom OPEC-Öl geeinigt hatten, war man geradezu daran interessiert, die Ölpreise in die Höhe zu treiben. Das ist auch der Grund, warum die Ölmultis den sinkenden Ölverbrauch verkraften konnten. Ganz unvermeidlich gibt es dabei Verluste, man spricht von 20 Mrd. bei der Raffinerie-Kapazität in der BRD. Anderseits konnten die Multis auch während der Ölkrisen kräftig zulangen, allerdings mußten sie inzwischen die ersten Plätze in der Hitliste der Großen zugunsten der Automobilgiganten räumen.

Umsätze der Ölmultis
in Mrd. Dollar

Name	1973	1978
Exxon	26	65
Shell	19	47
Mobil	11	37
Texaco	11	29
BP	8	29
Standard Oil	8	23
Gulf	8	20

(aus ,,die tat'', 25.1.80)

Wenn man sich die Veränderungen der Energieversorgung der BRD innerhalb von zehn Jahren anschaut, erkennt man in der Tat ziemliche Veränderungen:

Der Energie-Trichter

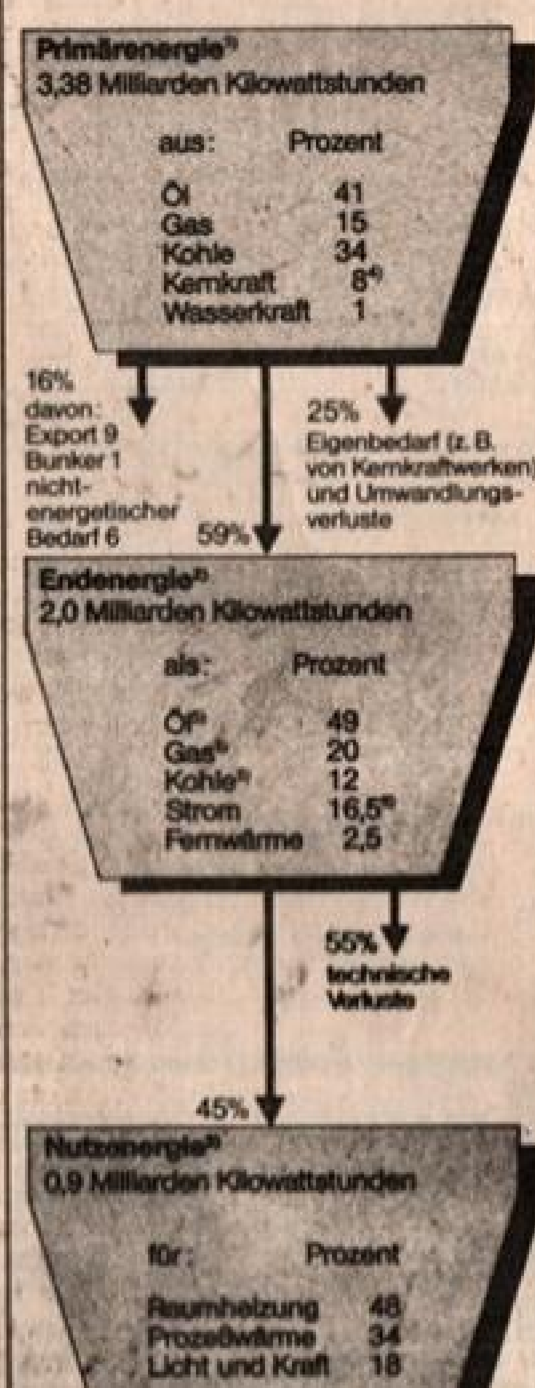


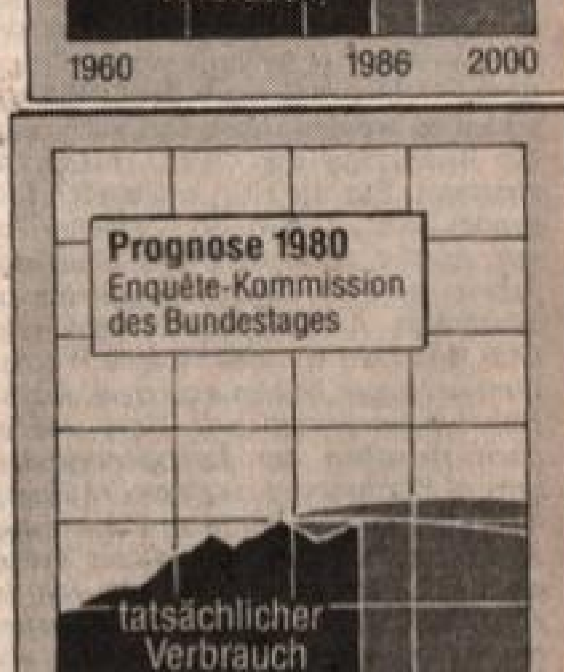
SCHAUBILD: Struktur der Energieversorgung 73/85









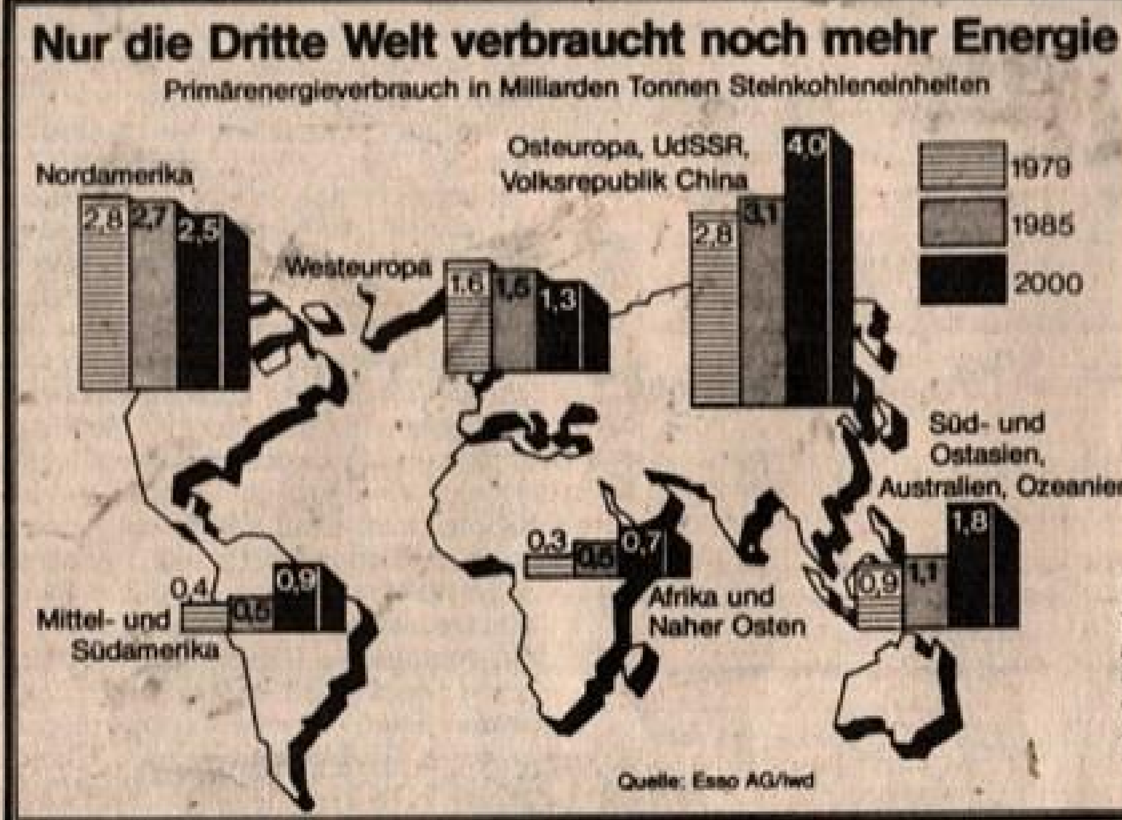




Quelle:
Energiebericht der Bundesregierung

Fortsetzung von vorheriger Seite

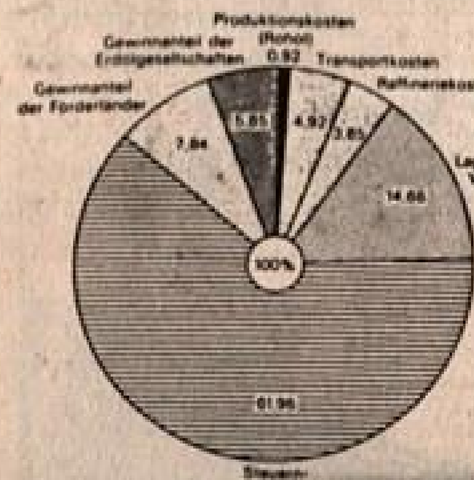
Wenn die Bundesregierung stolz verkündet, daß beim Sektor Öl der OPEC-Anteil zudem von 96% (1973) auf 56% geschrumpft und der Anteil des „*weniger krisenanfälligen*“ Nordseeöls gleichzeitig auf ein Drittel gestiegen sei, so wäre das ohne Ölpreissteigerung kaum möglich gewesen. Oder anders ausgedrückt: Unterhalb 20 Dollar pro Barrel für Nahost-Öl wird Nordseeöl ein Zuschußgeschäft. Die drastische Verteuerung der Energiepreise und insbesondere der Erdöl- und Erdgaspreise kurbelte die Ölsuche an und ließ sehr schnell neue Quellen hervorsprudeln: Eine halbe Milliarde Tonnen Rohöl wird heute in der OPEC weniger und weltweit mehr gefördert als 1973 (ohne Ostblock). Das sind ein Viertel des gesamten Weltverbrauchs an Öl.





Kommt eine neue Ölzeit?

Aber diese Entwicklung des Ölüberangebots und des sinkenden OPEC-Anteils hat zu dem Versuch geführt, daß die OPEC-Staaten mit niedrigeren Preisen versuchten, ihren Anteil wieder zu erhöhen. Seit 1985 sinken die Ölpreise sehr drastisch, die Ölrechnung sank 1986 um über 30 Mrd. DM für die BRD ab. (26) Schon längst vorher hat das Einsetzen der Preissenkung dazu geführt, daß Energien wie die Kohleveredelung oder die Förderung von Ölsänden, etc. erst einmal für längere Zeit aus dem Feld geschlagen sind.



Kosten, Steuern und Gewinnanteile der Förderländer und Erdölgesellschaften, bezogen auf den Endverbraucherpreis für Mineralölprodukte pro Barrel

Kosten, Steuern und Gewinnanteile der Förderländer und Erdölgesellschaften, bezogen auf den Endverbraucherpreis für Mineralölprodukte pro Barrel

Selbst eine Umkehrung der Entwicklung wird nicht mehr völlig ausgeschlossen. Bei der Bundesregierung liest sich das so, daß dies „*kurzfristig keinerlei Änderungen der Energiepolitik hervorrufen*“ werde, aber: „*Sollten die Energiepreise auf Jahre niedrig bleiben, würden sie den Energie- und vor allem den Ölverbrauch sicherlich wesentlich stärker beeinflussen. Der Anreiz zu Einsparungsbemühungen könnte gedämpft werden. Weltweit wäre in stärkerem Maße eine Rückkehr zu billigem Öl denkbar.*“ Schon jetzt würden „*Ölgesellschaften die Exploration und Entwicklung neuer Ölfelder verschieben.*“ (12) Wenn weniger (teurere) Ölfelder außerhalb der OPEC erschlossen werden, heißt das auch, daß die Bedeutung der OPEC wiederum zunimmt. Für die USA ergibt sich folgendes Bild: „*In den vier Ölstaaten Texas, Alaska, Oklahoma und Louisiana führte die Flut billigen Importöls zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten und dem Abschied von den stolzen Wachstumsraten der frühen achtziger Jahre. Das hat innerhalb nur eines Jahres nach Angaben des Energieministeriums in Washington zu einer Erhöhung des Importanteils um neun Punkte auf 38 Prozent geführt. Hält dieser Trend an, wird Amerika in etwa zehn Jahren rund 50% seines Ölbedarfs importieren, also wieder so abhängig sein wie vor den beiden Ölpreiskrisen. Das hat die Politiker auf den Plan gerufen...*“ Nun wird über Gegensteuerungsmaßnahmen diskutiert, ob eine Importsteuer für billiges OPEC-Öl oder eine allgemeine Anhebung der Ölverbrauchssteuer und damit des Ölpreises erlassen werden soll. Trotzdem zeigt sich hier die Möglichkeit einer erneuten Abhängigkeit von der OPEC und das fürchten die Imperialisten wie der Teufel das Weihwasser. Und was soll man tun, wenn hier die nächste „Krise“ vorprogrammiert ist?

Eine neue Krisenpolitik?

Für den Fall der nächsten Krise, die sicherlich in den nächsten Jahren noch nicht kommen werde, schlägt der Veba-Chef Bennigsten-Foerder eine andere Linie als in den 70er Jahren für die BRD vor: „*Die Rahmendaten der Energiepolitik stellen sich heute also grundsätzlich anders dar als in den siebziger Jahren. Generell kann Energiepolitik zwei Zielrichtungen haben: Unmittelbare Einflußnahme auf die Energiestruktur. So zielte im Gefolge der ersten Ölpreiskrise die Politik direkt auf die Energiestruktur, Stichworte aus dem Energieprogrammen von damals: 50.000 MW Kernenergie, Kohlevorrang, weg vom Öl, Kohleveredelung, Senkung der Importabhängigkeit. (..) Heute gilt unverändert, daß Energieimporte eines Tages plötzlich knapp und sehr teuer werden können. Technische Möglichkeiten, die Versorgungsstruktur weniger importabhängig zu gestalten, gäbe es: Braunkohleersatz durch Kernenergie, Veredelung von Braun- und Steinkohle, forcierte Ausdehnung der Stromanwendung im Wärmemarkt (...) Allerdings erfordert das Vorbereiten auf einen Krisentag X jahrelang überhöhte Energiekosten, die später mit ziemliche Wahrscheinlichkeit nicht in Relation stehen zu dem dann eintretenden Vorteil. (...) Folglich ist es besser, die Versorgungssicherheit über das freie Spiel der Energiepreise anzustreben. Dies schließt nicht aus, daß eines Tages hohe Knappheitspreise auftreten können. Diese dann hohen internationalen Energiepreise sind aber ebenso wettbewerbsneutral wie die heute günstigen. Ferner (...) sind wir in einem solchen Krisenfall wohl auch in der Lage, sozusagen noch eine Mark mehr als manche konkurrierende Industrienation zu zahlen. Aus diesem Gedanken leite ich ab, daß das Vorbereiten auf potentielle*

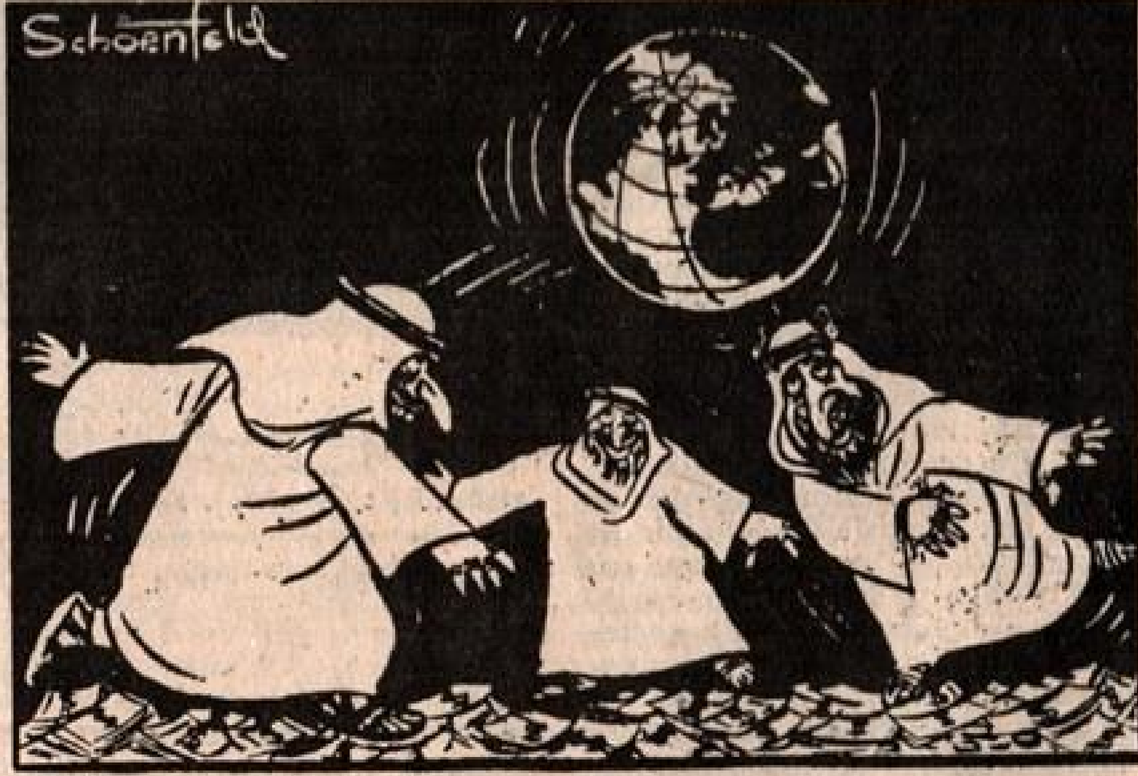
Ferner (...) sind wir in einem solchen Krisenfall wohl auch in der Lage, sozusagen noch eine Mark mehr als manche konkurrierende Industrienation zu zahlen. Aus diesem Gedanken leite ich ab, daß das Vorbereiten auf potentielle

internationale Energiekrisen grundsätzlich keine dirigistischen Maßnahmen im nationalen Energiemarkt erfordert, vielmehr eine Aufgabe der Forschungspolitik sein und bleiben sollte. Die entspannte Energielage darf also nicht zu sogenannten Fadenrissen in der Energieforschung führen. Man sollte sich technisches Wissen und Können parat halten. (...) Die Energiepolitik liegt heute also richtig, wenn sie die Ziele der siebziger Jahre nicht weiterverfolgt.“ (11)

Zum Ende der Ressourcen

Wie man sieht, will man auf die nächste Krise gelassener zusteuern. Das ist insofern interessant, weil gerade die Ölkrise **auch** zu allerlei Prophezeihungen über das „Ende der natürlichen Reichtümer“ beigetragen hat. Speziell das Öl (und auch Gas) gelten seither als besonders knapp. Natürlich sind alle diese Vorräte nur von endlicher Dauer. Es ist aber so, daß Öl noch für hunderte von Jahren in ausreichenden Mengen vorhanden ist. Über einen so langen Zeitraum sind vernünftige Prognosen unmöglich, es sei denn, man entwickelt dazu ein religiöses Verhältnis. Man rechne doch nur einmal einhundert Jahre zurück: Welche Prognosen für die heutige Zeit sollten denn damals möglich gewesen sein? Schon vor der Ölkrise hatte der von der VW-Stiftung, Fiat und der amerikanischen Ford-Foundation ausgehaltene erlauchte ‚Club of Rome' das baldige Ende zahlreicher Ressourcen vorausgesagt und eine schmerzliche Umwälzung kopernikanischen Ausmaßes gefordert, wenn diese Katastrophe noch verhindert werden solle. Und es ist in der Tat erstaunlich, wieviele Ökologen und Alternative sich auf diese Studie bezogen haben. Die Politik weg vom Öl bis hin zur Propagierung des Konsumverzichts gehört heute fast zum alternativ-ökologischen Standard. Aber der Denkfehler ist der gleiche wie bei den alten Energieprognosen: Man nimmt an, das Öl würde trotz Verknappung und Verteuerung weiter wie bisher verschleudert. Geht man davon aus, der Ölverbrauch würde sich alle zehn Jahre verdoppeln, wie vor der ersten Ölkrise, dann kommt der große Kollaps und Systemzusammenbruch tatsächlich in einigen Jahrzehnten. Die Abflachung des Energieverbrauchs hat natürlich die Endlichkeit der Ölzeit schon ziemlich weit in die ferne Zukunft verschoben: Bleibt der Ölverbrauch konstant, statt sich in je zehn Jahren zu verdoppeln, so reichen allein die damals für dreißig Jahre angenommenen Ölreserven für die kommenden 150 Jahre. Hinzu kommt, daß die Energieverteuerung zu erheblichen Anstrengungen zur Erschließung neuer Ölfelder, aber auch zur Suche nach weiteren Reserven geführt hat. Das hat sehr schnell neue Ressourcen und Reichtümer zum Vorschein gebracht.

Gerade weil das Öl nun wieder billiger wird, werden in allen kapitalistischen Rechnung die Ölreserven nun wieder knapper. Dieses Paradoxon kommt dadurch zustande, daß als Reserve die Ölvorräte gelten, die zum jeweiligen Preis profitabel gewonnen werden können. So gab es zu dem hohen Ölpreis, der noch Anfang der 80er Jahre galt, nach derzeitiger Kenntnis noch 100 Milliarden Tonnen Öl zu gewinnen. Zu dem jetzigen Preisstandard sind aber nur noch 20 Milliarden Tonnen Öl zu fördern, was nicht einmal für 10 Jahre reichen würde. Aber so werden Ölreserven nun einmal berechnet. Es gibt aber immer noch astronomische Vorräte beim Öl und allen anderen Energieträgern, wenn man sich anguckt, was davon vorhanden ist und auch technisch abgebaut werden könnte, wie folgende Übersicht zeigt.



Arabisches Spielzeug
Rassistische Hetze aus der „Bild“ (8.11.73)

Weltvorräte an Energierohstoffen

— in Mrd. t SKE —

Weltvorräte an Energierohstoffen

— in Mrd. t SKE —

Energierohstoff	nachgewiesen	%	geologisch möglich (Ressourcen)	%	vermutlich technisch gewinnbar	%	technisch ökonomisch gewinnbar (Reserven)	%	derzeitiger jährlicher Verbrauch
Kohle	2.000	50	10.000	62	2.000	51	640	59	3
Erdöl[1]	193[1] (135 Mrd. t)	5	1.044[2] (725 Mrd. t)	7	374 (260 Mrd t)	9	127 (88 Mrd t)	11	(2,7 Mrd t)
Erdgas	99 (74.000 Mrd. m^3)	2	447 (333.000 Mrd m^3)	3	357 (266.000 Mrd m^3)	9	99 (74.000 Mrd m^3)	9	(1.600 Mrd m^3)
Öl in Ölsanden[3]	821 (570 Mrd t)	21	1.198 (832 Mrd t)	7	657[4] (456 Mrd t)	17	108 (75 Mrd t)	10	
Öl in Ölschiefern[5]	775 (538 Mrd. t)	20	2.726 (1.894 Mrd. t)	1	7 387[6] (269 Mrd t)	10	52 (36 Mrd t)	5	
Uran[7]	65 (3,0 Mio. t)	2	650 (30 Mio. t)	4	153 (7,1 Mio t)	4	65 (3.0 Mio t)	6	(0.04 Mio t)
Total	3.953	100	16.065	100	3.928	100	1.091	100	

ANMERKUNGEN:

1) konventionelle und tertiäre Fördermaßnahmen
2) Oil in Place
3) Abbauverluste 20% im Bergbau
5) Ölinhalt mehr als 40 l/t Schiefer
6) Abbauverluste 50% im Bergbau
7) Uran in der Preisklasse bis 130 Dollar/kg; der Umrechnung in t SKE liegt die Ausnutzung im Leichtwasser Reaktor zurgrunde

Quelle: Materialien der SPD zu Tschernobyl

ANMERKUNGEN

(1) AK 182, 28.7.80; S. 7f: „Wer verdient an den steigenden Ölpreisen?“
(2) „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“, Broschüre des KB, erschienen im November 1976
(3) AK 55, 28.1.75, S. 1/29: „Marsch in den dritten Weltkrieg“ und „Morgen beginnt der Krieg um Öl“
(4) FAZ, 9.9.80
(5) „Umschau“, 20/79
(6) FR, 3.7.79
(7) „Wirtschaftswoche“, 6.6.80
(8) AK 185, 22.9.80, S. 10f: „500.000.000.000 Dollar für die Umrüstung der imp. Energieversorgung“
(9) „VWD“, 22.4.1980
(10) „Spiegel“, 26.5.80)
(11) Rudolf v. Bennigsen-Foerder auf der VIK-Jahrestagung am 15.11.85, aus VIK-Mitteilungen 6/85
(12) Energiebericht der Bundesregierung vom 26.9.86, Bundestagsdrucksache 10/6073
(13) Ernst Block schrieb in „Prinzip Hoffnung“, daß die Atomenergie „in der blauen Atmosphäre des Friedens aus der Wüste Fruchtland, aus Eis Frühling machen kann. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium reichen aus, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“ (zit. nach (14))
(14) „Die Lehren aus Tschernobyl“; Materialien und Zwischenbericht der sog. „Hauff-Kommission“ (= Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“)
(15) In der Technik gilt: 1 Kilo (K) = Tausend, 1 Mega (M) = Million, 1 Giga (G) = Milliarde
(16) „Spiegel-Serie“ zur Plutonium-Wirtschaft, 16.3.87 und ff.
(17) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1986, Handelsblatt Verlag, Düsseldorf
(18) FR, 28.7.86
(19) Jahrbuch der Atomwirtschaft 1981
(20) kg SKE ist die Energieleistung, die aus einem kg Steinkohle gewonnen werden kann
(21) aus der Grünen-Broschüre: „der sofortige Ausstieg ist möglich“; Bonn, November 1986
(22) Dem Energiebericht der Bundesregierung (s. (12)) sind die Vorausschätzungen von PROGNOS, SHELL und ESSO und der EG-Kommission beigefügt, wonach im Jahre 2000 gegenüber 1985 der Energieverbrauch zwischen Null und 12,3% abnimmt, während der Stromverbrauch sogar kräftig steigen soll
(23) Dieter Cycon in der „Welt“, 16.11.1973
(24) Michael T. Klare: „Jederzeit, überall, mit allen Waffen... — Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA“; Militärpolitik-Dokumentation, Heft 26
(25) „Welt“, 14.9.80
(26) FAZ, 8.7.86
(27) FAZ, 10.4.87
(28) „Club of Rome: objektive Wissenschaft oder Auftragsarbeit fürs Kapital“, aus „Z“, Nr. 5, 28.4.80

HH

Rot-grün mit Basismandat?

Bremer Grüne verabschieden Koalitionsangebot

Am 13. September wird in Bremen und Bremerhaven gewählt. Anders als bei den Bürgerschaftswahlen 1979 und 1983, als die Alternative Liste bzw. die Betrieblich-Alternative Liste kandidierten, hat es dieses Mal eigenständige Formierungsversuche der Linken nicht gegeben — sieht mensch einmal von der ins Haus stehenden Kandidatur der DKP ab.

Für Spannung und Auseinandersetzung ist dennoch gesorgt. Drei aussichtsreiche Bewerber sind angetreten, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen: die bisherigen parlamentarischen Oppositionsparteien CDU und Grüne sowie die FDP, die der Bürgerschaft seit 1983 nicht mehr angehört. Das dürfte sich ändern, denn 8,8% hatte die FDP bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 erreicht und Wirtschaftsliberalität verbunden mit Genschers Außenpolitik liegen im Trend. Gar 14,5% konnten die Grünen im Januar verbuchen. Zusammen mit den 28,9% der CDU konnte der SPD zumindest bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit deutlich abgenommen werden. Das hält die SPD — aus ihrer Sicht verständlich — nicht davon ab, in diesem Wahlkampf auf die neuerliche Bestätigung der absoluten Mehrheit zu setzen und den sich anbietenden Koalitionspartnern FDP und Grünen Absagen zu erteilen.

„Gegenmodell zur neokonservativen Wende"

Vier Papiere lagen der grünen Landesmitgliederversammlung vor, die Ende Mai die politische Erklärung zu den Bürgerschaftswahlen beschließen sollte. Nach den Wahlergebnissen in Hessen und Hamburg war die grüne Öffentlichkeit weniger gespannt auf die inhaltlichen Zielsetzungen rot-grüner Zusammenarbeit, sondern vor allem auf die Form des grünen Angebots: Tolerierung oder Koalition?

„Keine Koalition", aber „ein konstruktives Angebot der Zusammenarbeit und verbindlicher Absprachen in Sachfragen" wollte der ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete Peter Willers der SPD unterbreiten. Die Grünen sollten sich nicht als „Juniorpartner" in einen der „Blöcke" einordnen, sondern an „den Notwendigkeiten eines grundlegenden ... Umbaus unserer Gesellschaft" festhalten. Manko dieses Papiers von Willers war es von vornherein, in keiner Weise die inhaltlichen Grundbedingungen rot-grüner Zusammenarbeit konkret zu bestimmen. Alles offenzulassen, sah der Antrag von Peter Puppe vor. Auf der Grundlage ihres Wahlaktionsprogramms hätten demnach die Grünen Gespräche mit der SPD führen sollen, um anhand der Ergebnisse die Form der Zusammenarbeit, Tolerierung oder Koalition, anzubieten. Ihm wurde in der Debatte vorgeworfen, daß auf diese Weise offensive Politik für reformerische Kurskorrekturen nicht entfaltet werden könne, und die Grünen zum Spielball sozialdemokratischer Niedrigstangebote würden.

Die Bereitschaft, „eine SPD-Minderheitsregierung zu wählen, wenn Ansätze einer politischen Neuorientierung deutlich werden", signalisierte die Beschlußvorlage von Walter Ruffler und Paul Tiefenbach. Da „relevante inhaltliche Zugeständnisse an einen etwaigen Koalitionspartener ... wenig wahrscheinlich" seien, müßten die Grünen bei der Mitträgerschaft eines „im Kern sozialdemokratischen Regierungsprogrammes" zum neuen „kleineren Übel" verkommen.

Genau das wollen die Antragsteller des vierten Papieres, die Bürgerschaftsabgeordneten Ralf Fücks und Uwe Helmke sowie weitere Mitarbeiter des grünen Apparats, vermeiden, indem sie „Kurskorrekturen in zentralen politischen Fragen" zur Voraussetzung der „Zusammenarbeit auch in Form einer Koalition" machen. Angesichts der Gefahr einer sozialliberalen Koalition beim Mehrheitsverlust der SPD stimmten zwei Drittel der Versammlung dem Versuch zu, mit einem Angebot für „offensive Reformpolitik" und einem „bewußten Gegenmodell zur neokonservativen Wende im Bund" die Initiative gegenüber der SPD zurückzugewinnen. Zugleich soll versucht werden, das in Bremen große Spektrum von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Projekten, die mit unterschiedlichen Schlagseiten im rot-grünen Milieu angesiedelt sind, durch einen großen „Ratschlag" noch vor der Sommerpause in die Diskussion und Unterstützung einer reformpolitischen Offensive einzubeziehen.

Linke FDP?

In der Diskussion um die unterschiedlichen Wahlaussagen offenbarten die Befürworter des Koalitions-Papiers erhebliche Unsicherheiten auf ihrem schwierigen Pfad. Während das Papier eine Koalition ausdrücklich an eine Reformoffensive koppelt, bediente sich mancher Redner nur noch des defensiven Arguments, daß eine grün-rote Koalition für eine „andere Politik" stehe als ein SPD/FDP-Senat. Dieses Abgleiten in eine Rechtfertigung rot-grüner Zusammenarbeit nach dem Muster vom „kleineren Übel" wird durch die Art der „Prüfsteine" für eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen nahegelegt. Anstatt nämlich die Einstiegsbedingungen in ein Reformprojekt, das diesen Namen verdiente, konkret und unzweideutig zu beschreiben, begnügen sich die „Prüfsteine" mit Suggestivfragen, die sich allemal so beantworten lassen, daß SPD/Grüne eine andere Politik als ein sozialliberales Bündnis machen würden.

Hier könnte für Initiativen und Bewegungsvertreter/innen eine Aufgabe auf dem geplanten „großen Ratschlag" liegen, denn dort müßte für einzelne Politikbereiche genauer geklärt werden, mit welchen Minimalforderungen eine rot-grüne Zusammenarbeit bestritten werden sollte. Über die Ernsthaftigkeit des grünen Debatten-Angebots regen sich innerhalb und außerhalb der Grünen erste Zweifel, waren doch die Grünen in der Vergangenheit nicht gerade kleinlich, wenn es darum ging, Positionen der außerparlamentarischen Initiativen zu vernachlässigen. Wer wie die Grünen nun „Gewerkschaften und Betriebsgruppen" zur Unterstützung auffordert, aber andererseits der im Betrieblich-Alternativen Bündnis (BAB) zusammengeschlossenen gewerkschaftlichen und betrieblichen Linken die personelle Vertretung auf der Kandidaten-Liste politisch verweigert, sollte sich nun nicht wundern, daß dort der grüne Rückgriff auf die außerparlamentarische Bewegung als nur parteitaktisches Kalkül ankommt.

Wie schnell grüne Koalos dazu neigen, die Interessen der Bewegung aufzugeben, zeigte sich an einer Resolution zur Verfolgung von Volkszählungsboykotteuren, die die klare Aussage enthielt, daß der Verzicht auf strafrechtliche Maßnahmen gegen Boykotteure eine Voraussetzung für rot-grüne Zusammenarbeit sei. Lauthals forderten Teile der Koalitionsbefürworter, dieser Passus müsse gestrichen werden. Dermaßen „realpolitisch" war die Versammlung denn doch nicht gestimmt, so daß die Resolution eine deutliche Zustimmung fand.

Bremens SPD befindet sich nun in der komfortablen Position, aus der absoluten Mehrheit heraus das Buhlen von FDP und Grünen um Koalitionsfähigkeit betrachten zu können. Der Landesvorsitzende Brückner erteilte der FDP ob ihrer inhaltlichen Nähe zur CDU eine Absage, während er immerhin zugestand, daß die grünen Positionen „eher diskutabel" seien. Brückner vergaß jedoch nicht, auf das Problem hinzuweisen, daß „auch unter Bremer Grünen Ideen des fundamentalistischen Flügels Gewicht hätten". Diese wohldosierten nichtssagenden Avancen werden am ehesten diejenigen in den Grünen stärken, die meinen, Regierungsfähigkeit durch Verzicht auf inhaltliche Bestimmungen zu erlangen.
fo.



Koalition macht dick

Soziale und ökologische Reformpolitik statt konservativer Krisenverwaltung

Die kommende Bürgerschaftswahl wird eine Schlüsselwahl für die zukünftige Entwicklung Bremens und Bremerhavens. Mit der künftigen politischen Mehrheit in der Bürgerschaft werden auch zahlreiche Sachentscheidungen vorprogrammiert, die weitreichende Bedeutung für die Lebensverhältnisse in unserem Zwei-Städte-Staat haben.

Können wir die Weichen stellen für eine ökologische, soziale und demokratische Zukunft Bremens — oder wird die bisherige, ganz auf Wirtschaftswachstum und Krisenverwaltung ausgerichtete Politik der SPD fortgesetzt; womöglich noch in einer Allianz mit der bloß noch wirtschaftsliberalen FDP?

Als erste Voraussetzung für einen Neubeginn muß die absolute Mehrheit der SPD überwunden werden. Der sozialdemokratische Filz, der sich durch die ganze Stadt zieht, wirkt wie ein Sperriegel gegen alles Neue, das sich nicht mit der SPD-Vorherrschaft arrangieren will.

Die GRÜNEN stehen dafür ein, alle regionalen und kommunalen Handlungsmöglichkeiten für eine *offensive Reformpolitik* zu nutzen, die sich als *bewußtes Gegenmodell zur neokonservativen Wende* im Bund begreift. Wenn es irgendwo in der Bundesrepublik eine gesellschaftliche Basis für ein rot-grünes Reformprogramm gibt, dann in Bremen.

Für dieses Programm wollen wir mit der Bürgerschaftswahl eine neue politische Mehrheit schaffen — zu seiner Durchsetzung bieten wir der SPD eine Zusammenarbeit auch in der Form einer Koalition an.

Die Bremer SPD wird sich entscheiden müssen, ob sie eine solche Zusammenarbeit mit den GRÜNEN will. Falls die SPD nicht zu Kurskorrekturen in zentralen politischen Fragen bereit ist, werden die GRÜNEN ihre Ziele weiter aus der Opposition heraus verfolgen.

Wir verkennen nicht die **Risiken** einer Koalition mit der SPD für eine Partei wie die GRÜNEN, die sich als Anwalt für eine grundlegende Neuorientierung von Arbeiten und Leben versteht.

Wir wissen um die Gefahr, in einer solchen Koalition mit der Staatspartei SPD in einer Mühle von Kompromissen, bürokratischen Zwängen und enttäuschten Erwartungen zerrieben werden.

Wir sehen auch die **Grenzen** einer offensiven Reformpolitik, die durch die Haushaltskrise Bremens, die finanzpolitische Abhängigkeit vom Bund und die wirtschaftliche Übermacht von Konzernen wie Daimler, MBB oder Krupp gesetzt sind.

Aber eine politische Partei muß sich zurecht an ihrer Bereitschaft und Fähigkeit zur konkreten Gestaltung und Veränderung der Verhältnisse messen lassen. Angesichts der drohenden ökologischen Katastrophen, der Massenarbeitslosigkeit und der sich entwickelnden sozialen Spaltung der Gesellschaft wollen die GRÜNEN *jede Chance nutzen, mit den notwendigen Veränderungen heute zu beginnen, ohne unsere prorammatischen Ziele aus den Augen zu verlieren.*

Es ist klar, daß eine Koalition mit der SPD für die GRÜNEN nicht bedeuten kann, ihre Kritik an Mehrheitsentscheidungen der SPD zu verschweigen. Wir wollen nicht den Juniorpartner der SPD spielen, sondern Differenzen offenlegen, wo eine Einigung nicht möglich ist. Wir wollen nicht mauscheln, sondern für größtmögliche Transparenz sorgen. Und wir wollen nicht hinter dem Rücken der Betroffenen entscheiden, sondern die Beratung mit ihnen suchen und sie in die politischen Entscheidungen einbeziehen.

Wir wissen, daß eine rot-grüne Koalition als offensives Reformprojekt unmöglich ist ohne vielfältige *Unterstützung und Mitarbeit außerparlamentarischer Kräfte*: Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Betriebsgruppen, Arbeitnehmerkammern, Wissenschaftlerinnen und Künstler, Fachleute in Behörden und Unternehmen, alternative Projekte und Arbeitsloseninitiativen.

Wir fordern all diese Gruppen und Personen auf, sich aktiv in den Wahlkampf einzumischen.

Wir verstehen diesen Beschluß deshalb als einen Vorschlag an das „rot-grüne Spektrum" in Bremen und Bremerhaven, als eine Aufforderung zur Diskussion und Beteiligung. Wir schlagen vor, noch vor der Sommerpause einen „großen Ratschlag" zu den Perspektiven eines rot-grünen Reformprojektes zu veranstalten.

Folgt: 17 Prüfsteine für eine rot-grüne Zusammenarbeit.

Bremen, 23.5.1987

Die Sommerschulung des KB-BaWü/Rh.Pf vom 8. - 16. August hat dieses Jahr das Thema:

Wer ist das revolutionäre Subjekt heute?

Wir wollen diskutieren über die Positionen der Klassiker dazu,über die heutige Klassenrealität und die Klassenkämpfe,über die Auswirkungen der neuen Technologien und über heutige Positionen zum revolutionären Subjekt.
Nähere Infos, Anmeldung und Schulungsinfo über: P. Hammers, Kaiserstr.43 55 Trier. Anmelde - schluß : 1.7. 87 (Verrechnungs - scheck über 5o DM beilegen). Kosten 25o DM (Nichtverdiener 160 DM). Gebt bei der Anmeldung an ob ihr MFG sucht oder bietet und ob ihr Kinder mitbringt.
Der Urlaub soll dabei auch nicht zu kurz kommen.

Die GAL/Hamburg

Nach der verlorenen Wahl Niederlage des Ökosozialismus?



Am Wahlabend kam Bürgerschaftspräsident Willich (CDU) zum Kondolenzbesuch ins GAL-Büro. Die traute Runde (v.l.n.r. Willich, GAL-Sekretär Herbert Schalthoff und „Abendblatt"-Redakteur Scholz) war sich über die Schuld der Fundis am schlechten Abschneiden der Grünen einig. Foto: H. Wojahn

Der Sieg hat viele Mütter und Väter, die Niederlage aber nur eine/n. Aber welche/n? Allzu simple Strickmuster werden feilgeboten: Der Hamburger Fundamentalismus, Punkt. In der GAL wäre Einschätzung und Diskussion gefragt. Einiges wurde zu Papier gebracht, was wir nachstehend dokumentieren. Aber miteinander diskutiert wird nicht. Die GAL-Mitgliederversammlung vom 24. Mai bot bekannte Kost: mehrstündige Debatte mit dem Ziel festzustellen, wer denn diesmal die Mehrheit hat. Am Ende war es mit 97 Stimmen die Ebermann-, Trampert-, Schmidt-Strömung. Aber die Minderheit kam auf 90 Stimmen. Über den Daumen also ein Patt. Wofür? Für die größere Hälfte des Patts kann man das sagen: so in etwa für die alte Linie. Und die kleinere Hälfte? Wofür bleibt unklar, auf jeden Fall gegen die alte Linie. Die AK-Leser mögen uns verzeihen, daß wir das 90-Stimmen-Papier (u.a. von Jürgen Reents, Michael Stamm) nicht abgedruckt haben. Aber es war das inhaltlich Uninteressanteste und Unergiebigste. Zwar betreibt dieses Papier eine klare Schuldzuweisung: *„Mit der ‚harten Tolerierungslinie' und dem Motto: solange die SPD sich nicht bewegt, brauchen wir auch nicht nachzudenken, hat die GAL den Erfolg Dohnanyis und ihre eigene Niederlage mit gesteuert"*. Behauptet von sich aber, die Schuld gleichmäßig nach allen Seiten zu verteilen und ist auch ansonsten um öffentlich-rechtliche Ausgewogenheit bemüht. Sowohl die einen als auch die anderen sollten jetzt nicht übereinander herfallen. Inhaltlich ist dieses Papier positions- und belanglos. Letzlich ein rein taktisches zur Erringung einer Mehrheit, was ja auch fast gelungen wäre. Auch das kennzeichnet die GAL-Diskussion.

Nicht unterschlagen werden soll ein (authentischer) Brief von „Konkret"-Herausgeber Hermann L. Gremliza, der der GAL vorschlägt, für die Dauer einer Legislaturperiode einen SPD-Senat zu wählen, den Haushalten und allen Gesetzen, Entschließungen etc. zuzustimmen, *„wenn diese nicht gegen Beschlüsse des Bundesparteitags der SPD verstoßen."* Damit wäre die GAL in ihren Entscheidungen weiterhin „autonom" und könnte ihre eigenen Vorstellungen ohne taktische Rücksichten entfalten. Das ist zwar nicht ganz neu in der Diskussion, sondern eher ein alter Hut. Besonders witzig ist der Hinweis auf die Nürnberger Beschlüsse der SPD. Was steht denn da zur Hafenstraße? Da lesen wir doch lieber den einen oder anderen besonders radikalen Kommentar zum Zeitgeschehen in „Konkret". Oder ist das alles nicht so gemeint?

Ulla Jelpke, Heiner Möller, Rainer Schmidt

Aus alten Fehlern lernen, um neue zu vermeiden

Von der BILD-Zeitung bis zum Fraktionsvorstand der grünen Bundestagsfraktion sind sich Medien und grüne Gegner der Hamburger GAL-Politik einig: Die „Verweigerungshaltung" der Hamburger „Fundis" ist schuld an der Wahlniederlage der GAL. Die Stunde der Abrechnung mit der Hamburger „Fundi-Linie" ist gekommen. Jetzt sollen Konsequenzen gezogen werden. Personell und politisch. Eine Koalition von beeindruckender Vielfalt und Breite ist angetreten, um das Hamburger Linkennnest endlich „auszuräuchern". Logisch, denn die GAL gilt als allerletzte Bastion, die dem Durchmarsch der Realos in der Grünen Partei noch im Wege steht. Das 7%-Ergebnis soll der GAL als dominant linkem Landesverband den Rest geben.

Die Schuldzuweisung an die Fundi-Linie ist reine Zweckpropaganda. Wenn eine Partei innerhalb von einem halben Jahr ein rundes Drittel ihrer Stimmen verliert, müssen die dafür ausschlaggebenden Gründe in erster Linie nicht in *den* Faktoren gesucht werden, die in diesem Zeitraum *konstant* geblieben sind, sondern in denen, die sich *verändert* haben.

Die „Hamburger Linie" ist schon seit einer Reihe von Jahren heftigen Angriffen ausgesetzt, die die GAL bisher dennoch ganz gut überstanden hatte. Die meisten Vorwürfe, die sich ein wachsender Teil von GALlierinnen und GALliern in den letzten Monaten zu eigen gemacht hat — Verweigerungshaltung, Kompromißunwilligkeit etc. — werden der GAL (und übrigens auch den Grünen insgesamt) von der SPD und den Medien schon seit vielen Jahren entgegengehalten. Die GAL hat ja seit der Bürgerschaftswahl vom 9.11.86, die ihr ein ganz respektables Ergebnis brachte, keine „Fundamentalisierungs"-Welle erlebt, hat sich nicht plötzlich von bisher bewährten Grundsätzen abgewendet. Im Gegenteil: die „Tolerierungslinie" ist im Wesentlichen genau die gleiche geblieben. Auch wird wohl niemand behaupten wollen, daß die SPD in diesem Zeitraum die GAL durch besonders geschickte oder sogar sachlich entgegenkommende Manöver als Nein-Sager bloßgestellt hat. Im Gegenteil: Die „Verhandlung" Dohnanyis mit der GAL war diesmal eine bloße Farce, wie auch Vertreterinnen und Vertreter der GAL-Minderheit ohne Wenn und Aber festgestellt haben. Die SPD hat vor der Neuwahl klargemacht, daß sie eine Koalitionsbildung mit der FDP als Hauptoption anstrebt. Sie hat einen Wahlkampf geführt, der auf alle reformistischen Versprechungen verzichtete, hat keinen Millimeter mit der GAL bekräftigt und sich auf das Bangemachen mit dem schwarzen Mann reduzierte (Appell an „die 68er": „Wenn ihr diesmal wieder Grün wählt, bekommt ihr Schwarz"). Übrigens: der gleiche schwarze Mann, mit dem außer über den Länderfinanzausgleich und die Müllverschiebung knapp zwei Monate zuvor eine Einigung in 80% der Hamburger Politikbereiche erzielt worden ist.

Die Frage wäre also, warum mit einer GAL-Politik, die sich im Grunde gleich geblieben ist, im November 1986 ein Drittel mehr Stimmen zu holen waren als diesmal. An der vielbeschrienen Fundi-Linie als Ursache kann es kaum liegen, denn die hat die jetzt abgesprungenen Wählerinnen und Wähler vor einem halben Jahr offensichtlich noch nicht abgeschreckt, obwohl die bürgerlichen Medien auch damals gegen die GAL-Verweigerer, Gewaltbefürworter etc. gehetzt haben. Angesichts des Panikgeschreis und der aggressiven Rufe nach „Konsequenzen" ist überdies daran zu erinnern, daß sich im Wesentlichen der Vorgang von 1982 wiederholt hat: Auch damals zeigte sich Dohnanyi unwillig, inhaltlich auf die GAL zuzugehen und wollte die GAL nur als Stimmenbeschafferin für die Fortführung von SPD-Politik akzeptieren; auch damals führte Dohnanyi Neuwahlen herbei; auch damals beschimpfte die SPD die GAL als kompromißunwillig und nicht politikfähig; auch damals gab es einen — allerdings leichten — Stimmenrückgang für die GAL. Anders als in diesem Jahr gelang es durch die vorangegange öffentliche Auseinandersetzung um die Tolerierungsforderungen, die erreichten Positionen weitgehend zu halten und die Einbußen einzugrenzen.

Daß die GAL auch diesmal wieder ängstlich gemachte Wechselwähler — von denen ja, was nicht vergessen werden sollte, viele bei der letzten Wahl erstmals ihr Kreuzchen bei der GAL gemacht hatten — verlieren würde, wurde nach Hessen allen klar. Daß die Verluste deutlich ausfallen würden, war zu befürchten. In der wirklich eingetretenen Höhe sind sie wohl kaum erwartet worden.



Foto: H. Wojahn

Eingemachtes...

Es gibt für diese Verluste objektive Gründe, die auf der Hand liegen. Die 10,4% der GAL bei der letzten Bürgerschaftswahl (11% bei der Bundestagswahl) enthielten ein erhebliches Potential von Wechselwählern, von denen sich viele vor dem Hintergrund aktueller politischer Auseinandersetzungen (besonders das Hin und Her um den „Kessel") stimmungsmäßig entschieden, der SPD, die nach vier Jahren Regierungspolitik keinerlei positiven Veränderungswillen ausstrahlte, einen Denkzettel zu verpassen und alternativ zu stimmen. Die weit überdurchschnittlichen Einbußen, die die GAL diesmal bei jüngeren Frauen hat, deuten darauf hin, daß im November durch die Frauenliste viele Frauen veranlaßt wurden, erstmals die GAL zu wählen und nun wieder abgesprungen sind, nachdem der Reiz des Neuen verblaßt ist und die Sache „auf Messers Schneide" zu stehen schien . Diese Teile des GAL-Potentials tendieren offenbar, sobald die Situation der SPD kritisch wird und eine Regierungsübernahme durch die CDU zu drohen scheint, zur SPD-Wahl, ebenso wie sich viele von ihnen unter veränderten Umständen vermutlich wieder bei der GAL einfinden würden. Sie sind im GAL-Potential auf der Ebene des Kreuzchenzählens der ausschlaggebende Faktor, andererseits aber auch der unzuverlässigste, am schwersten berechenbare Teil. Die Versuchung liegt nahe, die Politik zukünftig mehr an diesen Wählerinnen und Wählern auszurichten, als an der mittlerweile schon traditionell zu nennende Stammwählerschaft, deren Stimmen man sowieso sicher hat und die sich aus Loyalität vieles gefallen lassen. Es kann dann leicht zu dem Mißverständnis kommen, als wäre Politik nur eine modische Ware, die jeweils dem aktuellen Geschmack des mobilsten Wählerteils, den Stimmungs- und Umfallwählern, angepaßt werden müßte. Das würde bedeuten, das politische Profil der GAL nicht langfristig unter strategischen Gesichtspunkten zu entwickeln, sondern es ständig Augenblicksopportunitäten anzupassen — der sicherste Weg, eine Partei zugrundezurichten.

(Hessischer Exkurs)

Man wird in der nächsten Zeit sicherlich häufiger das Argument hören können, das hessische Beispiel habe doch gezeigt, daß mit einer klaren rot-grün-Option vielleicht keine rot-grüne Mehrheit, wohl aber mehr Stimmen für die Grünen zu holen sind. Der Augenschein könnte dafür sprechen: 9,4% für die Grünen in einem Flächenstaat sechs Wochen vor den 7% der GAL in Hamburg. Wer diesen Vergleich zieht, muß aber die Frage mit beantworten, ob er die damit verbundenen politischen Implikationen will: Die schrittweise Verabschiedung von den eigenen inhaltlichen Grundlagen, von denen aus man seine Politik machen will und den ständigen innerparteilichen Prozeß der Anpassung und Selbstreduzierung auf Inhalte, die das Bündnis mit der SPD möglich machen. Man muß denen, die diese Politik wollen, ja gar keine Bösartigkeit unterstellen, um zu erkennen, daß die strategische Option auf das Zustandekommen eines Bündnisses als Muß der eigenen Politik, *nur* diese Entwicklungsrichtung zuläßt. In dem Maße, wie diese Politik unter der Zielsetzung einer Verhinderung der Schwarzen steht, muß sich der Prozeß der inhaltlichen Selbstreduzierung beschleunigen. Um diesen Preis — den unseres Wissens so offen noch niemand in der GAL formuliert hat — läßt sich unter besonderen Bedingungen, auch ein treffliches Wahlergebnis erzielen. Das war am 8. April in Hessen der Fall: Kein rotgrüner Wechselwähler mußte bei der Stimmabgabe befürchten, daß seine Stimme für die Grünen der SPD verlorengehen würde. Beide, SPD wie Grüne, hatten ihren Wählern vor der Wahl versprochen, daß sie *auf jeden Fall* ein rot-grünes Bündnis eingehen würden. Die rot-grünen Wechselwähler bekamen zudem die Gewißheit, daß die Grünen zuverlässige Bündnispartner sind: Mit der Säuberung ihrer Parlamentsliste von Fundis haben die Realos das Signal der absoluten Verläßlichkeit für ein Bündnis gegeben. Ja, der Grünen-Wähler, der grün als Partner von und Korrektiv zur SPD wollte, konnte sogar stärker darauf vertrauen, daß es bei den Grünen keine Umfaller geben wird als bei der SPD. In der Konstellation *kann* grün wachsen — allerdings auch nur so lange, wie rotgrün eine Mehrheitschance und die SPD keine Chance auf eine andere Option hat, etwa mit der FDP wie in Hamburg.

Wer also eine Korrektur der GAL-Politik wünscht, muß zunächst einmal die Diskussion darum führen, von welchen Grundlagen und Zielsetzungen aus agiert werden soll, innerhalb wie außerhalb der Parlamente. Will man den bisherigen linken GAL-Konsens zum Ausgangspunkt der politischen Interventionen machen, dann muß

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

man realistisch anerkennen, daß der GAL bei dieser Wahl Grenzen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten aufgezeigt worden sind.

Der Gedanke, die GAL müßte unter den Bedingungen eines SPD-CDU-polarisierten Wahlkampfs jede Wählerstimme festhalten können, die sich in einer anderen Konstellation einmal bei ihr eingefunden hat, ist illusionär. Darauf aufbauende Schuldzuweisungsdiskussionen sind nicht nur abzulehnen, sondern einfach falsch. Man sollte dann ehrlicher gleich ans Eingemachte, an die politischen Grundlagen der GAL gehen. Vor dem Hintergrund der Situation zu den diesjährigen Wahlen sind 7,0% zwar schmerzhaft, aber kein Grund zur Zerknirschung. Man sollte lieber etwas nüchterner reflektieren, daß die 10,4% im letzten November zwar Grund zur Freude, aber nicht zum Übermut waren, sich maßlos als ,,Wahlsieger'' zu präsentieren und Statements im Namen der ,,Wählermeinung'' abzugeben. Ebensowenig, wie das Auf und Ab der Wahlergebnisse dazu verleiten darf, periodisch das zu wiederholen, was Rudolf Bahro 1984 zur SPD erklärte: sie sei eine ,,sterbende Formation''. Etwas mehr Gelassenheit in Erfolg und Rückschlag wären zweckmäßig. Immerhin sind 7% Stammwählerinnen und -wähler nach wie vor eine solide Grundlage. Politische Lager entwickeln sich in der Regel langsam und schon gar nicht linear ansteigend.

... und Hausgemachtes

Interessanter als objektive, also wenig beeinflußbare Gründe für den Rückgang der GAL-Stimmen sind *subjektive Faktoren*, deren Anteil am Ergebnis sich nur schwer einschätzen läßt. Unter diesen hausgemachten Gründen ist an erster Stelle zu nennen, daß die GAL im Wahlkampf eine miserable Selbst-
sich nur schwer einschätzen läßt. Unter diesen hausgemachten Gründen ist an erster Stelle zu nennen, daß die GAL im Wahlkampf eine miserable Selbst-
darstellung gegeben hat. Eine Partei, die sich im Wahlkampf mehr mit sich selbst als mit den Gegnern beschäftigt und dies selbst kurz vor der Wahl öffentlich zum Schwerpunkt ihres Streits macht, braucht sich über sinkendes Vertrauen von nicht so harten Parteigängern eigentlich nicht wundern. Dies umso mehr, als das breite Publikum die Auseinandersetzungen in der GAL nur im Zerrspiegel einer auf Häme eingestellten Presse wahrnehmen konnte. Im konkreten Fall kam hinzu, daß sich viele namhafte ,,Minderheits''-Vertreterinnen und -Vertreter, die SPD-Legende von der ,,Verweigerungspartei'' GAL zu eigen machten und vor allem über das ,,Hausblatt'' ,,taz'' transportierten. Konnten sich die GAL-feindlichen Medien bessere Kronzeuginnen und Kronzeugen wünschen? Was erwartet man denn wohl, wenn man noch kurz vor der Wahl öffentlich die Mehrheit der eigenen Partei als verantwortungslos, maximalistisch, nicht politikfähig usw. angreift? Ist es nicht logisch, daß viele potentielle Wählerinnen und Wähler solche Aussagen ,,aus berufenem Mund'' als Bestätigung der Anti-GAL-Parolen der SPD genommen, oder sie zumindest nicht gerade als Anreiz zur Wahl dieses desolaten Haufens begriffen haben? Es ist doch nur noch zynisch zu nennen, wenn ausgerechnet diejenigen, die im Wahlkampf die GAL praktisch als nicht wählbar hingestellt haben, jetzt mit Triumphgeschrei über die bösen Fundis herfallen.

Sorry, wir können nicht sehen, wie ,,Minderheits''-Vertreter jetzt nahelegen, daß die GAL in erster Linie einen Fundi-Wahlkampf gemacht hat. Auch ein Fundi-Wahlkampf läßt sich ja gut führen. Nein, die Wahlkampagne der GAL war mit Abstand die schlechteste seit ihrem Bestehen. Sie war nicht fundamentalistisch, sondern vor allem dilettantisch und orientierungslos, was angesichts der fast bis zum Wahltag tobenden internen Streitereien allerdings nicht verwunderlich ist. So ließ sich kein offensiver und flexibler Wahlkampf führen, der ein gemeinsames Konzept erfordert hätte. Mit dieser Kritik meinen wir nicht die technische Seite des Wahlkampfs, sondern seine politische Ausrichtung. Während die SPD ihren Wahlkampf situationsbezogen aufgebaut hatte (Angstmache mit dem Schwarzen Mann) und gezielt das linke Wechselwählerpotential anging (,,Liebe 68er''), stellte sich die GAL dieser Auseinandersetzung gar nicht oder erst viel zu spät. Die meisten Plakate und Veranstaltungen der GAL waren beliebig, zeitlos und lagen neben dem bewegendsten Thema. Das einzige Plakat, das sich auf das Hauptthema dieses Wahlkampf bezog — ,,Immer dasselbe: die GAL spielt nicht mit'' — war zwar hübsch, nur leider total daneben, weil es die über die GAL bestehenden Vorurteile eher bestätigte, statt zu widerlegen.

Manchmal müssen Zweifel aufkommen, ob es in der GAL noch ein gemeinsames Grundverständnis gibt. Es schien bis zu diesem Wahlkampf so, als wären sich alle Teile der GAL darüber einig, daß die SPD nicht zu einem Reformbündnis mit der GAL bereit ist. Es gab die betonharte Aussage Dohnanyis, mit der GAL ,,keinen Millimeter'' zusammenzugehen. Es gab nach der November-Wahl Dohnanyis Pseudo-Verhandlungen, die damals alle als arrogante Farce ansahen. Es gab die hohe Übereinstimmung zwischen den Parteien einer Großen Koalition. Es gab dann die sehr klare Festlegung der SPD, eine Koalition mit der FDP anzustreben. Diese *Tatsachen* erscheinen inzwischen vielen GALlierinnen und GALliern als allzu einfach. Sie möchten die Schuld für das Ausbleiben eines ,,rot-grünen'' Reformbündnisses möglichst gleichmäßig auf GAL und SPD verteilen, zumindest der GAL eine erhebliche Mitschuld zusprechen, da sie sich ,,verweigert'' habe. ,,Verweigerung'' müßte sich logischerweise auf ein ausgeschlagenes Angebot, auf eine verpaßte Chance zur Zusammenarbeit mit der SPD beziehen. Hat es da also doch etwas gegeben? Die ,,Verweigerungs''-Legende ist nicht ungeschickt konstruiert. Daß mit Dohnanyi irgendetwas hätte laufen können, behauptet natürlich niemand, weil es allzu blödsinnig wäre. Aber daß Dohnanyi und GAL-Mehrheit *gemeinsam* ein Reformbündnis vereitelt haben, daß also *prinzipiell* mit der SPD eigentlich etwas ,,drin'' gewesen wäre, falls die GAL sich nicht so verbohrt verhalten hätte, scheint vielen glaubhaft. Thomas Janssen hörte vermittelt über die ,,taz'' Woche für Woche das Gras im SPD-Beton wachsen, da er offenkundig engsten Kontakt zu ominösen ,,bedeutenden SPD-Funktionären'' pflegt. Was Wunder, daß auf diesem Mist bei schwarz verunsicherten Wechselwählern neue Hoffnungen in die SPD aufblühen?
Was Wunder, daß auf diesem Mist bei schwarz verunsicherten Wechselwählern neue Hoffnungen in die SPD aufblühen?

Die Frage kann aber, realistisch betrachtet, nicht sein, ob die GAL sich irgendeiner sinnvollen Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der SPD verweigert hat. Es gab und gibt derzeit keine solche Möglichkeit. Wer etwas anderes behauptet, sollte endlich Sachargumente statt Biertischschnacks vom ,,unbekannten Sozialdemokraten'' vorbringen. Wenn es aber eine Verweigerung in Wirklichkeit nicht gab — weil die Kompromißfähigkeit der GAL überhaupt nicht auf die Probe gestellt wurde, wie Thomas Ebermann früher einmal formulierte —, dann sollte auch die Politik wieder auf den Boden einer sachlichen Debatte zurückkehren, denn dann kann nur darüber gestritten werden, ob die GAL es versäumt hat, die Verweigerungshaltung der SPD hinreichend deutlich zu machen und sich selbst immer wieder eindeutig und sichtbar für ein inhaltliches Reformbündnis zur Verfügung zu stellen.

Für Tolerierung als Politik

Die Frage, *so* gestellt, möchten wir bejahen. Es wurde mit dem Tolerierungskatalog nur unzureichend oder fast gar nicht Politik gemacht. Es wurde mit den Forderungen nicht flexibel genug umgegangen. Der Einwand, daß der Tolerierungskatalog zwar *Ausgangspunkt* von Verhandlungen sein kann, aber vernünftigerweise nicht als *Endergebnis* postuliert werden kann, weil Verhandlungen immer nur auf Kompromisse hinauslaufen können, ist nicht nur berechtigt, er zeugt von einer realistischen Sichtweise. Sich mit dieser realistischen Erwartung auseinanderzusetzen, rührt allerdings an — u.E. unsinnige — GAL-Tabus. Es kann und darf nicht darum gehen, vom Tolerierungskatalog alle zwei oder vier Jahre ein paar Stücke wegzuschneiden, in der Hoffnung, daß der Rest irgendwann klein genug sein könnte, um von der SPD akzeptiert zu werden. Sondern es kann nur darum gehen, die Tolerierung wieder als politisches Instrument zu praktizieren, mit dem man die eigenen Inhalte befördern will — nicht aber den Tolerierungskatalog so zurechtzuzimmern und zu handhaben, daß er als ,,antiopportunistischer Schutzwall'' für den eigenen Laden fungiert. Wird das — wie im Verlauf der letzten fünfzehn Monaten GAL-Diskussion — zum Hauptmotiv der Tolerierungsdebatte, dann ist das Ziel verfehlt. An der Stelle bekommt man als linker Kritiker der GAL-Tolerierungsdebatte oft zu hören, ihr habt gut reden, aber mit euren nicht uninteressant klingenden Vorschlägen blendet ihr die real bestehende Aufweichung der GAL einfach aus. Das mag sein, bzw. das muß so sein, um wieder ernsthaft darüber diskutieren zu können, wie man aus der bestehenden Sackgasse herauskommen kann. *Wie man die eigene Politik vorrangig mit dem Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmt, und nicht immer nach den inneren ,,Erfordernissen''*. Wenn es stimmt, daß zunehmend die Alltagserfahrung im parlamentarischen und bürokratischen Politgeschehen Denken und Handeln der GAL infiziert hat, dann ist die Tolerierung als Impfschutz gegen diesen Virus nicht geeignet. Dagegen hilft nur der offene politische Streit um die Inhalte und die Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung.

Wenn es in der Fünfzehner *,,Erklärung zum Wahlergebnis der GAL''* aus der Wahlnacht heißt, die GAL habe versäumt, ,,vor der Wahl ein politisches Angebot (an die SPD) zu machen'', stimmen wir zu. Es kommt dann allerdings darauf an, von was für einem Angebot die Rede ist. Natürlich sind wir genauso mißtrauisch wie viele in der GAL, wenn wir den Namen Michael Stamm unter dieser Erklärung lesen, der damit die Billig- oder Nulltolerierung meint, was er — darauf angesprochen — zwar immer sehr beredt bestreitet, um es dann in ,,taz''-Interviews und auf MVs ständig zu wiederholen. Natürlich macht es uns mißtrauisch, wenn Jürgen Reents seine politischen Absichten anders als Stamm formuliert, um sie dann im Bündnis mit ihm vorzutragen. Solche beliebten Zweckbündnisse — wenn es denn eines ist — haben aus unserer Sicht keine besonders gute Tradition, sie *verschleiern, statt Positionen zu klären*. Gerade das wäre jetzt aber angesagt. Die Stamm-Position ist aber gerade nicht das fehlende Angebot gewesen, da sie keinerlei positive Zwecke formuliert, sondern nur mit Schwarz verhindern argumentiert und der GAL auch noch diese von der SPD eingenommene Rolle zuschreiben will.



Foto: H. Wojahn

Ketzerisches über die Verhandelbarkeit von Tolerierungsforderungen

Die Wiedergewinnung der Tolerierungs-Politikfähigkeit muß von den eigenen Zielsetzungen ausgehen und kann nicht opportunistisch von Mal zu Mal die Ziele neu definieren. Sie muß auf Überzeugung und Gewinnung des Wechselwählerpotentials abzielen, das in Hamburg zur Zeit zwischen den 7% für die GAL und den 12,7% bei den Bezirksversammlungswahlen 1986 liegt. In diesem Potential gibt es Reformerwartungen, die in Situationen wie bei der Mai-Wahl anderen Überlegungen, wie dem ,,kleineren Übel,'' weichen. So richtig die Beschreibung ist, daß die SPD jede Chance zu nutzen versucht, erneut von rot-grün wegzukommen und daß sie unter dem Eindruck der Hamburger Wahl alles auf die liberale Karte setzt — bei schroffester Grünen-Abgrenzung, wie Lafontaine sie nach Duisburg formuliert hat. *So wenig bedeutet dies, daß die Leute ihre Sympathien für die Ziele aufgegeben haben, für die sie vorher die GAL gewählt haben.* Unsere Kritik ist nicht, daß die GAL diese Leute vorerst als Wähler/innen verloren hat, sondern daß sie mit ihrer Unbeweglichkeit tendenziell den ,,Kampf um die Köpfe'' aufgegeben hat. Das hätte aber nur ein von diesem Potential unterstütztes Reformangebot an die SPD bewirken können, das realistisch ist. Realistisch gleich Realo? So hätten die es gerne, nur waren die Realos bislang die größten Irrealos: Sie waren zwar in der Lage, den Weg zu Bündnissen mit der SPD zu gehen, konnten aber bislang nicht vorweisen, wie das zu Veränderungen führt, die den Namen Reformen verdienen. Leider geistert ja immer häufiger in der grünen und linkssozialdemokratischen Szene der Irrtum herum, daß das eine oder andere Zugeständnis an alternative Projekte bereits Reformpolitik beschreibt. Wir wollen solche Politik eher mit dem vergleichen, was auch die SPD in der Vergangenheit schon gemacht hat: Klientel-Politik. In dem Sinne macht ja sogar die Westberliner CDU ,,Reformpolitik''. Stellen wir das fest, kann die einzelne Maßnahme ja trotzdem sinnund wertvoll sein, nur ist das deswegen noch lange keine Reformierung, keine Veränderung und Erneuerung der Grundlagen wichtiger gesellschaftlicher Bereiche.

Was das aus unserer Sicht mit den GAL-Tolerierungsforderungen zu tun hat? Man kann es wohl nur am Beispiel erläutern. Nehmen wir die Forderung nach dem *Atomausstieg*, nach *sofortiger Stillegung*. Wer vor allem von der Sorge verfolgt wird, daß jede Flexibilisierung dieser Forderung als Verhandlungsgegenstand mit der SPD hessische Verhältnisse in der GAL zur Folge hat (Kompromisse 'a la ,,Doppelvierer'', Biblis vergessen etc.), der erklärt vor allem: Sofort heißt sofort, hier und heute, eventuell noch übermorgen, in dieser Überlebensfrage gibt es keine Kompromisse. Doch für die Behandlung dieser Forderung auf der parlamentarischen Ebene und als Druckpunkt eines Tolerierungsangebots an eine SPD, die von ihrer eigenen Anhängerschaft mit Ausstiegserwartungen konfrontiert wird (und Hoffnungen auf den Ausstieg in zehn Jahren im ,,nationalen Konsens'' zu wecken versucht), ist diese Position nicht geeignet. Wir wollen dagegen sagen: Der sofortige Ausstieg ist notwendig, er ist machbar, technisch kein Problem. Aber: Er ist zur Zeit politisch nicht durchsetzbar, weil außer der GAL keine parlamentarisch-politische Kraft dafür eintritt. Dafür muß außerparlamentarisch weiter mobilisiert, der Druck erhöht werden. Wir wollen aber dennoch so viel wie möglich herausholen. Will die SPD von uns toleriert werden, muß sie von ihrer bisherigen Position runterkommen. Mit uns kann man nicht über das Ob eines Ausstiegs, sondern nur über das Wie verhandeln. Bedingung für ein Abkommen in diesem Punkt ist die Festschreibung des vollständigen Atomausstiegs in Hamburg als Ziel. Auf dieser Grundlage werden konkrete, verbindliche, terminierte Schritte vor allem für die Atomanlagen, die im Hamburger Zugriff liegen, festgelegt. Mit uns sind keine Abkommen über zu nichts verpflichtende Willenserklärungen, Untersuchungskommissionen und Hearings möglich. Die Qualität dessen, was in Verhandlungen erreicht wurde, ist Beurteilungsmaßstab dafür, ob dies gemessen am Ziel etwas mit Atomausstieg zu tun hat. Wir erwarten Angebote der SPD. Dies beschreibt Möglichkeiten und Grenzen von Verhandlungskompromissen.

Für ein erneuertes Reformprojekt der GAL

Eine solche beispielhafte Beschreibung einer unseres Erachtens sinnvollen Tolerierungspolitik soll keine Aufforderung sein, jetzt in dieser Weise den alten GAL-Tolerierungskatalog zu überarbeiten. Worauf es in den nächsten Monaten ankommt, das ist die Rückgewinnung der Fähigkeit zur politischen Initiative und nicht das ,,Heulen mit den Wölfen'', die der ,,Hamburger Linie'' den Garaus machen wollen oder der Rückzug auf eine ,,small is beautiful''-Philosophie. SPD/FDP-Regierung, das ist die ,,bewährte'' SPD-Standortpolitik *plus* wirtschaftsliberale Verschärfung; das ist die sozialdemokratische Verabschiedung vom Verbalausstieg aus der Atomenergie, unverminderter freier und marktwirtschaftlicher Umweltschmutz, weiterhin vorrangig die polizeiliche Lösung sozialer und politischer Konflikte sowie verschärfte Spar-Einschnitte in den sozialen Bereichen und noch sehr
wirtschaftlicher Umweltschmutz, weiterhin vorrangig die polizeiliche Lösung sozialer und politischer Konflikte sowie verschärfte Spar-Einschnitte in den sozialen Bereichen und noch sehr
viel mehr sind die sehr bald zu erwartenden Folgen der Mehrheits-Wahlentscheidung vom 17. Mai. Sich verstärkt auf diese alten und neuen Konfliktfelder einzustellen, muß nach der Überwindung des Wahlschocks das Ziel sein. Dabei nützt allerdings der ewig zeitlose und immer richtige Appell an das verstärkte außerparlamentarische Agieren der GAL wenig. Die GAL ist nun einmal in erster Linie eine parlamentarisch wirkende Kraft, die sich die Fähigkeit zur Bezugnahme auf außerparlamentarische Bewegungen bewahren muß (das verstehen wir ein wenig dialektisch). Dabei braucht die Rolle der GAL nicht nur die einer bescheidenen 7%-Opposition sein, sondern rein rechnerisch könnte sie im Parlament auch mehrheitsbildend wirken. Das heißt auch die Ausnutzung parlamentarischer Konstellationen für die konkrete Werbung und das Angebot einer Reform-Alternative. Soll ein solches Projekt aber mehr sein als nur die Präsentation einer Vielzahl von Parlamentsanträgen, soll ein wirklicher Druck ausgeübt werden, dann müssen solche Alternativen *vor allem* gemeinsam mit Betroffenen und Initiativen, mit Gruppen der bestehenden außerparlamentarischen Ansätze bis hin zu all jenen linken sozialdemokratischen Ansätzen diskutiert und über ihre Umsetzung beraten werden, die mit ihrer Variante von rot-grün in der eigenen Partei in die Isolation gedrängt sind. Auf der Basis solcher Aktivitäten muß die Diskussion um die Ausgestaltung der Tolerierung neu geführt werden — nicht als opportunistischer inhaltlicher Anpassungsprozeß, sondern als fruchtbarer Streit um die Ziele und Möglichkeiten und Grenzen ihrer Durchsetzung, damit Tolerierung wieder zur Politik werden kann, die nicht nur in GAL-Papieren steht und in Form von Anträgen niedergelegt ist, sondern auch tatsächlich von relevanten Teilen getragen wird. Im Gegensatz zu anderen in der GAL halten wir es für eine mögliche Perspektive, aus den diffus vorhandenen rot-grünen Erwartungen von Wechselwählern und aufbrechenden Widersprüchen im SPD-Potential ein mittelfristig angelegtes neues Reformprojekt zu reaktivieren.

Zugleich sollten wir gemeinsam festhalten: Die GAL lehnt es nach wie vor ab, sich an der herrschenden Definition von ,,Politikfähigkeit'' und ,,Übernahme von Verantwortung'' zu orientieren. Nach dieser Definition ist eine Partei nur dann ,,politikfähig'' und ,,verantwortungsbewußt'', wenn sie dazu beiträgt, daß alles weiterläuft wie gehabt. Zugespitzt: In diesem Sinn war die SPD 1914 politikfähig, als sie den Kriegskrediten zustimmte, in diesem Sinn waren die bürgerlichen Parteien 1933 verantwortungsbewußt, als sie dem Ermächtigungsgesetz zustimm-

Fortsetzung nächste Seite



Foto: H. Wojahn

Thomas Ebermann, Christian Schmidt, Rainer Trampert

Das Ausmaß notwendiger Reformen endet nicht bei der SPD

Die GAL hat in dieser Wahl eine schwere Niederlage erlitten. Die Verluste an die SPD konzentrierten sich laut infas vor allem auf Gebiete, in denen die GAL bei der letzten Wahl stark zugelegt hatte, in den ,,nach Lage, Milieu und Umfeld attraktiven Wohnquartieren'' in Eppendorf, Hoheluft, Eimsbüttel, Rotherbaum, Winterhude. Die GAL habe diesmal besonders Wählerinnen verloren. 6,4% Frauen und 8,5% Männer sollen die GAL gewählt haben. Die GAL verlor dort am wenigsten, wo sich alternatives politisches Bewußtsein mit einer bedrängten sozialen Lage verbindet — Altona-Stadt, Ottensen, St. Pauli, St. Georg — und dort, wo sie eh schon wenig hatte. Das Hauptmotiv war für viele, die ,,Schwarze Republik'' zu verhindern. Das Motiv kommt in einem Rundfunk-Kommentar von Udo Lindenberg stellvertretend zum Ausdruck: Das Abschneiden der GAL sei zwar bedauerlich, aber die CDU sei verhindert worden.

Es gibt unseres Erachtens eine Reihe von Erklärungen, weshalb wir die Abwanderung nicht aufhalten konnten. Sie sind in einer politischen Stimmungslage, in die diese Wahl fiel, und in den Grünen selber zu finden. Hinweise auf die ,,Holzköpfe'' in SPD und GAL oder auf die ,,verheerende Politik des Landesvorstandes'' (Thea Bock) sind zwar strömungspolitisch opportun, erklären aber wenig und bereiten schon gar nicht darauf vor, wie wir mit einer veränderten politischen Situation umgehen können. Auch die Freude einiger Realos auf Bundesebene, die in dem Wahlergebnis einen ,,heilsamen Aderlaß'' sehen, könnte allenfalls dazu angetan sein, daß eine Strömung jeweils der anderen einen heilsamen Aderlaß wünscht und nicht mehr begriffen wird, daß alle verlieren, so wie in Hamburg alle verloren haben.

Die Schwarze Republik verhindern

Wie seit der Kandidatur von F.J. Strauß nicht mehr, stand diese Wahl im Zeichen der Verhinderung einer CDU-,,Machtergreifung''. Der kleine Unterschied zwischen SPD und CDU wurden von Spiegel bis TAZ gleichermaßen zu einem großen Unterschied aufgebauscht. Selbstverständlich verstärkte eine zu keiner Reform bereite SPD diese Kampagne im Wahlkampf, weil diese Losung der SPD zu nichts anderem mehr verpflichtet.

Auch aus Kreisen der GAL wurde darauf abgehoben. In einem TAZ-Gespräch erklärte Michael Stamm, selbst wenn die Grünen verlieren würden, die SPD aber dazu gewinnen würde, und beide über 50% bekämen, wäre das ein positives Ergebnis. Nun haben SPD und GAL gemeinsam über 50% erhalten und noch am Wahlabend dankten Hamburgs Wirtschaftsvertreter den Wählern für ihre kluge Entscheidung zugunsten einer stabilen Re-

re das ein positives Ergebnis. Nun haben SPD und GAL gemeinsam über 50% erhalten und noch am Wahlabend dankten Hamburgs Wirtschaftsvertreter den Wählern für ihre kluge Entscheidung zugunsten einer stabilen Re-gierbarkeit und einer pragmatischen Energiepolitik.

Die GAL hat darunter gelitten, daß die Verhinderung der CDU von außen und innen ins Zentrum gerückt wurde. Wenn es nur noch darum geht, spielen Frauenliste, die gute Arbeit im Parlament, spielen politische Reformwünsche eine geringere Rolle. Zweitens bedarf es zur Verhinderung der CDU objektiv nicht unbedingt der Grünen. Für kommende Parlamentswahlen kann von erheblicher Bedeutung sein, daß die Verhinderung der CDU nicht nur durch eine starke SPD (siehe NRW und Saarland), sondern neuerdings auch durch die Bündnisalternative SPD-FDP erreicht werden kann. Diese mögliche Variante erschwert es uns allen, Druck von links auf die SPD zu machen. Im besonderen aber stellt sie die die Null-Tolerierer und Null-Koalierer vor neue Herausforderungen: Sie müssen sich, was inhaltliche Veränderungen angeht, unter dem Niveau der FDP bewegen, in der Entschlossenheit aber, auf alle Fälle mitregieren zu wollen, die FDP übertreffen.

Es mußte als Motiv aber nicht nur die Angst vor einer CDU/FDP-Regierung sein. Es gab eine zweite Angst: Die Angst vor der Großen Koalition. Auch die war nicht Wasser auf die Mühlen der GAL. Wer der SPD die ,,Sauerei'' einer Großen Koalition zutraut, kann mit seiner großen Empörung über diese SPD ebenso das Interesse verbinden, die SPD zu wählen, damit sie wenigstens als stärkerer Partner in die Große Koalition einzieht und noch einiges für den Bundesrat rettet.

Auch soziale Projekte sahen ihre Bedrohung durch die CDU als zentral. Es wurde in den Hintergrund gedrängt, daß sie einst gegen den Rotstift der SPD auf die Straße mußten, und bei der Bündnisentscheidung der SPD, die vor der Wahl kein Geheimnis war, bald gegen den sozialliberalen Sozialabbau wieder auf die Straße müssen. Es wurde verdrängt, daß allein ein Anwachsen der GAL bzw. zumindest ihre politische Stabilität mithelfen kann, einiges zu retten. Vielleicht sind wir zuwenig auf diese kleinen Übel eingegangen und haben zu wenig erklärt, daß die Wahl der GAL mehr dafür tut als die SPD-FDP-Koalition, weil der Druck wegfällt. Die CDU-Verhinderungswahl muß keine neue politische Stabilität festschreiben. Einige Ereignisse haben dieses Motiv in dieser Wahl in den Mittelpunkt gerückt. Auch vor der November-Wahl war ein rot-grünes Bündnis aussichtslos oder mußte für

festschreiben. Einige Ereignisse haben dieses Motiv in dieser Wahl in den Mittelpunkt gerückt. Auch vor der November-Wahl war ein rot-grünes Bündnis aussichtslos oder mußte für viele als relativ aussichtslos gelten. Damals hatte der ,,Adlige'' Dohnanyi aber lange mit seiner absoluten Mehrheit ,,arrogant'' regiert und ihm mußte ein Denkzettel verpaßt werden. Viele wurden dann davon überrascht, daß die CDU stärkste Partei in Hamburg wurde und anschließend Hessen umkippte. Fortan ging die Bedrohung ,,CDU-Staat'' um. Der SPD gelang es zusätzlich, unter Hinweis auf die Bundesversammlung in Duisburg und auf die nicht zur Regierungsverantwortung bereite GAL ihren eigenen Anti-Reformkurs und ihre Absage an rot-grüne Bündnisse der GAL anzulasten. Viele Wählerinnen und Wähler hatten aber in diesem Gesamtklima die Schuldfrage nicht mehr nötig. Diesmal sollte die SPD ran, um die CDU zu besiegen.

Diese Stimmung ist nicht festgeklopft. Sie hat nicht in jeder Wahl diesen Nährboden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich nach einem Jahr SPD-FDP-Regierung, zumal in der beginnenden ökonomischen Krise, ein anderes Wahlergebnis vorzustellen. Bereits am Wahlabend waren sich einige nicht mehr so sicher als sie das Lob der Wirtschaftsvertreter hörten. Gleiche Erkenntnisse sind möglicherweise im linkssozialdemokratischen Spektrum zu erwarten, die sich zwar am Wahlabend über den großen Wahlsieg freuten, aber schon gleichzeitig zu hören bekamen, daß sie überhaupt keine Rolle mehr spielen würden.

Erwartungen dieser Art sollen nicht verdecken, daß die GAL von der reinen CDU-Verhinderung kalt erwischt wurde. Das hat aber bei weitem nicht nur mit einer redaktionell anderen Wahlerklärung zu tun, sondern viel mit ihrer Gesamtdarstellung und der Frage, wie ihre Politik in der Gesellschaft gewachsen war und getragen wurde. Wir selbst haben dieser Zuspitzung zu wenig entgegengesetzt. Es spielte in der Auseinandersetzung nur noch eine geringe Rolle, wie sehr die SPD Steigbügelhalter für schwarze Entwicklungen ist, daß sie nach der Wahl mit der reinen Wirtschaftspartei FDP paktieren würde oder gar mit den Schwarzen direkt. Es wurde zuwenig zum Thema gemacht, daß die SPD in den gemeinsamen Gesprächen mit der GAL provokatorische Inhalte für eine Regierungsbeteiligung angegeben hatte: Eine Wirtschaftspolitik, die zu 80% mit der CDU übereinstimme, ein öffentliches positives Bekenntnis der GAL zur Ausweisung von Ausländern und selbstverständlich Kriegsschiffbau bei Blohm und Voss im Rahmen ihrer Standpoortpolitik.

Anders als vor vier Jahren führte die GAL kaum eine öffentliche Auseinandersetzung mehr darum, für was sie in die Verantwortung gezogen werden sollte bzw. nicht sollte, denn die Bedingungen waren überwiegend zur Abschreckung gedacht. Zu sehr war bereits eine Stimmung verbreitet, auch dafür habe sich die GAL herzugeben oder eine Stimmung, die verhinderte, daß auf so etwas noch geachtet wurde, falls nur Perschau nicht komme. Wir müssen wieder mehr in den gesellschaftlichen Ansätzen eine gemeinsame Politik entwickeln, die uns etwas unabhängiger macht von Konjunkturen, in denen mal die Differenz zwi-

müssen wieder mehr in den gesellschaftlichen Ansätzen eine gemeinsame Politik entwickeln, die uns etwas unabhängiger macht von Konjunkturen, in denen mal die Differenz zwi-schen SPD und CDU zu der entscheidenden Frage überhöht wird und mal wieder an Wirkung verliert, nachdem die SPD regierte, wieder ihr Gesicht zeigen mußte und die CDU auf ein noch akzeptables Maß zurechtgestutzt wurde.

Die SPD zerschlug systematisch jede rot-grüne Bündnisillusion

Die von der Hamburger SPD schon vordem verfolgte politische Linie, keinen Millimeter mit der GAL, bekam bundesweit Rückenwind. Nach Hessen stellte sich auch die Bundes-SPD abrupt auf diese Linie ein, um mit dem Ausfransen nach beiden Seiten Schluß zu machen. Die rot-grüne Bündnisoption bekam ihr nicht. Anders als in früheren Zeiten, in denen sie ohne grüne Parteikonkurrenz mit einem Zugehen auf Protestbewegungen recht erfolgreich war, verlor sie diesmal an die Grünen, weil offensichtlich viele Menschen ihr verbales Zugehen auf grüne Anliegen auch als Bestätigung der Grünen werteten und weil sie am rechten Rand dafür bestraft wurde. Aus Meinungsumfragen ging zudem hervor, daß 75% der SPD-Mitglieder gegen rot-grüne Bündnisse seien und rund 65% ihrer Wähler/innen. In der Frage der Umsetzung unserer Ziele sah es noch schlechter aus, weil SPD-Wähler/innen fast übereinstimmende Ansichten mit denen der CDU angaben: Auch für sie stand in einer zukünftigen Gesellschaft ,,Sicherheit und Ordnung'', ,,Wachstum'' und Konsens mit der Wirtschaft ganz oben an und nur ein Viertel konnte sich für ,,Demokratie'' oder ,,Reform'' begeistern. Diese Umfragen kennzeichnen keinen statischen Zustand. Der Anteil in der Gesellschaft, der unsere Ziele teilweise gut findet, ist gewachsen und diese Umfragen kennzeichnen nicht, welche Zustimmung für mehr Demokratie und Reform da wäre, wenn es eine offensiv dafür werbende SPD gäbe. Die SPD handelt dabei nicht nur aus Rücksicht auf ihre Wählermeinung, die sie selber mit erzeugt, sondern auch aus Rücksicht auf NATO und Wirtschaft.

Die SPD kehrte nach Hessen geschlossener zur Rau-Taktik zurück. Schon vorher predigte Lafontaine die Vorzüge der NATO und beschimpfte die Grünen nach Hessen nur noch in wüster Manier. In Hamburg wurde jede Zusammenarbeit mit der GAL abgelehnt und falls sie doch regieren wolle, war sicherheitshalber ihr Gewaltverhältnis noch nicht geklärt. In Rheinland-Pfalz erklärte der Spitzenkandidat Scharping, ein Regierungsbündnis mit den Grünen komme überhaupt nicht in Frage, weil die den falschen Bundesvorstand gewählt hätten, noch keine Distanzierung der Rheinland-Pfälzer von der Grünen Partei erfolgt sei, weil keine Abgrenzung zu den Protestbewegungen erfolgt sei, weil es noch Fundamentalisten in den Grünen gäbe und weil die pfälzischen Grünen eh zu provinziell seien.

Die Taktik, rot-grüne Bündnisillusionen zu zerschlagen — mit dem Ar-

sten in den Grünen gäbe und weil die pfälzischen Grünen eh zu provinziell seien.

Die Taktik, rot-grüne Bündnisillusionen zu zerschlagen — mit dem Ar-gument: Entweder wir (im Zweifel mit der FDP) oder gar nichts — ist nicht neu. Diese Rechnung kann dann aufgehen, wenn die SPD arithmetisch die CDU besiegen kann. Sie ging auf in NRW oder im Saarland. Sie wird nicht aufgehen, wo die SPD aussichtslos im Rennen liegt, etwa in Baden-Württemberg oder in Bayern. Die Grünen verloren in dieser Situation auch mit ,,weichen'' Bündnisangeboten: Nicht regieren und 100 Mark mehr für Sozialhilfeempfänger und Schließung des Schnellen Brüters in NRW, den die SPD jetzt auch vorgibt, schließen zu wollen, konnte nicht als überaus hart bezeichnet werden. Das Neue, auf eine Kurzformel gebracht: Der Versuch mit Börner ging daneben, Rau ist nachträglich rehabilitiert. Wir stehen gemeinsam vor dem Problem, wie wir verhindern können, daß in einer zugespitzten Situation das kleinere Übel SPD gewählt wird, um die Schwarzen zu verhindern, weil rot-grün ausgeschlossen wird. Wir stehen vor dem Problem, wie wir verhindern können, daß ausgerechnet eine ,,erfolgversprechende'' rechte SPD einen Sog ausüben kann. Positiv: Wie können wir in der beschriebenen Konstellation Unterstützung dafür gewinnen, daß politische Veränderungen auch im Parlament an erster Stelle stehen und nicht die Regierbarkeit als solche.

Diese veränderte Lage bedeutet nicht, daß sich durch eine offene Rechtshinwendung der SPD unser politischer Spielraum automatisch erweitert. Die Absage an rot-grüne Bündnisse bleibt gekoppelt mit Schuldzuweisungen an die Grünen und mit ihrer Bonner Oppositionsrolle.

Die vernünftigen und die unvernünftigen Grünen

Selbstverständlich war den Herrschenden — einschließlich der SPD — nicht recht, daß auf dem Duisburger Parteitag eine Feministin, eine radikale linke Ökologin und ein Ökosozialist in den Bundesvorsitz gewählt wurden. Solche politischen Entscheidungen sind aus ihrer Sicht bedrohlich und damit ,,unvernünftig'' und ,,politikunfähig''. Sie wissen ja, was aus ihrer Sicht Vernunft und Politikfähigkeit sind. Die Grünen wären bundesweit pfleglicher kommentiert worden, wenn sie eine Befürworterin des Müttermanifestes, eine Befürworterin der Regierungsverantwortung für die existierenden Verhältnisse und einen Verfechter für die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols einschließlich einer Akzeptanz der Volkszählung gewählt hätten. Die Presse wäre für die Grünen besser gewesen. Die Grünen sind bisher auch mit so etwas fertig geworden, aber derart massiv gab es solche Kampagnen gegen die Grünen lange nicht mehr und derart viele Kronzeugen für die Kampagne der SPD aus den Reihen der Grünen gab es ebenso lange nicht.

Fast täglich wurden die Kronzeugen vorgeführt: Die GAL habe ihr Gewaltverhältnis nicht geklärt, in der GAL hätten die Betonklötze oder Holzköpfe das Sagen, die GAL dürfe nicht soviel fordern, die GAL allein verhindere ein Bündnis mit der SPD, obwohl die SPD an ihrer Bündnisaussage zugunsten der FDP nie etwas offen gelassen hatte. Die Unterstützung der SPD-Propaganda ging bis weit ins linksalternative Lager hinein. So entwickelte T. Janssen in der TAZ über eine ganze Seite hinweg ein Bündnisszenario SPD-GAL, das er angeblich aus der SPD-Zentrale kannte. Ein Jahr lang wolle die SPD mit der GAL über Vereinbarungen verhandeln und nach dem Jahr dann eine Koalition eingehen. Signalisiert wurde mit solchen Hirngespinsten, daß sich die rot-grünen Wechselwähler/innen auf eine nach links offene SPD verlassen könnten; sie müßten allerdings der halsstarrigen GAL einen ,,Denkzettel'' verpassen (zu letzterem forderte die ehemalige GAL-Pressesprecherin auf). Es gab so gut wie keine Aufklärung darüber, daß die SPD alles andere wollte, nur nicht mit der GAL, zu 80% mit der CDU übereinstimmte und welche anderen Provokationen die SPD der GAL angeboten hatte.

Rot-grüne Wechselwähler/innen waren insofern nicht nur konfrontiert mit der schroffen Bündnisablehnung der SPD, mit der geschürten Angst vor der Schwarzen Republik, sondern auch mit der täglichen Bestätigung aus linksalternativen Organen: mit der GAL lohne es nicht, die Vorwürfe der SPD seien völlig berechtigt. Das Problem: Der innere Kronzeuge wirkt glaubwürdiger als wenn nur die SPD die GAL und die Grünen bezichtigen würde.

Ein anderes Bündnisangebot für die Wechselwähler/innen — die veränderte GAL

Ein anderes Bündnisangebot für die Wechselwähler/innen — die veränderte GAL

Die GAL hat Stimmen verloren — weil sie kein klares Angebot einer Regierungsbeteiligung als Form — ohne Inhalt — gemacht hat. Das Angebot einer Regierungsbeteiligung hätte es vermutlich sein müssen, weil die SPD alles unterhalb davon kategorisch ausgeschlossen hatte. Die Absicht war klar: Sie wollte kein Regierungsbündnis mit der GAL und hatte sich werbewirksam als Ablehnungsbegründung das ausgesucht, was der GAL am meisten zu schaffen machen würde, um den ,,lieben 68ern'' eine Schuldzuweisung anbieten zu können. In einer Stimmung, allein die schwarze Republik müsse verhindert werden, hätte auch das Angebot der GAL-Minderheit nicht geholfen, den Halbsatz zu streichen, es käme uns auf die Substanz unserer Forderungen an. Auch damit wäre die GAL eine ,,Verweigerer-Partei'' geblieben.

Vielleicht hätte ein politisches Signal einige Stimmen mehr gebracht, daß es der GAL nicht nur auf die Streichung des Halbsatzes mit dem Erhalt ihrer Reformsubstanz ankäme, sondern auf das, was Thea Bock am Wahlabend erklärte: Die SPD müsse sich entscheiden, ob sie *ihre* Politik besser mit der FDP oder mit der GAL durchsetzen könne. Die SPD hatte zwar schon entschieden, dies besser mit der FDP zu können (auch bei einem Nullangebot, weil die FDP staatspolitisch ,,verläßlicher'' ist), aber es wäre ein Signal gewesen, daß die GAL bereit wäre, jeden Reformansatz zugunsten einer SPD-Regierbarkeit fallen zu lassen, um die CDU zu verhindern. Es kann von Teilen der GAL-Minderheit nicht in Anspruch genommen werden: ,,Ich habe die Wahl nicht verloren'', (T.Bock) es sei denn, dieses Signal war gemeint. Das muß dann offen angesprochen werden, so wie Michael Stamm es in ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten. Realos, die es verlockend finden, mit den Wölfen zu heulen und im Chor mit Springerpresse, ,,MoPo'' und ,,taz'' über die ,,Verweigerungshaltung'' der GAL herzuziehen, sollten bei ihrer Spekulation auf die günstige Gelegenheit für ihre eigene politische Position nicht darüber hinweggehen, daß die laufende Hetzjagd auf die ,,Hamburger Linie'' auch ein Modellfall und Exempel dafür sein könnte, wie bei anderer Gelegenheit zur Jagd auf die Grünen *insgesamt* geblasen werden wird.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nem TAZ-Gespräch getan hatte. Wir dürfen dann nicht nur um redaktionelle Veränderungen reden, sondern darüber, was die GAL zur Disposition stellen soll, um eine höhere Wahlwirkung zu erzielen. Die ehrliche Position ist: Von der GAL müsse alles unterbleiben, was nicht der Fortsetzung einer rechten sozialdemokratischen Politik dient.

Das wäre eine strategische Frage. Wollen wir mit unserer Politik im Parlament auf Kursänderungen bestehen und an einem Reformkonzept festhalten, das auch die Bereitschaft behält, kein Bündnis einzugehen, wenn die SPD bei ihrem Anti-Reformkurs bleibt, oder geben wir das auf? Stehen wir im Parlament für das krasse Gegenteil dessen, was wir sonst politisch verändern wollen, um die CDU zu verhindern? Wer unsere Parlamentspolitik auch mit politischen Kursänderungen — vom Atom bis zum Sozialhilfeempfänger — verbinden will, wird in einem Gesamtklima, in dem die Hamburg-Wahl stand, dieselben Schwierigkeiten bekommen. Alle die, die dabei bleiben, haben insofern das Wahlergebnis zu „verantworten".

Der für das Wahlergebnis wahrscheinlich hilfreichere Ansatz, die Dohnanyi-Politik pur zu garantieren, hätte aber strategisch weitaus mehr zu verantworten als Stimmenverluste.

Die GAL wird zu einem Verein zur Rettung der SPD-Regierbarkeit gemacht (Heiner Möller) und die Leitlinie „Verhinderung der CDU" kann kein gesellschaftsveränderndes Potential — auch mit dem Ziel der parlamentarischen Reform in wichtigenBereichen — mehr aufbauen. Die Verhinderung der CDU kann von der SPD allein oder in einer Koalition mit der FDP erledigt werden. Die CDU-Verhinderung spricht nicht einmal für die Grünen, zumal dann nicht, wenn die SPD Bündnisse mit den Grünen ausschließt. Diese Entwicklung enthält ein Stufenmodell, die Grünen zur unbedeutenden Sozialdemokratie abstumpfen zu lassen. Die Trauben für Bündnisse werden von der SPD hochgehängt, um diesen Prozeß zu beschleunigen. An die Wiedererreichbar-

gehängt, um diesen Prozeß zu beschleunigen. An die Wiedererreichbar-

keit von Bündnissen werden wechselweise die Bedingungen geknüpft (alle nachlesbar): Regierungsverantwortung nach SPD-Gesetzen, Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols, all seiner Gesetze, Akzeptanz der inneren und äußeren „Sicherheit", einschließlich NATO-Vertrag, Distanzierung vom Widerstand, Herstellung einer verläßlichen Zusammenarbeit durch „Radikalenerlaß" für sogenannte Fundamentalisten.

Dies schwächt eine Politik für gesellschaftliche Veränderungen und parlamentarische Reformen langfristig. Es kann uns passieren, daß die Grünen in Zukunft 1.000 Verrenkungen machen, um der SPD zu gefallen, ohne damit einem Bündnis näher zu kommen.

Es bleibt schließlich sogar offen, wieviele Stimmen uns solche Angebote gebracht hätten. Einiges hätte auch dem Angebot beliebiger SPD-Unterstützung im Wege gestanden: Das bundesweit inszenierte Klima, Grün ist bündnisuntauglich, zweitens hätte die Verhinderung von Perschau auch dann noch mit der SPD erledigt werden können, drittens wäre die GAL auch damit einem Bündnis nicht viel näher gekommen, weil die SPD auf die FDP festgelegt war, viertens wären innerhalb und außerhalb der GAL einige nicht für eine Politik eingetreten, die existierenden Verhältnisse regierend mitverantworten zu wollen oder Politik für die Unterstützung einer rechten SPD zu betreiben. Es gibt auch in diese Richtung einiges arithmetisch zu verlieren.

Wir sind politisch nicht mehr dieselbe GAL

Auf einem anderen Blatt steht eine selbstkritische Erkenntnis: Die GAL hatte Tolerierungsforderungen aufgestellt, die nicht aus einem Dialog mit Intiativen heraus gewachsen waren. Wir haben wenig Politik entwickelt, mit getragenen Reformkonzepten Widersprüche eines SPD-nahen Umfeldes zur SPD zu unseren Gunsten zu nutzen. Wir haben in mehreren Landesversammlungen darüber diskutiert, wie wir uns und unsere politischen Veränderungswünsche in Frage stellen können. Es kam durch die Auseinandersetzung um strategische Optionen zu einem Flügelkampf im Wahlkampf, der auf Besitzstandswahrung zielte und einen offensiven Umgang mit der völlig inhaltslosen, ja Inhalte ausklammernden Losung von Dohnanyi „Regiert mal schön, sonst nichts" verhinderte. Es kam dazu, daß aus den Grünen heraus mit Unterstützung der TAZ ein Vokabular herumgeworfen wurde, das alle, die wirkliche Reformen — realer Atomausstieg, Sanierungen, und was wir noch so forderten — propagierten, als Betonklötze diffamierte. Darauf kann nicht idealistisch geantwortet werden: Hätten wir nur nicht. Wir sind politisch nicht mehr dieselbe GAL wie vor vier Jahren. Es war objektiv schwer, mit den unterschiedlichen Optionen, gemeinsam gegen die Stimmung „Schwarze Republik" anzukommen. Wir müssen selbstkritisch erkennen, die Wirkungen unterschätzt zu haben und zu sehr auf „Volkszählung" und andere gesellschaftliche Themen gehofft zu haben.

Die GAL hat sich in vier Jahren erheblich verändert und kam nicht mehr in die Offensive. Die GAL trat vor vier Jahren mit einem vergleichbaren Tolerierungsvorschlag zur Wahl an. Damals gab es eine relativ geschlossene GAL für diese Politik. Die Hauptkritik aus den eigenen Reihen lautete damals, die Tolerierungspolitiker würden wegen der Eingrenzung des Programms auf einige Bedingungen zugunsten der SPD sowohl Programm als auch soziale Bewegungen verraten (Kurt Edler in „Der kleine Bürgermeister in uns"). Als die GAL vor vier Jahren ebenso vor Neuwahlen stand und der Druck auf die GAL wuchs, schrieb Kurt Edler: „*Wir müssen ... öffentlich die Frage stellen: Hätten wir auf etwas verzichten sollen? Wenn ja — auf was? Unsere Stärke liegt hier nach wie vor in der Unverzichtbarkeit unserer Tolerierungsforderungen ... so könnte die Wiederholung des Tolerierungsangebots nur glaubwürdig sein unter zwei fatalen Bedingungen: entweder wir fallen um und geben die Mehrheit unserer Forderungen preis oder wir wecken unbegründete Hoffnungen in eine Läuterung der SPD ... So witzig es ist: obwohl die Hamburger Tolerierungslinie gerade aus der Ablehnung der Fundamentalopposition entwickelt wurde, wird inzwischen von verschiedenen Kräften versucht, die Tolerierung als bloße Fundamentalopposition abzuwerten. Man sieht, wie schnell sich das Weltbild mancher Leute nach rechts verschiebt ...*"

Das ist gewißlich wahr und das Weltbild hat sich in den Jahren danach

Das ist gewißlich wahr und das Weltbild hat sich in den Jahren danach

noch mehr nach rechts verschoben und ins Parlament hinein, was auch zu einer Überschätzung von Reformpolitik, die von der Länge des Verhandlungstisches abhängt, führte. Wir haben nicht selten den Eindruck, an der Autobahn zu stehen und die Karossen verschiedener Baujahre und Typen rasen an uns vorbei, immer in dieselbe Richtung von links nach rechts. Wir wollen nicht zu weit zurückgehen. Noch vor zwei Jahren im April 85 wurde Thea Bock auf der ersten Seite der Hamburger Rundschau zum niederschmetternden Ergebnis im Saarland zitiert: „*Wenn es uns nicht gelingt, das, was wir wollen dem Wähler zu vermitteln, dann habe ich nichts dagegen, wenn wir auch mal eine Zeitlang nicht mehr im Parlament sitzen ... Die Ziele sind wichtiger als das Schielen nach Wählern.*"

Dieses war besonders sektiererisch und soll hier nur erklären, in welchen kurzen Zeiträumen sich um uns herum einiges verändert hat. Heute werden wir kritisiert, weil wir das Ausmaß unserer Forderungen nicht zurückschrauben wollen und weil wir unsere Forderungen nicht der sozialdemokratischen Form von Machbarkeiten nach und nach anpassen wollen. Heute wird jemand als Betonklotz angegriffen, der unser parlamentarisches Wirken überhaupt noch als Reformansatz vertritt, weil die SPD doch dadurch gepeinigt werde und so zu Recht mit dieser GAL nichts zusammen machen könne. Vor vier Jahren kam Tolerierung allerdings zumindest in der ersten Wahl als „ernster" Prozeß in Gang, der dann an den Inhalten scheiterte. Diesmal waren alle Bündnisillusionen von vornherein zerschlagen. Wir haben die Bedrohlichkeit in dieser Dimension nicht erkannt. Es ist im Zusammenhang mit dem Wandlungsprozeß schon erstaunlich, mit welcher Vehemenz von den Realo-Grünen die zur „Sau" gemacht werden, die an parlamentarische Bündnisse wichtige Reformbedingungen knüpfen, und welche Schonung, welche verständnisvolle Behandlung eine antireformistische SPD erfährt, bis hin zum neuen sanften Dialog mit dem Konservatismus.

Was steht jetzt an?

Es besteht wohl kaum ein Bedarf, einige Tage nach der Wahlniederlage festzulegen, mit welcher Wahlaussage wir in vier Jahren zur Wahl antreten wollen. Genausowenig gibt es eine aktuelle Chance, auf die Regierungsbildung Einfluß zu nehmen, weder von uns noch von einem linkssozialdemokratischen Spektrum. Wir haben mit der Oppositionspolitik in der kommenden Bürgerschaft zu beginnen. Für die Ausrichtung dieser Politik liegt ein Vorschlag von J. Reents und anderen vor: „Die GAL muß eine Politik in der Bürgerschaft entwickeln, die auf die Widersprüche zwischen der FDP und den auf Reformen hoffenden SPD-Wählern und Wählerinnen zielt."

Warum lautet der Satz nicht, daß wir die Widersprüche zwischen den auf Reform hoffenden SPD-Wählerinnen und Wählern zu der *SPD*-FDP-Koalition entwickeln müßten? Weshalb fehlt die SPD? Vor nicht allzu langer Zeit wurde die FDP von der SPD als Umfallerpartei gegeißelt, jetzt freut sich die SPD über das Umfallen, weil sie ihre nichtreformerische Politik für die Hamburger Wirtschaft am besten mit der FDP durchsetzen kann. Das kann doch für uns kein Anlaß sein, die SPD aus den Widersprüchen herauszulassen. Es muß unseren Interessen extrem entgegenstehen, wenn ausgerechnet wir die SPD für jede ihrer Sauereien präventiv entschuldigen und sie sich dank unserer Unterstützung wie zu Schmidts Zeiten hinter der FDP verbirgt. Das war zu den Schmidt-Zeiten schon Aufgabe der SPD-Linken, die SPD mit der FDP zu entschuldigen, während die Rechte um Schmidt offen dasselbe verkündete wie die FDP und davon wird sich Dohnanyi vermutlich nicht groß unterscheiden. Wir müssen als Opposition in allen Politikbereichen gerade die 90% Gemeinsamkeit von SPD und FDP in ihrer Regierungspolitik herausstellen, um den auf Reformen hoffenden Wähler/innen vor Augen zu führen, daß nicht nur ein Bündnis mit der FDP nichts taugt, sondern auch die politische Entscheidung zugunsten der SPD nicht voranbringt. Nicht nur das Bündnis mit der FDP war der Fehler, sondern deren übereinstimmende Politik ist das Problem.

— Wir werden in einer Bandbreite der Politik, von Anti-Atom bis Volkszählungsboykott, von Kindertagestätten bis Arbeitsmöglichkeiten in Krisenbereichen, von Ausbau der Sozialversorgung bis „Ausländerpolitik" usw. versuchen müssen, die Menschen in Politik mit einzubeziehen, die statt GAL SPD gewählt haben, damit möglichst

tik mit einzubeziehen, die statt GAL SPD gewählt haben, damit möglichst

unmittelbar erfahren wird, weshalb die reine CDU-Verhinderung noch kein gesellschaftlicher Fortschritt ist, sondern sogar Rückschritt bedeutet. Rechts fängt nicht erst bei der CDU an. Wir müssen versuchen, das Potential auszubauen, das nicht wie ein Kaninchen auf die Schlange CDU starrt, sondern bereit ist, für gesellschaftliche Veränderungen zu kämpfen und auch so zu wählen. Wenn wir das alte Helmut Schmidt-Modell — rechte SPD ist besser als Barzel — nicht eingrenzen können, besteht die Gefahr, daß der emanzipatorische Entwicklungsprozeß „weg vom kleinen Übel" wieder zurückfließt.

— Wir werden erklären müssen, daß Reformen in dieser Gesellschaft sehr viel mehr mit gesellschaftlicher Initiative und dem Ausbau konfliktbereiter Potentiale zu tun hat als die „Regierbarkeit". Das muß durch unsere praktische Hinwendung zu gesellschaftlicher Initiative belegt sein. Das größte Risiko für eine — kurzfristig in kleinen Angelegenheiten, strategisch in größeren Veränderungen — durchsetzungsfähige Politik ist die Erpressung der Grünen von außen und innen zu Staatsakzeptanz, NATO-Akzeptanz, Distanzierungspolitik zu sozialen Bewegungen, Distanzierung von radikaler und rebellischer Politik in den eigenen Reihen. Würde diese Entwicklung gelingen, käme gerade nichts mehr an Reform. Im GAL-Wahlkampf war insofern ein Problem, daß Menschen und Initiativen, die ein Interesse an mehreren kleineren Übeln hatten, zu wenig erklärt wurde oder erklärt werden konnte, daß auch ihre „kleinen Übel" durch die Wahl der SPD nicht vertreten sind — sei es durch die bekannte Politik der SPD in Zeiten ökonomischer Krisen, in denen sie auch zuerst an den sozialen Topf herangegangen war, sei es durch ihre Festlegung auf eine Koalition mit der FDP. Die Wahl der GAL hätte auch ohne Bündnisoption viel mehr zur Erhaltung „kleinerer Übel" beigetragen als die Wahl der SPD, die gerade signalisiert, daß die SPD auf diverse Anliegen der GAL weniger Rücksicht nehmen muß, und auch auf Anliegen von Initiativen oder Einrichtungen. Die Empfehlung vieler, durch Bereitschaft zur Regierungsübernahme, d.h. Staatsakzeptanz kurzfristig Wahlerfolge zu sichern, ist jedenfalls langfristig ein sicherer Weg zur Schwächung, Isolierung und Überflüssigmachung der Grünen.

Denn die Erpressung der Grünen von außen und innen zu Staatsakzeptanz oder NATO-Akzeptanz muß Hand in Hand gehen mit einer Distanzierungspolitik zu sozialen Bewegungen, zu Distanzierung von radikaler und rebellischer Politik. Würde diese Entwicklung gelingen und der staatstragende Schwenk der Grünen noch mehr in ihre soziale Basis hineinwirken, käme eben nicht mehr an Reform. Und über kurz oder lang wäre auch das nicht mehr „greifbar", was heute als Stammwähler/innenschaft der Grünen bezeichnet wird.

— Absurd sind alle Stellungnahmen, die beinhalten, der GAL sei es recht, von 30.000 Menschen nicht mehr gewählt worden zu sein. Die politischen Anliegen aller, die in der GAL sind, wurden durch dieses Wahlergebnis geschwächt. Die Möglichkeiten, mit diesen Menschen gemeinsam über unsere Politik zu sprechen, sind nicht abgerissen und werden bereits am Wahlabend für größere Teile unter ihnen als notwendig erkannt worden sein. Der Teil zumindest, der SPD gewählt hatte in reformerischer Absicht und in der Hoffnung, seine Stimme könnte zu einer rot-grünen Mehrheit verwendet werden, mußte schon am Wahlabend enttäuscht sein, weil die SPD kein Wort mehr über die GAL verlor. Die Koalitionspolitik in der beginnenden ökonomischen Krise wird ein übriges tun.

— Wir haben bei dieser Wahl besonders schmerzlich zu spüren bekommen, daß es immer zwei verschiedene Wahlmotive für die GAL gegeben hat. Das eine: die GAL wählen als parlamentarischen Arm gesellschaftlicher Opposition; das andere: mittels einer SPD-GAL-Mehrheit eine veränderte Senatspolitik erzwingen.

Die 1982 konzipierte Tolerierungspolitik war der Versuch, beiden Motiven Rechnung zu tragen. Heute müssen wir feststellen, daß die durch die Tolerierungspolitik versuchte inhaltliche Polarisierung im Mai 87 wesentlich schlechter gelungen ist als von uns erhofft und vor fünf Jahren mit mehr Erfolg praktiziert wurde. Wir schlagen deshalb vor, schon weit im Vorfeld von Wahlen und in relativer Abkopplung von der Frage aktueller parlamentarischer Mehrheiten so etwas zu erarbeiten wie „Kurzfrist-Alternativen" zur sozialliberalen Standortpolitik. In ihnen sind die Forderungen aufzugreifen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gegen die Senatspolitik erhoben werden und die zugleich spezifische GAL-Anliegen im Sinne einer grundlegenden Kurskorrektur in Hamburg sind. Entwickelt werden müßte eine solche ökosoziale Reformalternative in ständigem Dialog mit jenem Spektrum, das auch weiter mit uns den Atomausstieg will als mit dem Senat Politik für die Wirtschaft zu machen. Auf diesem Wege könnte auch die „Esoterik" und „Starrheit" der bisherigen GAL-Tolerierungskataloge überwunden werden.

Es kann auch sein, daß wir uns in zwei oder drei Jahren alle lächerlich machen, wenn wir statt „einseitiger Oppositionspolitik" immer noch oder schon wieder von Alternativen gemeinsam mit der SPD reden. Aber den Versuch, solche Alternativen zu thematisieren müssen wir machen; wobei im übrigen zu erwarten ist, daß die Zahl derjenigen wieder ansteigen wird, die begreifen, daß der Kampf gegen rechts nicht bei der CDU anfängt und das Ausmaß notwendiger Reformen nicht bei der SPD endet.

Wir verstehen diesen Vorschlag auch als ein Angebot zu konstruktiver Weiterentwicklung unserer Politik an all diejenigen in der GAL-Minderheit, die nicht aus der Wahlniederlage den Schluß ziehen wollen, daß jetzt inhaltliche Forderungen fallenzulassen sind, daß nur noch Durchsetzung sozialdemokratischer Politik propagiert werden darf oder eine Annäherung an die SPD betrieben werden müsse. Die Aufnahme in die Runde staatstragender Parteien ist nach wie vor nicht unser Ziel.

Es lohnt sich nach dem 17. Mai kein Streit mit uns, ob wir bereit sind, aus Niederlagen zu lernen. Wir wenden uns nur im Sinne grüner Anliegen gegen jene, die Niederlagen zum Anlaß nehmen, alles zu vergessen und von uns Erkenntnisse aus der Niederlage erzwingen wollen, die wir analytisch nicht nachvollziehen oder die nicht in unserem politischen Interesse liegen.

Thea Bock, Martin Schmidt, Erwin Jurtschitsch, Paul Rieckmann

GAL wie weiter? — Zu den nächsten Aufgaben der Partei

Die GAL hat die bisher für die GRÜNEN schwerste Wahlschlappe erlitten. Mehr als ein Drittel der Wähler, die noch im Januar 1987 bei den Bundestagswahlen grün wählten, haben diesmal entweder SPD, FDP oder gar nicht gewählt. Die Stimmen der GAL sind auf einen Stand unterhalb ihrem ersten Antreten 1982 geschrumpft.

Die massiven Stimmeneinbußen geben der GAL aktuell nicht die Möglichkeit, die Bildung eines SPD-FDP-Senates zu verhindern. Die GAL kann auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Denn unbestreitbar sind Strategie und Taktik des GAL-Tolerierungskonzeptes gescheitert.

Wir müssen deshalb ohne falschen Jammer und Drumhergerede feststellen: Die GAL ist die Verliererin dieser Wahl. Dafür gibt es sicher auch Gründe, die nicht von der GAL beeinflußbar waren. Nach einer solchen, die politische Substanz der Partei angreifenden Niederlage gehört es aber zu unserer ersten Aufgabe, uns mit den Gründen zu befassen, die wir selbst beeinflußt haben bzw. beeinflussen konnten. Und dabei ist deutlich: Die Niederlage basiert auch auf einem fehlenden politischen Angebot, welches bisherige GAL-Wähler/innen von der Rückwende zur SPD abgehalten hätte.

Wir verstehen dieses Verhalten vieler unserer Wähler nicht als ein Abrücken von den gesellschaftlichen wie ökologischen Zielen, die nach wie vor in den außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen lebendig sind. Vielmehr sehen wir in diesem Verhalten eine radikale Kritik an dem politischen Konzept und Stil der GAL, der Art und Weise, wie die GAL ihre Ziele umsetzen will, und dem Umgang mit den Menschen, welche dieselben Ziele, Utopien und Hoffnungen haben. Diese im Wahlergebnis an der GAL enthaltene Kritik darf nicht einfach von uns umgangen werden. Die nach wie vor zum grünen Potential gehörenden Menschen und Bewegungen dürfen nicht als im Irrtum befindliche Wähler denunziert oder gar „exkommuniziert" werden. Keinesfalls darf sich die GAL den Scheinluxus und schweren politischen Fehler leisten, mit den verbliebenen „Stammwählern" zufrieden zu sein und mit ihnen einfach auf Dauer zu rechnen.

Stattdessen muß in der GAL auf allen Ebenen und in allen Gliederungen ein gründlicher und umfassender Diskussionsprozeß beginnen. In dieser Diskussion sind alle Teile unserer bisherigen Politik mit aller inhaltlichen Schärfe zu analysieren, zu kritisieren und wenn nötig neu zu formulieren. In diesem Diskussionsprozeß müssen wir ernsthaft versuchen, mit den uns nahe stehenden Menschen und Initiativen wieder ins Gespräch zu kommen. Es war falsch, uns in der Vergangenheit allzu sicher auf die Zustimmung unserer Wähler/innen zu Inhalt und Form unser Politik zu verlassen. Das aufmerksame Zuhören und Eingehen auf andere und außerhalb stehende Meinungen muß wieder zu einem festen Bestandteil unserer politischen Kultur werden.

Was für die Organisierung des Diskussionsprozesses nach außen gilt, muß selbstredend für den internen Streit gelten. Der Streit darf nicht weiter zur Lähmung der GAL führen. Neben dem Diskussionsprozeß müssen wir unsere Arbeitsschwerpunkte innerhalb wie außerhalb des Parlamentes festlegen und umsetzen. All dies setzt voraus, daß wir die Gräben zwischen den Flügeln nicht durch leichtfertige Stellungnahmen und Verurteilungen künstlich vertiefen.

Zu den Punkten, die notwendigerweise einer inhaltlichen Klärung bedürfen, gehören vordringlich und u.a.:

— das Selbstverständnis der GAL als System-Opposition und die Frage der Differenz zwischen gesellschaftlicher Bewegung und politischer Partei
— das Verhältnis und der Umgang der GAL mit außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen
— der Umgang der GAL mit der Gewalt in Gesellschaft und Staat
— die Frage , was die GAL in den nächsten Jahren in Hamburg politisch tatsächlich (durchsetzen) will.

Die zentralen Ziele unserer gemeinsamen Anstrengungen sind dabei:
1. Die abgewanderten Wähler/innen,

Fortsetzung nächste Seite

Die neue politische Kultur:

Hau druff!



Aus dem (Anti-)Wahlspot der GAL

18.5.87 Der Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag erklärt: „*Nach der Wahl in Hamburg gibt es nichts zu beschönigen. Die Fundamentalisten haben mit ihrer Politik der Verweigerung einen Denkzettel erhalten, der die ganze Partei trifft. Die 7 Prozent in Hamburg sind ein Ergebnis, das sonst selbst in schwierigen ländlichen Gegenden von Grünen erreicht wurde. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, lavieren die Grünen zukünftig an der Existenzgrenze. Die Verweigerungshaltung der GAL Hamburg hat dazu beigetragen, daß Dohnanyis Option für eine sozialliberale Koalition sich reibungslos durchsetzen konnte. Die Grünen in Hamburg sollten zu ihrem Fehler stehen und nicht im nachhinein ein kleinlautes opportunistisches Angebot an die SPD machen, damit lassen sich zu diesem Zeitpunkt die Kartoffeln nicht mehr aus dem Feuer holen.*"

Rolf Bach, Sprecher des Landesvorstands der Grünen in Baden Württemberg erklärt u.a.: „*Dieses Ergebnis ist dramatisch, allerdings kommt angesichts der harten Linie der Hamburger GAL gegen jede Art der Zusammenarbeit mit anderen Parteien dieses Ergebnis nicht überraschend. Die Wählerinnen und Wähler hatten keine Lust, den Null-Bock-Tango mitzutanzen.*"

„*Mit gemischten Gefühlen*" hätten die Grünen Hessen die Wahlausgänge in Hamburg und Rheinland-Pfalz zur Kenntnis genommen, log ihr Sprecher Wolf Schwarz. Denn Freude wurde über beide Ergebnisse ausgedrückt. „*Wir hoffen, daß dieses Ergebnis besonders im Vergleich zu dem hervorragenden Abschneiden der Grünen in Hessen bei der GAL und dem Bundesvorstand zu einem Lernprozeß führen wird.*" (Alle diese Meldungen wurden über den Ticker gejagt).

Waltraud Schoppe verspricht Hamburg Hilfe: „*Auf jeden Fall werde ich*

vorstand zu einem Lernprozeß führen wird." (Alle diese Meldungen wurden über den Ticker gejagt).

Waltraud Schoppe verspricht Hamburg Hilfe: „*Auf jeden Fall werde ich*

Thea Bock, Adrienne Göhler und die anderen Frauen, denen es nicht genug ist, als die ‚Wir-haben-es-schon-immer-gewußt-daß-die-Gesellschaft-sich-nicht-selbst-verändern-will'-Sekte in die Politik einzugehen, mit aller Kraft unterstützen." (Interview in Nord-West Zeitung, 23.5.87)

Pressekonferenz der grünen Realos

24.5.87 Christa Vennegerts findet, „*daß ein unterschwelliger Brand schlimmer ist als ein offenes Feuer.*" Aber: „*Eine Spaltung kommt für mich absolut nicht in Frage.*"

Hubert Kleinert übt Selbstkritik. Nach Hessen habe er davor gewarnt, daß ein „fundamentalistisches Konzept" die Grünen auf „Hofnarren im CDU-Staat" reduzieren würde. Jetzt hätten sie sich in Hamburg „*in die Rolle des Hofnarren bei der Wiedergeburt des sozialliberalen Bündnisses begeben.*" Und noch ein paar Spots: „*Es geht nicht um persönliche Schuldzuweisungen, es geht nicht um Aufkündigung der innerparteilichen Solidarität, aber es muß auch klar gesagt werden (...): Ein grünes Projekt, das sich am Gesinnungsradikalismus besäuft, auf praktische Veränderungschancen verzichtet und dadurch zur Bestandsgarantie der Konservativen oder zum Geburtshelfer von Halbwenden würde, ein solches Projekt kann keinen Sinn machen. (...) Grüne brauchen ein inhaltliches Profil, das sich von den politischen Themen her eindeutig auf die Ökologie als dem thematischen Mittelpunkt konzentriert, das in den zentralen Fragen Frieden und Abrüstung mehr zu bieten hat als pauschale ‚Kein Frieden mit der NATO'-Parolen, das in der Gewaltfrage eine unmißverständliche Haltung einnimmt, das Halbheiten dort überwindet und das auch in anderen Grundfragen der Politik mehr auf Wege zur Umsetzung orientiert ist denn auf bloße Gesinnungsdemonstrationen. (...) wir uns nicht ins ideologische Ghetto linker Mythen selber einmauern. (...) Die Realos müssen jetzt um diese Partei kämpfen, nicht nur im Parlament, sondern auch in den Gremien dieser Partei.*"

Joschka Fischer: „*Das heißt, wir stehen heute vor der Frage, auch und gerade nach Duisburg, ob sich die grüne Partei in Richtung radikaler Sekte entwickelt oder ökologische Reformpartei (...) Die Niederlage (in Hessen) hat uns Realos, vor allem uns Hessen, in die Desorientierung gestürzt. (...) Daß die Überprüfung, wie weit die eigenen Positionen durchsetzbar sind, notwendig ist, sieht man daran, daß mit ‚Raus aus der NATO'-Beschlüssen niemand geholfen ist. Im Gegenteil, die Grünen stehen relativ daneben in der gegenwärtigen Debatte. Und die große historische Chance, so Gorbatschow erfolgreich ist im gesamten Osteuropa, aber auch in der Sowjetunion, darf nicht vertan werden. Zum erstenmal gibt es realpolitische Hoffnung auf Blockauflösung noch in unserer Generation als eine reale Option, ich sage nicht als Realität. (...) Als praktisches Projekt stellt sich für uns Realos klar die Mehr-*

realpolitische Hoffnung auf Blockauflösung noch in unserer Generation als eine reale Option, ich sage nicht als Realität. (...) Als praktisches Projekt stellt sich für uns Realos klar die Mehr-

heitsfähigkeit innerhalb der eigenen Partei."

Otto Schily: Niemandem in der Partei ist „*damit gedient, diesen Gegensatz zwischen Realos und Fundis zu verkleistern, ihn mit Zuckerguß zu versehen und so mit dem typisch deutschen Harmoniebedürfnis zu versuchen, diesem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Ich empfinde es als wenig hilfreich, wenn jetzt aus Bayern die Kunde kommt, man möge den Flügelstreit beenden. Es gibt einen Dissens in der Sache und dieser Dissens muß offen angesprochen werden. Dieser Konflikt muß ausgetragen werden. Zaghaftigkeit und Halbheiten sind nicht angesagt. (...) Objektiv, das ist ja auch der Vorwurf, der aus sozialdemokratischen Kreisen kommt, den man nicht so einfach wegwischen kann, objektiv haben Grüne in vielen Ländern in gewisser Weise auch dazu beigetragen, daß sich schwarz-gelbe Koalitionen oder hilfsweise, wie in Hamburg jetzt eine rot-gelbe Koalition etabliert haben. (...) Sehr interessant ist (...) die Diskussion um die doppelte Nullösung, wo manche wiederum nur einem kruden Unilateralismus frönen, anstatt sich mal auf die Debatte konkret einzulassen. Gleiches gilt für die Frage der NATO. Auch dort ist ja erfreulicherweise die Zahl der Stimmen gewachsen, die diesen blanken Austritt aus der NATO für einen Unsinn halten.*"

„Wahnhaft verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung"

Schily hatte noch eine besondere Auseinandersetzungs-Variante anzubieten: „*Wenn Jutta Ditfurth und andere eigentlich eine Koalition anderer Art beschwören, nämlich die mit außerparlamentarischen Gruppierungen, welcher Art immer, es wird ja keine ausgegrenzt, der Widerstand soll nicht gespalten werden, dann ist das ein Gegenbild zu einer parlamentarischen, sozialökologischen Koalition. Und da hilft es auch nicht, das sozusagen mit schönen Worten zu verzieren. Ich meine auch, das kommt in der Verbalradikalität zum Ausdruck. Ich denke, es sind sozusagen Antipoden: Zimmermann auf der einen Seite und Jutta Ditfurth auf der anderen Seite. Zimmermann, der nun Volkszählungsgegner, die ja in breiter Form vorhanden sind, als RAF, Terroristen und Faschisten denunziert. Und Jutta Ditfurth, die sagt, die Volkszählung ist die Vorbereitung der Massenvernichtung. Auf dieser Grundlage läßt sich vielleicht eine gewisse Zustimmung erreichen, für Herrn Zimmermann auf der alleräußersten Rechten, und ich weiß nicht, wo Jutta Ditfurth sie erreichen will. Jedenfalls Politik läßt sich auf der Basis wahnhaft verzerrter Wirklichkeitswahrnehmung nicht entwickeln.*"

Jutta Ditfurth hatte auf der Landesversammlung der Grünen in Baden-Württemberg am 22.5. ihre Ablehnung der Volkszählung begründet, u.a. auf den Skandal hingewiesen, daß Neonazis sich als Zähler melden, um Ausländer aufzuspüren und erklärt, es gebe keine harmlosen Daten, wie die Nazi-Volkszählungen mit der „harmlosen" Frage nach der jüdischen Religionszugehörigkeit bis in die zweite Elterngeneration gezeigt hätten, die später Grundlage für die systematische Vernichtung von Juden gewesen seien. Die bürgerliche Presse hatte dies so aufgegriffen, daß Frau Ditfurth erklärt hätte, „Volkzähler sind Faschisten".

Otto Schily dagegen ließ im grünen Pressedienst am 21.5.87 erklären: „*Trotz Bedenken gegen die Erhebung sei er persönlich bereit, den Volkszählungsbogen auszufüllen.*

Grüne Strategien

Grüne Strategien in der Sackgasse

Fortsetzung von Seite 1

Rot-Grün ist nicht einfach out, so wenig wie die SPD aus dem Schneider ist. „Rot" hat nur etwas Luft bekommen und Grün den „Schwarzen Peter" zugeschoben. Auf daß man sich fetze. Die Situation dafür war günstig und die Regie hat sie genutzt. Nach der SPD-Niederlage in Hamburg im November letzten Jahres hat nicht einmal die Große Koalition sonderlich geschockt. Die SPD-Niederlage bei der Bundestagswahl war programmgemäß. Wo keine Hoffnung ist, kann auch wenig zusammenbrechen. Erst mit dem knappen Scheitern von SPD und Grünen in Hessen schlug die Stimmung im Lager der SPD- und Grünen-Anhänger um, wurde die „schwarze Republik" als Bedrohung für all jene Errungenschaften betrachtet, die man mit Sozialdemokratie verbindet. Stimmungsumschwung im rot-grünen Lager, denn in Hamburg gab es keine Verschiebung zwischen der Wählerschaft von einerseits SPD und Grünen und andererseits CDU und FDP, sondern innerhalb dieser Lager. GAL und SPD zusammen blieben konstant bei 52 %. Die SPD schaffte es, *ohne Änderung ihrer Politik*, die im November 1986 fast 10 % Einbußen erlitt, Grünen-Wähler rüberzuziehen, die mit Sicherheit anderes wollen als das, was ihnen die neue Koalition bieten wird, die aber vorrangig die Verhinderung der CDU im Auge hatten. Darauf aber wird die SPD nicht bauen können.

Nun zur Regie. Sie war einmal grünintern am Werk. Siege, nichts als Siege: Hamburg-, Bundestags-, Hessenwahl. Vor allem linke Siege: Hamburg, Ebermann Fraktionssprecher und dann der Sprecher-Durchmarsch von Fundis und Ökosozialisten auf dem Duisburger Bundesparteitag. Zu viele Siege können manchmal auch blind machen für die Realitäten. Wieder — wie schon auf und nach dem Hamburger Parteitag 1984 — überwog bei den linken Grünen Euphorie und Sorglosigkeit, überschätzten sie die inhaltliche Substanz und politische Tragfähigkeit dessen, was sich heute in grünen Wahlergebnissen ausdrückt. Es rächt sich in Situationen wie nach Hessen, daß nicht nur die Fundamentalisten, sondern auch maßgebliche Ökosozialisten die Neigung entwickeln, den politischen Ablösungsprozeß von den bürgerlichen Parteien allzu gradlinig und bruchartig als Zustimmung zu radikaler Politik einzuschätzen. In Hamburg hat dies — neben der existierenden Strömungs-Paralyse der GAL — auch zur Unterschätzung und Bewegungslosigkeit gegenüber der SPD geführt, ist faktisch die Auseinandersetzung mit dem kleineren Übel und den Wechselwählern nicht geführt worden.

Neben dieser (Fehl-) Regie ist eine andere bemerkenswert: Oskar Lafontaine hat den Braten früh gerochen und Hessen vor Augen unmittelbar nach dem Duisburger Parteitag das Stichwort gegeben. Die Grünen hätten im Parlament offenkundig nichts anderes vor, als „*Diäten zu kassieren und die sanitären Einrichtungen zu benutzen*", formulierte er dregger-reif. Seither schmeißen die grün-ambivalenten Medien mit Dreck. Die „Spiegel"-Titelstory (11.5.87) gegen die grüne „*Kaiserin*" und „*Domina im Bundesvorstand*", Jutta Ditfurth, gehört zum schmierig-schwülstigen Männer-Journalismus, den sich dieses Blatt so gerne leistet. Chefredakteur Erich Böhme rief dazu auf, ihrer „*eiskalten Riege*" eine Absage zu erteilen. Der Hamburger Wahlausgang ist der letzte Anlaß, verstärkt gegen links zu trommeln: „Stern", „Spiegel", „Frankfurter Rundschau" oder auch die „taz" (die schon viel länger). „*Es gilt Abschied zu nehmen von den Grünen*", fordert das FDP-Mitglied Heiner Bremer im Leitartikel des „Stern" (21.5.87), voll des Lobes für die „klare Abgrenzung" Dohnanyis und Scharpings von Jutta Ditfurth „und ihren fundamentalistischen Gesinnungsfreunden". Beide Blätter hoffen unzweifelhaft auf sozialliberal. Allzu gerne bemühen sie die grünen Kronzeugen. Ob Otto Schily nun der Ditfurth-Story des „Spiegel" noch den krönenden Abschluß verschafft und Jutta „*abgesehen von ihren verheerenden politischen Positionen*" das „zielstrebige" Schüren von „*Feindseligkeit und Fanatismus*" attestiert. Oder der Hamburger GALlier Kurt Edler, Spezialist für das Aufwerfen „interessanter Fragen", sich mal so richtig über die grünen Linken im selben Blatt auskotzen darf: „*Fundis, die so rebellisch daherkamen, erweisen sich jetzt als Gartenzwerge: auffallend aber harmlos*", wobei sich deren „*alternatives Spießertum auch noch für revolutionär hält*" (25.5.87). Gerade das aber erwartet der „Spiegel"-Leser, echte Revolutionäre und keine Gartenzwerge. Eine dreiviertel Seite wird den Kronzeugen Rieckmann und Jurtschitsch aus der GAL in der „FR" (29.5.87) eingeräumt, um Ebermann/Trampert „und ihre politischen Freunde" als Anhänger des ganz und gar nicht gewaltfreien Aufstands (sie hätten sich bis heute zur tragenden grünen Säule Gewaltfreiheit „*nie eindeutig positiv geäußert*") zu entlarven, ihnen „linke Allmachtsphantasien" und „Revolutionsmystik" zu unterstellen. Einen feuchten Kehricht kümmern diese Medien die Edlers, Rieckmanns und Jurtschitschs, die auf einmal zu publizistischen Nachwahl-Ehren kommen. Daß es jetzt, wo Schlachtzeit ist, gegen die radikale grüne Strömung, gegen die Linken geht, das ist ihr einziges Interesse. Daß die „taz" für die grün-alternative Szene eine noch viel wichtigere Funktion in diesem Konzert hat, ist an anderer Stelle dieser Zeitung zur Hamburger Wahl beschrieben.

Nicht zum erstenmal, aber mit größerer Hingabe als je zuvor, widmen sich die Gegner der Grünen ihrer Zerschlagung. Gelingt die nicht, bliebe noch die Zähmung. Die Rechten hierzulande halten die Keule „Verfassungsfeinde" bereit. Die SPD träumt vom grünen Niedergang. Und die Grünen? Sie toben, sich gegenseitig die Schuld zuweisend, durch die Medienlandschaft und hoffen — strömungsübergreifend — auf das Wunder, genannt „Strategiekongreß".

hr.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Initiativen und Bewegungen zurückzugewinnen. Wir streben damit auch die Wiedergewinnung der Hegemonie der GRÜNEN im öko-sozialen Reformlager an. Wir wollen mit den Inis und Bewegungen wieder zu einer Politik der gemeinsamen Aktivitäten zurückkehren.

2. Unsere Oppositionspolitik im Parlament muß die sich etablierende SPD-FDP-Koalition in Bedrängnis bringen und sie muß auf eine Ablösung dieser Koalition zielen. Das beinhaltet gleichzeitig ein Angebot der GAL zur Zusammenarbeit an die SPD. Dies Angebot umfaßt die Inhalte wie die Form der Zusammenarbeit.

Die GAL muß ernsthaft sowohl eine neue Zusammenarbeit mit Initiativen und Bewegungen als auch ein parlamentarisches Bündnis mit der SPD anstreben. Nur so kann die GAL ihrer Rolle gerecht werden, daß sich gesellschaftliche Mehrheiten für Reformen auch politisch durchsetzen lassen.

Die GAL muß sich bemühen, nach dieser katastrophalen Wahlniederlage einen neuen Anfang zu machen, indem nicht einfach „alte Rechnungen" zwischen den Flügeln beglichen werden. Unglaubwürdig wäre auch jeder Versuch, ohne gründliche Debatten alte Positionen über Bord zu werfen. Glaubwürdig ist dagegen ein offener wie öffentlicher und breiter Streit mit dem Ziel eines neuen tragfähigen und nach außen vermittelbaren Konsenses.

Hamburg, 22.5.87
Unterzeichner/innen: Thea Bock, Martin Schmidt, Erwin Jurtschitsch und Paul Rieckmann

Mit einem Ohr und einem Bein im Kurt-Schumacher-Haus

Wie die taz für die Hamburger SPD Wahlkampf machte oder: wie die Hamburger SPD über die taz Wahlkampf machte

„*Wie aus Hofberichterstattern Verräter werden*", so ist das Klagelied des taz-Redakteurs Florian Marten in der Hamburger Regionalausgabe der „tageszeitung" überschrieben. „*Unerbittliche Machtpolitik*", „*eine Gesinnung, vor der man Angst haben muß*", sah er gegenüber einer Zeitung am Werk, die „zwar oft parteiisch, aber nie Parteiblatt", ganz bescheiden „widersprüchlich wie die Wirklichkeit und in letzter Instanz nur dem eigenen Selbstverständnis und der taz-internen Selbstverwaltung verpflichtet" ist. (25.5.87)

Die Rede ist vom spannungsgeladenen Verhältnis zwischen der taz und der Hamburger GAL. Die taz hatte es sich in den zurückliegenden Monaten zur obersten Aufgabe gemacht, die linke Mehrheitsströmung in der Hamburger GAL zu schlachten, mit allen Mitteln. Hofberichterstattung und Verrat, dieses Pärchen beschreibt zwar nicht die Wirklichkeit, die ja widersprüchlich ist, es kommt ihr aber recht nahe. Vom Pro-SPD- und Anti-GAL-Wahlkampf der taz soll im folgenden die Rede sein. Dabei werden drei Hauptpersonen immer wieder auftauchen: Der taz-Redakteur Thomas Janssen, der unbekannte Sozialdemokrat aus dem Kurt-Schumacher-Haus in Hamburg und der ideelle Gesamt-GALlier von der Basis. In Nebenrollen: Die Hamburger taz-Redakteure Ute Scheub, Niklaus Hablützel und Florian Marten, sowie als special guests: der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Leo Hajen und Klaus Hartung, taz-Berlin-West. Wer die Gagen zahlte? Wir wissen es nicht. Wer sie hätte zahlen müssen? Der SPD-Schatzmeister im Kurt-Schumacher-Haus natürlich.

Beginnen wir am 18. Februar 1987. Thomas Janssen beharrt darauf, daß seine Zeitung der GAL zwar nahestehe, „*ohne jedoch ihr Gehirn im GAL-Büro abzugeben.*" Weil das so ist, deshalb solle diese Zeitung „besonders bestraft" werden, so seine Replik auf den GAL-Vorwurf, daß die taz ihre privilegierten Beziehungen benutze, um tendenziös und verzerrt GAL-Interna nach außen zu tragen.

Fünf Tage später war die Welt wieder in Ordnung. Die Mitgliederversammlung habe sich deutlich gegen „*zentralistischen Verselbständigung*" des GAL-Vorstands ausgesprochen. Statt für ein „*stromlinienförmiges Erscheinungsbild*" hätte sie für „Pluralismus" gestimmt (Tom Janssen-Kommentar am 23.2.87). Nichts davon ist zwar beschlossen worden, doch th.j. (so sein Kürzel) wollte es so sehen. Pech, daß just jene Versammlung einen Vorstand wählte, der im Mai seinem Kollegen Florian Marten mit einer Gesinnung begegnet, vor der er Angst hat.

»Wer will, daß die SPD weiter regiert,

> ***»Wer will, daß die SPD weiter regiert, muß die GAL wählen«*** *F. Marten*

Doch kommen wir zum eigentlichen Thema. Am 25. Februar taucht sie in unserer Geschichte zum erstenmal auf (in der taz schon viel früher, aber man kann ja nicht ganz von vorne anfangen), die Legende vom guten Sozialdemokraten. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Th.j. sah in Hamburg zunächst nur „*zwei Befürworter*" der Großen Koalition nach der Novemberwahl: Dohnanyi und Perschau. „Die CDU war verblüfft, SPD und GAL schlichtweg entsetzt." *Die* SPD war entsetzt! Also sprach th.j. am selben Tag mit Leo Hajen, bekannter SPD-Linker in der Bürgerschaft, und ließ ihn aussprechen, was *die* SPD wirklich denkt: „*Ich glaube*, daß sich *in der SPD insgesamt* das Bewußtsein entwickelt, daß eine Machtübernahme der Konservativen *nur mit der GAL* zu verhindern ist." „Gespräche im Schatten der Großen Koalition" stand über diesem Glaubensbekenntnis zu lesen.

Am 28.2.87 steht in der taz Rot-Grün dicht vor dem Durchbruch. Die Pseudo-Gespräche SPD/GAL waren zwar gerade gescheitert, doch gibt es eigentlich nur noch ein Hindernis, das die taz entlarvt: die Mehrheit in der GAL. Die taz-Tagesthemen-Seite klagt die „*Tolerierungsverhinderer*" an. Ute Scheub, bis vor wenigen Monaten GAL-Pressesprecherin, zitiert die anonyme hämische Freude in der GAL: „Die Meßlatte liegt so hoch, daß die SPD nie drüberjumpt". Und Tom Janssen kennt die Sorgen der einigungsbereiten „linken SPD", deren Bürgermeister sich (noch) gegen eine Zusammenarbeit mit der GAL „sträubt": „Der GAL-Tolerierungskatalog ist eher ein Verhinderungskatalog." Dabei hatte die GAL doch einen genialen Schachzug getan, den Thea Bock im taz-Interview so beschreibt: „Wir haben sogar erklärt, daß wir nach einem erfolgreichem Abschluß nicht nur wider besseren Wissens das Arbeitsprogramm der SPD mittragen, sondern auch die durch die Tolerierungspunkte modifizierte Standortpolitik." Das war's! Die SPD ist hoffnungslos in der Defensive: „Der klugen Verhandlungstaktik der GAL konnten im wahrsten Sinne des Wortes nur noch Glaubensbekenntnisse entgegengesetzt werden. (...) Hilfloser und defensiver geht es wirklich nicht", schwärmte Tom Janssen. Was man doch *wider besseren Wissens* so alles erreichen kann.

Am 4.3. prophezeit Tom Janssen in einem taz-national-Kommentar, was stimmungsmäßig viele in dieser Stadt empfanden: „Die letzten 100 Tage — *Die Ära Dohnanyi in Hamburg geht zuende.*" Die Gespräche mit der CDU waren geplatzt, lonesome Dohnanyi in der eigenen Partei an einer „Koalition aus rechten Gewerkschaftern und linkem Flügel" gescheitert. Prognose: „Die jetzt schon existierende GAL-Sperrminorität wird sich höchstwahrscheinlich noch vergrößern."

Der SPD-Landesvorstand hatte gerade das Vorgehen seines Bürgermeisters gebilligt und ihn einstimmig zum neuen Kandidaten gekürt, da analysiert th.j. messerscharf, daß „innerparteilich noch lange nicht Friede herrscht." Zwar sei „*eine rot-grüne Perspektive schüchtern eröffnet*", doch noch stehe dem die Hinwendung zur FDP entgegen. Doch auch da weiß wieder „*ein Vertreter des linken Flügels*" rat: „Es dürfte dem Bürgermeister schwerfallen, dem Wähler zu erklären, wieso ausgerechnet mit der Partei, die die Wende einleitete, die Wende verhindert werden soll." (5.3.87) Florian Marten gibt den Kurs an: „*Dohnanyi weg!*", ist sein Rat an die SPD.

Zwischenspiel am 6.3.: „In der Klemme" überschreibt Tom Janssen in der nationalen Ausgabe seinen Kommentar zu den Schwierigkeiten der „populären Gallionsfigur" der FDP, Ingo von Münch. Hin- und hergerissen sei er zwischen CDU-Befürwortern in der eigenen Partei und der Koalitionsaussage der SPD. Nun stimmte zwar nichts davon. Aber: na und, was soll's?

SPD-Landesvorsitzender Ortwin Runde darf im Interview mit Tom Janssen erklären: 1. die SPD macht Wahlkampf gegen die „Wendepartei" und 2. mit der GAL könnte es gehen, doch derzeit sei „eine verläßliche parlamentarische Zusammenarbeit nicht in Sicht", und das sei nun einmal eine Koalition. (11.3.87)

12.3.87: Tom Janssen bilanziert zwei Monate vor den Neuwahlen die Lage. Seine Sorge gilt den Folgen von Dohnanyis Politik für die SPD: „*Zähneknirschend* mußte seine Partei mit ansehen, wie er sich nach dem kapitalen Bock mit der Großen Koalition vollends in *Polit-Surrealismus* verlor (...) Hamburgs SPD bleibt also das *Erpressungsopfer* ihres ungeliebten und mittlerweile auch unpopulären Spitzenkandidaten." „Rot-Grün ist die Haselnuß", so geschmackvoll überschreibt Florian Marten am 14.3. seinen Artikel über ein Papier der SPD-Linken, das SPD-Arbeitsprogramm und GAL-Tolerierungsforderungen vergleicht. Sein Fazit: „Überraschend die breite Übereinstimmung im Grundsätzlichen (...) überall weist die verbale Programmatik in die gleiche Richtung." *Allein* der tumbe Tor Dohnanyi hat nicht gemerkt, daß „auf Basis der Tolerierungsforderungen gemeinsame Politik gemacht werden" könnte. Die SPD-Linken hätten ihn jetzt „*widerlegt*".

Wenn die GAL schon keine Volkspartei ist, dann die taz doch wenigstens eine Volkszeitung. Tom Janssen interviewt —schön langweilig — CDU-Perschau. Wozu? Was soll die Frage? (19.3.87)

Es ist so weit: „GAL-Minderheit für Koalition" überschreibt der unvermeidliche Tom Janssen am 20.3. seinen Artikel in der taz-national. Kaum verhaltener Jubel, daß die von der SPD „initiierte Bombe — nach der Neuwahl keine Tolerierungsgespräche mit der GAL, sondern gleich Koalitionsverhandlungen — bei den Grün-Alternativen gezündet hat." (Hamburg-Teil) Dagegen wehrte sich die GAL-Mehrheit und wollte „*Nachdenken ersticken*", „beabsichtigte eine *Maulkorbwirkung*", reagierte mit „*dogmatischem Beton*", Rainer Trampert agierte als „*Wachhund der reinen Linie*".

31.3.: Die GAL hat jede Koalition abgelehnt und ihr Tolerierungsangebot erneuert. Die Minderheit in der GAL war 1:2 unterlegen. Dennoch entdeckt Tom Janssen das „eigentlich Sensationelle" der GAL-Versammlung: jenseits der bestehenden Koalitionsaussagen der SPD hätte sich die GAL erstmals dem Hauptproblem gestellt: „Können GAL und SPD angesichts einer drohenden Rechtsregierung wirklich etwas bewegen?" Doch: „Zu spät nachgedacht?" Die SPD-Linken bestätigen dies in der gleichen taz-Ausgabe. Der unvermeidliche Leo Hajen im unvermeidlichen Interview mit dem unvermeidlichen Tom Janssen: Die GAL habe „den Ernst der Situation noch nicht in vollem Umfang begriffen. Es geht darum, die Wende in Hamburg zu verhindern." Andere dito. Landesvorsitzender Runde ist „enttäuscht über die Reform- und Lernunwilligkeit der GAL." „*Andere Sozialdemokraten, die nicht genannt werden wollen*, zeigten sich zudem noch über den heutigen Vorstoß des Bürgermeisters entsetzt. ‚Der redet uns noch in die Große Koalition, und die dämliche GAL liefert ihm noch die Stichworte' hieß es hier." Dohnanyi hatte noch einmal einer Zusammenarbeit mit der GAL eine Absage erteilt.

> ***»Die SPD ist das Erpressungsopfer Dohnanyis«*** *th.j.*

6.4.: Hessen hat gewählt und Leo Hajen darf im taz-Kommentar neue Hoffnungen verbreiten: Die Rechten könnten gestoppt werden, wenn SPD und GAL „*gemeinsam* den Wähler überzeugen können, daß sie umsetzbare Programme haben". Dafür müsse die SPD ihre Nichtwähler mobilisieren und die GAL endlich „auch die Bereitschaft zur verläßlichen Mitverantwortung" erklären. Florian Marten und Tom Janssen assistieren: in der SPD „*deutet vieles auf heftige Debatten um die parlamentarische Gestaltung einer rot-grünen Mehrheit hin*"; „sowohl innerhalb der GAL als auch bei der SPD *sind gegenseitige Annäherungsprozesse viel weiter fortgeschritten als es die jeweiligen Protagonisten einer rot-grünen Zusammenarbeit nach außen deutlich machen wollen/können.*"

„Hessische Schockwellen in der GAL" registriert Tom Janssen nach einer Diskussion der Frauenfraktion. Fraktionsgeschäftsführer Schalthoff wird mit dem denkwürdigen Satz zitiert, daß man die SPD so nehmen müsse, wie sie ist, „auch mit ihren Dohnanyis und Pawelczyks (...) Mit dieser SPD haben wir immer noch

Dohnanyis und Pawelczyks (...) Mit dieser SPD haben wir immer noch

mehr als unter eine CDU/FDP-Regierung, die nur noch Erstarrung bedeutet." (8.4.87)

„*Ein skandalöser Fall von Zensur*": im Landesvorstand der GAL ist darüber debattiert worden, daß Thea Bock auf einer rot-grün-Veranstaltung der SPD-Linken (mit Peter von Oertzen) reden soll, und sonst kein GAL-Vertreter eingeladen ist. Die GAL-Mehrheit dagegen wollte, so th.j., einen Vertreter der „*reinen GAL-Linie*", zumindest einen „Anstandswauwau" für Thea. (8.4.87) Die Veranstaltung war frustrierend, allein ein Spiegel-Journalist brachte es beim Wein, vermutlich dem fünften Glas, gegenüber th.j. „auf den Punkt": alle hätten sich „daran vorbeigemogelt, daß auf Deutschlands längster Autobahnstrecke Flensburg-München mittlerweile nur noch der Elbtunnel sozialdemokratisch regiert ist." (9.4.87)

„*Abschied von den Mythen?*", die taz annonciert ein Interview mit den GALliern Herbert Schalthoff und Michael Stamm, in dem diese ihre Position vorstellen „mit einer realistisch eingeschätzten SPD einen Abwehrkampf gegen die Wende zu führen." (10.4.87)

13.4.: Der SPD-Landesparteitag hat mit über 90% Dohnanyi gewählt und im Schulterschluß seine Linie bestätigt, nachdem zuvor in der Strategiedebatte weniger als ein Drittel der Delegierten sich gegen die Zusammenarbeit mit der FDP ausgesprochen hatten. Tom Janssen und seine linken SPD-Auguren hatten verloren. „Lemminge in Hamburg" rächt er sich im Kommentar der nationalen taz. Die SPD habe sich für eine Lösung entschieden, an die „weder Demoskopen noch Wahlvolk glauben mögen". Es sei die Situation eingetreten, daß „*beide linken Parteien*" — „*Rot und Grün* — stur getrennt marschieren wollen, um so die Wende zur CDU/FDP-Regierung doch noch zu ermöglichen." (13.4.87)

„***Die Kooperation mit der SPD muß ehrlich gewollt werden***" — die taz-Redakteure Ute Scheub und Thomas Janssen interviewen Schalthoff/Stamm über eine ganze Seite. Tenor wie angekündigt: sich selbst reduzieren, um die „Wende" zu verhindern. (13.4.87)

21.4.87: Nach dem „GAL-Theoretiker" Stamm und dem „Fraktionsgeschäftsführer" Schalthoff kommen mit Rosita Timm und Michael Wunder zwei „GAL-*Funktionäre*" auf einer halben Seite der taz zu Wort. Wunder: „Wenn die SPD sich schon nicht ändert, müssen wir uns ändern, das ist die einfache Botschaft von Stamm und Schalthoff."

Am selben Tag wird Redakteur Niklaus Hablützel konstruktiv: Er stellt ein GAL-internes Papier zum AKW-Ausstieg vor, das nicht nur die Ausstiegsschwierigkeiten beschreibe, sondern auch ihre Kosten: teuer, sehr teuer. Papierverfasserin Erika Romberg am 25.4. in einer Richtigstellung: „Niklaus ist es mit seiner Interpretation des internen Papiers gelungen, von dem konstruktiven Ausstiegskonzept auf die Folgeprobleme abzulenken."

„***Rechtsruck in der GAL?***" fragt Tom Janssen am 22.4.87 lüstern. Sensationelles hat er zu vermelden: Für eine interne Mitgliederversammlungsvorbereitung haben GAL-Landesvorstandsmitglieder ein Diskussionspapier erarbeitet. Sensationsjournalist Janssen sieht darin ein Umfallen gegenüber bisherigen Positionen und ein Zugeständnis an die „wachsende Kritik" all jener, die in der bisherigen Tolerierungspolitik „*Verhinderung*" und „*Wähler- und Mitgliederbetrug*" sehen. Er sieht die neue Mehrheit in der GAL: Ein Drittel „Reformer" oder Realos, ein Drittel „ernsthafte Tolerierer" um Stamm/Schalthoff und ein Drittel „harte Ökosozialisten" um Trampert/Ebermann. Damit, prophezeit er, dürfte der Graben zwischen „links-reformistischer Praxis" in Parlament und Alltag sowie den „*bekenntnishaften ‚revolutionären' Statements* auf Mitgliederversammlungen" zugeschüttet sein.

28.4.87, der Tag der entscheidenden GAL-Versammlung. Tom Janssen interviewt die beiden GAL-Vorstandsmitglieder Susanne Lohmann und Michael Wunder. Am Interessantesten an diesem Interview sind die Unterstellungsfragen: „Diese konservative Wende findet ihr nicht tragisch?" Zur Kritik an rechter SPD-Politik: „Muß aber nicht das noch Schlimmere ver-

Kritik an rechter SPD-Politik: „Muß aber nicht das noch Schlimmere ver-

hindert werden?" Gegen den Versuch, die GAL auf das „kleinere Übel" zu reduzieren: „Also wollt ihr abwarten?" Und zur Feststellung, daß innerhalb der SPD sich wenig links bewegt: „Reduziert ihr da nicht eine so widersprüchliche Partei auf so simpel rechtsgestrickte Naturen wie Dohnanyi und Pawelczyk?"

> ***»In den SPD-Chefetagen wird rot-grüne Heerschau gehalten«*** *th.j.*

30.4.: Die GAL hat mit Mehrheit beschlossen, ihre Tolerierungspolitik vor der Wahl nicht zu ändern. Vermehrt sei von „*Selbstbetrug*" und „*Wählertäuschung*" die Rede gewesen, schreibt Tom Janssen um seinen Artikel mit dem SPD-Vorsitzenden Runde zu beschließen, der der GAL vorwirft, daß „verbissen an der fundamentalistischen Verweigerungsstrategie festgehalten" werde. Klaus Hartung greift ein. In der nationalen taz entlarvt er „Die Substanz der GAL" in „als *Hort der reinen Lehre.*"

4. Mai 1987: In der taz-Lokalredaktion ist der Bär los: „Martin L., stadtviertelbekannter GAL-Wähler und Fundi aus Ottensen, kommt gestern morgen durch die taz-Redaktionstür, setzt sich an den Konferenztisch und haut auf den Tisch: ‚Ihr müßt mal was machen. So geht das nicht weiter (...) Die GAL muß jetzt ganz klar 'ne Koalition mit der SPD vorschlagen. So geht doch alles den Bach runter." „Sauer auf die GAL", so gibt Florian Marten den erkennbaren Stimmungsumschwung in Teilen der Hamburger Szene wieder. „Doch, Martin ist kein Einzelfall." Wenn schon die Fundis! „Ob in den Designer-Studios in Pöseldorf, bei einigen Rathausdienern, der Buchverkäuferin am Rathausmarkt, ob bei VoBo-Initreffen oder atomfeindlichen Erstwählern und strahlenbesorgten Eltern", die „Dohnanyi-Demagogie" scheine zu verfangen. Diese Wähler wollten kein Tolerierungsgefeilsche, sondern „konkrete Erfolge und GAL-Senatorenposten". Sie seien „selbstbewußte Sympathsanten einer 15-Prozent-Partei; sie wollen mitmischen und bedient werden — durch ökologische Reformen und Staatsknete."

15.5.: Die taz, bis dato überwiegend Hofberichterstatterin der Grünen, erscheint zwei Tage vor der Wahl mit einer Tagesthemen-Seite, die vorwiegend die Stimmung wiedergibt, die in dieser Zeitung und der avisierten Zielgruppe für die bedingungslose Zusammenarbeit mit der SPD, mitproduziert worden ist: „*Selbst hartgesottene GAL-Wähler laufen zur SPD über.*" Auch die Schuldzuweisung ist geklärt, jene GAL-Mehrheit, die gegen die „Reformergruppe" „verbissen durchstimmt". Dagegen stehe die wachsende Zahl jener, die wie „Tempo"-Redakteur Mathias Horx bekennen, „zu den schweinischen Wechselwählern' zu gehören, um den von ihm gehaßten Fundis der GAL mal eins auszuwischen."

Letzter Vorwahlakt der taz am 16.5.87. Die Redaktion bemüht ihr Lieblingskind, *die anti-rot-grüne Totalitarismus-Theorie*, nach der die Extreme beider Parteien das greifbar nahe Bündnis verhindert hätten. In der Sprache von Tom Janssen: „Auf der offiziellen Ebene, *vom SPD-Bürgermeister bis zum GAL-Landesvorstand, taten die Kontrahenten alles, um das rotgrüne Pflänzchen zu ersticken* (hübsch)." Die Redaktionsregie hat zwei Exponenten der Extreme zur Verklarung dieses Sachverhalts um Beiträge bemüht. Ein linkes GAL-Landesvorstandsmitglied und einen SPD-Rechten, die „noch einen Tag vor der Wahl die alten *Gebetsmühlen* beten." Zu spät dürften allerdings die letzten taz-Mutmacher für die „schweinischen Wechselwähler" gekommen sein. Florian Marten verspricht: „*Wer will, daß die SPD weiter regiert, muß die GAL wählen*", denn dies eröffne „die Chance für einen späteren *Regierungsruck nach links*, egal welche formale Form (hübsch) das rot-grüne Bündnis annimmt." Tom Janssen warnt, daß die FDP an die SPD Forderungen stellen könnte, „die selbst den verschworensten Standortfanatikern in der SPD die Zornesröte ins Gesicht treiben dürfte." Und die Redaktion tröstet, daß sich nach der Wahl „eine Eigendynamik" entwickele, „die bei *einflußreichen Funktionären beider Parteien* (gemeint sind SPD und GAL, nicht etwa die FDP) bereits vorgedacht wird." Was da vorgedacht wird, wußte Tom Janssen am 16.5.87: „Die SPD nimmt Verhandlungen mit der GAL auf, die ... spätestens im Herbst abgeschlossen sein müssen." Henning Voscherau werde dann Bürgermeister, beim Haus-

sein müssen." Henning Voscherau

werde dann Bürgermeister, beim Haushalt 1988 und nach einem Jahr Zusammenarbeit sei dann die GAL reif für die Koalition. „*In den SPD-Chefetagen* wird bereits rot-grüne Heerschau für diesen Fall gehalten. 52 Prozent müßten es zusammen schon sein, damit bei uns und bei denen zwei Dummköpfe je nach Anlaß abspringen könnten, meinte *ein nicht unbedeutender Sozialdemokrat* zur taz."

Der Wechselwähler ist klug. Er hat der taz nicht geglaubt und lieber gleich SPD gewählt. Um die zur stärksten Partei zu machen, schien ihm das sicherer zu sein als die Verheißungen der taz.

18.5.87: Klaus Hartung ist immer noch verbittert: „In Hamburg wird eine SPD regieren, wie sie die Ökosozialisten sich nur wünschen können."

19.5.87: Thea Bock verurteilt noch einmal „*die Holzköpfe in beiden Lagern*", die um die Verhinderung der Zusammenarbeit „wetteiferten".

Und Yuppie-Freund Florian Marten kommentiert erbost, daß Ebermann und Trampert „ihre eigene Partei an den Rand des Abgrunds taktiert" haben, daß das „immer schon *verkrustete GAL-Milieu*, eine von *K-Gruppen-Vergangenheit* und *neuem Dogmatismus* geprägte Inzucht" sei. Köpfe müssen rollen, denn ohne „personelle Erneuerung ihres Apparates" verkomme die GAL „von einer Volkspartei zum Debattierzirkel verbitterter Enddreißiger."

Da sei die sozialdemokratische Volkszeitung davor!

(Alle Zitate authentisch aus der taz vom 18.2.87 bis 25.5.87).

hr.

Über die Kinder halten sie uns bei der Stange

Bundesweiter Frauenprotest gegen §218 in Frankfurt



von links: Lisa Degener, Melitta Walter, Conny Hühn

Foto: AK

Fünf- bis sechshundert Frauen (und eine Handvoll Männer) folgten am 23.5. dem Aufruf der bundesweiten Aktion ,,Frauen gegen den § 218'' nach Frankfurt zu einer Protestveranstaltung gegen den § 218.

Mit offenkundigem Interesse absolvierten sie ein Mammutprogramm von informativen Referaten, Berichten und einer abschließenden Prominenten-Runde mit Melitta Walter, Katja Leyrer, Verena Krieger und Alice Schwarzer, die über die Funktion der derzeitigen Angriffe auf abtreibende Frauen und mögliche Widerstandsformen diskutierten.

Frankfurt war bereits zweimal Tagungsort bundesweiter Protestveranstaltungen gegen den § 218 gewesen. Daran erinnerte Sylvia Hebisch in ihrem Begrüßungswort: 1974 und 1980 hatten dort ,,Tribunale gegen den § 218'' stattgefunden. Aus den Vorbereitungsgruppen des letzten Tribunals ist die jetzige ,,bundesweite Koordination gegen den § 218'' bzw., wie sie sich neuerdings etwas flotter nennt, ,,Aktion Frauen gegen den § 218'' hervorgegangen. Hintergrund der Protestveranstaltung: die zunehmenden Angriffe auf den § 218 bzw. auf die Abtrei-

gegangen. Hintergrund der Protestveranstaltung: die zunehmenden Angriffe auf den § 218 bzw. auf die Abtrei-

bungsmöglichkeiten, die kürzlich ihren Gipfel in den koalitionsvereinbarten ,,Beratungsgesetzen'' fanden (der AK berichtete), und die Ratlosigkeit der Frauenbewegung und Linken, darauf adäquat zu reagieren.

Nach dem Motto: lieber eine spannende Diskussion und viel Information im gefüllten Saale als eine weitere schlecht besuchte Demonstration auf der Straße, wurde in die Frankfurter Fachhochschule eingeladen. Auch wenn das eine das andere nicht ersetzt: die Entscheidung war richtig. Das Bedürfnis sowohl nach Information als auch nach einigen klärenden Worten scheint groß zu sein.

Selbstbestimmungsrecht ...

Schwerpunkt dieser Veranstaltung war denn auch nicht, wie anno 1980, die Darstellung und Offenlegung alltäglicher Schikane und Demütigung, denen abtreibende Frauen ausgesetzt sind. Im Vordergrund stand vielmehr die Auseinandersetzung mit der Ideologie der Abtreibungsgegner und der Versuch, den Begriff Selbstbestimmungsrecht wieder mehr in die öffentliche § 218-Diskussion zu bringen.

,,Daß es überhaupt noch notwendig ist, auf einer Veranstaltung wie dieser etwas zum Selbstbestimmungsrecht der Frau zu sagen, kennzeichnet die Situation, in der sich der Kampf gegen den § 218 heute befindet. Der von den Konservativen seit Jahren beschworene Bewußtseinswandel ,,zugunsten des Lebens'' findet ja tatsächlich statt'', beschrieb Conni Heinecke von der § 218-Gruppe Hamburg das Anliegen der Veranstaltung.

Einig waren sich die Anwesenden, daß die drohenden und auch die bereits stattgefundenen Verschärfungen der Abtreibungssituation alle im Rahmen der bestehenden Indikationsregelung des § 218 bleiben. Das gilt auch für das Beratungsgesetz, das eben nicht, wie selbst kampferprobte § 218-Gegnerinnen behaupteten, ein nichtgehaltenes Versprechen Rita Süssmuths darstellt (nämlich am § 218 nichts zu ändern). Gerade das Beratungsgesetz zeigt ja, daß es den Rechten zur Zeit ,,nur'' darum geht, alles ,,Schlechte'' aus der Indikationsregelung rauszuholen und per Richtlinien, Urteilssprüchen, Begleitgesetzen festzuklopfen. Not tut also eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Indikationsregelung, mit dem § 218 und warum er immer noch ein Dauerbrenner konservativer Politik ist.



Foto: AK

,,Selbstbewußte Frauen, deren Lebenssinn und -lust nicht vom Muttersein abhängt, sind nicht erwünscht'', lautet dazu das Urteil der Hamburger § 218-Frauen. Es ist inzwischen oft genug gesagt, daß verschärfte Abtreibungsgesetzgebungen keinen Einfluß auf die Abtreibungs*zahlen* haben. Es geht in der Auseinandersetzung um den § 218 nicht um Bevölkerungspolitik, sondern um Frauenpolitik. Es geht um die Frage, wie Frauen zu sein haben. Daß die Trennung: hie die guten Mütter — da die bösen Abtreiberinnen, eine künstliche ist, weil die meisten Frauen in ihrem Leben beides einmal (oder auch öfter) erleben, eine ausgetragene und eine abgebrochene Schwangerschaft, muß in der Öffentlichkeit dringend deutlich gemacht werden.

,,Das Schreckliche und das schrecklich Falsche an der Abtreibungsdiskussion ist, daß Abtreibung fast ausschließlich als etwas deprimierend Zerstörerisches dargestellt wird. Die meisten Frauen, besonders auch die jüngeren, sind inzwischen schon fast davon überzeugt'', berichtet Conny Hühn aus der Frankfurter § 218-Gruppe und stellte fest, daß der Abtreibungsparagraph und die angekündigten Verschärfungen dazu dienen sollen, daß Abtreibung weitgehend ein ,,Horrortrip'' bleibt. Eine Abtreibungsoffensive von Feministinnen müsse daher ,,offensives Denken und Sprechen über Abtreibung'' beinhalten.

... und „Lebensschutz"

Das Recht auf Selbstbestimmung wird aber nicht nur von eindeutig Konservativen streitig gemacht. Die zunehmende Aufweichung einstmals klarer Positionen auch in der Frauenbewegung wurde in verschiedenen Beiträgen aufgegriffen und als ein Grund für die Defensive der Frauenbewegung angesehen. Aktuellste Beispiele: die ,,Tschernobyl-Mütter'' und das grüne ,,Müttermanifest''. Die sogenannten Lebensschützer, die sich mit besonderer Vorliebe bei den Grünen und in der Friedensbewegung mit der Abtreibungsfrage beschäftigen, waren ebenfalls Gegenstand der Auseinandersetzung. Dazu noch einmal Conny Hühn: ,,Die einfache und bestechende Rettungsparole: alle Bäume, Tiere, Babies und Blumen sollen leben, nutzt uns in der augenblicklichen Situation überhaupt nicht''. Warum kommen diese Lebensschützer trotzdem an? ,,Es ist leichter durchführ- und vorstellbar, ein paar ungeborene Babies zu retten, als die wirklich lebensbedrohenden Zerstörungsmaschinerien anzugreifen''.

Bei aller Theorie kam die Darstellung konkreter Praxis nicht zur kurz: Eindrucksvoll schilderte Eva Böcker (Marburg), wie sich der Gummiparagraph 218 auch in der Praxis gummiartig auswirkt. Nicht nur ein Nord-Süd-Gefälle, auch ein regionalpolitisches, ein Stadt-Land-, ein Konfessionsgefälle gibt es. ,,Zwei vergleichbare mittelgroße Städte unterscheiden sich zum Beispiel so: In der einen Stadt besteht die Möglichkeit, grundsätzlich eine In-

große Städte unterscheiden sich zum Beispiel so: In der einen Stadt besteht die Möglichkeit, grundsätzlich eine In-

dikation zu bekommen, bei 50 % der Gynäkologinnen und Gynäkologen. Dreißig Kilometer weiter ist die Wahrscheinlichkeit ca. 5 %. Im bisher roten bzw. rot-grünen Hessen.'' Ihr bitteres Fazit: ,,Die Bedingungen sind für Frauen teilweise noch schlechter als vor 1975. Wir sind abhängig vom herrschenden politischen Interesse. Und das ist für uns nicht kalkulierbar.''

Tatsächlich zeigten weitere Berichte, daß frau sich in der Abtreibungsfrage auf nichts verlassen kann. Ein SPD-regiertes Bundesland ist keine Garantie für die Existenz von ,,Alles-unter-einem-Dach''-Zentren. Siehe Pro-Familia Bielefeld. Und eine Groß- bzw. Universitätsstadt garantiert keine liberale Abtreibungspraxis; siehe München, siehe Hannover, siehe Münster.

Mutterideologie

Die Prominentenrunde wurde eingeläutet von Melitta Walter, der ehemaligen Bundesvorsitzenden von Pro Familia, die das bürgerliche Frauenbild zum Schwerpunkt ihres Beitrages machte. Dieses Frauenbild werde von den Frauen selbst verinnerlicht, die sich damit die Wut und die Agression für den Protest nehmen ließen. Oft habe sie in Beratungssituationen erlebt, daß Frauen ,,meinten, mich davon überzeugen zu müssen, daß sie die Ausnahme sind, daß sie sonst verantwortlich sind, daß nur die anderen schlampig sind.''

Katja Leyrer, bundesweit bekannte ,,Rabenmutter'', erntete viel Beifall mit ihrer harten Auseinandersetzung mit der konservativ und auch alternativ aufgewärmten Mutterideologie. Sie rief in Erinnerung, welche Positionen vor zehn Jahren unabdingbar ins Repertoire der Frauenbewegung gehörten: Positionen, die heute von Feministinnen selbst aufgeweicht werden wie, daß geschlechtsspezifisches Verhalten sozialisationsbedingt ist, daß der angebliche Urinstinkt Mutterliebe von vielen, nicht zuletzt von gesellschaftlichen Bedingungen abhängt. Eine der zentralen Forderungen war die nach Veränderung der sozialen Mutterschaft und nach kollektiver Kindererziehung. Diese Forderungen treten heute in den Hintergrund angesichts der Aufwertung von Mutterschaft. ,,Über die Kinder halten sie uns bei der Stange.'' Und dazu genau diene auch der § 218.

Verena Krieger beschäftigte sich mit den Lebensschutz-Positionen in ihrer Partei. Scharf rechnete sie ab mit prominenten Grünen wie Antje Vollmer und Joschka Fischer, die mit öffentlichen Äußerungen pro § 218 den Frauen in den Rücken gefallen sind. Weit verbreitet sei in ihrer Partei die Ansicht, daß Mutterschaft der Normalfall, Abtreibung ein Verstoß, bestenfalls eine Ausnahme von diesem Normalfall sei. Genau das käme auch in der Programmformulierung der Grünen zum Ausdruck. Verena Krieger appellierte an die Frauenbewegung, Druck auf die Grünen auszuüben, um sie zu einer klaren § 218-Gegner-Partei zu machen.

sie zu einer klaren § 218-Gegner-Partei zu machen.

Zuguterletzt erhielt Alice Schwarzer das Wort, die es dazu nutzte, noch einmal für ihre Idee einer Normenkontrollklage zu werben. Es sei noch nicht zu spät, die Parteien zu diesem Schritt zu bewegen. Auch wenn sie zugab, daß der Erfolg, den sie sich vor der Bundestagswahl damit erhofft hatte, eine Fehleinschätzung war. Trotzdem: ,,Wir werden diesen Weg zu Ende gehen. Gegebenenfalls bis zum bitteren Ende.'' Gemeint ist damit, daß eine betroffene (= schwangere) Frau den Weg zum Bundesverfassungsgericht gehen wird. Kernpunkt der ,,EMMA''-Kampagne sei die Auseinandersetzung mit SPD und Grünen, mit Liberalen und Progressiven. Diese müßten zum Handeln gezwungen werden, diese müßte frau festnageln auf ihre mehr oder weniger fortschrittlichen Positionen zum § 218, die bislang nur auf dem Papier stünden. ,,Papier ist immerhin mehr als nichts.'' Mit der CDU/CSU dagegen solle frau sich nur bedingt abgeben. Es sei wichtig, ihre Politik anzuprangern und — falls überhaupt nötig — zu entlarven. Aber die Hauptauseinandersetzung müsse mit dem linksliberalen Spektrum laufen.

Die abschließende Diskussion mit dem Auditorium fiel etwas mager aus, was aber auch der fortgeschrittenen Zeit zuzuschreiben war. Ersichtlich wurde, daß es eine ganze Reihe von Vorschlägen für weitere Proteste gibt, die es zu koordinieren und weiter zu diskutieren gilt. So will die ,,Aktion Frauen gegen § 218'' im Herbst zu einem erweiterten Koordinationstreffen einladen, auf dem die an diesem Tag vorgelegten Thesen und Überlegungen ausführlicher diskutiert werden können. Die ,,EMMA'' wird im Spätsommer ein Treffen zum weiteren Vorgehen mit der Normenkontrollklage veranstalten. Und über eine größere Demonstration gegen das Beratungsgesetz wird auch in mindestens drei Organisationen nachgedacht (Jusos, DFI, IG Metall). Hoffentlich gelingt es, die Gegner der § 218-Politik der konservativen Regierung zusammenzubringen, ohne daß die SPD-Linie (Verteidigen der Indikationsregelung) den Protest diktiert.

Der Veranstaltung gingen einige erfreuliche Grußadressen zu: vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, vom Hauptvostand der GEW, von der DFI u. a. Auch die Presseberichterstattung konnte sich sehen lassen. Alles in allem: eine hoffnungsvolle Protestveranstaltung.

li.

Klerikale Abtreibungsgegner auf Frauen-Info-Börse zugelassen

Gegenaktionen auf einem Schweigemarsch zur Verschärfung des §218

In Bremen gab es in den vergangenen Wochen verschiedene Versuche radikaler Abtreibungsgegner, ihre Hetzpropaganda an die Frau zu bringen. Höhepunkt ihrer Aktionen war dabei ein ,,Schweigemarsch für das Leben'', zu dem die ,,Deutsche Evangelische Allianz'' und die Gruppe ,,Recht auf Leben'' (REAL) aufgerufen hatte.

Auftritt bei der „Infobörse"

In Bremen findet jedes Jahr die ,,Infobörse für Frauen'' statt. Sie wird von der ,,Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau'' (vom Senat) organisiert und soll allen Frauengruppen (und solchen, die sich dafür halten) die Möglichkeit geben, sich eine Woche lang allen Interessierten mit Infotischen vorzustellen. Dabei hatte es schon immer ein Problem mit der pluralistischen Auffassung der Gleichstellungsstelle gegeben, die u.a. Gruppen wie den ,,Weißen Ring'' und die ,,Frauengruppe der Landsmannschaft Ostpreußen'' zugelassen hatte. Diesmal aber kam das Faß zum Überlaufen, denn trotz der Proteste zahlreicher Gruppen wurde der Gruppe REAL eine Standgenehmigung erteilt.

Bei der Eröffnung der Infobörse am 6.5. kam es zu Gegenaktionen; u.a. wurde (unter Anwesenheit der Medien) ein Transparent entrollt — ,,Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine'' —, die § 218-Gruppe verteilte Flugblätter, und einige Gruppen, z.B. das Autonome Frauenhaus, hatten sich zu einem Boykott der Infobörse entschlossen.

Die Gruppe REAL nutzte die Infobörse u.a., um für ihren Schweigemarsch am 23.5. zu werben und zugleich auf ihr neues ,,Mutter-und-Kind-Haus'' aufmerksam zu machen. Dieses Heim bietet elf Frauen und deren Kindern die Möglichkeit, eine Weile dort zu wohnen, um sie von Abtreibungen abzuhalten.



Wer steckt hinter der Sache?

Die ,,Evangelische Allianz'' (und die Gruppe REAL) kommt aus dem rechten Spektrum evangelischer und evangelikaler Kreise. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich innerhalb der EKD ein reaktionärer Verband gebildet, der zunächst in erster Linie revanchistische Politik betrieb.

Ab Mitte der 70er Jahre verstand sich diese Strömung dann mehr als Zusammenschluß aller ,,Bekenntnistreuen'', der offensiv eine andere Politik als die als zu liberal empfundene EKD durchsetzen wollte.

1979 veröffentlichte der ,,Initiativkreis evangelischer Frauen der Konferenz bekennender Gemeinschaften'' einen ,,Notruf'' unter dem Motto ,,Rettet die Familie'', in dem u. a. mit höchst völkischen Argumenten (die ,,Wehrhaftigkeit'' des Deutschen Volkes sei gefährdet) gegen die Abtreibungen gehetzt wurde.

Die Gruppe REAL ist eine Initiative bekennender Gemeinden innerhalb der EKD; diese arbeiten mit freikirchlichen Gemeinden und Evangelikalen zusammen.

Die ,,Deutsche Evangelische Allianz'' wiederum ist ein Zusammenschluß eben dieser Freikirchler und Evangelikaler. Während ihrer ganzen Kampagne waren beide Gruppen ständig bemüht, den Eindruck einer Zusammenarbeit mit rechten Kräften vom Tisch zu wischen. Es kamen dann aber die braunen Wurzeln der ,,Bekennenden Bewegung'' an's Licht (in den Anfängen ihrer Bewegung waren führende NPDler u. ä. federführend beteiligt), und um dem ganzen die Krone aufzusetzen, rief am 24.4. auch noch Freys ,,National-Zeitung'' zu dem Schweigemarsch auf.

Schweigemarsch? Nein danke!

Am 23.5. versammelten sich vor dem Bahnhof etwa 500 bis 600 Abtreibungsgegner unter Parolen wie ,,Abtreibung ist frauenfeindlich'' (!), ,,Auch du warst mal vier cm groß'' (leider sind sie's nicht geblieben ...) u. ä.

Die § 218-Gruppe hatte unter dem Motto ,,Wir schweigen nicht!'' zu einer ,,Beteiligung'' an der Demonstration aufgerufen — möglichst unter Mitnahme von Tröten, Rasseln und ähnlichen Gegenständen, die für einen Schweigemarsch unentbehrlich sind.

Ungefähr 300 Frauen (auch ein paar Männer) kamen zusammen, um die Demo leicht zu verändern. In prächtiger Stimmung und unter ohrenbetäubendem Lärm zog der Zug los → das Transparent ,,Ob Kinder oder keine ...'' vorneweg. Auf Seiten der Frauen gab es recht nette Ideen — z. B. hatten sich zwei Frauen als Vögel verkleidet (mit Eierpackungen auf dem Kopf) und trugen ein Transparent ,,Schutz des ungeborenen Lebens — Nie wieder Rührei'' ...

Die Abtreibungsgegner zogen ihre Kundgebung dann dank einer phonstarken Anlage durch — trotz der lautstarken Begleitung. Trotzdem gelang es manchmal, sie zu übertönen. Gegen Ende der Kundgebung flogen dann noch vereinzelt Eier nach vorne. Im ganzen — eine gelungene und hübsche Aktion mit viel Spaß.

A./Bremen

Vom alternativen Umgang mit der Polizei

Die AL mit der Staatsgewalt gegen ,,Randale''-Jugendliche?

Am 26.3.87 vertreibt die Polizei im tiefsten Kreuzberg direkt an der Mauer rund 200 Platzbesetzer von einem Stück Weideland. Auf die Wiese, die bis dahin vom benachbarten Kinderbauernhof genutzt worden war, soll nach dem Willen des Bezirksamts Kreuzberg eine Kindertagesstätte (KiTa) gebaut werden. Kinderbauern und Freunde hatten sich bis zuletzt hartnäckig gegen den Plan zur Wehr gesetzt und wichen erst dem brutalen Polizeieinsatz. Seither kommt es auf dem inzwischen planierten und eingezäunten Gelände immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Polizei und den Kinderbauern. Bemerkenswert an der Entscheidung gegen die Kinderbauern und für die KiTa ist die große Koalition aller Parteien des Kreuzberger Kommunalparlaments. Auch die AL (25% Wählerstimmen in Kreuzberg) hatte sich für das KiTa-Projekt ausgesprochen.

Das macht stutzig. Ausgerechnet die Partei der Hausbesetzer und der sozialen Basisbewegungen soll — mit allen gewaltstaatlichen Konsequenzen — sich mit dem Staat gegen einen Teil der Bewegung entschieden haben? Sie hat.

1981 wird im Rahmen der Hausbesetzerbewegung ein verwahrlostes Mauergrundstück an der Kreuzberger Adalbertstraße besetzt. Die Besetzer begrünen das Gelände und schaffen Tiere an. Das Kinderbauern-Projekt wird legalisiert und erhält seit etwa 1984 eine geringfügige staatliche Unterstützung. Im Rahmen der ,,Internationalen Bauausstellung'' (IBA) wurde von fortschrittlichen Architekten geplant, eine dringend benötigte KiTa in das Kinderbauern-Gelände zu integrieren. Ein solches Modell sollen auch die Kinderbauern anfänglich befürwortet haben, wenngleich diese Informationen keineswegs gesichert sind. Jedenfalls war spätestens seit Anfang des letzten Jahres das anfängliche Konzept eines Nebeneinander von Kinderbauern und KiTa gescheitert, weil die Kinderbauern sich dagegen aussprachen.

Der für den 1.8.86 vorgesehene Baubeginn der inzwischen vom Kreuzberger Bezirksamt einhellig beschlossenen KiTa wird daraufhin auf Wunsch der Kreuzberger AL verschoben. Eine gemeinsame Kommission aus AL und Kinderbauern kommt zu keiner Einigung. Im Ergebnis sprach sich die Kreuzberger AL für den KiTa-Bau aus, die Kinderbauern blieben dagegen.

Am 26.3.87 erfolgen brutale Polizeieinsätze am geplanten KiTa-Gelände, um den Bau durchzusetzen. Es gibt zahlreiche Verletzte, das Gebiet wird eingezäunt und planiert.

Die Ereignisse des 26. März haben die Kreuzberger AL aufgescheucht. Zunächst meldete sich die Realo-Rathausfraktion um den Baustadtrat Orlowsky zu Wort. Von einer ,,traurigen Erfahrung'' war da die Rede, aber auch von den ,,verbohrten und offensichtlich falschen Argumenten'' der soeben Verprügelten.

Am 31.3.87 macht die Bezirksgruppe Kreuzberg einen eindeutigen Rückzieher. Sie fordert einen sofortigen, unbefristeten Baustopp und freien Zugang zum Gelände. Den Bau der KiTa hält sie an diesem Ort ,,für politisch nicht durchsetzbar''. Dem stimmt der Delegiertenrat der gesamten Westberliner AL am 1.4.87 zu. Von Rücktrittsforderungen oder Rügen an die Verantwortlichen wird jedoch abgesehen. Die kritisierten Realos wandten sich in einem Brief an den Delegiertenrat, in dem sie alle Vorwürfe zurückwiesen. Schließlich habe die gesamte Kreuzberger AL einer für den KiTa-Bau maßgeblichen Vorlage des Bezirksamtes mit großer Mehrheit zugestimmt. In der Bezirksamtsvorlage, so heißt es weiter, ,,*war bereits die Möglichkeit eines Polizeischutzes für die Bauarbeiten ausgesprochen worden*'' (Brief von Orlowsky und Härtig an den Delegiertenrat, 1.4.87).

Härtig setzt den Polizeieinsätzen einige Tage später in einem Gastkommentar für die ,,taz'' noch eins drauf, in dem er Orlowsky zitiert: ,,*Wenn der Bau Berlins derzeit berühmtester KiTa gewaltsam verhindert wird, steht die Polizei in Kreuzberg zum ersten Mal auf der richtigen Seite*''. Und Härtig ergänzt: ,,*Diesmal war der Polizeieinsatz zur Sicherung des KiTa-Baus richtig, das Vorgehen der Polizei aber zu verurteilen*'', denn die AL mache ,,*Politik mit dem Staat und gegen den Staat — je nachdem*'', die AL sei ohnehin ,,*längst ein Teil des Staatsapparates*'' (,,taz'', 6.4.87).

Zweifellos befand sich die Kreuzberger AL in einem Konflikt, auf der einen Seite die Interessen der Kinderbauern als Repräsentanten der ,,alten'' Hausbesetzer-Szene und ihre verbliebenen, selbstverwalteten Besitzstände zu repräsentieren, auf der anderen Seite in den staatlichen Exekutivorganen für eine ,,behutsame Stadterneuerung'' und den — von allen im Prinzip unbestritten — Bau einer KiTa abwägen zu müssen. Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso kein alternativer KiTa-Standort ausgelotet wurde, um beiden berechtigten Interessen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Inzwischen haben sich die Fronten allseits verhärtet. Auf dem Gelände des Kinderbauernhofes haben die Bauarbeiten begonnen, die Kinderbauern sind nach wie vor gegen das KiTa-Projekt auf ihrem Gelände. Ausgerechnet der Architekt, der die Planungen für das KiTa-Projekt vornahm, ist den Kinderbauern bei der Suche nach einem Alternativ-Standort behilflich. Und die AL? Der Parteivorstand, in Westberlin ,,Geschäftsführender Ausschuß'' genannt, der Delegiertenrat, die Mehrheit der AL-Bezirksgruppe in Kreuzberg — sie alle forderten den Baustopp, weil eine KiTa ,,politisch nicht durchsetzbar'' sei.

Auf der anderen Seite, Basisdemokratie hin, Basisdemokratie her, halten die ,,gestalterischen'' Realos im Kreuzberger Bezirksparlament an ihrem Modell fest, nachdem sie die brutalen Polizeieinsätze heuchlerisch beklagten und als ,,Teil des Staatsapparates'' (Härtig) einen lockeren Umgang mit der Polizei pflegten, Zwangsräumungen in Kauf nahmen.

cl. und jw., Westberlin

Bayrische Nächte

Mit Gauweiler gegen Männergewalt?

Mitte März flatterte den bayerischen Notrufen für vergewaltigte Frauen eine Einladung von Gauweiler — Staatssekretär im bayerischen Innenminsterium — ins Haus. In diesem Schreiben hieß es — unter Berufung auf die Regierungserklärung von F.-J. Strauß: ,,Die Polizei muß die in empörender Weise gestiegene *Gewalt gegen Frauen* verstärkt bekämpfen.'' Gemeinsam mit den Notrufen wolle Gauweiler nun über polizeiliche Maßnahmen beraten und lade sie deshalb ins Innenministerium ein. Nach Bekanntwerden der Einladung setzten die nordbayerischen Notrufe sich zusammen und verfaßten gemeinsam eine Erklärung, in der die Teilnahme an diesem Gespräch abgelehnt wird. Darin wird anhand des §218 und der Frauenhausfinanzierung begründet, daß die bayerische Staatsregierung mit emanzipatorischer Politik und dem Schutz von Frauen vor Gewalttätigkeit nichts im Sinn hat. Auch die bekannte frauenverachtende Haltung von Polizeibeamten und die Tatsache, daß Gewalt gegen Frauen und Mädchen am häufigsten in geschlossenen Räumen stattfindet, zeigen auf, daß polizeiliche Maßnahmen Gewalt gegen Frauen gar nicht bekämpfen können. Weiter heißt es: ,,Angesichts der frauenfeindlichen Politik der bayerischen Staatsregierung können wir dieses ,Gesprächsangebot' nur als den plumpen Versuch verstehen, uns und unsere Arbeit für den Ruf nach mehr Polizei einzuspannen. Wir lassen uns weder als Vorwand für die Aufrüstung der Polizei mißbrauchen, noch dazu, das lädierte Image eines reaktionären Staatssekretärs aufzupolieren.'' Eine solche Haltung ist doch eigentlich selbstverständlich, sollte frau meinen — dem ist aber nicht so: Bei einem Treffen aller bayerischen Notrufe am Tag vor dem Gespräch (4.5.) stellte sich heraus, daß die südbayerischen Notrufe diese Einladung völlig anders sahen: Im Sinne der ,,Politik der kleinen Schritte'' sei dies eine Chance, daß Gauweiler als oberster Chef der Polizei die gesamte bayerische Polizei z.B. anweisen könne, vergewaltigte Frauen bei der Anzeigenerstattung besser zu behandeln. Diese Chance gelte es zu nutzen, schließlich wolle frau Verbesserungen für die betroffenen Frauen erreichen. Gauweilers Angebot müsse deshalb unabhängig von seiner sonstigen Politik betrachtet werden.

Da diese beiden Positionen unvereinbar waren, lief das Gespräch so ab: Die nordbayerischen Notrufe legten Gauweiler und den anwesenden Vertreter/innen verschiedener Ministerien die Erklärung mit einer angehefteten Dokumentation über Polizeiübergriffe gegen Frauen (Hausdurchsuchung beim Berliner Notruf 1981, Berichte vergewaltigter Frauen über die Anzeigeerstattung, dienstliche und private sexistische Übergriffe von Polizisten) auf den Tisch und verließen den Sitzungssaal. Die südbayerischen Notrufe diskutierten mit Gauweiler über Forderungen aller Notrufe zur Vernehmung vergewaltigter Frauen, zum Schulunterricht und zu Gesetzesänderungen. Gauweiler hat sich bei diesem Gespräch kaum eine Blöße gegeben; konkret äußerte er sich nur zu Maßnahmen, die sowieso schon angelaufen sind (Merkblatt für vergewaltigte Frauen, Frauenbeauftragte bei der Polizei, kriminologische Arbeitsgruppe zu Gewalt gegen Frauen beim LKA) ansonsten bleib er eher vage und unverbindlich. Hier noch einige Kostproben:

— Zur Forderung nach Gesetzesänderung (u.a. die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen): Die Diskussion laufe schon in mehreren Bundesländern, die ,,*allgemeine Liberalisierungsdekadenz*'' sei jedoch ein Hindernis. Die allgemeine Meinung im Innenministerium sei, ,,Strafen für Gewalttäter allgemein sind zu niedrig''.

— Zu dem Vorwurf in der Erklärung (Polizeiaufstockung): ,,Selbstverständlich brauchen wir mehr Polizei, aber nicht nur im Zusammenhang mit ihrem Anliegen.'' Die Kripo sei allgemein unterbelegt, der Polizeibestand müsse aufgrund der Größe der zu schützenden Fläche in Bayern aufgestockt werden, auch für Großeinsätze.

Außerdem müsse man bedenken, wenn das Anzeigenaufkommen (wenn mehr vergewaltigte Frauen Anzeige erstatten) steige, bräuchte man selbstverständlich mehr Ermittlungsbeamte, und nicht zuletzt müßten die Frauen nachts auf der Straße oder in U- und S-Bahnen verstärkt geschützt werden durch mehr Präsenz der Polizei. Gauweiler wörtlich: ,,*Wir erobern uns die Nacht zurück*''.

— Zur Forderung ,,Hand- und Fußverteidigung statt Handarbeiten'' (Schulunterricht): ,,Selbstverteidigung für Mädchen — was machen dann die Jungs?'' (Gauweiler) und ,,Statt Handarbeiten — wer strickt mir dann die Strümpfe?'' (Häring, Leiter der Abteilung Polizei im Innenministerium)

Das Gespräch wurde von den südbayerischen Notrufen trotzdem als Erfolg betrachtet. Für die nordbayerischen Notrufe hingegen hat sich genau das bestätigt, was sie zuvor erwartet hatten.

„Notruf an Gauweiler" ...

hieß dann auch die Überschrift eines Artikels, in dem in den ,,Nürnberger Nachrichten'' über dieses Treffen berichtet wurde.

Eine Woche nach diesem Treffen beschloß der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der CSU (und SPD und Grünen), den Notrufen noch für das Jahr 1987 eine Million DM zur Verfügung zu stellen.

Der Versuch, ehemals autonome Projekte zu vereinnahmen, kann als gelungen bezeichnet werden.

Die Tatsache, daß es Notrufe gibt, die meinen, selbst noch mit Gauweiler verhandeln zu können, resultiert auch daraus, daß die Notrufe als Bewegung (wie übrigens auch die Frauenbewegung insgesamt) ihre Position zu diesem Staat und seinen Organen nie geklärt haben, und ist im Prinzip nichts anderes, als die Debatte um Staatsknete — die derzeit wohl in allen Projekten läuft — auf die Spitze getrieben.

Es ist an der Zeit, innerhalb der Frauenbewegung — oder dem was davon noch übrig ist — eine Auseinandersetzung darüber zu führen, welche Ziele und Inhalte in der Frauenpolitik heute noch vertreten werden. In grauer Vorzeit, da soll es doch mal die Vorstellung gegeben haben, die bestehende Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Es stellt sich auch die Frage, wie weit das Sich-Arrangieren mit den Herrschenden schon geht, um kleine, feministische (?) Inselchen aufrecht zu erhalten?

Gy/KB Nürnberg



,,Kreuzberger Nächte''
oder: Über die Fortsetzung eines Volksfestes mit anderen Mitteln

Wie es sich für eine Berichterstattung gehört, habe ich mich redlich bemüht, mich bei der Schilderung der Kreuzberger 1. Mai-Randale streng an den Kriterien von Objektivität und Sachlichkeit zu orientieren. Der/die Leser/in möge im einzelnen beurteilen, ob mir dies gelungen ist.

Ouvertüre, Aufzug und erster Akt oder: wie alles anfing

Zwei offenbar zuerst voneinander unabhängige Ereignisse rund um den Lausitzer Platz schaukelten sich gegenseitig hoch und verschmolzen zum ersten brillianten Höhepunkt des Abends. Zum einen eine Spontandemo der autonomen Szene wegen der Vorgänge rund um den Kinderbauernhof (s. Artikel in diesem AK) und wegen der Mehringhofdurchsuchung nach VoBo-Material, die sich in der Waldemarstraße formierte. Zum anderen zwei umgekippte Bauwagen am Lausitzer Platz, die die Bullen zum Vorwand nahmen, das dortige Fest mit Tränengas und Schlagstockeinsatz aufzulösen, zu einer Zeit, als sich noch Kinder auf dem Platz befanden. Inzwischen war es den Demonstranten gelungen, die in der Waldemarstraße postierte Bullenkette wegzudrängen und zum Lausitzer Platz zu gelangen, und bald ging's gar heftig los. Bullen feuerten mit CN-Granaten, die sie z.T. sofort wieder zurückbekamen, von Seiten der Szene flogen Steine auf Bullen, aber auch auf Teilnehmer des im Abbruch begriffenen Festes (!). Barrikaden brannten am Lausitzer Platz, am Görlitzer Bahnhof, später auch in der Manteuffelstraße, es stank fürchterlich. Daß alles, was kracht, nicht gleichzeitig auch gut riecht, hatte schon Karl Valentin bemerkt. Er hatte diese Feststellung jedoch eindeutig auf ein Feuerwerk bezogen, wohingegen der Gestank an diesem Abend ebenso eindeutig vom CN der Bullen stammte. Anzumerken ist allerdings, daß sich brennende Barrikaden (West) und 1. Mai-Feuerwerk (Ost) in ästhetischer Hinsicht sehr wirkungsvoll ergänzten.

Das Geschehen rund um den Lausitzer Platz ebbte schließlich ab und ging nah einiger Zeit über in den

Zweiter Akt: Klagelied der Bullen oder: ,,Heinrichplatz, mir graut vor Dir!''

Friedlich loderten bzw. kokelten die Barrikaden auf allen Zufahrtstraßen zum Heinrichplatz, unter anderem auch ein Bagger, der seinen ungeahnten Gebrauchswert als Barrikade offenlegte. Gedämpfte Stimmung, für einige Zeit keine Bullen in Sicht. Gegen 22.30 Uhr kamen dann von der Naunynstraße her ca. sechs Wannen und ein Feuerwehrauto vorgefahren. Offensichtliche Intentionen: Eroberung des Heinrichplatzes und Löschen der Barrikaden. Behelmt, beschildet, beschlagstockt postierten sich die Bullen in zwei Reihen, dazwischen das Feuerwehrauto, und rückten zum Platz vor.
des Heinrichplatzes und Löschen der Barrikaden. Behelmt, beschildet, beschlagstockt postierten sich die Bullen in zwei Reihen, dazwischen das Feuerwehrauto, und rückten zum Platz vor.
In den nächsten zehn Minuten waren in den dichten Rauchschwaden nur behende sich hin- und herbewegende Menschen sowie eine beträchtliche Lärmentwicklung wahrzunehmen, die auf Knüppeleien und Steinewerfen schließen ließ. Binnen zehn Minuten kamen ,,unsere Freunde und Helfer'' jedenfalls eilfertig zurückgerannt, stiegen in die Wannen und machten die Biege. Die Beute dieser Aktion, das Feuerwehrauto, ward von den Streetfightern schließlich einer gebührenden Behandlung mit einem Bolzenschneider unterzogen, dann abgefackelt. Die Mehrzahl der umherstehenden Bürger, vor allem Türken, betrachtete das Geschehen mit unverhohlener Schadenfreude. Faschistoide Rufe nach Ordnung blieben hier eindeutig in der Minderheit.

Abrupter Szenenwechsel, Höhepunkt des zweiten Aktes: ,,Tag der offenen Tür'' bei BOLLE

Unabhängig von der Heinrichplatz-Aktion war es BOLLE, dem mittlerweile wohl berühmtesten (ehemaligen) Supermarkt Kreuzbergs, an den Kragen gegangen. Und spätestens zu diesem Zeitpunkt schlug bei vielen Bürgern die bisherige wohlwollend-passive Duldung der Vorgänge in aktives Handeln um. Ausgehend von der Tatsache, daß BOLLE sowieso versichert sei (O-Ton einer ca. 50jährigen Frau) schleppten außer Rand und Band geratene Bürger, besonders Türken mit Einkaufwagen, Wäschekörben und Müllsäcken alles ab, was nicht niet- und nagelfest war. Die Szene und die Kreuzberger ,,Normalos'' setzten zusammen das am Lausitzer Platz abgebrochene Fest mit anderen Mitteln fort. SO 36 war zum rechtsfreien Raum geworden, die nur mehr in kleinen Bezugsgruppen agierenden Bullen in die Rolle von recht belämmert dreinblickenden Operettensoldaten gedrängt.

Dritter Akt: Finale mit Fragezeichen

Dritter Akt: Finale mit Fragezeichen

Es kam halt einfach alles anders als erwartet: sonst kreuzbrave Rentner, die plünderten, was das Zeug hielt, Polizisten, ihrer Funktion als ,,Ordnungsmacht'' enthoben, und eine Szene, die das Geschehen längst nicht mehr überblicken, geschweige denn kontrollieren konnte. Ja, teilweise sahen sich Autonome selber in die Rolle einer ,,Ordnungsmacht'. gedrängt: als nämlich nach 24 Uhr die total ,,Fertigen'' des Bezirks (Alkis, arbeitslose Jugendliche), auch Szene-,,Kids'' unter erhöhtem Alkoholspiegel darangingen, Einzelhandelsgeschäfte zu demolieren bzw. kleinere Autos zu Barrikaden umzufunktionieren. Versuche der Feuerwehr, den inzwischen leergeräumten und in Brand gesteckten BOLLE zu löschen, scheiterten ebenfalls an massiven Steinwürfen von Teilen der schon sturzbesoffenen Szene. Um der Wahrheit halber das Bild von den zu mitternächtlicher Stunde ziellos vandalierenden Horden etwas zurechtzurücken: türkische Jugendliche nahmen z.B. Kebab-Buden unter Beschuß, deren Besitzer mit den faschistischen ,,Grauen Wölfen'' in Verbindung stehen sollen.

Bilanz des Abends: ,,Schee war's und gekracht hat's oft'' (um nochmal Karl Valentin zu zitieren), das unvergeßliche Erlebnis eines kleinen Erfolges, mit denen Linksradikale hierzulande bekanntlich ja nicht gerade gesegnet sind. Andererseits: 51 Festgenommene, denen wahrscheinlich Saures gegeben wird, eine auf Rache sinnende Polizei, was sich unter anderem erstmal darin ausdrückt, daß sich SO 36 mittlerweile in einem Quasi-Belagerungszustand befindet.

Von den ,,Anti-Berlinern'' bis zur Kreuzberger Front im antiimperialistischen Kampf: Einschätzungen

Die Rauchschwaden waren kaum verzogen und Kreuzberg noch nicht richtig zur ,,Normalität'' zurückgekehrt, da machten sich schon die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Parteien eifrig daran, nach den Gründen für die Randale zu forschen. Am einfachsten machten es sich erwartungsge-
da machten sich schon die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und Parteien eifrig daran, nach den Gründen für die Randale zu forschen. Am einfachsten machten es sich erwartungsge-
mäß die CDU, der von ihr gestellte Senat, Arm in Arm mit der Springer-Presse: Sie brachten das Kunststück fertig, trotz der massiven Beteiligung der Bevölkerung an den Plünderungen, das ganze nächtliche Geschehen den Autonomen, den ,,Anti-Berlinern'' in die Schuhe zu schieben.

Demgegenüber legten andere Kräfte eine differenziertere Sichtweise an den Tag: Ein bemerkenswert breites Spektrum von SPD über AL bis weit ins autonome Lager hinein kam in seltener Übereinstimmung zu dem Ergebnis, daß die Ursachen für das Ausmaß der Plünderungen und Verwüstungen sowie die Teilnahme ,,normaler'' Bürger daran recht treffend aufzeigen dürfte: die Konzentration der sozialen Randgruppen in diesem Bezirk, die von den materiellen Segnungen der BRD-Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen sind. Nun ist aber die Tatsache, daß es in Kreuzberg halt etwas elender noch zugeht als z.B. im Wedding mit seiner ähnlichen Sozialstruktur noch keine hinreichende Erklärung für den fulminanten Gewaltausbruch; ebensowenig die Tatsache, daß die Polizei in Kreuzberg gerade bei ,,normalen'' Bürgern schon länger quasi das Asehen einer Besatzungsmacht hat (und sich auch dementsprechend verhält!). Die vollständige Ursachenanalyse müßte u.E. nach lauten: das Zusammentreffen von Aktionen eben gerade in Kreuzberg lebender militant-staatsfeindlicher Gruppen und einer verbreiteten ,,Uns-reicht's!''-Stimmung in der Bevölkerung zur günstigsten Stunde.

Wie anders ließe sich begreifen, daß aus einer für SO 36 vergleichsweise gewöhnlichen Sommerrandale urplötzlich sich ein derartiger Ausbruch von lang angestauter Wut, Haß und Gewalt entwickelte, der für alle sozialen Gruppen, auch die Kreuzberger Kiezbewohner, überraschend kam?

Nur zur Verdeutlichung: wie oben geschildert, hatten die Autonomen nach stundenlangen Kämpfen die Staatsmacht aus dem Gebiet zwischen Schlesischem Tor, Kottbusser Tor und Mariannenplatz vertrieben. Die Gunst der Stunde erkennend, nahmen die Bürger die Gelegenheit wahr, die gewaltsam geöffneten Geschäfte zu plündern. Die Perspektive der marginalisierten Bevölkerungsschichten, am
der Stunde erkennend, nahmen die Bürger die Gelegenheit wahr, die gewaltsam geöffneten Geschäfte zu plündern. Die Perspektive der marginalisierten Bevölkerungsschichten, am
oder unter dem Existenzminimum dahinzuvegetieren, hatte bei diesen Leuten die ,,Werte'' des bürgerlichen Systems schon länger bröckeln lassen und unter der dünnen Fassade der ,,Wohlanständigkeit'' eine Bereitschaft zum Gesetzesbruch und dem Abwerfen jahrzehntelang anerzogener Verhaltensweisen entstehen lassen.

Andere Gruppen — Alkis, junge Türken, Arbeitslose, aber auch ,,ganz normale'' Jugendliche ,,vergnügten'' sich auf ihre Art. Der ganze Frust des normalen Wochenendablaufs, die Wut über ihre ausweglose Situation, ihre Perspektivlosigkeit — all dies entlud sich in z.T. blinder Zerstörungswut und unterschiedsloser Plünderung kleiner Geschäfte in einem Ausmaß, daß am Ende die Autonomen sich gezwungen sahen, in die Rolle der ,,Ordnungsmacht'' zu schlüpfen und Schadensbegrenzung vorzunehmen. Da aber keine/r unter ihnen mit einer derartigen Eskalation der Ereignisse gerechnet hatte, gelang dies natürlich zur zum Teil.

Am nächsten Tag und in der gesamten nächsten Woche setzte von Seiten der bürgerlichen Presse und des Senats eine massive Hetze gegen die aus ihrer Sicht für das Geschehen alleinverantwortlichen Autonomen ein. Die Tatsache, daß ohne das Vorgehen dieser Gruppen die Ereignisse der Nacht nicht möglich gewesen wären, gereichte den Herrschenden zum Anlaß, ihnen schlechthin alles anzulasten, während man sich zu der Teilnahme von ,,Normalbürgern'' an den Plünderungen (und eventuell daraus zu ziehenden Schlüsse) peinlichst berührt ausschwieg. Die Antwort von Innensenator Kewenig auf die laue Mai-Nacht bestand denn auch in einem einfachen und dumpfen Konzept: ,,Mehr Polizei!'' — was aus CDU-Sicht schon von jeher das geeignetste Mittel zur ,,Lösung'' sozialer Probleme war. Das Konzept von Prävention und Repression, die Abkommandierung weiterer Hundertschaften in ein ohnehin schon bis an die Grenze des Erträglichen mit Bullen beglücktes Gebiet, willkürliche Festnahmen und Provokationen, nächtliche Hetzjagden — all dies erinnert in der Tat an Bilder aus Londonderry. Ob Kewenigs Konzept geeignet ist zu verhindern, daß die 750-Jahr-Jubel-Feier der Nicht-Anti-Berliner erneut mit solchen Ausbrüchen spontaner Lebenslust konfrontiert wird, bleibt abzuwarten.

,,Differenzierter'' da schon die Einschätzung der SPD (deren Vorsitzender Momper selbst in Kreuzberg wohnt): als ,,wahren Grund'' bezeichnete sie die ,,sozialen Probleme'' des Bezirks. Trotzdem übte Momper Kritik am unzureichenden Vorgehen der Polizei und daran, daß sie weder personell noch konzeptionell in der Lage gewesen sei, der Lage Herr zu werden. Schwer getroffen zeigte sich die SPD von der Teilnahme solcher Menschen an Plünderungen, ,,denen man solche Handlungen äußerlich nie zutrauen würde''. Bei zahlreichen Bürgern sei die soziale Tünche abgefallen, nachdem ein rechtsfreier Raum entstanden sei, was Momper in einem Interview als ,,eigentlichen Schaden'' dieser Nacht bezeichnete, den wiedergutzumachen Jahre kosten würde. Sein ,,Lösungskonzept'' besteht denn auch in einer typischen sozialdemokratischen Doppel-Null-Lösung: mehr Polizeipräsenz einerseits und die verstärkte Entsendung von Sozialarbeitern andererseits. Als ungeeignetes Mittel zur Befriedung des Stadtteils beurteilen Pfarrer und kirchliche Stellen die verstärkte Polizeipräsenz. Sie distanzieren sich auch von der Senats-Wortschöpfung von den ,,Anti-Berlinern''. Viel eher mit den örtlichen Bedingungen und den sozialen Mangelkrankheiten im Kiez vertraut als der Ku'damm-Senat, weisen
von der Senats-Wortschöpfung von den ,,Anti-Berlinern''. Viel eher mit den örtlichen Bedingungen und den sozialen Mangelkrankheiten im Kiez vertraut als der Ku'damm-Senat, weisen
sie darauf hin, daß hinter blankgeputzten Fassaden Arbeitslosigkeit, Elend und Perspektivlosigkeit vieler Bewohner weiterexistiere.

Bei den Autonomen, die in der ersten Euphorie ihres militärischen Sieges über eine zahlenmäßig mindestens gleichstarke Polizeimacht Triumpfgefühle hegten (das übrigens auch von vielen nicht-militanten Linken geteilt wurde!), machte sich im Laufe der Woche dann doch eine gewisse Nachdenklichkeit breit. Die Erfahrung, plötzlich selber Leute von zielloser Randale abhalten zu müssen, wollte erstmal verarbeitet werden. In teilweise erfreulich offenen Stellungnahmen und überall im Kiez kursierenden Flugblättern wurden die Angriffe auf kleine Läden, auf die Feuerwehr generell, auf die Rettungsdienste und das wahllose Abfackeln von Privatwagen verurteilt (,,Mit Feuer umzugehen und Steine zu schmeißen is' 'ne verantwortliche Sache''). Auch der Zusammenhang zwischen den sich kostenlos betrinkenden Leuten und deren späterem Verhalten wurde von den Autonomen erkannt: ,,... deshalb wird das nächste Mal der Alk zerdeppert und nicht gesoffen.'' Inzwischen wird an mehreren Stellen in Kreuzberg für die kleineren Läden gesammelt, die in der Nacht Steine kassiert hatten oder geplündert worden waren. Die bemerkenswerte Selbstkritik der Autonomen drang sogar bis in Teile der bürgerlichen Presse (FR vom 5.5.87).

Am zufriedensten mit dem Ablauf der Nacht waren wohl die Anti-Imps. Frisch, fromm, fröhlich, frei nach der Devise: El Salvador — Philippinen — Kreuzberg — eine Front! war aus die-





Fortsetzung nächste Seite

Was bisher passierte

Schon am 2. Mai glich Kreuzberg einem Heerlager, woran sich bis heute nichts geändert hat. Die Wannen fahren im Doppelgespann und im Fünf-Minuten-Takt durch die Stadt. An jeder Kreuzung stehen zusätzliche Einsatzwagen, deren Besatzungen bei schönem Wetter im Kampfanzug herumlungern und einzelne Leute zu provozieren versuchen. Nachts wird auf den Straßen wahllos abgegriffen, kontrolliert, festgenommen, und es kommt auch schon mal vor, daß ein Wasserwerfer „just for fun" einen Motorradfahrer aus dem Sattel spritzt.

In diesem Klima, von dem die meisten Kreuzberger recht abgenervt sind, kam es in der Nacht vom 16.5.87 erneut zu einer Randale. Einsatzkräfte mit Wannen und Wasserwerfern provozierten anläßlich eines Punkkonzertes auf dem Heinrichplatz stehende Leute so lange, bis einzelne Steine flogen, worauf der gesamte Platz geräumt und ganz SO 36 zum freien Jagdgebiet erklärt wurde. Bilanz: 70 Festnahmen. Soviel waren es nicht einmal am 1. Mai gewesen. Die Provokationen der Polizei wurden eindeutig vom Einsatzleiter zentral gesteuert mit dem Zweck, am Ende laut ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) alles, was auch nur entfernt nah Alternativszene aussah, einzusacken (siehe Dokumentation).

Was den Eingefahrenen droht, läßt sich aus dem ersten Urteil über einen am 1. Mai Beteiligten ablesen. Obwohl auch vom Gericht als Mitläufer und eher kleine Nummer eingestuft, wurde am 19.5.87 ein 22jähriger Mann, der zum Zeitpunkt der Festnahme auch noch einen Blutalkoholgehalt von 2 Promille hatte, zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt!

U., KB Westberlin



„Alles, was auf der Straße da rumläuft, einfangen ..."

Mitschnitt des Polizeifunks

481 — Heinrichplatz — nahezu normal
481 steht jetzt hier am Heinrichplatz, wir beobachten, wer eventuell Wasserwerfer angreift, diese Personen werden dann festgenommen.
83/85
Es bleibt dabei auch, wir bleiben weiter auf dem Heinrichplatz.
(...) und hin und her.
(...) gerade jetzt die anderen Kräfte aus unserem Raumschutzabschnitt (...) wegzuschicken.
(...) versuchen Sie zu ermitteln, woher WaWe Heinrichplatz — der sollte hier langsam abziehen. Wir provozieren.
181 für 137, der Wawe wird abgezogen.
(...) 81.
(...) mal fliegt ein Stein, dann ist wieder nichts, es ist ein Hochschaukeln ursächlicher Art.
137 hört mit. Wieviel Störer sind denn da? Sind denn da überhaupt Störer zu erkennen?
Ja ja, verteilt 100 bis 150, aber alle unschlüssig, ein, zwei Kamikaze, aber sonst — keiner weiß, was er will.
(...) 81.
137 hört.
Hier eine typische Eskalation. Ohne Sinn wird Tränengas abgeschossen, kein Grund erkennbar, Wasser marsch, ohne Sinn, hier geht jetzt die Eskalation von Seiten der Polizei. Bitte PFDE sofort auffordern, diese Kräfte jetzt zurückzuziehen, das ist eine sinnlose Provokation nur durch Polizei.
(...) 181 und 250. Es ist Folgendes gekommen vom PFDE. Sämtliche Ansammlungen sind aufzulösen. Es ist also nicht ge-
hen, das ist eine sinnlose Provokation nur durch Polizei.
(...) 181 und 250. Es ist Folgendes gekommen vom PFDE. Sämtliche Ansammlungen sind aufzulösen. Es ist also nicht ge-
stattet, irgendwelche Störer irgendwo sich sammeln zu lassen und es sollen Festnahmen gemacht werden. Daher wahrscheinlich diese Einsätze.
(...) Bravo! (Zwischenruf)
Alle Personen am Heinrichplatz sind passiv. Die Polizei ...
Hier 137: Eine Weisung vom PFDE.
(...) Wer hat Kommando zum Absitzen gegeben?
481 an alle ...kräfte, es sitzt kein 80er Wagen ab.
(...) ist in Ordnung, 83 verstanden.
81, 85, 87, sitzen auf dem Wagen, sitzen und sitzen nicht mehr ohne Kommando ab. Hier fangen sie an selbst zu provozieren,
83 mit.
83 mit.
85 mit.
85 mit.
87 mit.
87 mit.
Ab sofort keine Kamikaze-Aktionen mehr.
137, 181, vollkommen richtig. Der Raumbefehl gilt nicht für uns, das war nur über Befehlsstelle an alle durchgegeben.
Wir werden jetzt sinnlos die Wege (...)
137 für 81.
137 hört.
Am Heinrichplatz stehen ca. 120 bis 150 Personen, aber verteilt, ohne Aktivität, ohne Steinwurf, Potential ist vorhanden, aber keine Aktivität.
137 hört mit.
Schlage vor, wir ziehen wieder ab, wir provozieren, aber es ist nichts.
137 hört.
Hier haben wir eben aktiven Steinwurf, unsere Frontscheibe hat eine starke Splitterung, der Wagen wurde beworfen nur wegen der Aktivitäten.
Für 137: Wo war das gewesen?
Am Heinrichplatz.
Verstanden. Ja dann, hin zum Heinrich-
terung, der Wagen wurde beworfen nur wegen der Aktivitäten.
Für 137: Wo war das gewesen?
Am Heinrichplatz.
Verstanden. Ja dann, hin zum Heinrich-
platz, auch 181, 83 und 87.
Neue Richtlinie gegeben vom Direktionsleiter.
Bitte wiederholen...
Folgende Richtlinie vom Direktionsleiter: Auch Gruppen, die Ihr auf der Straße seht, also alles, was auf der Straße ist, wenn möglich einfangen, und dann schick ich EB (Einsatzbefehl) zur Übernahme der ASOG. Frage verstanden?
Verstanden. Bloß dann sind wir ja in wenigen Minuten ausgeschaltet.
Gut, aber einfach Gruppen einfangen, die auf der Straße sind. Alles, was auf der Straße ist, soll eingefangen werden.
(...) dann sind wir ausgeschaltet in wenigen Minuten.
Okay, und denn schick ich euch den EB, die sie Euch abnehmen.
(...) Fahr zum Heinrichplatz.
87 für 137.
181 hört.
Jetzt folgende Richtlinien: Alles, was auf der Straße da rumläuft, einfangen und wenn der Wagen voll ist, Reichenberger Straße Ecke Skalitzer südlich Hochbahn, dort werden sie Euch abgenommen. Nicht nur räumen, sondern auch ASOG, alles einfahren jetzt.
Alles klar.
Okay, 215 noch mal für 137.
206, Sie bitte, wenn fertig, Standort Reichenberger Ecke Skalitzer, südlich Hochbahn, dort alles uns abnehmen, was wir einfangen.
Verstanden, Reichenberger Ecke Skalitzer, südlich von der Hochbahn. Dauert ja noch einen Moment.
Hier 137 an alle. 137 an alle: Moment Funkstille bitte. An alle: (...) SIPO-Festnahmen (...) Urbankrankenhaus, Rettungsaufnahme, dort 206. ASOG-Festnahmen, wie beschrieben: Ecke Reichenberger Ecke Skalitzer (...) mit Quittung.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ser Richtung keine nennenswerte (Selbst)Kritik zu hören (vielleicht kommt's ja noch!?). Auch die Ursachen für die Kreuzberger Mai-Nacht werden von den Anti-Imps u.E. nach falsch eingeschätzt: Wenn sich jahrelang zu kurz Gekommene einfach mal das militant nehmen, was sie brauchen und sich freuen, so ist das noch lange kein Indiz für eine „gestiegene Bereitschaft zur allgemeinen Revolte"! Und wenn im Grunde unpolitische Jugendliche im Rausch Läden von Kleingewerbetreibenden, Telefonzellen und Stromverteilerkästen kurz und klein schlagen, so finden wir dies erklärlich und verständlich; wir halten es aber für nicht vertretbar, wenn auch solche Handlungen unter die „positiven Aspekte" des Abends eingereiht werden und als Ausdruck „rebellischer Gesinnung" mißdeutet werden.

Was zuletzt die Stimmung in der Kreuzberger Bevölkerung angeht: wenngleich es vereinzelte Denunziationen über „Plünderer" gab, und Gerüchte im Umlauf sind, daß sich Ansätze einer Bürgerwehr gebildet hätten, so ist die Stimmung allgemein eher auf der Ebene angesiedelt „Wir lassen uns von 'unseren' Punx nicht entsolidarisieren".

U., cl./ KB Westberlin

Tod im Knast

Ein Opfer der Strafjustiz

Der 29jährige Norbert Kubat ist tot. Er wurde in der Kreuzberger Randale-Nacht vom 1. Mai verhaftet und verbüßte 26 Tage Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis Moabit. Am frühen Morgen des 26. Mai erhängte er sich in seiner Zelle mit einem Halstuch.

Norbert Kubat war in der besagten Nacht in stark angetrunkenem Zustand von der Polizei festgenommen worden. Am 2. Mai erließ ein als Haftrichter fungierender Verkehrsrichter einen Haftbefehl wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch, weil Norbert Kubat einen Stein gegen ein Feuerwehrfahrzeug geworfen haben soll, was nach Angaben seines Anwalts sehr zweifelhaft ist. Nach Angaben des Anwalts litt Kubat unter den Bedingungen der Einzelhaft, die für ihn 23 Stunden Einschluß und nur 14tägigen Besuch bedeuteten. Nach eigenem Wunsch hat er Psychopharmaka zu sich genommen. Für ihn war es unerträglich, als er seitens der Staatsanwaltschaft erfuhr, keine Haftverschonung zu erhalten. Ihm wurde eine Haftstrafe von 2 Jahren ohne Bewährung angedroht, da er bereits 1985 eine Strafe von einem halben Jahr auf Bewährung bekommen hatte. Damals lautete der Vorwurf gegen ihn, einen Bauwagen angezündet versucht zu haben.

Norbert Kubat ist das Opfer der sogenannten „harten Linie" des Westberliner Innensenators Kewenig, die dieser nach den Kreuzberger Auseinandersetzungen am 1./2. Mai und 16./17. Mai erließ. Dazu gehört nicht nur die äußerste „Rigorosität" und „Härte", „Prävention und Repression" der Westberliner Polizei (Kewenig), wie sie in der Nacht des 16. Mai durch das willkürliche „Abgreifen" (Polizeijargon) von über 60 Menschen praktiziert wurde. Bestandteil der repressiv-polizeistaatlichen Lösung ist ebenso der Justizapparat, der gemäß dieser Senatslinie mit der gleichen Härte gegen alle Menschen vorgeht, die mittelbar oder unmittelbar in die Kreuzberger Auseinandersetzungen involviert waren.

So bestehen alle erlassenen Haftbefehle der Staatsanwaltschaft aus Vordrucken, die stereotyp alle Anträge auf Haftverschonung mit der angeblichen „Fluchtgefahr" abweisen.

Und so wurde ein 22jähriger Mann zu 21 Monaten Haft auf Bewährung wegen seiner Beteiligung an der Randale am 1. Mai verurteilt, obwohl selbst die Polizei von einem „Mitläufer" sprach, der zudem unter erheblichem Alkoholeinfluß stand.

Insgesamt befinden sich noch sieben Menschen wegen der Ereignisse des 1. Mai, 16 weitere Personen wegen der Auseinandersetzungen vom 16.Mai in Untersuchungshaft.

Noch am gleichen Abend des Todes von Norbert Kubat demonstrierten etwa 600 Menschen auf dem Ku-Damm — und am 28.5. fanden sich rund 1.500 Menschen zu einem Marsch der Trauer und Anklage zusammen, zu dem das Vorbereitungsbündnis zur Reagan-Demonstration aus über 120 Organisationen aufgerufen hatte. Die Demonstrationsroute war symbolträchtig: sie führte von dem Punkt, wo vor knapp 6 Jahren Klaus-Jürgen Rattay im Rahmen der Hausbesetzerrevolte starb, über das Oberverwaltungsgericht, wo sich der Asylbewerber Kemal Altun aus dem Fenster gestürzt hatte, zur Westberliner Oper, wo vor fast genau 20 Jahren der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen wurde.

D./Westberlin

Sieben Monate Knast für „radikal"-Verkauf

Sieben Monate Knast auf Bewährung kassierte der erste Angeklagte der Prozeßwelle gegen „radikal"-Vertreiberinnen. Eine knappe Indizienlage reichte dem 4. Senat des Oberlandesgerichts Frankfurt aus, Herwig P. in gerade mal zwei Verhandlungstagen zu verurteilen. Der kurze Prozeß hat Bedeutung über die Landesgrenzen des „gemütlich-liberalen Hessens" („taz") hinaus. Immerhin sind allein in Westberlin weitere 13 Anklagen erhoben worden und auch in anderen Regionen Westdeutschlands stehen noch etliche Gerichtsverfahren (die genaue Zahl ist nicht bekannt, dürfte aber mindestens noch einmal so hoch liegen) aus. Interessant ist das erste Verfahren in Sachen „radikal 132" aber nicht nur wegen der Fülle der Anklagen. Bemerkenswert ist auch der Charakter der Verhandlung selber.

Herwig P. wurde zur Last gelegt, 24 „radikal 132" im Handverkauf vertrieben zu haben. Indiz: ein Lieferschein über 25 Exemplare der „radikal" und die Tatsache, daß bei der Hausdurchsuchung bei Herwig am 8.8.1986 nur ein Exemplar der Zeitschrift gefunden wurde. Im Verlauf der Verhandlung ging es dem Vorsitzenden Richter Adam aber weniger um den Verbleib und die Strafwürdigkeit der „radikal", als um Herwigs Zugehörigkeit zur Hanauer Autonomen Szene: Mit der damit verbundenen „grundsätzlich staatsfeindlichen Gesinnung" wurde implizit begründet, warum man der Einlassung des Angeklagten, er habe die 24 Exemplare der „radikal 132" aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung verbrannt, keinen Glauben schenkte.

Herwig wurde verurteilt, weil er durch die Verteilung der „radikal" für die „terroristische Vereinigung RAF" geworben habe. Als Begründung dafür wird ein auf der Rückseite abgedruckter Gruß an die „Genoss/innen aus der Stadtguerilla, die Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts liquidiert haben" aufgeführt. Damit wird der Straftatbestand des Werbens für eine „terroristische Vereinigung" in der üblichen Weise ausgelegt: Es kommt dabei auf keinen „nachweisbaren Erfolg" an, wird aber doch vorausgesetzt, daß der Angeklagte die „radikal" vertrieben hat. Auch ansonsten zeigen die anfangs 76 Ermittlungsverfahren gegen 150 Leute im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin die typischen Kennzeichen der 129a-Verfahren:

Benutzt wurden die im Sommer letzten Jahres von der Bundesanwaltschaft veranlaßten Hausdurchsuchungen vor allem, um Informationen über die linke Infrastruktur einzukassieren. Besonders die in der zweiten Welle im August durchsuchten Buchläden konstatierten, daß auch Rechnungsordner vergangener Jahre, Liefer- und Adressenlisten sowie Briefwechsel und mit der „radikal" in keinem Zusammenhang stehende Kundenkarteien oder Broschüren durchsucht und teilweise auch beschlagnahmt wurden. Dazu paßt, daß, wie oft in derartigen Fällen, die Bundesanwaltschaft nach den Durchsuchungen die Ermittlungen an die Generalstaatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten abgab: „wegen Geringfügigkeit". Auch daß die meisten Ermittlungsverfahren schließlich eingestellt wurden, lediglich einzelne Personen und Projekte bzw. Handverkäufer exemplarisch herausgegriffen und angeklagt wurden, deckt sich mit bisherigen Erfahrungen bei 129a-Verfahren. Neu allerdings ist das Ausmaß der Ermittlungen und der offensichtliche Versuch, möglichst flächendeckend einen Teil der linken Infrastruktur einzuschüchtern und zu erfassen. Das muß deswegen vor allem bedenklich stimmen, weil seit dem 1.1.1987 der Geltungsbereich des 129a durch die Erweiterung der Deliktpalette erheblich ausgedehnt worden ist, künftig derartige Ermittlungswellen auch bei geringfügigeren Vorwürfen durchgezogen werden können.

Bemerkenswert ist bei allem auch, daß die „radikal"-Ermittlungen ihren Zweck weitgehend erfüllt haben. Weder ist es zu einer Solidaritätswelle mit den Angeklagten gekommen, wie das noch 1984, als Benny Härlin und Michael Klöckner verurteilt wurden, der Fall war — noch hat es eine entschiedene Aktion der Buchläden gegeben um zu zeigen, daß sie sich das Recht auf den Verkauf auch linksradikaler, teilweise politisch fragwürdiger Broschüren nicht nehmen lassen. Im Gegenteil: Weder die „radikal Provinzausgabe" noch die „radikal-info", beide Anfang 1987 erschienen, sind in der Regel von linken Buchläden noch verteilt worden.

Polizei sucht Bombenmaterial bei KB und GAL im Schließfach

Für vier Mitglieder der GAL- und der KB-Hochschulgruppe kam es völlig überraschend: Am 29. April, morgens um neun, standen Beamte der Politischen Polizei (FD 7) vor den Wohnungen und verlangten Einlaß. Ausgerüstet u.a. mit einem drei Wochen alten Durchsuchungsbefehl durchschnüffelten sie Schreibtische und Betten, konnten jedoch das, was sie vorgaben zu suchen — Sprengstoff und Zünder — nicht finden. Stattdessen ließen sie einige Adressenlisten, vier Schlüssel, einen Waschmaschinenmotor und sonstigen Elektrokram mitgehen. Und obwohl (oder weil?) die Beamten nicht richtig fündig geworden waren, mußten die vier Durchsuchten anschließend noch mit zur ED-Behandlung.

Offizielle Begründung für den Überfall ist der Verdacht, daß es sich bei den Vieren um Leute handelt, die sich in einem Schließfach in der Uni *"eine Deponie für Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoffen"* eingerichtet hatten (so der Durchsuchungsbefehl). Offizieller Hintergrund des Verdachtes: Am 25. Februar dieses Jahres sollen in der Uni, bei einer Routineüberprüfung von 40 Schließfächern im Phil-Turm, in *einem* Schließfach 11,5 kg Natriumchlorat/-chlorid und 2 kg Kaliumnitrat, gefunden worden sein.

Den Zusammenhang zur GAL- und zur KB-Höchschulgruppe konstruierte die Staatsanwaltschaft allein aus der Tatsache, daß sich das Schließfach mit dem Sprengstoff auf dem gleichen Flur befand, wie auch die drei Fächer, in denen GAL und KB ihr Büchertischmaterial gelagert hatten und die, wie das „Sprengstoffach", mit einem Zahlenschloß gesichert waren. Nicht gerade „durchdringende" Indizien, wie selbst der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft gegenüber der „Hamburger Rundschau" eingestehen mußte.

Die Unhaltbarkeit dieses konstruierten Zusammenhangs zwischen GAL/KB und Sprengstoff wird auch noch an weiteren Details deutlich: Nachdem die GAL- und KB-Studenten festgestellt hatten, daß ihre Schließfächer in den Semesterferien geräumt worden waren, hatten sie sich sofort an das zuständige Uni-Sekretariat gewandt. Dort erfuhren sie von der Beschlagnahmung ihrer Materialien. In Telefongesprächen mit der Staatsan-

das zuständige Uni-Sekretariat gewandt. Dort erfuhren sie von der Beschlagnahmung ihrer Materialien. In Telefongesprächen mit der Staatsan-waltschaft war ihnen bereits am 10.4. mitgeteilt worden, daß sie das Material zurückbekommen könnten, wenn sie eine ordentliche Aufstellung über den Inhalt ihrer Schließfächer anfertigen würden. Diese Aufstellung schickten die beiden Gruppen dann in einem gemeinsamen Brief. Doch statt des beschlagnahmten Materials kamen die Beamten des FD 7 zur Hausdurchsuchung.

Daß sich die Staatsanwaltschaft aus dem großen Kreis von GAL- und dem kleineren Kreis von KB-Aktivisten/innen an der Hamburger Uni ausgerechnet diese vier Leute ausgesucht hat, scheint auf den ersten Blick recht willkürlich. So gehören bspw. die derzeitig presserechtlich Verantwortlichen der „Fliegenden Blätter" (Zeitung der GAL-Hochschulgruppe) nicht zu den Durchsuchten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrer Aktion durchaus eine Absicht gehabt haben könnte. Denn drei der vier Bewohner der durchsuchten Wohnungen waren im „Hamburger Kessel" und hatten die Innenbehörde erfolgreich auf Schmerzensgeld (200 Mark plus Zinsen) verklagt. Prompt eine Woche nach diesem juristischen Erfolg der Eingekesselten unterzeichnete der sonst als „liberal" geltende Richter Masch den Durchsuchungsbefehl. Zufall? Muß die Aktion im Rahmen einer Rachestrategie der Polizei gesehen werden, nach der bestimmte Erfolge der Bewegung (die Innenbehörde hatte sich in puncto Kessel eine politische Niederlage eingehandelt) mit gezielten Schlägen gegen Einzelne beantwortet werden ?

Für diese Interpretation spricht auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen einen Hamburger Juso. Ulli Harms, der im Uni-ASTA auch Friedensreferent ist, war ebenfalls im Kessel. Gegen ihn wird jetzt u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, weil er im Rahmen einer Solidaritätsaktion zur Hafenstraße in der Hamburger Innenbehörde einen Feuerlöscher „entschärft" hatte (diese gelten in Hamburger Polizeikreisen, zumindest wenn man sie in der Hafenstraße findet, als Bomben). Im Falle Harms hatte sich die Hamburger Staatsanwaltschaft sogar bei Generalbundesanwalt Rebmann erkundigt, ob Harms womöglich Mitglied einer terroristischen Vereinigung sei!

Bleibt zu hoffen, daß die Strategen der „Inneren Sicherheit" mit ihrem Versuch das „Kesselurteil" nun auf kaltem Wege rückgängig zu machen, Schiffbruch erleiden. Die Hamburger Linken wären gut beraten, wenn sie diesem Fall die nötige Aufmerksamkeit schenken würden. Nur eine widerstandsbereite Öffentlichkeit kann die Innenbehörde von (etwaigen) weiteren Eskapaden abhalten.

uh

Im Zweifel für die Staatsräson

Unbewiesener Steinwurf mit 22 Monaten Knast bestraft



Foto: H. Wojahn

Am 20.12.86 fand in Hamburg die Demonstration „Solidarität — Hafenstraße muß bleiben" mit ca. 10.000 Teilnehmern statt. Bereits im Vorfeld der Demonstration konnte vermutet werden, daß der Verlauf — von staatlicher Seite aus — nicht friedlich bleiben sollte. Mit Schlagzeilen wie „Gewalt so sicher wie nie zuvor" (Welt vom 20.12.) und „Angst in der City — 1000 Gewalttäter im Anmarsch" (Hamburger Abendblatt vom 19.12.) wurde in der Presse darauf eingestimmt. Und es kam wie es kommen sollte. Vier Menschen wurden verhaftet, um sie als „Gewalttäter" vorzeigen zu können, einer davon der 25jährige Student Andreas P. aus Dortmund. Er wurde jetzt vom Amtsgericht Hamburg zu 22 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt. Der folgende Artikel beruht auf einem längeren Gespräch mit Andreas.

Andreas befand sich gegen 13 Uhr in der Demo auf dem Karl-Muck-Platz, als dort die Polizei versuchte in den

Andreas befand sich gegen 13 Uhr in der Demo auf dem Karl-Muck-Platz, als dort die Polizei versuchte in den

Demozug einzudringen, wohl in der Absicht, den Lautsprecherwagen abzugreifen. Um eine Gruppe Dortmunder zu erreichen verließ er die Demo, erreichte sie aber nicht mehr. Da er wegen einer inzwischen aufmarschierten Polizeikette nicht mehr zurückkonnte, hielt er sich am Rand der Demonstration auf. Wenig später sah er eine Gruppe Polizisten auf sich zukommen und versuchte noch, sich abzusetzen. Dies gelang ihm jedoch nicht mehr, er wurde verhaftet.

Auf der Wache erfuhr Andreas dann, er habe drei Steine und eine Flasche in Richtung der Polizeikette geworfen. Am nächsten Tag wurde er dem Haftrichter vorgeführt, der wegen der Schwere des Tatvorwurfs und der zu erwartenden Strafe, sowie wegen „fehlender sozialer Bindungen" (Andreas hatte sich nach seinem Umzug im November noch nicht angemeldet) auf Fluchtgefahr erkannte und Haftbefehl erließ. Bis Mittwoch morgen saß Andreas in U-Haft, dann wurde er gegen eine Kaution von 10.000 DM freigelassen, die von der GAL gestellt wurde und gegen die Auflage, sich jeden Montag auf dem Polizeirevier zu melden. Diese Auflage führte dazu, daß Andreas eine geplante Arbeit auf Montage nicht antreten konnte. Zudem ließen die ganzen Umstände nichts Gutes für den Prozeß erwarten.

Andreas wird schließlich in der Anklageschrift vom 9.2.87 wegen schwerem Landfriedensbruch, versuchter Körperverletzung und Widerstand angeklagt. Die Verhandlung fand an drei Tagen zwischen dem 30.4. und 6.5. vor dem Amtsgericht mit dem vorsitzenden Richter Beyer und Staatsanwalt Klein statt. Vom Staatsanwalt aufgeboten waren fünf Zeugen, am zweiten Verhandlungstag wurde auf Antrag der Verteidigung noch der Polizeibeamte Schlecht vernommen. Bei der Vernehmung dieser Zeugen ergaben sich schwerwiegende Widersprüche, die eigentlich zur Entlastung von Andreas hätten führen müssen. Aber so sollte es nicht sein.

Widersprüchliche Polizeiaussagen

Widersprüchliche Polizeiaussagen

Der erste Zeuge, Heinitz, der später in der Urteilsbegründung als Hauptbelastungszeuge benannt wird, sagte aus, Andreas habe von der Grünfläche aus Steine und danach noch eine mit Flüssigkeit gefüllte Flasche in den Rücken einer Polizeikette geworfen. Er habe Andreas seit dem Verlassen der Demo bis zu seiner Verhaftung, also über mehrere Minuten hinweg nicht aus den Augen gelassen. Außerdem hat er auch Widerstandshandlungen bei der Festnahme gesehen. Wie sich bei den weiteren Zeugenvernehmungen noch herausstellte, waren Heinitz Beobachtungen offenbar so gut, daß sie auch in die Protokolle seiner Kollegen — zumindest zum Teil — Eingang fanden.

Der zweite Polizeizeuge, Menzel, sah Andreas einen Stein werfen, woraufhin auch er Andreas bis zu seiner Verhaftung keinen Moment aus den Augen ließ. Nur, den Flaschenwurf (s.o.), den sah er nicht.

Zwei Zeugen, beide sahen Andreas auf der Grünfläche, beide sahen ihn Steine bzw. einen Stein werfen, beide verloren ihn nicht mehr aus den Augen. Nur, der eine sah noch einen Flaschenwurf, der andere nicht. Wo kam die Flasche bei Heinitz her, oder wo ist sie bei Menzel geblieben? Das Ganze wird noch merkwürdiger, wenn mensch in das Kurzprotokoll, von Mentzel kurz nach der Verhaftung gefertigt schaut, denn da erwähnt er durchaus, einen Flaschenwurf von Andreas bemerkt zu haben. Wie das? Nun, Mentzel, der wie er angibt nicht wußte, daß er sich bei der Abfassung eines Protokolls nicht mit seinen Kollegen absprechen darf, sagt aus, daß er bei seinen Kollegen nachgefragt habe und sie sich gegenseitig auf den „Sachverhalt" aufmerksam gemacht haben. Der vermerkte Flaschenwurf geht dabei auf eine solche Gedächtnisstütze seitens Heinitz zurück.

Nicht viel anders beim Zeugen Baron, der bei seinen Kollegen „Nachfragen zur Unterstützung der eigenen Wahrnehmung" machte. Einige Hinweise gab ihm: Heinitz. Das müssen jedoch merkwürdige Hinweise gewesen sein. Denn Baron sah keinen Steinwurf von Andreas, auch keinen Flaschenwurf, dafür aber wie Andreas einer anderen Person mit seinem Feuerzeug einen brennbaren Gegenstand anzündete, den diese Person dann auf die Polizeikette warf. Etwas, was kein anderer Bulle — trotz intensiver und lückenloser Beobachtung — gesehen hat. Baron war offensichtlich schlecht auf den Prozeß vorbereitet, was er wohl auch selbst bemerkte, denn zum Erstaunen Aller entschuldigte er sich damit, daß er sich wegen seines Urlaubs nicht habe vorbereiten können.

Vergleichsweise weniger Krauses sagte Polizist Wittrock aus, der sah nämlich, wie Andreas einen Stein warf, sonst nichts. Der ebenfalls geladene Zugführer des Festnahmetrupps konnte zu Andreas gar keine Angaben machen.

Eine reiche Auswahl für das Gericht an „Wahrnehmungen" und Tatvorwürfen, von denen aber wenig zusammenpaßte und einiges sich direkt widerspricht. Doch damit nicht genug. Der von der Verteidigung eingeführte Polizeizeuge widersprach den bisherigen Aussagen in zwei Punkten. Zum

menpaßte und einiges sich direkt widerspricht. Doch damit nicht genug. Der von der Verteidigung eingeführte Polizeizeuge widersprach den bisherigen Aussagen in zwei Punkten. Zum

einen sah er Andreas, nachdem er von Kollegen auf ihn aufmerksam gemacht wurde, die ganze Zeit am Rande der Demonstration, nicht in der Gruppe der „Gewalttäter" auf dem Grünstreifen. Zum anderen habe er bei seiner Festnahme keinen Widerstand geleistet.

Wahrheitsfindung

Widersprüche und Ungereimte zuhauf. War das nun Grund für einen Freispruch oder Einstellung des Verfahrens, oder — unterstellt man habe verurteilen wollen, komme was da wolle — wenigstens Grund für eine geringe Strafe aus Scham über die mehr als dünne Beweislage? Weit gefehlt. Unbeeindruckt von alledem forderte der Staatsanwalt 18 Monate Knast ohne Bewährung. Der nämlich sieht Heinitz und Wittrock als glaubwürdig an und läßt die Aussagen von Menzel und Baron sowie den Vorwurf des Widerstands unter den Tisch fallen. Nachdem er sich wie im Selbstbedienungsladen herausgepickt hat, was noch zusammenpassen könnte, bildet er davon offensichtlich das arithmetische Mittel und kommt so zu zwei Steinwürfen. Dieser Rechnung schließt sich das Gericht an und geht mit 22 Monaten Knast noch über die beantragte Strafe hinaus.

Wie ging nun das Gericht in der Urteilsbegründung mit den Zeugenaussagen um, denn das muß es ja in irgendeiner Art und Weise tun? Nun, recht einfach: nach vier Monaten seien detaillierte Aussagen nicht mehr zu erwarten. Zudem beruhten die Widersprüche darauf, daß der Anwalt so detailliert nachgefragt habe und (den Zeugen) „den Strick um den Hals gelegt" habe. Worin die Rolle eines Strafverteidigers in einem Prozeß außer in der optischen Verschönerung der Szenerie denn nun besteht, erläuterte das Gericht nicht. Damit nicht genug, wertete das Gericht die Widersprüchlichkeit der Aussagen auch noch positiv, denn diese zeigten, daß die Zeugen tatsächlich ihre eigenen Wahrnehmungen geschildert hätten, also keine Absprachen getroffen hätten. Die Ausmaße dieses Salto mortale werden deutlich, wenn mensch sich an die diesbezüglichen Aussagen erinnert!

Über die geforderten 18 Monate ging das Gericht deshalb hinaus, weil es besonders verwerflich gewesen sei, die angeblichen Steine von hinten auf die Bullen zu werfen und außerdem: „Es geht um Abschreckung". Die Einschätzung von Andreas Rechtsanwalt, in jedem normalen, juristischen Verfahren hätte ein Freispruch erfolgen müssen, ist sicherlich richtig, nur gerade die letzte Äußerung zeigt, daß es sich eben nicht um ein solches Verfahren handelt, sondern um ein politisches. Und in einem solchen bleibt — wie so oft erlebt — notfalls jeder Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit, der immer wieder gerne der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, auf der Strecke. Was letztlich zählt ist die politische Opportunität, in diesem Fall die Absicht, davor abzuschrecken, weiterhin Solidarität mit den Bewohner/innen der Hafenstraße öffentlich zu bekunden.

Damit war der Staatsanwaltschaft sicht, davor abzuschrecken, weiterhin Solidarität mit den Bewohner/innen der Hafenstraße öffentlich zu bekunden.

Damit war der Staatsanwaltschaft und dem Gericht an diesem Tag aber noch nicht genug getan. Andreas, wie auch die meisten Zuhörer hatten bereits vor der Begründung des Urteils den Saal verlassen. Aus dieser Menge heraus wurde Staatsanwalt Klein, als er selbst den Gerichtssaal verließ, angeblich getreten und forderte gegenüber den anwesenden Bullen lauthals „Festnehmen". Sofort brach durch das Vorgehen der Polizei, an dem sich nach kurzer Zeit auch SEK-Einheiten beteiligten ein Tumult aus, in dessen Verlauf die Bullen gewalttätig wurden. Dabei hatten sie offensichtlich von Anfang an Leute aus der Hafenstraße im Visier, auf die sie sich zielstrebig stürzten. Die anderen Prozeßbesucher ließen sie dabei völlig unbeachtet. Zwei Bewohner der Hafenstraße wurden dabei verhaftet und müssen mit einem Verfahren wegen Körperverletzung und Gefangenenbefreiung rechnen. Während der von den Bullen provozierten Auseinandersetzung wurden sämtlich Zu- und Ausgänge des Gerichts verschlossen, so daß niemand das Gebäude betreten oder verlassen konnte. Nach ca. zehn Minuten wurden die Türen wieder geöffnet und die Prozeßbesucher konnten ungehindert abziehen. Auch dieser Vorfall gehört wohl zu dem, was das Gericht Abschreckung nennt.

Der Berufungsprozeß gegen Andreas, der gegen die erwähnte Meldeauflage Haftverschonung erhielt, wird nach der Sommerpause vor dem Landgericht in Hamburg stattfinden. Neben der Willkür des Gerichts wird für den Ausgang dieser Verhandlung entscheidend sein, ob eine öffentliche Meinung gegen eine Verurteilung besteht, oder ob das Gericht seinen dunklen Geschäften in aller Stille nachgehen kann. In Hamburg, aber auch in Dortmund gilt es, diese Öffentlichkeit zu schaffen. Nicht zuletzt ist hier die GAL gefordert, die sich bisher recht wenig um diesen Prozeß gekümmer hat.

R., KB Dortmund

Geduldet als Terrortruppe gegen Linke:

Neonazis in Bielefeld

Auch nach der Belagerung und Stürmung des AJZ (Autonomen Jugendzentrums) in Bielefeld durch die ostwestfälische Polizei im Anschluß an den Versuch, das bundesweite Zentrum der Nationalen Front (NF) in der Bleichstraße 143 zu blockieren (1), bleiben die Neonazis in den Schlagzeilen. Die letzten Monate waren geprägt durch ein erneutes bundesweites NF-Treffen während der Ostertage mit drei Gegendemonstrationen, die Enttarnung eines öffentlich geförderten Sportvereins, hinter dem sich FAPler und NFler verbargen und einer Großdemo am 8.5.87 mit 6000 Teilnehmern. Trotz allem: das NF-Zentrum wurde noch immer nicht geschlossen und nach wie vor halten NF, FAP und ihr Umfeld dort regionale und überregionale Versammlungen ab.

Ein überregionales Treffen fand während der Osterfeiertage anläßlich des 98. Geburtstages von Adolf Hitler statt. Aus ihrer Absicht hatten die Faschos kein Geheimnis gemacht: ,,XX.IV. — Feiern ist gut'' stand auf ihrer Hausfront und das Transparent ,,NF und FAP gegen Rotfront und Reaktion'' hing an der Fassade. Bereits Monate zuvor hatte die Bielefelder Antifa-Bewegung von dieser Feier im NF-Zentrum erfahren und so zu Aktionen während der Ostertage mobilisiert. Die erste von insgesamt drei Demos während dieser Tage fand bereits am Karfreitag (17.4.) mit ca. 800 Demonstranten und unter Beteiligung zahlreicher Promis statt (die Bielefelder SPD hatte ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten mobilisiert).

Hitler-Geburtstagsfeier legal

Sogar Polizeipräsident Schirrmacher begab sich in die Bleichstraße, um seinen ,,dort'' protestierenden SPD-Genossen zu erklären, warum die Polizei die reibungslose Durchführung der Geburtstagsfeier garantieren wird: ,,Ich sehe keine Gefahr im Verzuge. Noch sind NF und FAP nicht verboten. Die Polizei muß stets Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten.'' (2)

Die Tatsache, daß beim bundesweiten NF-Treffen am 8./9.11.1986 Neo-

Mittel beachten.'' (2)

Die Tatsache, daß beim bundesweiten NF-Treffen am 8./9.11.1986 Neo-

nazis bei drei Läden die Scheiben einwarfen, einen jüdischen Friedhof beschmierten und ein Antifa-Treffen mit Tränengas überfielen (1), wurde von Schirrmacher ignoriert. Da somit die Polizei signalisiert hatte, daß sie die Neonazis schützen würde, versuchten einige Antifaschisten in der Nacht vom 17. auf den 18.4. durch einen Brandanschlag das NF-Treffen zu verhindern, doch die zwei Mollis entzündeten sich nicht. Die Polizei nahm vier Personen als ,,tatverdächtig'' fest.

Am Samstag, den 18.4., folgte dann im Anschluß an den Ostermarsch die nächste Demo gegen die NF. Zuvor wurde im Polizeipräsidium eine Resolution abgegeben (u.a. unterzeichnet von SPD-MdB Günter Rix und seiner grünen Kollegin Antje Vollmer), in der Polizei und Staatsanwaltschaft aufgefordert wurden, dass NF-Treffen sofort aufzulösen und das Neonazi-Zentrum in der Bleichstraße zu schließen. Gleichzeitig stellte die SPD wegen nationalsozialistischer Propaganda Strafantrag gegen die Bewohner des NF-Zentrums; Staatsanwaltschaft und Polizei sahen jedoch keinen Grund für ein sofortiges Eingreifen. (2)

Zwei Tage später, am 20.4. dann die dritte und letzte Demo während der Feiertage mit etwa 400 Teilnehmern, diesmal vorwiegend aus dem AJZ und unterstützt durch Heidelberger und Hamburger Autonome, die nach den Libertären Tagen in Frankfurt nach Bielefeld gekommen waren. Bemerkenswert eigentlich nur, daß das martialische Auftreten der Neonazis (sie hatten ihr Haus mit Holzbarrikaden umgeben, Gräben ausgehoben und liefen in Kampfkleidung z.T. mit Stahlhelm und Kühlschranktüren als Schutzschilder herum) angesichts des Schutzes durch die Polizei (sie sorgte wieder mal für freien Zugang zum Faschozentrum) der Situation völlig unangemessen und lächerlich wirkte. Immerhin ist es gelungen, die Neonazis ein Stück weit in die Defensive zu drängen: konnten sie noch im November 1986 bei ihrem bundesweiten Treffen ungestört in Bielefeld und Umgebung agieren, so fühlten sie sich diesmal zur Verteidigung ihres Hauses gezwungen, so daß sie es nicht wagten, nach außen aktiv zu werden. (3)

,,Staatsknete für Neonazis'' (4)

Kurz vor Ostern enthüllte der ,,Stern'', daß Staat und Neonazis nicht nur bei Demos gut kooperieren. Die Deutsche Bank, die mit Krediten den Kauf des Hauses in der Bleichstraße 143 erst ermöglichte, war nicht die erste renommierte staatstragende Institution, die den Neonazis hilfreich unter die Arme griff. 20 Monate lang — von 1983 bis 1985 — floß Geld aus dem Landesamt für Verfassungsschutz in Düsseldorf in die rechtsradikale Szene: 1983 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz den Bielefelder Neonazi Norbert Schnelle als V-Mann angeworben. Dieser verabredete jedoch mit Meinolf Schönborn, schon damals Kopf der Neonazis in Steinhagen, welche Informationen man an die Verfassungsschützer weiterleiten solle. Mit anderen Worten: der Verfassungsschutz erhielt nur völlig wertlose Infos und bezahlte dafür insgesamt 14.400 DM. Zu einem Zeitpunkt, als wegen Geldmangels das weitere Erscheinen der rechtsradikalen Zeitung ,,Klartext'' gefährdet schien, als wegen Geldmangels nur wenige zu überregionalen Treffen fahren konnten und als Schönborns ,,Förderkreis Junges Deutschland'' Mühe hatte, noch Tagungslokale zu finden, kam die Staatsknete gerade recht. Sie ermöglichte den Kauf zweier Gebrauchtwagen, einer teuren Kameraausrüstung und eines Minicassettenrecorders sowie ab Februar 1984 die Anmietung eines Kotten in Steinhagen.

So konsolidiert konnten u.a. Schnelle und Schönborn im Sommer 1985 mit der Gründung der NF, die im November 1985 in Steinhagen endgültig aus der Taufe gehoben wurde, beginnen. Nachdem Schnelle seine Neonazi-Freunde zweimal vor Hausdurchsuchungen hatte warnen können, soll es Ende 1985 zwischen Schönborn und Schnelle zum Streit über die weitere Nutzung der Staatsknete gekommen sein: Schnelle quittierte den Dienst beim Verfassungsschutz und stieg (nach eigenen Angaben) auch bei der NF aus. Doch nicht nur die Neonazis profitierten von ihrem Kontakt zum Verfassungsschutz, auch letzterer verbuchte mindestens einen Erfolg: so legten die Neonazis mithilfe der mit Staatsknete angeschafften Kameraausrüstung eine umfangreiche Kartei von Linken im Raum Bielefeld an. Bei ei-

ten die Neonazis mithilfe der mit Staatsknete angeschafften Kameraausrüstung eine umfangreiche Kartei von

Linken im Raum Bielefeld an. Bei einer Hausdurchsuchung ging diese wohlsortierte Kartei offenbar direkt in Staatsbesitz über. Anders ausgedrückt: hier fungierten die Neonazis als Aussenstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Bespitzelung von Linken.

Parteien und Verwaltung reagieren

Nach Ostern folgten Resolutionen, Beschlüsse und Aktionen der Parteien und der Stadtverwaltung, deren Ergebnis freilich nicht die sofortige Schliessung des NF-Zentrums war. Am 21.4.1987 forderte die SPD-Fraktion die möglichst schnelle Schließung des Faschozentrums und ein Verbot von NF und FAP (6). Einen Tag später griff auch die CDU das Thema auf und forderte ein Bündnis aller demokratischen Kräfte zur Schließung des NF-Zentrums. Gemeint sind damit SPD, FDP, DGB, der Arbeitgeberverband, beide Kirchen und die Jüdische Kultusgemeinde. Wegen ihres unklaren Verhältnisses zur Gewalt hätten die Grünen in diesem Bündnis nichts zu suchen (7). Dem widersprach allerdings die SPD, da die Grünen bei antifaschistischen Demos stets deeskalierend gewirkt hätten und weil man Links- und Rechtsextremismus nicht gleichsetzen könne (8).

Am 24.4.1987 betritt die Verwaltung (u.a. der Baudezernent und die Rechtsdezernentin) das Haus in der Bleicherstraße 143. Dabei erhielten sie Einblick in Versammlungsräume und ,,großzügige Übernachtungsmöglichkeiten, (...) die den Verdacht erhärteten, daß das Gebäude nicht zu reinen Wohnzwecken genutzt wird'', was gegen baurechtliche Bestimmungen verstößt. (9) Am Abend des selben Tages folgte die erste Hausdurchsuchung, bei der einige Waffen gefunden wurden, aber niemand verhaftet wurde. (siehe Kasten) Das aber war — wenn auch das Wortgeklapper von CDU, FDP und SPD noch anhielt — bis dahin die einzig konkrete Maßnahme gegen das NF-Zentrum.

Großdemo am 8. Mai

Zum 42. Jahrestag des Kriegsendes hatten der vom DGB initiierte ,,Arbeitskreis gegen Neofaschismus'' (SPD, Grüne, beide Kirchen, Bielefelder Jugendring, Jüdische Kultusgemeinde, Jusos, Arbeiterwohlfahrt und Polizei) und die Nachbarschaftsini zur Demo gegen NF, FAP und alle neofaschistischen Organisationen aufgerufen. Unter den über 6000 Teilnehmern, die durch die Bielefelder Innenstadt zogen, waren auch einige Hundert aus dem autonomen Spektrum, die nicht nur gegen das NF-Zentrum, sondern auch gegen den ,,ganz normalen Faschismus'' in der BRD (13) (Diskriminierung von nichtangepaßten Minderheiten, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sowie die entwürdigende Behandlung von Sozialhilfeempfängern durch die Behörden etc.) protestieren wollten. Vor dem Cafe Knigge, in dem Ausländer, Behinderte und Jugendliche mit nicht ganz bürgerlichen Outfit gar nicht oder nur schleppend bedient werden (13), wurden Flugblätter verteilt und eine kurze Rede gehalten. Als dabei auch einige Kaffeekännchen zu Bruch gingen (etwa 200 DM Gesamtschaden), zog dies nicht nur einen kurzen SEK-Einsatz nach sich, sondern bei der Hauptkundgebung auch eine Distanzierung durch den DGB-Redner Neu. Erfreulicher dagegen die Rede des Vertreters der Nachbarschaftsini Jochen Kollmer (DKP), der die Polizei wegen ihres Angriffs auf das AJZ scharf kritisierte und die sofortige Schließung des NF-Zentrums forderte. Im Anschluß an die Rede von Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen) zog etwa die Hälfte der Demonstranten zu einer Mahnwache in die Bleichstraße, wo die Polizei wie immer das Neonazi-Zentrum mit starken Kräften schützte. Wenig Erfolg war auch diesmal einer Aktion in der folgenden Nacht gegen das Haus in der Bleichstraße 143 beschieden: Von zwei Mollis explodierte nur einer und der setzte nur einen Baum in Brand und verursachte beim Nachbarhaus einen Schwelbrand. (15)

Wehrsport mit kommunaler Unterstützung

Neues aus dem Innenleben von NF und FAP konnte Jochen Kollmer in seiner Rede am 8.5. mitteilen. Die Nachbarschaftsini hatte herausgefunden, daß sich hinter dem bereits im Sommer 1984 gegründeten ,,Allgemeinen Sportverein Bielefeld e.V.''(ASV) Mitglieder von NF und FAP verbergen (so u.a. ex V-Mann Schnelle, Elbing und Trapp aus der Bleichstraße 143, Ex-Mitglied der Hartingbande Arnstedt, Nazirocker Schubert und NFler Giesselmann). Dieser ASV durfte städtische Räume und Geräte nutzen und wurde durch den Landessportbund und die Stadt Bielefeld mit insgesamt fast 1000 DM bezuschußt.

Die Entwicklung der Mitgliederzahl dieses dubiosen Sportvereins kann dabei Aufschluß über die Rekrutierung Jugendlicher durch NF und FAPgeben: zur Jahresversammlung im März 1985 fanden sich 12 von 17 Wahlberechtigten ein, im Februar 1986 kamen 21 von 34 und im Februar dieses Jahres 35 von 63. Laut Protokoll wurden Möglichkeiten angesprochen, neue Mitglieder zu werben. ,,eine davon war, den Vereinsausflug mit einer Vereinsfeier zu verbinden.''(16) Ob damit ein Wehrsportlager im August 1987, das die NF (wo?) organisieren will, gemeint ist und ob dieses Wehrsportlager bereits aus Mitteln des Landessportbundes und der Stadt gefördert wurde, ist noch unbekannt.(17) Relativ schnell reagierten ausnahmsweise Parteien und Verwaltung: auf Antrag der SPD beschloß der Hauptausschuß am 14.5.87, dem ASV städtische Räume ,,umgehend zu entziehen'' und beauftragte die Verwaltung, dem Verein die Sportförderungsmittel zu sperren.(18)

KB Bielefeld



Quellen
1) siehe Arbeiterkampf Nr. 281 vom 6.4.1987
2) Neue Westfälische, 21.4.1987
3) NW, 21.4.1987; Stadtblatt, 23.4.1987
4) Überschrift im Stern vom 16.4.1987
5) Stern, 16.4.1987; NW, 16.4.1987; StaBla, 23.4.1987
6) NW, 22.4.1987
7) NW, 23.4.1987
8) NW, 24.4.1987
9) NW, 25.4.1987
13) autonomes Flugblatt vom 8.5.1987
15) NW, 9.5.1987; StaBla, 14.5.1987; Westfalenblatt, 11.5.1987
16) zitiert im StaBla, 14.5.1987
17) StaBla, 14.5.1987; NW, 12.5.1987
18) NW, 15.5.1987

Ex V-Mann Norbert Schnelle

Der inzwischen 32 jährige N.S. arbeitete Mitte der 70er Jahre für die Schülerzeitung der JN (Junge Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD) in Bad Oeynhausen, stieg dann in den ,,inneren Kreis der JN'' auf, nahm an überregionalen NPD-Aktionen und Versammlungen teil und hatte Kontakte zum rechtsradikalen ,,Nordischen Ring'' und zum Nazianwalt Röder. Seit 1983 arbeitete er dann als V-Mann für den Verfassungsschutz, doch öffentlich bekannt wurde er erst im August 1984, als Bielefelder Jugendring, VVN u.a. erfolgreich protestierten, weil N.S. als ABM-Kraft Sozialarbeiter im Freizeitzentrum Baumheide werden sollte.

Drei Monate später wurden u.a. Schnelle und Elbing wegen ,,Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen'' (Hitleregruß und Runenzeichen der ANS) angeklagt, wobei nur Schnelle ,,mangels Beweisen'' freigesprochen wurde. Am 1.9. 1984 waren Schnelle und Elbing nach Teilnahme an einem GDS-Seminar (Gesamtdeutscher Studentenverband, die Studentenorganisation des Bundes der Vertriebenen) in Bad Godesberg an einer Prügelaktion gegen Bonner Punker beteiligt. Zwar wurden beide verhaftet, doch im Prozeß im August 1985 durfte Schnelle als Zeuge auftreten. Neben Schnelle war übrigens noch ein weiterer GDSler und V-Mann an der Prügelaktion beteiligt: Joachim Apel aus Wilhelmshaven arbeitete für den niedersächsischen Verfassungsschutz, auch er kam ungestraft davon (24). Es darf wohl vermutet werden, daß Schnelles Glück bei Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als V-Mann in Verbindung steht. Im November 1985 gehörte dann Schnelle neben Elbing und Schönborn zu den Gründern der NF. Offenkundig falsch ist Schnelles Aussage, er habe Ende 1985 nicht nur seine Arbeit beim Verfassungsschutz beendet, sondern er sei auch aus der rechtsradikalen Szene ausgestiegen: das Postfach der NF und der Bleichstraße 143 soll auf seinen Namen eingetragen sein und noch am 5.12.1986 wurde er während der ersten großen Demo gegen das NF-Zentrum vor dem Haus in der Bleichstraße 143 gesehen (25).

Neonazi-Aktionen der letzten Monate

4/5.4.1987: Beim IBZ (Internationales Begegnungszentrum) werden erneut die Scheiben eingeworfen (21).

22.4.1987: Brandanschlag auf ein Haus, in dem sich der ,,Türkisch-islamische Kulturverein Bielefeld und Umgebung'' befindet (7).

24.4.1987: Aus dem Haus in Der Bleichstraße 143 heraus wird eine Passantin mit Stahlkugeln angeschossen (9).

25/26.4.1987: Sprühaktion in der Innenstadt (u.a. vier Hakenkreuze am DGB-Gebäude) (26).

7.5.1987: Bei einem Mitglied der Nachbarschaftsini werden zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen die Radmuttern seines Autos gelockert (27).

10/11.5.1987: Neonazis zerstechen bei einem Auto die Reifen und beschmieren es mit Hakenkreuzen (28).

15.5.1987: Zwei Neonazis schlagen auf Teilnehmer einer Mahnwache in der Bleichstraße ein (29).

17.5.1987: Drei Neonazis (u.a. Elbing und Giesselmann) lassen sich im Café Pönk vollaufen, bedrohen einen Türken mit einem Messer und sprühen ihm Tränengas ins Gesicht (30).

CDU instrumentalisiert Neonazis, um Schließung des AJZ zu errreichen

Am 22.4.1987 forderte die CDU alle demokratischen Kräfte auf, gegen das NF-Zentrum zusammenzuarbeiten. Dazu schlug man vor, ,,gemeinsam für den demokratischen Staat zu werben, die freiheitliche Verfassung erlebbarer zu machen und die politische Kultur in Bielefeld zu verbessern.''(11) Als Sofortmaßnahme machte sich die CDU am 11.5.1987 für die Säuberung der Bleichstraße stark: bei den Demos gegen das NF-Zentrum seien die Nachbargrundstücke von angetrunkenen Chaoten in nahezu unerträglicher Weise verschmutzt worden (31). So zielt denn das Ganze weniger gegen die NF, als vielmehr gegen die Grünen, denen ein unklares Verhältnis zur Gewalt angekreidet wird und vor allem gegen das AJZ, das die Stadt stärker kontrollieren soll, damit nicht wieder von dort Gewalt gegen Neonazis ausgehen kann (7) und sich rechts- und linksradikale Gruppen gegenseitig hochschaukeln (32). Die CDU beklagt, daß das AJZ fünf Jahre illegal betrieben worden sei und fordert deshalb dessen Schließung. Das CDU-nahe Westfalenblatt schloß sich an und begann am 9.5., also direkt nach der bislang größten Demo gegen das NF-Zentrum mit einer Serie über das AJZ als Hort der Gewalt. Und echt liberale Toleranz gegenüber der NF bei der FDP, deren Fraktionsvorsitzende Schwerdt erklärte: ,,Diese spinnerten Leute wollen sich doch nur interessant machen (...) Wir müssen die mit Verachtung strafen, wir dürfen sie nicht noch aufwerten,'' je weniger Ernst man die NF nehme, desto besser (33).

Quellen:
24) Arbeiterkampf, Nr. 273 vom 25.8.1986
25) StaBla, 23.4.1987
26) NW, 27.4.1987
27) NW, 11.5.1987; StaBla, 14.5.1987
28) NW, 13.5.1987
29) NW, 16.5.1987
30) StaBla, 21.5.1987
31) NW, 14.5.1987
32) Westfalenblatt, 12.5.1987
33) Westfalenblatt, 22.4.1987



Betriebsratswahlen und Linke

— Eine Übersicht —

Die alle drei Jahre stattfindenden Wahlen zu den Betriebsräten sind Ende Mai abgeschlossen worden. Der DGB meldet ,,außergewöhnliche Erfolge'', sein betrieblich-gewerkschaftliches Vertretungsmonopol ist nicht gefährdet, sondern bestätigt worden. Die politischen Spaltungsdrohungen von rechts, wie sie vor allem unter der Strauß-Kandidatur 1980 eine Rolle gespielt haben, spiegeln sich in den Wahlergebnissen nicht wieder. Im Gegenteil scheint es so, daß Gruppen der Rechten um die CDU-Sozialausschüsse durch die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 eher geschwächt wurden oder sich in dieser Frage von der CDU abgesetzt und mit den DGB-Gewerkschaften solidarisiert haben. Auch die ganz rechts angesiedelten ,,christlichen'' Gewerkschaften des CGB konnten von der Polarisierung nicht profitieren, sondern haben offensichtlich verloren — am stärksten in den VW-Werken, wo die Zahl ihrer Sitze von 26 auf 10 absank, während die IG Metall von 201 auf 228 zunahm (bei insgesamt 244 Mandaten).

Die Betriebsratswahlen sind für die gewerkschaftliche und betriebliche Linke auch wieder Gelegenheit, die Entwicklung bei der Auseinandersetzung um konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung zu bilanzieren. Erstmals in den siebziger Jahren waren oppositionelle Gruppen vor allem in der Metallindustrie als Protestbewegung gegen betrieblichen Filz und Sozialpartnerschaft angetreten und konnten beachtliche Erfolge erzielen. Die gewerkschaftlichen Apparate rea-
bewegung gegen betrieblichen Filz und Sozialpartnerschaft angetreten und konnten beachtliche Erfolge erzielen. Die gewerkschaftlichen Apparate rea-
gierten in aller Regel knallhart: Mit Gewerkschaftsausschlüssen, dem Versuch betrieblicher Isolierung bis hin zur Kumpanei bei Entlassung linker Gewerkschafter. Was wurde daraus?

Zum einen: Eine große Zahl der vor mehr als zehn Jahren entstandenen Gruppen konnte sich in der konkreten Arbeit durchsetzen und stabilisieren, sie sind aus dem betrieblich-gewerkschaftlichen Geschehen kaum noch wegzudenken.

Andererseits sind nahezu alle diese Gruppen beim Stand der Konfliktaustragung in den Betrieben nicht mehrheitsfähig (vergleiche dazu z.B. die Berichte aus Hamburg von HHLA, Daimler, Lufthansa und Texaco), sondern bleiben im Status der Opposition. Zum dritten: Die harten Konfrontationen mit den DGB-Gewerkschaften sind vielfach abgebaut. Das liegt sicherlich an der in der Linken gesunkenen Attraktivität der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit, deren Vorankommen oft mühsame, beharrliche Kleinarbeit bedeutet, statt großer Sprünge und Erfolge. Viele der nachstehend beschriebenen Oppositionsgruppen sind daher in ihrer Entstehung auch älteren Datums. Es liegt aber auch an der Verringerung der Reibung mit den Gewerkschaftsapparaten in dem Maße, wie die Konflikte mit den Kapitalisten und ihren Verbänden zunahmen.

Vor allem im Bereich der IG-Druck, aber auch in der IG-Metall, stützte man sich vielfach dankbar auf die konfliktbereiten Gewerkschaftslinken. Die einstmals verteufelten ,,Spalter'' wurden nicht selten dankbar als konsequente Gewerkschafter in den Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung und den Paragraphen 116 aufgenommen. Unter anderem ist dies auch erkennbar an dem, was in unserer Aufstellung nicht enthalten ist: die vielen Betriebe, in denen konsequente linke Gewerkschafter heute auf den offiziellen gewerkschaftlichen Listen oder bei Persönlichkeitswahlen kandidieren und gewählt werden. Beispiele für den Abbau von Listenkonkurrenz sind u.a. Hoesch-Union, HDW in Hamburg und Siemens in Witten.

Nichtsdestotrotz sind die alten Konfliktlinien zwischen Sozialpartnerschaft und konsequenter Interessenvertretung ebenso erhalten geblieben (am krassesten bei BMW in Westberlin erkennbar), wie die Konflikte mit der Gewerkschaftsbürokratie, die nach wie vor mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Gewerkschaftsausschlüssen gegen unbotmäßige linke Kritiker vorgeht. Dafür steht immer noch der Stuttgarter Daimler-Konflikt mit der ,,Plakat-Gruppe'' und als Neuauflage dieses Gewerkschaftsvorgehens die Auseinandersetzungen bei Daimler in Hamburg und Bosch in Reutlingen. Diese Ausschlußpraxis muß weiterhin angegriffen werden und Gegenstand linker Solidarität mit den Betroffenen sein. Gehört es doch zu den kuriosen Seiten linker Gewerkschaftspolitik heute, daß die Betroffenen zumeist konsequenter für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen eintreten, als diejenigen, die im Schutze des Apparates die Linke mundtot machen wollen. Was wiederum auch Stand und Verankerung linker Gewerkschaftspolitik heute mitbeschreibt.

(Die Zusammenstellung zu den Betriebsratswahlen stammt von No., Hamburg).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Hamburg

Hamburg

Lufthansa

Mit mittlerweile über 8.000 Beschäftigten einer der drei größten Hamburger Betriebe. Während andere Hamburger Großbetriebe eher für kontinuierlich negative Schlagzeilen stehen, gehört die Lufthansa zu den Vorzeigebetrieben. Bei ihr ist ungebrochen Wachstum angesagt und das selbst bei den Arbeitsplätzen (1.500 Neueinstellungen in den letzten Jahren).

Nichtsdestotrotz werden auch bei der Lufthansa vor dem Hintergrund verschärften weltweiten Konkurrenzkampfes der Luftfahrtgesellschaften immer neue Rationalisierungskonzepte entwickelt. ,,Lufthansa 2000'' ist das Motto, unter dem ,,Entbürokratisierung'' und Kostensenkung stattfinden sollen. Dazu sollen Betriebsrat und Belegschaft mobilisiert werden. Nicht ohne Erfolg.

Die ,,Betriebliche Liste'' (BL), die in dieser Form, als Zusammenschluß von Sozialdemokraten, DKP-Mitgliedern, zum Teil aus der ÖTV ausgeschlossenen ,,Alternativen'' und kritischen ÖTVlern zum zweitenmal nach 1984 kandidierte, errang wie schon bei der Wahl zuvor 7 von 32 Mandaten (5 Arbeiter und 2 Angestellte). Das Ergebnis von 28% liegt geringfügig unter dem von 1984.

Ein wenig enttäuscht wurde das Ergebnis bei den Kolleginnen und Kollegen der BL zur Kenntnis genommen. Immerhin hatte man aufgrund guter betrieblicher Arbeit, teilweiser Erfolge, z.B. beim Kampf gegen die illegale Leiharbeit, einen deutlichen Stimmenzuwachs erhofft. Andere Themen mit zum Teil erheblicher Resonanz im Betrieb waren Grundwasserverseuchung, Gesundheitsschutz/krebserregende Arbeitsstoffe, Leichtlohngruppen (für vornehmlich ausländische Kollegen) und neue Technologien im Angestelltenbereich.

Darauf hat die Lufthansa flexibel reagiert: Umweltschutz und Gesundheitsschutz wurden ,,anerkannt'' und wenn möglich praktiziert. Auch die gegenüber der Opposition früher starre Betriebsratsmehrheit der ÖTV bietet mittlerweile Seminare zum Gesundheitsschutz an. Nach wie vor besteht für die BL nur geringer Einfluß auf den seit Monaten schwebenden Streit um eine beabsichtigte Nullrunde beim Lohn. Wegen der geringen Präsenz in der ÖTV sind ihre Einflußmöglichkeiten darauf begrenzt.

Die Wahlbeteiligung von 65% bei den Arbeitern und 58% bei den Angestellten ist zusätzlich ein Zeichen für geringeres Interesse und ein verbreitetes Sicherheitsdenken in der Belegschaft. So gesehen sollten 7 Mandate und deutliche Anzeichen für eine positive Entwicklung der Zusammenarbeit mit der ÖTV eine solide Basis für die weitere Arbeit sein.

Arbeiter	1987 Stimmen	Sitze	1984 Stimmen	Sitze
ÖTV	1753	11	1376	10
BL	811	5	681	5
DAG	217	1	—	—
Angestellte				
ÖTV	1110	8	1173	9
BL	331	2	284	2
WG/DAG	385	3	447	3

(1981 erhielten die ,,Informativen'' — Vorläufer der BL — bei Persönlichkeitswahl 1 Sitz, 1978 bei Listenwahl 15,8% und 2 Sitze. Bei den Angestellten wurde 1984 zum erstenmal oppositionell kandidiert.)

Hamburger Hafen und Lagerhausgesellschaft (HHLA)

Hamburger Hafen und Lagerhausgesellschaft (HHLA)

Die Belegschaft des größten Hamburger Hafenbetriebes, der senatseigenen HHLA, wählte ,,traditionell''. Bei der HHLA kandidierten zum fünften Male seit 1975 oppositionelle Gewerkschafter/innen zu den BR-Wahlen. Während 1978 und 1981 Listenwahlen stattfanden, bei denen die ,,Alternative'' ca. 30% der Stimmen für sich verbuchte, konnte 1984 eine Persönlichkeitswahl durchgesetzt werden, bei der selbst zwei aus der ÖTV ausgeschlossene Kollegen kandidierten. Sie erreichten 6 Sitze.

In diesem Jahr stand wieder die Forderung nach einer Betriebsliste und Persönlichkeitswahl. Mit Verweisen auf die ÖTV-Richtlinien zu den BR-Wahlen wurde die Belegschaftsliste diesmal abgelehnt. Der ÖTV-Sekretär und Bürgerschaftsabgeordnete Rumpel setzte sich persönlich ein, um einen entsprechenden Beschluß des HHLA-Vertrauensleutekörpers sicherzustellen.

Der Wahlkampf brachte eine Flut von Flugblättern der ÖTV-Vertrauenskörperleitung, der BR-Mehrheit und dem BR-Vorsitzenden. Mit wüsten Beschimpfungen wurde die Liste als Spalter, gewerkschaftsschädigend usw. angegriffen: ,,*Eine Truppe, die seit 1975 geboren aus dem ,,Kommunistischen Bund Gruppe Hamburg' und ihnen nahestehenden Sympathisanten, angetreten ist, diesen Betrieb HHLA und diesen Betriebsrat in ihrem Sinne zu verändern, kann und will nun einmal nicht gemeinsan Betriebsratsarbeit machen ... Nicht alles was angeblich sachlich vorgetragen wird, entspricht immer der Wahrheit ...*''

Die Betriebsratswahl 1987 stand vorrangig im Zeichen von sozialen Verschlechterungen und Entlassungen im Rahmen des Kahlschlagkonzeptes der HHLA, die seit Mitte 1985 ein ,,41 Punkte-Programm'' zur ,,Konsolidierung'' nach und nach mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit durchgesetzt hat: drastische Verschlechterung des Betriebsrenten-Tarifvertrags, Privatisierung der Containerreparatur, Lohnangleichung nach unten an das Hafenniveau sowie die Fremdvergabe von Handwerkerarbeiten.

Bis 1990 sind außerdem ein neues Schichtsystem mit Einbeziehung der Wochenendarbeit als Pflichtarbeit, eine Nullrunde bei Lohn und Gehalt 1987 sowie eine Reduzierung der verbliebenen 3300 Arbeitsplätze auf 2700 vorgesehen.

In dieser Situation kandidierte die Liste ,,Alternative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter'' mit 37 Kandidaten gegen die Liste der ÖTV mit 26 Kandidaten. Die Liste 1 der ,,Alternativen'' war ein breites Bündnis der Betriebslinken. Trotz des guten Ergebnisses von 31,5% und 7 Mandaten (das entsprach in etwa den Ergebnissen in den Jahren davor seit 1978) war die Wahl für die ,,Alternative'' ein wenig enttäuschend, da sie sich für die kommenden Auseinandersetzungen einen neuen Schub erhofft hatte.

	1987 Sitze	%	1981 Sitze	%	1978 Sitze	%
ÖTV	16	68	15	57	18	61
Altern.	7	32	8	30	8	33
RGO	—	—	—	4	1	5
Gesamt	23	—	23	—	27	—

(1984 bei Persönlichkeitswahl 23 Sitze, davon 6 für Alternative und EX-RGO)

12 Kandidaten der Liste der ,,Alternativen'' haben mittlerweile ihre gewerkschaftlichen Mandate als Vertrauensleute aberkannt bekommen. Dies war möglich nach einem im Dezember 1986 gefaßten Beschluß des Bezirksvorstandes der ÖTV, wonach ,,*wer auf anderen Wahlvorschlägen zur Betriebsratswahl kandidiert als auf der Vorschlagsliste, die von der Vertrauensleutevollversammlung als ÖTV-Liste beschlossen wurde. nicht als Ver-*
triebsratswahl kandidiert als auf der Vorschlagsliste, die von der Vertrauensleutevollversammlung als ÖTV-Liste beschlossen wurde, nicht als Ver-
trauensmann tätig werden kann.'' In der Vergangenheit waren die aufgeführten Begründungen für den Funktionsverlust Ausschlußgründe.

Daimler-Benz

Bei Daimler-Benz in Hamburg-Harburg kam es wie schon bei den Wahlen seit 1975 zu einer Listenwahl. Dennoch verliefen die Wahlen um einiges turbulenter als vorausgegangene. Die 1976 aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen ,,Alternative''-Betriebsräte waren nämlich im Februar 1985 wieder in die IG Metall aufgenommen worden, nachdem sie im Streit um die 35-Stunden-Woche 1984 (Daimler-Benz gehörte zu den kalt ausgesperrten Betrieben) zu den aktivsten Gewerkschaftern im Betrieb gehörten. Die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall wagte — mehr schlecht als recht — das ,,Experiment'' des Zusammenführens der beiden verfeindeten Gruppen im Betrieb (8 IGM- und 7 ,,Alternative''-Betriebsräte). Schon 1985 gab es heftige Auseinandersetzungen innerhalb des Vertrauensleutekörpers und unter den IGM-Betriebsräten, wenn es darum ging, gewerkschaftliche Forderungen betrieblich umzusetzen. Diese eskalierten beim Kampf gegen die Änderung des §116 AFG, als rechte IGM-Funktionäre demonstrativ an ihren Arbeitsplatz gingen, während andere mit ihren Kollegen vor dem Tor streikten. Der vorläufige Höhepunkt war dann die Listenaufstellung zur BR-Wahl 87. Der Vorschlag der VK-Leitung, auf dem noch 6 ehemalige ,,Alternative''-Betriebsräte auf dem ersten 16 Plätzen (soviele gibt es im Arbeiterbereich) standen, fand nicht die Zustimmung des VK. Die rechte BR-Mehrheit hatte mobilisiert und mit der Mehrheit von ca. 50 zu 38 ihre Kandidaten durchgestimmt. Ab Platz 6 kandidierten die ehemaligen ,,Alternative''-Betriebsräte nicht mehr. Der Kompromißversuch der VK-Leitung war von den Rechten sabotiert worden. Es wurde daraufhin eine weitere Liste von IGM-Kolleg/in-n/en gebildet, die Liste ,,Deutsch-Ausländische Metallerinnen und Metaller'' (DAMM). Auf ihr kandidierten 16 IG Metall-Mitglieder, die meisten davon Vertrauensleute (darunter 5 Mitglieder der VK-Leitung, die VK-Vorsitzende, die auch Mitglied der IGM-Ortsverwaltung ist).

Die DAMM erzielte bei der BR-Wahl ein gutes Ergebnis. Sie erreichte 34,5% der Stimmen und 6 Sitze, die IG Metall 55,1% und 9 Sitze.

	1987 Sitze	%	1984 Sitze	%
,,Alternative''	—	—	7	39,4
IG Metall	9	55,1	8	49,6
CMV	1	8,1	1	10,6
DAMM	6	34,5	—	—
Ausländerliste	—	2,1	—	—

	1981 %	1978 %	1975 %
,,Alternative''	28,0	23,6	35,1
IGM	64,0	67,2	64,9
CMV	7,9	9,2	—

Noch vor der Wahl wurde ein Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung wegen Verdachts auf ,,gewerkschaftsschädigendes Verhalten'' eingeleitet. Auch die Hamburger IGM-Führung hatte sofort ihre ,,neutrale'' Position aufgegeben und eindeutig Partei für die Rechten ergriffen. Sie beschloß außerdem das Ruhen der Rechte und Pflichten der 16 IG Metall-Mitglieder der DAMM.

Daß auch nach der Wahl nichts zusammengeht und die rechte BR-Mehrheit durchzieht, wurde bei der Besetzung der BR-Ausschüsse deutlich. Während die 9 Vertreter der IG Metall mit 48 Posten bedacht wurden, kamen die 6 Mitglieder der Opposition auf ganze 10 Plätze.

Während anfangs nur zögerlich Reaktionen in der Betriebslinken zustandekamen (positive Ausnahme die leidgeprüften Kollegen von HDW Hamburg), existieren mittlerweile verschiedenste Stellungnahmen von VKs, BRs und Kollegen mit der Forderung nach Einstellung des Verfahrens und Rücknahme des Beschlusses nach Ruhen von Rechten und Pflichten.

Die größten Wogen schlug allerdings eine vierseitige Stellungnahme von 35 Funktionären aus dem linken Hamburger IGM-Spektrum anläßlich einer Vertreterversammlung im März. In ihr wurde neben der Dokumentation der Ereignisse bei Daimler-Benz die Ortsverwaltung scharf angegriffen. Sie ,,unterstütze das Konzept eines Streikbrechers'' (ein führendes Mitglied der rechten BR-Mehrheit arbeitete, als die IGM 1986 am ,,Tag X'' zum Streik ge-
,,unterstütze das Konzept eines Streikbrechers'' (ein führendes Mitglied der rechten BR-Mehrheit arbeitete, als die IGM 1986 am ,,Tag X'' zum Streik ge-
gen die Änderung des §116 AFG aufrief), ,,sie opfere die Kampfkraft der IGM in einem wichtigen Schlüsselbetrieb''. Außerdem wird Kritik an dem formalen und bürokratischen Vorgehen (,,Wir sind an die satzung gebunden'') geübt.

Nachdem schon auf der Vertreterversammlung mit scharfen Angriffen und Drohungen gegen die Kritiker vorgegangen wurde, fand mittlerweile ein Gespräch mit den 35 nach ,,Vorladung'' durch die OV statt. Versuche, die Gruppe zu spalten und Einzelne als Verantwortliche mit Sanktionen zu belegen, scheiterten ebenso wie Versuche, sie in ihren Betrieben zu isolieren, so daß es zur Zeit so aussieht, als ob zwar fürchterlich Stimmung gegen die Unterzeichner gemacht wird, es zu mehr aber auch nicht reicht. Die erste Sitzung des gewerkschaftlichen Untersuchungsausschusses gegen die DAMM-Kollegen, die von ca. 50 IGMlern besucht wurde, um gegen das Verfahren zu protestieren, mußte vertagt werden. Die OV hatte einen in den Konflikt verwickelten rechten Kollegen als Beisitzer benannt. Dies wurde von den Mitgliedern der Deutsch-Ausländischen Metaller/innen mit Erfolg moniert.

HDW-Hamburg (ROSS-Industrie)

Bei HDW spielen die einst so erbittert ausgefochtenen Kämpfe zwischen ,,Aktiven Metallern'' und IGM keine Rolle mehr. Überhaupt haben sich seit 1984, wo ja auch schon Persönlichkeitswahl stattfand, wesentliche Dinge geändert. Zum einen ist der ehemalige ,,Statthalter'' der IGM und VK-Vorsitzende Otto Kock aus dem Betrieb ausgeschieden. Er hat einen wohlverdienten Posten beim Hamburger Amt für Arbeitsschutz angetreten (der Filz läßt grüßen). Zum anderen wurde HDW-Hamburg verselbständigt, an die Konkurrenzwerft Blohm & Voss verkauft und existiert heute als Restbetrieb unter dem Namen ROSS-Industrie. Aktuell liegt ein Konzept

Fortsetzung nächste Seite

Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

vor, das die Fusion des Standortes Ross mit seinen verbliebenen 1700 Beschäftigten auf dem Gelände von Blohm & Voss vorsieht. Auseinandersetzungen sind in Zukunft eher mit dem stramm auf IGM-Kurs segelnden Betriebsrat von Blohm & Voss angesagt.

Die Belegschaft wählte die ehemaligen „Aktiven Metaller", „Alt"-IGMler und Betriebslinke (ein ehem. RGOler und DKPler) in den BR. Holger Mahler wurde wieder BR-Vorsitzender.

Texaco

Während 1984 die Kandidatur der DAG eine Listenwahl erzwang, fand 1987 wie schon 1978 und 1981 eine Persönlichkeitswahl statt. Geläutert durch die schlechten Erfahrungen von 1984, die DAG verlor 2 ihrer Mandate, fand sich niemand, der sich für eine Listenwahl starkmachte. Überhaupt hatte sich einiges gegenüber 1984 geändert. So ging damals die linke Betriebsgruppe relativ geschwächt in die Wahl ging, immerhin war ihr prominentestes Mitglied Rainer Trampert ausgeschieden.

Kurz nach der Wahl 1984 ging das Hauen und Stechen in der IG Chemie-Gruppe los. Rechte IG Chemie-Betriebsräte forderten den Rücktritt und schließlich die Abwahl des langjährigen BR-Vorsitzenden Helmut Kynast, ihres eigenen Kandidaten, aus dem Gesamtbetriebsrat. Dies wurde mit den Stimmen der Betriebsräte der Betriebsgruppe knapp abgelehnt. Das führte zu der Situation, daß einer heillos zerstrittenen IG Chemie-Gruppe eine kontinuierlich arbeitende Betriebsgruppe gegenüberstand.

Das Ergebnis der diesjährigen Wahlen war dann auch erfreulich. Die Betriebsgruppe erhielt wieder 3 BR-Mandate des auf 11 Plätze zusammengeschrumpften Betriebsrates. Ernst Stuckert, von 1984-86 Abgeordneter der GAL in der Bürgerschaft, errang sogar die meisten Stimmen bei der Persönlichkeitswahl. Helmut Kynast, schillerndste Persönlichkeit bei der Texaco, errang 40 Stimmen weniger und damit die zweitmeisten Stimmen. Nach dem ungeschriebenen Gesetz, daß auch diesmal nicht angetastet wurde, wählte der Betriebsrat mit den Stimmen der Rechten, die in dem neuen Betriebsrat die Mehrheit haben, Stuckert zum BR-Vorsitzenden. Kynast aber bekam die Rache der rechten IG Chemieler zu spüren. Er wurde nicht mehr freigestellt. Ausschlußanträge sind gegen die Mitglieder der Betriebsgruppe wie schon 1984 nicht zu erwarten.

	1987	1984	1981
IG Chemie	3	8	6
Betriebsgruppe	3	3	3
DAG	3	4	6
Sonstige	2	—	—
Gesamt	11	15	15

(1981 und 1987 fand Persönlichkeits-
1987 1984 1981
IG Chemie 3 8 6
Betriebsgruppe 3 3 3
DAG 3 4 6
Sonstige 2 — —
Gesamt 11 15 15

(1981 und 1987 fand Persönlichkeitswahl statt. 1987 waren die Kandidaten der IG Chemie heillos zerstritten, nur noch 3 Rechte der IG Chemie arbeiten zusammen und sind vergleichbar mit der IG Chemie-Liste von 1984.)

HDW Kiel

Bei HDW-Kiel fand diesmal Persönlichkeitswahl statt. 1984 kandidierte die RGO, weil die IGM eine Persönlichkeitswahl verhinderte. Sie gewann damals 3 Sitze.

Dies Jahr war das eigentlich Sensationelle nicht nur, daß der alte BR-Vorsitzende Krüger bei der Persönlichkeitswahl viele Stimmen verlor, sondern gar nicht mehr in den BR gewählt wurde. Bereits bei der Listenaufstellung im VK wurde Krüger, nachdem die VK-Leitung ihn für Platz 7 vorschlug, nur noch auf Platz 18 nominiert. Die Belegschaft wählte ihn dann mit nur noch 350 Stimmen auf Platz 29 (bei 19 Sitzen). Ähnlich erging es einem weiteren Freigestellten der Rechten mit Platz 23. Neuer BR-Vorsitzender wurde der VK-Leiter. Er hatte mit ca. 1000 Stimmen etwa 50% der Stimmen erhalten. Neuer VK-Leiter wurde der Linke Ulrich Stangen.

Sowohl die Aufstellung als auch die Wahl fand unter erfreulicher Berücksichtigung der Linken statt. Die 3 RGO-Betriebsräte waren 1986 von ihren BR-Mandaten zurückgetreten und dafür wieder in die IGM aufgenommen worden. (Dies soll der Stimmung im Betrieb entsprochen haben). Ein RGOler ist erstes Ersatzmitglied, die beiden anderen landeten auf Platz 25 und 32 der 40-köpfigen Kandidatenliste. Das Wahlergebnis wird von den Betriebslinken als Erfolg gewertet.

Hintergrund für den positiven Trend: Der alte BR-Vorsitzende Krüger hatte sein Amt vor viereinhalb Jahren vom alten Boß Otto Böhm übertragen bekommen ohne jemals dessen Einfluß zu erreichen. Die Belegschaft quittierte damit aber auch die extreme Sozialpartnerschaft. So hatte Krüger z.B. wochenlang ein neues Unternehmenskonzept in der Tasche, ohne es dem BR mitzuteilen. Auch der letztes Jahr abgeschlossene, um ein Prozent niedrigere Haustarif, der von der IGM ausgehandelt wurde, wird ihm angelastet.

Bei den Angestellten hat es ebenfalls ein gutes Ergebnis gegeben. Unter den 5 gewählten IGMlern (es gab Listenwahl) befinden sich drei engagierte Betriebslinke.



Bremen

Bremer Vulkan

Beim Bremer Vulkan fand traditionsgemäß Persönlichkeitswahl statt. Die „Echolot"-Gruppe mußte weitere Verluste hinnehmen. Von 1981 14 und 1984 6 schrumpften ihre Mandate 1987 auf nunmehr 3 zusammen.

Ein Trostpflaster ist das Abschneiden der beiden bekanntesten „Echolot"-Vertreter. Fritz Bettelhäuser, bis 1984 Betriebsratsvorsitzender von „Echolot", erhielt mit 1265 die meisten Stimmen und kam auf Platz 1. Rolf Spalek wurde auf Platz 4 gewählt.

Auf den ersten Blick erzielte „Echolot" ein enttäuschendes Ergebnis. Doch die Gruppe befindet sich im Umbruch. Einmal sind langjährige „Echolot"-Betriebsräte inzwischen in Rente gegangen. Ein BR von „Echolot" ist ausgeschieden und hat eine Vorgesetztenposition eingenommen. Zwei weitere „Echolot"-Betriebsräte haben die Gruppe verlassen und kandidierten diesmal alleine. So jedenfalls mußte „Echolot" mit Kollegen antreten, die zum Teil einfach nicht genügend betriebsbekannt waren. Ein Selbstgänger dürfte sein, daß Forderungen nach konsequentem Gesundheitsschutz, wie von „Echolot" immer wieder eingefordert, (zum Beispiel Asbest, Umgang mit Lösungsmitteln, Montagearbeiten in AKWs usw., für mehr Datenschutz, gegen Überstunden, Schichtausweitung und Akkordkürzungen) heute auch beim Vulkan nicht mehrheitsfähig sind.

Dennoch oder gerade deswegen ist das Ergebnis für Bettelhäuser positiv zu bewerten. Drückt es doch aus, daß die Belegschaft mit der Wahl Bettelhäusers ein deutliches Gegengewicht zur sozialpartnerschaftlichen Politik des BR-Vorstizenden Schönberger und der BR-Mehrheit haben wollte. Mit entsprechendem Unmut wurde seitens der Belegschaft registriert, daß Schönberger dennoch wieder zum BR-Vorsitzenden gewählt wurde. Es war allgemein die Wahl Bettelhäusers erwartet worden.

Das gute Abschneiden Bettelhäusers ist für ihn und die „Echolot"-Gruppe eine Rückenstärkung im Kampf gegen Sozialpartnerschaft und für eine konfliktbezogene Interessenpolitik, zumal auch im Bremer Werftenverbund und speziell für den Vulkan neue Unternehmenskonzepte in Arbeit sind.

Seebeckwerft, Bremerhaven

Die BR-Minderheit bei der Seebeckwerft hat eine Niederlage erlitten. Bei der Persönlichkeitswahl 1984 wählte die 2500-köpfige Belegschaft noch völlig überraschend 6 Kandidaten in den BR, die sich um einige Mitglieder der DKP gruppierten. Diese Gruppe hatte damals nur einen Sitz weniger im BR als die Mehrheit. Die inzwischen auf 2000 geschrumpfte Belegschaft wählte bei der hohen Wahlbeteiligung von 85% nur noch 3 Vertreter der Minderheit in den BR.

Während 1984 die Minderheit noch einen Überraschungscoup landen konnte, sie erschien trotz Persönlichkeitswahl mit einem Programm und einer Bilderliste einzelner Kandidaten, ließ sich die BR-Mehrheit 1987 auf keine gemeinsame Bilderliste mehr ein. Es wurde von vornherein ein Gruppenwahlkampf geführt. Während die Mehrheit für mehr Schiffbausubvention stand, forderte die Minderheit eine Standortgarantie auch für den Fall, daß gar keine Schiffe mehr gebaut werden sollten.

Ob hierin und in der geänderten wirtschaftlichen Lage, wie gemutmaßt, die Ursachen für das Ergebnis zu suchen sind, sei dahingestellt. Zusätzlich entdeckte die Minderheit einige Unregelmäßigkeiten im Vorfeld der Wahl zu Gunsten der Mehrheit. Da es sich dabei um eine Fülle kleiner Verstöße handelt, bleibt trotz günstiger Rechtsprechungslage abzuwarten, wie das Arbeitsgericht die Wahlanfechtungsklage der Minderheit beurteilt.

MBB

Bei MBB fand 1987 wie schon 1984 eine Listenwahl statt. Allerdings konnte die Spaltung der IGM-Liste von 1984 überwunden werden. 1984 kandidierte eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen als Liste „Aktive Metaller", weil sie bei der Listenaufstellung mit der knappen Mehrheit von 48 : 42 Stimmen nur auf aussichtslose Plätze gewählt wurden. Die „Aktiven Metaller" erzielten 6 von 27 Mandaten. 1987 kandidierten wieder alle Strömungen der IG Metall auf einer Liste, mit einer Ausnahme. Der BR Grottke gründete eine „MBB-Wählergemeinschaft" aus Protest gegen die seiner Meinung nach zu linke IG Metall-Liste. Diese rechte IGM-Abspaltung brachte es allerdings nur auf ein, blamables Mandat, das von Grottke.

	1987 Sitze	1984 Sitze	(1981)* Sitze
IGM	14	11	(19)
„Aktive Metaller"	—	6	—
DAG	2	2	(2)
GUB	10	8	(6)
MBB-Wählergemeinschaft	1	—	(—)

* 1981 kandidierte eine IGM-Liste (GUB = Gemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte, ein Zusammenschluß leitender Angestellter; MBB-Wählergemeinschaft = rechter IGM-Betriebsrat)

Die IGM-OV steht nun vor der Frage, ob sie gegen Grottke ein Ausschlußverfahren einleiten soll oder nicht. Ironie der Geschichte: Grottke war es, der 1981 ein Untersuchungsverfahren mit durchführte, das mit dem Ausschluß der oppositionellen Kollegen von Daimler-Benz endete. Übrigens wurden die Verfahren gegen die „Aktiven Metaller" von 1984 ohne Ausschluß eingestellt.

Daimler-Benz

Die Kollegen um die Zeitung „Kollegen von Daimler informieren" erzielten ein sehr gutes Ergebnis. Während 1981 und 1984 4 bzw. 3 Mandate erreicht werden konnten, gewann die Kollegengruppe diesmal 7 Plätze. Bei der Persönlichkeitswahl konnte sie von den 9419 abgegebenen Stimmen ca. ein Drittel auf sich verbuchen. Bei einer Listenwahl wären das immerhin 12 der 35 BR-Mandate gewesen. Besondere Verantwortung für das Abschneiden der Kollegengruppe hatte offenbar der BR-Vorsitzende, der noch einen Tag vor der Wahl in 2 Betriebsversammlungen die Geschäftsleitung in Schutz genommen hatte. Die hatte nämlich mit Zustimmung des BR-Chefs nach der Tarifrunde '84 den Arbeitsanfang um eine dreiviertel Stunde vorverlegt, um den Arbeitsausfall durch Streik und Aussperrung nachträglich auszugleichen.

Mit dem guten Ergebnis ihrer Gruppe im Rücken werden nun die beiden Betriebsräte Wessels und Drieling die Wiederaufnahme in die IGM beantragen. Sie sind seit 1981 ausgeschlossen.

Klöckner

In der Bremer Klöckner-Hütte haben seit Jahren die linksgewerkschaftlichen Kräfte (u.a. Arbeiterpolitik, DKP, linke Sozialdemokraten) eine deutliche Mehrheit in den betrieblichen Gremien. 1981 gab es Persönlichkeitswahlen, 1984 erzwangen rechte Sozialdemokraten um die Zeitung „Hüttenfuchs" eine Listenwahl. Die Absichten damals, die linke Mehrheit zu knacken, scheiterten kläglich. Die linke IGM-Liste erhielt 19 Sitze, die beiden rechten Listen kamen auf zusammen 4 Mandate.

1987 konnte das linke IGM-Bündnis seine absolute Mehrheit noch ausbauen und erhielt 22 der 23 Sitze. Der CMV bekam erstmals keinen Sitz.

Westberlin

BMW

Bei BMW wurde schon im Februar die mit Erfolg angefochtene BR-Wahl von 1984 wiederholt. War dies an sich schon ein Erfolg für die Kandidaten der Liste für „Fairness und Demokratie", so brachte die Wahl selbst, ein ebenfalls sehr erfreuliches Ergebnis. „Fairness und Demokratie" errang 43% und gewann damit 6 von 15 Mandaten. Die anderen 9 Mandate erzielte die Liste „Vernunft", deren Hauptziel in den letzten Jahren darin bestand, sich gemeinsam mit der BMW-Geschäftsleitung ihrer Kritiker zu entledigen.

Der Konflikt bei BMW begann nach der Betriebsratswahl 1984, als die auf Platz 16, 17 und 26 gewählten Kollegen Vollmer, Knirsch und Köbrich die Wahl wegen massiver Beeinflussung der BMW-Unternehmensleitung anfochten.

Mit mehrfachen Entlassungen der drei und über 100 Prozessen versuchte BMW, die Kritiker hinauszusäubern und klein zu kriegen. Das ist gründlich danebengegangen.

Jahrelanges Prozessieren brachte diesen Kollegen jedoch Teilerfolge. So konnte die Wahl erfolgreich angefochten werden und seit dem 9. Januar arbeitet wenigstens der Kollege Vollmer wieder bei BMW. Auch bei dieser Wahl bestand eine extrem schwierige Ausganglage: Die drei anderen Spitzenkandidaten der Liste mußten sich durch Androhung gerichtlicher Schritte halbstundenweise den Zutritt zum

ten werden und seit dem 9. Januar arbeitet wenigstens der Kollege Vollmer wieder bei BMW. Auch bei dieser Wahl bestand eine extrem schwierige Ausganglage: Die drei anderen Spitzenkandidaten der Liste mußten sich durch Androhung gerichtlicher Schritte halbstundenweise den Zutritt zum

Werk zwecks Kandidatur erstreiten. Trotz ihrer schlechten Erfahrungen von 1984 unterließ es die Geschäftsleitung auch diesmal nicht, die Mannschaft der „Vernunft" zu unterstützen. Sie konnte ihre Flugblätter im Werk kopieren, sie wurde bei der Sammlung der Unterschriften unterstützt, außerdem machten Vorgesetzte Werbung für sie. In einem anonymen Flugblatt wurde Peter Vollmer wegen seiner früheren RGO-Tätigkeit angegriffen.

„Zeigt, daß ihr wieder Ruhe und Ordnung im Betrieb haben wollt" forderten die Betriebsräte der „Vernunft" in diesem Wahlkampf, und forderten, „diese Leute müssen weg".

Zu einer eher peinlichen Haltung hatte sich die IGM-Ortsverwaltung durchgerungen. Sie faßte den Beschluß, beide Listen als IGM-Liste anzuerkennen. Dadurch blieb ihr wenigstens erspart, nach allen Eiertänzen in der Vergangenheit, auch noch ein Verfahren wegen Verdachts auf gewerkschaftsschädigendes Verhalten gegen die Vertreter von „Fairness und Vernunft" einzuleiten.

Letzter Stand: Auch die anderen 3 Kollegen haben nun endlich ihre Kündigungsschutzverfahren gewonnen und arbeiten wieder bei BMW.

KWU

Bei KWU (Siemens) kandidierten im Arbeiterbereich wie schon 1984 zwei Listen. Eine klassenkämpferisch orientierte Liste erzielte 39% der Stimmen und 4 Mandate. Die IG-Metall-Liste

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gewann 61% (1984 70%) und 6 Plätze. 1984 gewann die RGO 28,8% und 3 Sitze. Trotz leichter Verbesserung hat sich an den Mehrheitsverhältnissen nichts geändert (nach SoZ, 21.5.87).

Gilette

Bei Gilette traten bei den diesjährigen Wahlen gleich 3 Listen an. Es gab keine offizielle IG-Metall-Liste. Auf allen 3 Listen kandidierten IGMler. Die Liste der fortschrittlich orientierten Kollegen errang auf der Liste ,,Samstags — Nein Danke'' 6 von 15 Sitzen (nach: SoZ, 21.5.87).

Nordrhein-Westfalen

Hoesch-Union / Dortmund

Im Gegensatz zu 1981 und 1984 fand bei Hoesch-Union in diesem Jahr eine Persönlichkeitswahl statt. Die beiden letzten Male kandidierte eine RGO-Liste. Dieses Mal entfiel diese zweitbeste Lösung, weil die IGM zugestimmt hatte, auch die beiden bisherigen RGO-Betriebsräte auf einer gemeinsamen Liste kandidieren zu lassen. Die beiden erhielten prompt mit 693 und 566 Stimmen das zweit- und drittbeste Ergebnis. Schon seit längerem läuft ein Verfahren zur Wiederaufnahme in die Gewerkschaft.

Mannesmann Röhrenwerke / Duisburg-Huckingen

Das Ergebnis von Mannesmann gehört mit zu den wenigen herausragenden bei den diesjährigen Wahlen. Das lag an den besonderen Bedingungen dort.

1984 hatte eine Listenwahl stattgefunden. Eine Gruppe ,,Konsequente Gewerkschafter'' hatte eine eigene Liste eingereicht, weil ein sauberes, gleichberechtigtes Wahlverfahren bei der beabsichtigten Persönlichkeitswahl nicht gewährleistet war. Und dies, obwohl es sich schon um eine Wiederholungswahl handelte. Die erste Wahl war wegen Fälschung erfolgreich angefochten worden.

Trotz des guten Abschneidens, die ,,Konsequenten'' errangen auf Anhieb 6 der 29 Mandate, wurden 9 Vertreter der Gruppe aus der IGM ausgeschlossen. Sie sind es bis heute. Das Landgericht Frankfurt hat die Ausschlüsse im November 1986 zwar für rechtsunwirksam erklärt, die IGM hat allerdings Berufung eingelegt.

Das eigentlich kuriose an der Wahl 1987 war, daß eine Persönlichkeitssam erklärt, die IGM hat allerdings Berufung eingelegt.

Das eigentlich kuriose an der Wahl 1987 war, daß eine Persönlichkeitswahl stattfand bei der just auf die Vorstellungen der ,,Konsequenten'' von 1984 eingegangen wurde.

Die ,,Konsequenten'' verloren zwar ein Mandat an die Mehrheitsgruppe um Rolf Stommel, trotzdem wird das Ergebnis von den ,,Konsequenten'' als Erfolg gewertet. 5 Sitze wären bei einer Persönlichkeitswahl 1984 nämlich nicht denkbar gewesen. Dieses Jahr landete der ,,Konsequente'' Richter mit 1.659 Stimmen sogar auf Platz 3 im Arbeiterbereich. Im Angestelltenbereich ging der dritte Platz ebenfalls an die ,,Konsequenten''.

Krupp-Stahl / Duisburg-Rheinhausen

Bei Krupp fand, ganz außergewöhnlich für Duisburger Verhältnisse, eine Persönlichkeitswahl statt. Der rechte BR-Vorsitzende hatte die CMVler bewegen können, keine eigene Liste einzureichen. Beabsichtigt war, über die Persönlichkeitswahl, die drohenden Zugewinne der Linken zu verhindern. Die Rechnung ging aber nicht auf. Die CMVler gewannen kein Mandat, und die linken Kräfte um den VK-Sprecher Theo Steegmann errangen mit 18 von 31 Mandaten sogar die Mehrheit.

Thyssen-Edelstahl / Krefeld

Bei Thyssen gab es Listenwahl. Eine fortschrittliche Liste mit dem Namen ,,Glück Auf'' kandidierte zum erstenmal und errang auf Anhieb 45% der Stimmen. Die Ortsverwaltung hat inzwischen auf Intervention der Frankfurter IGM-Zentrale die Untersuchungsverfahren als auch die Funktionsverbote aufgehoben.

Siemens / Witten

Bei Siemens fand diesmal wieder eine Listenwahl statt. Allerdings konnten die Linken auf der IGM-Liste mitkandidieren. Das war möglich geworden, weil die BR-Vorsitzende wieder in die IGM aufgenommen worden war und die Funktionsverbote der anderen Vertreter der ,,Vereinigten Belegschaftsliste'' ausliefen. Es gelang den fortschrittliche Kräften (überwiegend Frauen) auf den vorderen Plätzen zu kandidieren. Im Arbeiterbereich kandidierten noch rechte IGMler und die CDA auf einer eigenen Liste. Die fortschrittliche IGM-Liste erhielt 70% der Stimmen und 9 Sitze, die rechten IGMler und die CDA je einen Platz.

Opel / Bochum

Bei Opel kandidierten im Angestelltenbereich 2, bei den Arbeitern 10 (!) Listen. 1984 waren es erst 5.

Das Ergebnis:
Wahlbeteiligung bei den Arbeitern 82,4%.

	1987 Sitze	1987 Stimmen	1984 Sitze
IGM-Liste	22	7676	25
Aktive Metallarbeiter (linkssozialdemokr.)	4	1443	3
Liste für Belegschaftsforderungen (ex GOG)	3	1174	3
AG christl.-demokrat. Metallarbeiter i.d. IGM	1	495	—
Liste ,,Haj Kheder'' (Islamische Linke)	1	418	—
Aktive Türk. Arbeiterliste (rechte IGM-Abspaltung)	1	415	—
Türk. religiöse	—	—	2

(Die drei übrigen Listen, darunter der CMV, erhielten keinen Sitz. Bei den Angestellten erreichte die IGM 3 und die DAG 2 Sitze.)

Ford / Köln

Bei Ford kandidierten bei den Arbeitern diesmal 4 Listen. Die IGM erreichte 28 Sitze, der CMV 1, und die türkisch-religiöse Liste 2. Die linke Liste ,,Metaller und Automobilarbeiter'' konnte zwar geringfügig Stimmen hinzugewinnen, zu mehr als 2 Mandaten wie schon 1984 reichte es aber nicht. (Angestellte: IGM 6, DAG 2 Sitze).

Bayer / Leverkusen

Seit 1978 ist die Opposition im BR vertreten. Mit 8 bzw. 9% erreichten die ,,Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' 1981 und 1984 jeweils 4 Sitze. Innerbetriebliche Auseinandersetzungen hatte es vor allem wg. der radikalen Position zum Umweltschutz gegeben. Die ,,Durchschaubaren'' traten z.B. gegen triebliche Auseinandersetzungen hatte es vor allem wg. der radikalen Position zum Umweltschutz gegeben. Die ,,Durchschaubaren'' traten z.B. gegen die Mehrheit der Betriebsräte gegen die Dünnsäureverklappung in der Nordsee ein.

Trotz Stimmengewinnen im Arbeiterbereich (von 9 auf 14%) konnten die ,,Durchschaubaren'' die Zahl ihrer Sitze gegenüber der IG Chemie nicht verbessern, sie erzielten auch 1987 wieder 4 Betriebsratssitze (2 Arbeiter, 2 Angestellte).

Hessen

VDO / Frankfurt

Bei VDO kandidierten 3 Listen: Die Liste um die BR-Mehrheit erreichte 10 Sitze, eine mit ihr zusammenarbeitende Liste 1 Mandat. Die linke ,,Internationale Liste'' erhielt 8 Mandate. 1984 hatten die Linken bei der Persönlichkeitswahl 4 Mandate errungen. Als klar war, daß es bei VDO zu einer Listenwahl kommen würde, verzichtete der VK auf eine IGM-Liste, so daß das Problem ,,konkurrierender Listen'' mit dem üblicherweise folgenden Untersuchungsverfahren vermieden wurde. (nach: SoZ, 21.5.87)

Hoechst

Im Hauptwerk in Frankfurt steigerte sich die ,,Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit'' um 2 auf 9 Mandate. Seit 1981 war sie mit rund 15% der Stimmen und 7 Sitzen vertreten. 1987 erreichte sie bei den Arbeitern 25% der Stimmen und verdoppelte die BR-Mandate von 3 auf 6. Bei den Angestellten erzielte sie 16,4% und 3 Sitze.

Im 43köpfigen Frankfurter Hoechst-Betriebsrat hat die IG Chemie mit 22 Sitzen noch knapp die absolute Mehrheit. 12 Sitze entfielen auf die DAG.

Die oppositionelle Liste hat die Wahl inzwischen angefochten. Die Verhandlung findet am 30. Juli statt. Bei Hoechst soll es eine unzulässige Ausweitung der Definition der ,,leitenden Angestellten'' gegeben haben. Dadurch wären 1.600 weniger Wahlberechtigte, entsprechend 2 BR-Mandate, gewesen.

Die Betriebsratsmehrheit und Hoechst wollen durch alle Instanzen gehen, um dieses Anliegen abzuschmettern.

Baden-Württemberg

Bosch / Reutlingen

Bei Bosch in Reutlingen kam es anläßlich der BR-Wahlen zu einem Eklat mit ähnlich gewerkschaftlicher Brisanz für die Region wie 1981 bei HDW-Hamburg.

Anläßlich der notwendigen Listenwahl, die durch die Kandidatur des CMV provoziert wurde, entschloß sich eine Gruppe fortschrittlicher Kolleginnen und Kollegen zur Bildung einer weiteren Liste. Sie waren z.T. auf der IGM-Liste so schlecht plaziert, daß sie nur bei einer Persönlichkeitswahl gute Chancen gehabt hätten, in den BR gewählt zu werden. Auf der Liste ,,Aktive Metaller'' kandidierten eine Reihe bekannter Funktionäre, z.B. der stellvertretende BR-Vorsitzende. Obwohl die zu den Aktivisten im Betrieb gehören und maßgebliche Kräfte beim Streik in der Tarifrunde 1984 waren, fanden sie diesmal keine Berücksichtigung auf den oberen Plätzen der IG-Metall-Liste. Betriebliche und gewerkschaftspolitische Streitigkeiten mit dem Vorsitzenden und der BR-Mehrheit waren hierfür die Ursachen. Die zunehmende sozialpartnerschaftliche Orientierung im BR war wiederholt von der BR-Minderheit kritisiert worden.

Die Wahl brachte einen großen Erfolg für die ,,Aktiven Metaller''. Sie erhielten 43% der Stimmen, nur 140 weniger als die IGM im Arbeiterbereich, und damit 10 Mandate.

Arbeiter 1987	Stimmen	Sitze
IGM	1665	12
Aktive Metaller	1525	10
CMV	(...)	1
Angestellte	**Stimmen**	**Sitze**
IGM	541	4
DAG	355	2

Auf Antrag von zwei IGM-Vertrauensleuten von Bosch wurde von der Ortsverwaltung noch vor der Wahl ein Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung wegen Verdachts auf ,,gewerkschaftschädigendes Verhalten'' eingeleitet.

Daimler Benz / Untertürkheim

Daimler Benz / Untertürkheim

Die ,,Plakat-Gruppe'' errang 23,4% der abgegebenen Stimmen und 7 Sitze im Arbeiterbereich. Die IGM konnte sich um einen Sitz auf 19 Sitze verbessern. Wie schon bei der letzten Wahl erreichte der CMV 3 Sitze. Mit 42% und 47% der abgegebenen Stimmen für die ,,Plakat-Gruppe'' stechen die Ergebnisse in den Betriebsstellen von Mettingen und Hedelfingen besonders hervor. Im Werk Untertürkheim selbst erhielt Plakat 11% der abgegebenen Stimmen. (aus: SoZ, 21.5.87)

Endress und Hauser / Lörrach

Endress und Hauser ist ein Elektronikbetrieb mit 780 Beschäftigten. Hier fand eine Listenwahl statt. Mit massiver Hetze reagierten rechte Betriebsräte auf die Existenz der Linken Liste 3 mit ihren 15 Vertretern. Einen Tag vor den BR-Wahlen schrieben sie in einem Flugblatt:

,,Morgen ist Betriebsratswahl. Es ist eine Entscheidungswahl für E + H oder gegen E + H. Zur Wahl stehen R. Herrmann und seine marxistisch-leninistische Richtung oder Endress und Hauser und Eure Zukunft.''

Die Liste 3 kam auf 34% der Stimmen und wurde stärkste Fraktion im neuen BR. (aus Rote Fahne 16/1987)

Freudenberg / Weinheim

In diesem größten Betrieb im Bereich der IG-Leder fand im Gegensatz zu 1981 und 1984 Persönlichkeitswahl statt. Dies, obwohl die 5 Betriebsräte der Liste ,,Frischer Wind'' noch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind. Im Arbeiterbereich erreichten die fortschrittlichen Kandidaten die Mehrheit. Die Rechten stellen aufgrund des Ergebnisses im Angestelltenbereich die Mehrheit im Betriebsrat. Die meisten Stimmen im Arbeiterbereich errang ein Vertreter der früheren Liste ,,Frischer Wind''.



Jetzt doch Großaktion in Wackersdorf

Aufruf gegen die WAA im Herbst

Liebe WAA-Gegnerinnen und Gegner!

Die Ereignisse der vergangenen zwei Jahre in der Oberpfalz im Zusammenhang mit dem Bau der WAA Wackersdorf haben gezeigt: Die Durchsetzung solcher lebensfeindlichen Großprojekte gegen den erklärten Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung führt in den Polizei- und Überwachungsstaat. Die neuen sogenannten Sicherheitsgesetze weisen bereits den Weg dahin.

Energiepolitisch und ökonomisch ist die Technik der Wiederaufbereitung nicht mehr aktuell. Der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft bedeutet letztendlich die Verfügbarkeit von atomwaffenfähigem Material. Die Erprobung dieser bisher nicht beherrschbaren Großtechnologie dient aber auch einem weiteren Ziel: Milliardenprofite durch den Export in Drittländer, welche damit in die Lage versetzt werden, eigene Atomwaffen zu bauen.

Den Herrschenden ist zur Durchsetzung dieses Vorhabens jedes Mittel recht: Verbotsterror, pauschale Kriminalisierung, Abbau demokratischer Grundrechte, Ausgrenzung und Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen das Atomprogramm. Ausnahmezustand in der Oberpfalz: Die Bevölkerung wird in den Würge-
und Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen das Atomprogramm. Ausnahmezustand in der Oberpfalz: Die Bevölkerung wird in den Würgegriff des Atomstaates genommen.

Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten, denn: Wackersdorf kann morgen überall sein!

Es reicht nicht mehr, lediglich verbal oder vereinzelt zu protestieren. Gerade jetzt geht es darum, den örtlichen Widerstand durch massenhaft praktizierte Solidarität zu ermutigen und zu unterstützen. Die Ergebnisse der Treffen der Anti-AKW-Bewegung von Nürnberg, Bielefeld und Frankfurt zeigten breite Übereinstimmung in dieser Frage. Der Aufbau eines strömungs- und bewegungsübergreifenden Bündnisses muß die entscheidende Weichenstellung im Kampf gegen das Atomprogramm sein. Die Anti-Atom-Bewegung muß aus der Defensive heraus und wieder handlungsfähig werden. Wir müssen unsere Ängste überwinden und den Widerstand in breitere gesellschaftliche Schichten tragen. Voraussetzung ist jedoch Einigkeit über die Eckpfeiler eines solchen Konzepts:

— Eigenständigkeit ohne parteipolitische Einflußnahme und Ablehnung staatlicher Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche, aber auch sektiererischer Selbstausgrenzungstendenzen.
— Übereinstimmung bezüglich Widerstandsformen auf der Grundlage verbindlicher Beschlüsse, die vermittelbar sein und sich nicht gegen die Bevölkerung richten dürfen.
— Keine Preisgabe bisheriger Positionen: Wir lassen uns nicht das Recht nehmen, am Bauzaun der WAA, einem Symbol des sozialen Unfriedens und Mauer durch die Herzen der Menschen, unseren entschlossenen Widerstand zu zeigen. Die Bannmeile um das Baugelände kann nicht akzeptiert werden.

Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen rufen deshalb die Anti-AKW-Bewegung, die Friedens-, Frauen-, Dritte-Welt-Bewegung und andere in- und ausländische Gruppen und Organisationen auf, im Oktober dieses Jahres massenhaft vor Ort ihren Widerstand gegen den Bau der WAA zu zeigen.

Grundlage ist das von der Anti-AKW-Bewegung beschlossene Konzept für Herbstaktionen in der Oberpfalz gegen den Bau der WAA, das von der großen Mehrheit der Oberpfälzischen BI's bestätigt wurde. Wesentliche Bestandteile dieses Konzepts sind massenhafte Behinderungs- und andere phantasievolle Aktionen und eine Großdemonstration in Wackersdorf.

Als Terminvorschlag wurde wegen der Herbstferien in mehreren Bundesländern die Zeit vom 7. - 9.10. für die Aktionstage und der 10.10.1987 für die abschließende Demo eingebracht.

— Massenhafte Behinderungs- und andere phantasievolle Aktionen, weil der Widerstand über Demonstratio-
bracht.
— Massenhafte Behinderungs- und andere phantasievolle Aktionen, weil der Widerstand über Demonstrationen und sonstige Proteste hinausgehen muß, um die WAA tatsächlich zu verhindern.
— Großdemonstration zur Unterstützung der Aktionstage und um möglichst viele Menschen mit der ganzen Tragweite des Komplexes WAA im Hinblick auf gesundheitliche, energie-politische, soziale und militärische Bedeutung, sowie der Situation in der Oberpfalz vertraut zu machen.
— Vorbereitung der Aktionstage und der Großdemonstration erfolgt durch den noch zu bildenden Trägerkreis und Aktionsbüros vor Ort, die entsprechend finanziell und personell gestärkt werden müssen.
— Aktionstage und Großdemonstration stehen gleichberechtigt nebeneinander und ergänzen sich sinnvoll. Es soll gemeinsam dazu aufgerufen werden.

Wir rufen Euch auf, unseren Vorschlag für ein gemeinsames Bündnis zu besprechen und im Fall der Zustimmung am 6.6.87 zur Bildung des Trägerkreises nach Frankfurt zu kommen!

Mit atomfeindlichen Grüßen
Eure BI Schwandorf

1. Trägerkreistreffen am 6./7. Juni 1987 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147 (KBW-Haus), Nähe Hauptbahnhof, ab 13.00 Uhr

Kontakt: Bürgerinitiative Schwandorf
c/o Erna Wellnhofer,
Waldgasse 9,
8460 Schwandorf,
Tel. 09431/216 58

Studenten 1987:

Von der empörten Elite zur neuen Bewegung?

Thesen zum Charakter der neuen Studentenkämpfe

Die einen reden von einem Neuaufbruch der Studentenwegung — vergleichbar mit den Anfängen der 60er Studentenbewegung —, die anderen hoffen, daß diese Bewegung bald ein Ende hat, weil sie mit den Zielen linker Politik unvereinbar sei. Tatsache ist, daß die linken Bauchschmerzen mit der derzeitigen studentischen Protestbewegung groß sind. Worin liegen die Chancen und Schwierigkeiten, wo müßte linke Politik ansetzen, was macht diese Bewegung aus, worin liegen ihre Perspektiven? Um den Antworten auf diese Fragen näher zu kommen, sollen zunächst einige Charakteristika der Bewegung skizziert werden. Wie reagieren die Herrschenden auf die Proteste, wie entwickeln sich die Widersprüche und wie greift die Linke in die politische Entwicklung ein — diese Fragen sollen im zweiten Teil behandelt werden.
Ein Bericht aus Göttinger Perspektive.



1. Die Bewegung

Noch vor zwei Monaten hätte sich jede/r an den Kopf gefaßt, hätte man/frau das Wort Studentenbewegung überhaupt in den Mund genommen. Und nun, wie aus dem Boden gestampft, der größte Streik seit über zehn Jahren. Am Anfang standen die Kürzungsbeschlüsse der niedersächsischen Landesregierung (siehe Kasten). Zwei Flugblätter, eine Veranstaltung, in Göttingen die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) unter massivem Polizeischutz und dann eine Uni-VV mit Streikbeschluß ohne Widerspruch. Was zeichnet diese Bewegung aus:

Rätesystem

In Göttingen ist seit Streikbeginn der AStA praktisch außer Kraft gesetzt. Nicht, weil ihm vorher von der Unileitung Streikverbot erteilt wurde, sondern weil seine Funktionen von einem Zentralen Streikrat wahrgenommen werden, der aus Vertreter/innen der Fachstreikräte und der Hochschulgruppen zusammengesetzt ist. In dieser Organisationsform treffen völlig gegensätzliche Interessen aufeinander: Zum einen die Ablehnung der parlamentarisch gewählten Organe und damit des Delegationsprinzips von Interessen. Das Schlagwort der Hildesheimer Streikenden z. B. heißt „selbstbe-

Zum einen die Ablehnung der parlamentarisch gewählten Organe und damit des Delegationsprinzips von Interessen. Das Schlagwort der Hildesheimer Streikenden z. B. heißt „selbstbe-

stimmt und solidarisch". Widerstand soll nicht vor irgendeinen politischen Karren gespannt und damit funktionalisiert werden.

Zum anderen insistieren diejenigen auf dem Rätesystem, die propagieren, ihr Streik hätte mit Politik nichts zu tun, hier ginge es nur um ihre Interessen, der AStA und die Hochschulgruppen seien für die Politik als schmutziges Geschäft da. Auch hier dominiert die Angst, von Hochschulgruppen instrumentalisiert zu werden. Von diesen Leuten wird vor allem abgelehnt, sich mit Fragen, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Streik stehen (z. B. Volkszählung) zu befassen.

Auf jeden Fall verbindet sich mit dem Rätesystem ein Bewußtsein von selbstbestimmter Politik und Autonomie, das identitätsprägend für die Bewegung ist.

Machtvoller Streik

So einen Streik hat es seit mindestens zehn Jahren in Göttingen nicht gegeben. Tatsächlich konnten überhaupt keine Lehrveranstaltungen durchgeführt werden. Teilweise waren die Institute inklusive Bibliotheken ganz geschlossen, so daß auch die Forschung lahmlag, Klausuren mit 1.000 Leuten wurden auf unbestimmt verschoben, nur Examensprüfungen fanden statt. Morgens ab 6.00 Uhr waren die Eingänge aller Institute blockiert, so daß nicht die Not bestand, stattfindende Vorlesungen sprengen zu müssen.

Vor allem aber hatte dieser Streik keine Gegner. Bereits am ersten Tag verteilte der RCDS ein Flugblatt mit der Überschrift „Vorlesungsboykott statt Volkszählungsboykott" (welch' eine dankenswerte Verbindung, die leider von der Linken nicht ausgebaut wurde) und insistierte auf der Freiwilligkeit des Streiks. Studentische Streikbrecher zeigten sich gar nicht, eine Handvoll Professoren inszenierte kleinere Schlägereien. Mitten in der Woche dann eine Uni-VV mit über 4.000 Leuten (auf der anschließenden Demonstration waren es dann 15.000), die die Verlängerung des Streiks beschloß. Ein Streik also ohne Gegner, der nicht etwa deshalb das Attribut „kämpferisch" nicht trägt, weil er so ein freundliches Gesicht hätte, sondern weil die Masse der Streikenden es ablehnt, ihre Aktionsform mit Kampf und Konfrontation in Zusammenhang zu bringen.

weil die Masse der Streikenden es ablehnt, ihre Aktionsform mit Kampf und Konfrontation in Zusammenhang zu bringen.

Zauberwort: „Fantasievoll"

Die Fülle der Aktionen war — und ist es ja zum Teil noch — überwältigend. Nahezu jeden Tag fanden in allen niedersächsischen Hochschulstädten größere und kleinere Demos statt, es gibt Schuhputz-, Scheibenputz-, Beratungsaktionen, unzählige Musik-, Theater- und Bastelgruppen, jede/r kann sich einbringen, alle machen mit. So kam es zu den seit Jahrzehnten größten Demonstrationen in Göttingen — 15.000 während der Streikwoche und 35.000 aus ganz Niedersachsen am 26.5. gegen den geplanten Festakt zum 250jährigen Jubiläum der Universität. Die Demos waren geprägt durch zahllose Transparente, aber kaum Parolen, durch Farbigkeit, Fröhlichkeit und witzige Ideen. Entsetzen bei den aufrufenden Gruppen machte sich breit, als ein Trupp farbentragender Korporierter in dem kilometerlangen Zug sich wiederfand und es nicht gelang, diesen Haufen aus der Demo herauszudrängen, weil die Menge der Umstehenden bereit war, das zu verhindern. Fantasievoll ist nun das Zauberwort für akzeptable Aktionen: So durfte nicht dazu aufgerufen werden, Veranstaltungen zu stören oder zu blockieren, obwohl genau das eine Woche lang getan wurde; es wurde das Bündnis mit der Professorenschaft gesucht, gegen die die Blockade der ersten Woche durchgeführt wurden. Fantasievoll ist ein Armenfrühstück vor dem Hörsaal, das die Besucher vom Betreten des Hörsaals abhält, militant und abzulehnen ist es, dies Blockade zu nennen. Fantasievoll ist auch das Zauberwort, mit dem die (sicher auch fruchtlose) Gewaltdebatte umgangen wurde.

Höhepunkt Jubiläum

Die offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten der Uni Göttingen dauerten zwei vorlesungsfreie Wochen. Hatte die Unileitung noch gehofft, sie könnte die Proteste aus dem Jubiläum heraushalten, indem sie zu der vorangehenden Streikwoche die Augen zudrückte, entpuppte sich nun gerade das Jubiläum als willkommenes Forum. Ein Uni-VV-Beschluß ergab: Keine Störung der Feierlichkeiten, sondern Umfunktionieren der Veranstaltung. Gleichzeitig solle das Gespräch mit den Profs gesucht werden. Als der erste Jubeltag dann gleich mit einer Blockade der ersten Veranstaltung begann, kam erstmals ein Deeskalationsversuch: Der Senat beschloß eine gemeinsame und öffentliche Diskussion aller Uni-Angehörigen. Diese Veranstaltung entpuppte sich als Versuch aller nichtstudentischen Beteiligten, den Studenten/innen Jubelstörungen auszureden und den Streik zu diskreditieren. Der beste Protest gegen die Sparbeschlüsse sei die Demonstration wissenschaftlicher Arbeit durch Symposien und Ausstellungen. Für den zentralen Jubel-Tag am 26.5. beschloß der Senat die Kombination von Festakt und Kundgebung (mit Rede des Präsidenten) als probate ste Maßnahme gegen Mittelkürzung

lungen. Für den zentralen Jubel-Tag am 26.5. beschloß der Senat die Kombination von Festakt und Kundgebung (mit Rede des Präsidenten) als probateste Maßnahme gegen Mittelkürzung

und gegen studentische Streiks!

Bei der Studentenschaft wird allein die Tatsache professoraler Äußerungen zu den Regierungsbeschlüssen schon honoriert. Muß die Professorenschaft für das eigene Anliegen gewonnen werden, oder stehen sie durch ihre Motive — Sicherung der eigenen Pfründe — und ihr Auftreten — entschieden gegen den Streik, weniger gegen die Kürzungen — im anderen Lager; diese Frage blieb bis zum Schluß offen.

Ähnliches Gewicht, wie es dem Professorenwort zugemessen wird, weshalb diese nicht verprellt werden dürften, wird von großen Teilen der Studentenschaft auch auf das Ansehen der eigenen Aktionen in der Öffentlichkeit gelegt. Hauptargument gegen eine Resolution zur Volkszählung war die Befürchtung, sich dadurch in der Presse als „linksradikal" zu diskreditieren. Ähnlich erging es auch anderen Versuchen, brisante Themen in die streiköffentliche Diskussion zu bringen. Dahinter steht der Gedanke, wenn erstmal die öffentliche Meinung für die gute Sache gewonnen ist, wird sich auch die Regierung den Wünschen der Mehrheit nicht mehr verschließen können. Allen Erfahrungen der Friedensbewegung zum Trotz grassiert maßloser Opportunismus gegenüber der wie auch immer definierten Öffentlichkeit, wenn auch das Bemühen, Mehrheiten für die eigene Sache zu gewinnen, anzuerkennen ist.

Auf diesem Hintergrund wird tunlichst vermieden, Widersprüche in der Bewegung auszutragen und Gegner der Bewegung zu benennen. Aus dem selben Grund ist es auch unangenehm, von Kampf oder Konfrontation zu reden.

Der studentischen Linken, die die Publikationstätigkeit zu Streik und Jubel fest in der Hand hat und durch Redebeiträge und Pressearbeit inhaltlich die Bewegung dominiert, ist es zu verdanken, daß nach und nach prominente Politiker wie Cassens und Süßmuth ihre Teilnahme an den Jubelfeierlichkeiten zurückzogen, daß erst die Gewerkschaften, SPD und Grüne, dann auch die gesamte Landesregierung absagten (wenn auch aus unterschiedlichen Motiven) und daß schließlich der Festakt insgesamt ausfiel, ebenso, wie die Ehrendoktorwürdenverleihung an Weizsäcker wie auch die Kundgebung des Senats. Diese Tatsache ist sicher der größte Erfolg der Bewegung, mehr als die Großdemonstrationen, weil mit der Verhinderung des Jubels tatsächlich etwas erkämpft wurde und nicht nur Empörung zum Ausdruck gebracht wurde.

Sozialkampf — einmal anders?

Das Ausmaß der studentischen Bewegung gegen die Sparbeschlüsse — die (objektive) Schärfe und die Vielfalt ihrer Kampfformen — ist und war wohl für alle — Beteiligte und Beobachter — überraschend und nicht ohne weiteres zu erklären. Die Sache selbst, also der tatsächliche Grad studentischer Be-

rer Kampfformen — ist und war wohl für alle — Beteiligte und Beobachter — überraschend und nicht ohne weiteres zu erklären. Die Sache selbst, also der tatsächliche Grad studentischer Be-

troffenheit durch die beabsichtigten Maßnahmen, reicht zur Erklärung des Phänomens jedenfalls nicht hin. Da war so manche Bafög-Kürzung oder -Umstrukturierung der letzten Jahre, gegen die der MSB nebst schmalem Anhang mit bekannter Ödé zumeist allein angetreten war, gewiß einschneidender für die Masse der Studenten/innen als die jetzt vorliegenden Planungen — gleich in welch' endgültiger Form sie später umgesetzt werden. Auch ein Blick auf die Motive der Akteure, soweit sie denn anhand von Forderungen, Parolen und anderen öffentlichen Äußerungen ablesbar sind, hilft da kaum weiter. Zwar ist man/frau sich noch einig, wenn es um die Verhinderung der Studiengebühren geht, doch danach wird's kunterbunt: Befürchten die einen die „Austrocknung des Forschungslandes Niedersachsen", so wollen die anderen die Auslese nicht sozial, sondern gefälligst nach Leistung; der nächste glaubt, „der Untergang der Sonne Wissenschaft" stände ins Haus, Studentinnen bangen um die Zukunft ihres (kleinen) Faches oder beklagten den „Abbau von Arbeitsplätzen im strukturschwahen Südniedersachsen".

Die „revolutionäre" Hochschullinke — bei der Organisierung der Kämpfe fraglos führend und akzeptiert — ist darob höchst ungehalten und zudem enttäuscht, wenn ihre Bemühungen, in zahlreichen sogenannten Analyse-Flugblättern und -Statements aufzuzeigen, daß die beabsichtigten Maßnahmen mit dem „Umbau des Sozialstaates", der „Umstrukturierung an den Unis", der „Kapitalisierung der Ausbildung", letztlich mit dem Kapitalismus und also auch mit Umweltzerstörung und Kriegsvorbereitungen zu tun haben, der Kampf gegen die Maßnahmen mithin „Arbeitskampf" oder „Klassenkampf" sei — wenn also diese Erklärungsversuche seitens der Angesprochenen mit schlichtem Desinteresse honoriert werden.

Das hatte man/frau sich anfangs ganz anders vorgestellt, schien es doch, als seien die Studentenmassen nun weitaus ansprechbarer für die neuen/alten Debatten und Analysen, als all' die Jahre zuvor. Doch gefehlt. Und schon kommen Zweifel auf an der Bewegung ob ihrer ständischen Borniertheit, die in ihrer krassesten Form zu wüsten Beschimpfungen gegen die Masse (wie in Braunschweig z. B.) führen, ihren fruchbaren Ausdruck aber auch in einer Diskussion zur Neubestimmung unseres Verhältnisses zu den Bewegungen und zu den Massen finden können. Dieser Diskussionsprozeß ist in Göttingen in Gang gekommen.

2. Die Gegenseite

Nun wurde in Göttingen mit dem zeitlichen Zusammenfallen der Kürzungsbeschlüsse und der Jubiläumsfeierlichkeiten ein recht sensibler Punkt getroffen: Die Herrschenden feiern gern ungestört, und sie schafften durch die Publizität des Jubiläums selber ein Forum für die Forderungen der Studenten/innen. Insofern setzte die Gegenseite auf Deeskalation. Ließ die WRK sich Schnittchen und Schampus

Fortsetzung nächste Seite

Worum geht's?

Ab 1.4. wurde ein Kürzungsprogramm der niedersächsischen Landesregierung bekannt. Die wesentlichen Punkte waren:
— Nicht-Neubesetzung freiwerdender Stellen ab 1.5. für anderthalb Jahre, danach Neubesetzung nur jeder dritten Stelle. Bis Ende 1988 sollen so 3.500 Stellen eingespart werden, davon 600 im Hochschulbereich.
— 500 DM Studiengebühren für alle, die die Bafög-Förderungshöchstdauer um mehr als drei Semester überschreiten. Diese Maßnahme soll derzeit 11.200 Studenten/innen betreffen und 10 Mio. DM bringen.
— Bei der Schülerförderung (Nafög) sollen 10 Mio. DM eingespart werden.
— Die Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfeempfänger/innen und die Winterbeihilfe für Arbeitslose sollen gestrichen werden. Einsparung von 12 Mio. DM.
— Bei der Nichtseßhaftenhilfe und bei der Förderung des sozialen Jahrs sollen noch einmal 12 Mio. DM eingespart werden.

Inzwischen wurden diese Beschlüsse dahingehend modifiziert, daß Studiengebühren erst ab Sommersemester 1988 erhoben werden und die „Fälligkeitsdaten" von Fach zu Fach unterschiedlich festgelegt wurden. Bei den Einsparungen im Hochschulbereich gibt es nun ein gestaffeltes System, bei dem die Unis selber entscheiden, in welchen Fächern gespart wird. Alle anderen Kürzungen bleiben erhalten.

GÖTTINGEN

27. Mai 1987

Kommentar

Göttingen hat gestern die größte Demonstration seit Jahren erlebt. Und die war nicht gewalttätig, wie mehr oder minder absichtsvoll befürchtet

Göttingen hat gestern die größte Demonstration seit Jahren erlebt. Und die war nicht gewalttätig, wie mehr oder minder absichtsvoll befürchtet

wurde. Sie war nicht verbissen, sondern selbstbewußt und eher fröhlich. Wer Göttingen aus Furcht vor einem blutigen Uni-Geburtstag bundesweit in die Schlagzeilen gebracht hat, hat zumindest überzogen.

Der selbstbewußte Widerspruch gegen die Landesherrlichkeit ist Tradition der Göttinger Universität. Gestern haben Studenten und Lehrer gemeinsam gegen Sparentscheidungen der Landesregierung protestiert. Auch eine Art, den Geburtstag der Georgia Augusta zu würdigen.

Die nächsten Wochen werden zeigen, welche Wirkung eine demokratische, also friedliche Demonstration in diesem Lande noch hat. Die Wiederaufbereitungsanlage wird nicht in der Nähe von Gorleben gebaut, weil die Regierung Albrecht das Projekt für politisch nicht durchführbar gehalten hat. Damals hat Albrecht sich nicht „dem Druck der Straße" gebeugt, sondern auf das (Wahl-)Volk gehört. Gut wäre, wenn die Signale des gestrigen Tages aus der Südprovinz in Hannover gehört würden, jetzt, und nicht erst, wenn Gewalt Ausrufezeichen hinter diskutable Forderungen setzt.

RAINER WIESE

Fortsetzung von vorheriger Seite

noch unter Polizeischutz servieren, wollte es wohl — besonders nach dem Desaster von Heidelberg — niemand darauf ankommen lassen, den Bundespräsidenten per prügelnde Polizeieskorte durch die blockierenden Massen zum Buffet zu manövrieren, zumal nachdem das Wort von den „Schnittchen, mit denen sich die Oberen quasi auf Pump von unseren Studiengebühren die Plautze vollhauen" die Runde machte. Ein letzter Versuch zur Rettung des Festaktes war wohl der Versuch des Ministerpräsidenten, mit dem AStA ein Gespräch zu führen, das aber abgelehnt wurde.

Was Landesregierung und Unileitung tatsächlich von der Bewegung fürchteten, konnten die Demonstrationsteilnehmer/innen am 26.5. in Göttingen beobachten: So ist Göttingen ja einiges gewohnt an Polizeipräsenz, aber solche Polizeimassen hat es hier wohl bisher nicht gegeben. Schweres Gerät und Ausrüstung befanden sich an allen möglichen Aufmarschplätzen und hinter den Häuserzeilen. Sichtbar wurde vielleicht die Hälfte der eingesetzten Beamten mit Helm und kurzem Schlagstock, diese Hälfte stand allerdings an allen möglichen kritischen Orten, und daß die Polizei deren viele findet, kann man/frau sich ja denken. Charakteristisch für die Entwicklung der Bewegung ist, daß einer Konfrontation wie auch immer — sei es mit den Professoren, der Polizei oder andern Vertretern der Herrschenden — bisher aus dem Weg gegangen wurde, und zwar von allen Seiten. Im Ergebnis werden Fantasiefülle und Friedfertigkeit der Aktionen in den höchsten Tönen gelobt (siehe Kommentar der örtlichen Zeitung), während sich bei der Landesregierung nichts bewegt hat.

Die Landesregierung hat nun einmal wieder eine Gelegenheit vertan, der unwiderlegten These „Nur durch Putz wird in diesem Land etwas verändert" den Boden zu entziehen.

Was nun?

Was tun mit der Masse der Bewegten? fragt sich derzeit die Linke. Folgende Kritik wird laut:

— Ein Großteil der Studentenbewegung 1987 sei in seiner Art ständisch und reaktionär, hätte nur die Studiengebühren im Kopf und schere sich einen Dreck um die anderen Betroffenen. Die Linke könne trotz größter Anstrengungen mit ihren Inhalten nicht landen, unter ihren Aufrufen könnten auch RCDS und Korporierte mitmachen. Die Linke mache die ganze Rödelarbeit, Inhalte blieben dabei auf der Strecke.

Konsequenterweise wird daher von den bisherigen Aktionsformen Abstand genommen, da diese der inhaltlichen Arbeit wohl abträglich gewesen seien. Tatsächlich ist es der Linken bisher auch kaum gelungen, andere politische Fragen in die Streikdiskussion einzuführen. Versuche in dieser Richtung sind allerdings auch nur sehr wenige und zudem sehr zaghaft unternommen worden (zum Teil wegen der Angst, den Grundkonsens damit in Frage zu stellen), bzw. reduzierten sich auf das zum Teil gebetsmühlenhafte Vortragen der Zusammenhänge der Sparbeschlüsse mit dem Kapitalismus (wobei der Verweis auf die anderen Betroffenen von der Sache her nicht mehr als ein moralischer Appell sein kann, denn die Solidarität hat ja keine praktische Seite, weil Sozialhilfeempfänger/innen, Penner etc. keine eigenen Widerstandsformen entwickeln).

Auch müßte innerhalb der Linken diskutiert werden, ob und wie auf der Aktionsebene die Konfrontation mit den Regierungsverantwortlichen verschärft werden könnte. Der Widerspruch zwischen dem Lob der Presse an die Demonstranten einerseits, der Zufriedenheit mit den gelungenen Aktionen bei den Studenten/innen andererseits und demgegenüber, daß sich an den Kürzungsbeschlüssen faktisch nichts geändert hat — dieser Widerspruch schreit ja geradezu nach Ausbruch gleich einer explosiven Mischung, die gezündet werden muß.

Wie könnte es gelingen, die Schwelle von der allgemeinen Empörung zu einem kämpferischen Bewußtsein „wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" zu überschreiten? Wie kann die Erfahrung vermittelt werden, daß wir nur gegen die Landesregierung etwas erreichen, wie kann diese Erfahrung auch sinnlich gemacht werden? Niemand sieht gerne ein, daß er/sie kämpfen muß, um etwas zu erreichen: Das ist eine schmerzliche Erkenntnis. Aber es ist die Aufgabe der Linken, eine Bewegung genau auf diese Erfahrung mit der Nase zu stoßen.

Bei all' der Ausgepowertheit der Aktiven zur Zeit ist die Versuchung sehr groß, in die eigenen Zirkel zurückzukehren, neue Flugblätter mit alten Weisheiten zu schreiben und die Bewegung abzutun. Der alte Spruch „Wir gehen nicht durch unsere Niederlagen zugrunde, sondern durch die Kämpfe, die wir nicht führen" gilt nicht nur für die Bewegung, er gilt in diesem Fall vor allem auch für die Linken und ihre Aufgaben in der Bewegung.

KB Gruppe Göttingen



Eliteförderung braucht das Land

Eliteförderung braucht das Land

— Schulpolitik von CDU und SPD —

Seit diesem Frühling ging und geht es heiß her an den Schulen wie an den Konferenztischen der Kultusministerkonferenz (KMK) und in den Hinterzimmern der Geheimdiplomatie. Anlaß ist ein von CDU/CSU vorgeschlagenes Paket von Änderungsmaßnahmen, die die gymnasiale Oberstufe betreffen. Die Kursbelegungs- und Einbringungspflichten (1) sollen verschärft, die Grundkurse sollen gegenüber den Leistungskursen höher gewichtet werden. Dazu kommt, daß die Schüler und Schülerinnen des Nordrheinwestfälischen Modellversuchs Kollegschule, die gleichzeitig eine Berufsausbildung und das Abitur machen, statt wie bisher drei nun vier Jahre an der Schule bleiben sollen. Außerdem sollen für alle Schulen, die zur Hochschulreife führen, die Prüfungsinhalte enger und bundeseinheitlich gefaßt werden, ein erster Schritt zum Zentral-Abitur.

Jede Verschärfung für sich genommen isteher gering, als ganzes aber scheint von ihnen der weitere Bestand dieses Bildungssystems abzuhängen — so jedenfalls gebärden sich die Kontrahenten in dieser Auseinandersetzung, die in der ersten Runde die Fronten abgesteckt haben. Die CDU/CSU spielte sich als Retterin „*einer breiten Grundbildung und damit einer allgemeinen Studierfähigkeit*" (1a) der Gymnasiasten auf. Die SPD hingegen gebärdet sich als Retterin der Bildungsreform vom Anfang der 70er Jahre. Und alle handeln sie natürlich im Interesse der Schüler und Schülerinnen. Die aber vertrauen seit diesem Frühjahr nicht mehr den Politikern und gingen auf die Straße, bestreikten oder besetzten sogar ihre Schule. Die zweite Runde der Auseinandersetzung eröffneten die Schülerinnen und Schüler in Hamburg am 11. Mai mit einer Aktionswoche. Höhepunkt dieser zweiten Runde wird das Show-down auf der KMK am 11./12. Juni sein.

Um die CDU/CSU-These von der „mangelnden Studierfähigkeit" wissenschaftlich zu untermauern, wurde im Frühjahr 87 noch schnell eine Untersuchung durchgeführt, die feststellt: „*Rund 70 Prozent der Professoren und der Studienräte sowie etwa 60 Prozent der Studenten beklagten, daß zuwenig an gründlicher Allgemeinbildung (im Gymnasium) vermittelt werde. Kritisiert wird, präzisierend, daß die 'Bewahrung und Weitergabe kultureller Werte' zu kurz komme.*" Na bitte, so hat es die CDU/CSU gerne. Aber: „*in diesem speziellen Punkt äußern sich allerdings die Lernenden deutlich zurückhaltender als die Lehrenden.*" Ob sie ihr Studium mehr von überfüllten Seminaren als von mangelnder Allgemeinbildung beeinträchtigt sehen, wurden die Studenten dann auch lieber gar nicht erst gefragt. Vetrauen auf diesen Rückhalt unter den Lernenden mag die CDU/CSU nicht, zumal die Studenten eine klare Absage an die „*Auslesefunktion des Gymnasiums*" erteilen. Sie ist bemüht, ihre Forderungen nicht als Wende, sondern als Fortschreibung zu verkaufen und bezeichnet die Verschärfungen als „*Konkretisierung bzw. Änderung der Vereinbarung über die neugestaltete gymnasiale Oberstufe*" (3).

Die SPD vermied zunächst, an diesem Punkt zu polarisieren und die CDU/CSU-Verschärfungs-Vorschläge als das zu benennen, was sie sind. Im SPD-Jargon heißt das: „*der Unionsseite mit 'hoher Konsensbereitschaft' zu begegnen*" (4). So reisten der Bremer Bildungssenator Franke und der saarländische Kultusminister Breitenbach in geheimer Mission durchs Land um ihren CDU/CSU-Kollegen eben diese „hohe Konsensbereitschaft" zu bekunden. Damit auch ja keiner aus der Reihe tanzt, wurde am 30. Januar, eine Woche vor der KMK, auf einem ebenfalls geheimgehaltenen Treffen der fünf SPD-Kultusminister diese Marschroute festgeklopft. Doch der Opportunismus nützte nichts, die Unionsländer ließen mit einem knallharten Forderungskatalog die KMK am 5./6. Februar platzen. Auf der nächsten KMK am 2./3. April zeigte sich diesmal Franke trotzig, war sein Entgegenkommen doch so übel belohnt worden. Und auch Hamburgs Schulsenator Grolle mochte sein tags zuvor 10.000 Schülerinnen und Schülern gegebenes Versprechen „hart zu bleiben" nicht gleich am nächsten Tag brechen. So wurde das Problem erst einmal in den Schulausschuß vertagt. In Hamburg konnte die SPD mit Grolle Wählerstimmen einfahren, umso leichter wird es dann auf der nächsten KMK im Juni, umzukippen und einen faulen Kompromiß zu schließen. So wie 1983 ein ähnliches Verschärfungspaket für die gymnasiale Oberstufe gegen die Anerkennung des Gesamtschulabiturs „getauscht" wurde, bahnt sich heute ein Tauschhandel „Kollegschule gegen Abiverschärfung" an.

Erst die Schülerinnen und Schüler mußten kommen, um das Verschärfungspaket der CDU/CSU als das zu benennen, was es ist: Abi Deform. Sie wollen sich ihre Bildungschancen nicht noch weiter einschränken lassen und gehen auf die Straße. Dabei stilisieren sie jedoch ihren Kampf gegen die Abi-Deform zur Entscheidungsschlacht schlechthin hoch. Bisherige Verschärfungen werden verniedlicht. So schreibt beispielsweise die Hamburger Schülerkammer (von SDAJ und Jusos dominierte offizielle Vertretung der Hamburger Schülerinnen und Schüler) in ihrer Klassensprecherzeitung zur 1983 in Hamburg eingeführten APOgyO (Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe), sie betreffe „*nur die Abiturprüfungsbedingungen*". (5)Fakt ist, daß die APOgyO zahlreiche Verschärfungen der Einbringungs- und Belegungspflichten und der Versetzungsbestimmungen enthält, ähnlich der Abi-Deform. In der Klassensprecherzeitung heißt es jedoch: „*Es ist offensichtlich: Im Gegensatz zur APOgyO geht Abi-Deform an die Fundamete der gesamten Oberstufe!*"

Die Schüler- und Schülerinnenbewegung „läuft" also, und die „Schülerfunktionäre" aller Couleur freuen sich, ist ihnen nach langem Ausharren doch endlich wieder eine Existenzberechtigung und Selbstbestätigung beschieden. Gerne werden da die vergangenen Niederlagen, die vielen durchgesetzten Verschärfungen vergessen. Läßt sich in Hamburg in einigen Streikaufrufen noch eine wenn auch sanfte Kritik an Grolles APOgyO finden, so ist die Forderung „*Hamburg soll den Anfang machen! APOgyO vom Tisch — Bildungsreform statt Abi-Deform!*" (6) schnell ausgehöhlt. Am Streiktag ist es dann soweit, daß Grolle himself vor den streikenden Schülerinnen und Schülern verkünden darf, er stehe standhaft auf ihrer Seite. Und die Schüler — applaudieren.

Dabei gäbe es genug zu beklagen an Verschärfungen, an denen die SPD (mit)gebastelt hat. 1979 führte sie in Hamburg z.B. den Zeugniserlaß ein, der die Versetzungsbestimmungen verschärfte und die traditionellen Hauptfächer faktisch wieder einführte. Anfang der 80er zog sie den Schulentwicklungsplan, der zahlreiche Sparmaßnahmen enthielt, zunächst aufgrund starker Schülerinnen- und Schülerproteste zurück, um ihn dann unter anderem Namen scheibchenweise durchzuziehen. Bereits ein Jahr vor der bundesweiten Schüler-BAFöG-Streichung wurde das Hamburger „Erziehungsgeld" für Zehntklässler gestrichen. 1983 wurde besagte APOgyO eingeführt und sollte im Herbst 1986 noch einmal verschärft werden. Sie wurde aufgrund von Schülerprotesten um ein Jahr verschoben. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Und jetzt, ein halbes Jahr nach der letzten Verschärfung, kämpft die SPD plötzlich auf der Seite der Schüler?

„Notwendige Expansion und notwendige Begrenzung ..."

So weit liegen SPD und CDU/CSU bei der Bestimmung der Marschroute ihrer Bildungspolitik nicht auseinander. Die „linken" SPDler, die Anfang der 70er mit echtem Reformwillen an die Neugestaltung des Bildungssystems gegangen sind, stehen heute vor der Alternative, sich entweder den „Sachzwängen" zu beugen und rechte Politik mitzutragen, oder aus der SPD auszusteigen. Je mehr die Umstrukturierung des Bildungssystems zu spüren ist, umso schwieriger wird es den in der SPD verbleibenden ihre rechte Politik mit linken Inhalten zu verkaufen.

Die CDU/CSU hat es da leichter. Sie übernahm 1982 die faktische Politik von der SPD bruchlos, schmiß dafür das ganze reform-ideologische Gedöns über Bord und verpaßte ihrer Politik eine offensive Ideologie. Aus „Chancengleichheit" wird „Chancengerechtigkeit". Denn, so Strauß in einer Rede am 30.1.83: „*Die Forderung nach Chancengleichheit würde zuerst eine 'Reform am lieben Gott' erfordern, da die Menschen nicht gleich seien*" (10).

„... Begabtenförderung im Sinne einer Eliteförderung"

Nicht die Klagen der Uni-Profs über mangelnde Studierfähigkeit bewegen die CDU/CSU, sondern die Klagen von Kapitalisten über mangelnde Führungsfähigkeit und -bereitschaft des jungen Elitenachwuchses. Wie z.B. die Klage des Ex-Flick-Managers und Spendenverschiebers E. v. Brauchitsch, geäußert im November 80: es „*sollte die Begabtenförderung im Sinne einer Eliteförderung wieder die ihr zustehende Bedeutung erhalten.*" Denn er fürchtet um den Führungsnachwuchs: „*Die 80er Jahre werden den Hochschulabsolventen der Wirtschaftswissenschaften mehr und besseres Führungsverhalten abverlangen.*" Und: „*Die gegenwärtigen Fähigkeiten auf diesem Gebiet sind bei den meisten Jungakademikern unzureichend ausgebildet.*" (11)

Die Kapitalisten wollen auf der einen Seite eine kleine Führungselite heranbilden; auf der anderen Seite wird, um dieses Vorhaben durchzuführen, der Mehrzahl der Jugendlichen der Weg zu mehr Bildung verbaut, wird das Bildungssystem in kleinen Schritten, aber konsequent umstrukturiert:

1. **Finanziell**. Das nach sozialen Gesichtspunkten verteilte BAFöG wird zugunsten einer an Leistung gebundenen Eliteförderung umgeschichtet. Im Jargon des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) heißt das: „*Zu mehr eigenverantwortlichen Bildungsentscheidungen trägt auch eine Beteiligung an den Ausbildungskosten bei.*" Denn „*das Bundesausbildungsförderungsgesetz führte in der Vergangenheit zwangsläufig zu kapazitätsunabhängiger Nachfrageausweitung ohne Rücksicht auf Beschäftigungsmöglichkeiten. Deshalb ist die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen ein richtiger Ansatz, eigenverantwortliche Bildungsentscheidungen zu stärken.*" (12)

Da kommt Freude auf: Wer sein BAFöG als Darlehen bekommt, wird „eigenverantwortlich" zusehen, daß er was studiert, wo's hinterher viel Geld zu verdienen gibt. So heißt es im Parteitagsbeschluß der CDU von 1980: „*Die knapper werdenden öffentlichen Mittel sind bevorzugt dort einzusetzen, wo die Empfänger nach Leistungsfähigkeit und Leistungswillen einen solchen Einsatz gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine so verstandene Heranbildung von Eliten muß als Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.*" In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde eine solche Eliteförderung in die Tat umgesetzt. (13)„*In Baden-Württemberg sind nur 15% der Jahrgangsbesten, in Bayern die 20% Jahrgangsbesten förderungsberechtigt. In Rheinland-Pfalz setzt die Gewährung von Begabtenförderung voraus, daß der Schüler 'durch hervorragende Leistungen eine Förderung rechtfertigt und sich nach seiner gesamten Persönlichkeit ihrer würdig erweist'.*" (15)

Flankiert wird diese Förderung durch die „Hochbegabtenförderung". Dazu gab das Bundesbildungsministerium 1985 den Ratgeber „Begabte Kinder finden und fördern" heraus. Im Ankündigungstext heißt es: „*Die intensive Förderung der Begabten ist eine pädagogische und gesellschaftspolitische Aufgabe mit hohem Stellenwert*" (16), denn — so der Ratgeber — „*Sie sind es schließlich, die die führende Position in Wirtschaft und Wissenschaft, Politik und Kultur einmal übernehmen sollen. Je kompetenter diese Posten besetzt sind, desto besser für die Gemeinschaft.*" (17) Und es bleibt nicht nur bei schönen Worten: „*Das Bundesbildungsministerium gibt mittlerweile über drei Millionen DM im Jahr für Leistungswettbewerbe aus, der Anteil von Schülerinnen und Schülern auf Privatschulen hat sich von 1980 bis 1985 von 4,5 Prozent auf 5,6 Prozent gesteigert. In Baden-Württem-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

berg gibt es Zusatzkurse, in Rheinland-Pfalz gar D-Zug-Klassen, die die 7. bis 10. Klasse in zusammen drei Jahren durchlaufen sollen. In Niedersachsen steht mit der privaten Jugenddorf-Christopherus-Schule in Braunschweig eine Internatsschule für angeblich 'Hochbegabte' mit mehr Pflichtfächern und scharfen Aufnahmeprüfungen.'' (18) Auch Grolle rühmt sich seiner Hochbegabtenförderung durch Leistungswettbewerbe und erwidert im Mai 87 auf den CDU-Vorwurf, Hamburg fördere den Leistungswillen zu wenig: *„Im Wettbewerb der Länder nimmt Hamburg in etlichen Leistungssparten eine Spitzenstellung ein. (...) Die Wettbewerbsergebnisse (...) zeugen von Leistungswillen und Leistungsförderung weit über das gewohnte Maß hinaus. Zur Schule gehört Leistungsbereitschaft — in Hamburg macht sie vielen sogar Freude.''* (19)

2. **Inhaltlich.** Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, die Neuen Technologien als „Sicherer des Wohlstands'' zu akzeptieren und wieder Disziplin und Ordnung üben. So mischt sich der BDI im Februar 87 mit einer Broschüre in die bildungspolitische Diskussion ein: *„Technischer Fortschritt kann sich aber in einem Land auf Dauer nur durchsetzen, wenn er als Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen nicht nur anerkannt, sondern auch gewollt wird.''* Schüler und Schülerinnen sollen also die Computerisierung und Rationalisierung mit all ihren Folgen nicht nur passiv hinnehmen, sondern auch noch aktiv unterstützen.

Die Folge solcher Forderungen ist eine wahre Computerschwemme, mit der die deutschen Schulen überzogen werden, dem BDI ist das natürlich noch zu wenig. Möglichst früh und möglichst alle sollen den Computer akzeptieren lernen. Daß das in der Schule vermittelte „Wissen'' im späteren Berufsleben nicht viel nützt, weil es nicht aktuell genug ist, geben die Kapitalisten indirekt selbst zu, wie z.B. Phillipsvorsitzender Dr. Lorenz: *„In fünf Jahren werden 50% der heute produzierten Produkte durch neue ersetzt sein. Die Innovationsrate scheint ungefähr konstant zu bleiben, und wenn wir das einmal auf eine Lebensarbeitzeit hochrechnen, dann bedeutet das, daß in einem Arbeitsleben drei bis vier mal neu zu lernen ist, neu zu verstehen ist.''* (21) Eine Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft bei 161 Datenverarbeitungs-Anwendern kommt folgerichtig zu dem Schluß, daß *„das Vertrautmachen mit der Bedienung der Tastatur, die Arbeit mit fertigen Programmen, die Einführung in typische Arbeitsgebiete und die Förderung der Akzeptanz''* (22) in die Lehrpläne gehört. In den Schulen kann nur eine Grundakzeptanz geschaffen werden, damit später im Betrieb der Computerarbeitsplatz akzeptiert wird.

Gerade in Verbindung mit der Forderung nach „modernem'' dem „technischen Wandel Rechnung tragenden'' Unterricht wird auch das in die Köpfe prügeln von „neuen'' Werten gefordert. Der BDI: Es „ist in der Bildung der Grundstein für die geistig-moralische Bewältigung dieses Wandels zu legen. (...) Erziehungsaufgabe muß vielmehr sein, Kindern und Jugendlichen die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vermitteln. Um die anstehenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft meistern zu können, muß die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung, zum bewußten konstruktivem Handeln (...) frühzeitig entwickelt werden.'' (23)

3. Strukturell. Durch Verschärfen von Abwahlmöglichkeiten und Versetzungsbedingungen usw. sollen immer weniger das Abi schaffen. Dem Rest soll die Hauptschule durch deren „Aufwertung'' schmackhaft gemacht werden. So fordert auch hier von Brauchitsch, die „Qualitätsnormen'' für die Hochschulreife neu festzulegen. *„Notwendig wäre eine stärkere Aufwertung der Allgemeinbildung, der Grundfächer, der mathematisch-naturwissenschaftlichen''.* (27) Noch konkreter wird der „Bundesverband der Deutschen Industrie'' (BDI) in einer von ihm 1981 herausgegebenen Broschüre: *„Um die Leistungsfähigkeit der gymnasialen Oberstufe zu erhöhen spricht sich der Bundesverband der Deutschen Industrie für folgende Maßnahmen aus: (...) In den Jahrgangsstufen 12 und 13 sollte ein für alle Schüler verbindlicher Kanon von Unterrichtsfächern festgelegt werden, die kontinuierlich belegt werden müssen und unter denen Deutsch, Mathematik, zwei naturwissenschaftliche Faächer und Fremdsprachen (zumindest Englisch) angemessen vertreten sind.''* (28)

Wenn nur wenigen ein Studium ermöglicht werden soll, muß dem Rest der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern die Hauptschule und die Realschule schmackhaft gemacht werden. Der BDI: Es muß *„in Zukunft gelingen, die Jugendlichen und ihre Eltern davon zu überzeugen, daß eine gute Hauptschulausbildung ein sicheres Fundament für die berufliche Aus- und Fortbildung liefert. (...) Deshalb ist die Hauptschule so zu reformieren, daß sie die Chance erhält, gegenüber Realschule und Gymnasium ein eigenständiges Profil zu entwickeln.''* (19)



Wo eine Überqualifizierung hinführt, sagt uns Baden-Württembergs Kultusminister Mayer-Vorfelder: *„Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, daß derjenige, der irgendwas studiert hat und hinterher Kraftfahrer ist, daß der unzufrieden sein wird, ewig und drei Tage unzufrieden, mit dem was er tut. Daß aber ein Facharbeiter, der seine Erfüllung findet in dem Beruf, für den er ausgebildet ist, zufrieden sein wird auch in der Selbsterfüllung, die er findet in diesem Bereich.''* (32) F.J. Strauß ergänzt: *„Überqualifikation hat aber weitere, fatale Folgen, über die jahrelang geschwiegen wurde, nämlich die Halbbildung (...) (es) wächst die Zahl der Fehl- und Vorurteile so stark an, daß sie politische Bedeutung erlangen und sich bei Wahlen als Stimmabgabe für irrationale Bewegungen niederschlagen.''* (33)

Aber trotz aller Versuche, den Schülerinnen und Schülern auch den Rest von Widerstandswillen auszutreiben, ist eine Protestbewegung gegen die „Abi Deform'' entstanden. Vor einem halben Jahr war das noch die angepaßte „Wendejugend'', über die linke Lehrer verzweifelten und alte Schülerkämpfer am Stammtisch die Hände über dem Kopf zusammenschlugen. Mit denen war nichts los, die ließen sich alles bieten. Nur ein paar hundert Schüler demonstrierten im Herbst 86 in Hamburg gegen die ApogyO-Verschärfung. Heute klopfen die selben Leute Sprüche über „Paris, Madrid, ...''. Hamburg ist nicht Madrid, München nicht Paris, aber das Aufbrechen der Lethargie ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

ol.

Anmerkungen
(1) Die Pflicht, bestimmte Kurs-Zensuren in das Abiturzeugnis einbeziehen zu lassen
(1a) Positionspapier der CDU/CSU-regierten Länder zur KMK am 5./6.2.87, zitiert nach zwd 3/87, S.5.
(2) Untersuchung der „Hochschul-Informations-System GmbH" in Hannover, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Volkswagenwerk. Zitiert nach „Welt" vom 7.4.87
(3) Positionspapier der CDU/CSU, a.a.o.
(4) zwd 3/87, S.3. Der „zweiwochendienst" ist ein SPD-naher Infodienst
(5) Klassensprecherzeitung 2/87, S.1 ff.
(6) ebenda
(7) entfällt
(8) entfällt
(9) entfällt
(10) F.J. Strauß, nach FR vom 31.1.83. Bericht über den Kulturpolitischen Kongreß der CSU
(11) von Brauchitsch, FAZ, 1.11.80
(12) Bildungspolitische Aufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft, BDI 2/87, S.12
(13) CDU-Jugendprogramm, nach SSB-Flugblatt zu Bafög (Nr.1)
(14) entfällt
(15) Kurzfassung einer Studie über die „Sozialen Folgen der Ausbildungsfinanzierung" im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung des DGB, nach zwd 1/87, S. 5 ff.
(16) Informationen Bildung Wissenschaft 7-8/85, S. 149, Hrsg. BMBW
(17) Begabte Kinder finden und fördern, Hrsg. BMBW, Juli 1985, S. 85
(18) Schwarzbuch Bildung, Hrsg. Bundesschülervertretung 1986, S. 75
(19) Aufsatz von Joist Grolle, in zwd 9/87, S. 20 f.
(20) entfällt
(21) Neue Technologien in der beruflichen Bildung — Ergebnisse einer Fachtagung des Berufsförderungszentrums Essen e.V., Hrsg. Norbert Meyer Köln 1984, S. 24 f
(22) Umfrage des IW bei 161 Datenverarbeitungs-Unternehmen und -Anwendern vom Mai 87, zit. nach „Welt" v. 7.5.87
(23) Bildungspolitische Aufgaben ..., a.a.O., S. 37
(24) entfällt
(25) entfällt
(26) entfällt
(27) von Brauchitsch, a.a.O.
(28) Zur Leistungsfähigkeit der gymnasialen Oberstufe — Ziele der Reform und ihrer Verwirklichung — Memorandum des BDI, Köln 16.11.81, S. 14
(29) Bildungspolitische Aufgaben, a.a.O., S. 15
(30) entfällt
(31) entfällt
(32) Rede Mayer-Vorfelders, a.a.O.
(33) Rede F.J. Strauß am 30.1.83 vor dem Kulturpolitischen Kongreß der CSU, zitiert nach Redemanuskript.

Großbritannien vor der Wahl:

Thatcher zum Dritten?

Am 11. Juni wählen die Briten ein neues Parlament. Premierministerin Thatcher hat diesen Termin vorfristig festgesetzt, weil eine Reihe gewonnener Kommunal- und Nachwahlen sowie stabile Meinungsumfragen günstige Voraussetzungen für einen erneuten Wahlsieg ihrer konservativen Partei signalisierten. Nach 1979 und 1983 steht also möglicherweise eine dritte Tory-Regierungsperiode, und damit die längste konservative Amtszeit, bevor.

Wurde der 83er Sieg von der sozialdemokratischen Labour-Partei und der übrigen Linken vielfach mit einem „Falkland-Bonus'' begründet, der eine tatsächliche Abstimmung über den „Thatcherism'' angeblich verunmöglichte, wird sich diesmal zeigen, ob acht Jahre Thatcher nicht doch tiefere Wurzeln in Great Britain geschlagen haben.

„Power to the People" (Thatcher Wahlslogan)

In diesen acht Jahren haben die Tories ein Programm durchgezogen, das dem Inhalt und der Durchsetzungsweise nach in Westeuropa ohne Beispiel ist. Die Privatisierung staatlicher Betriebe und Dienstleistungsbereiche, Programmpunkt fast aller konservativen Parteien, ist unter Thatcher weitgehend verwirklicht worden. Gasversorgung und Fernmeldewesen wurden genauso privatisiert wie das Nordseeöl und „British Airways''. Wenn, wie im Tory-Wahlmanifest '87 angekündigt, auch noch die Wasser- und Stromversorgung verkauft wird, hat sich der britische Staat aller „positiven'' Dienstleistungsbereiche entledigt.

Zur umfangreichen „Entstaatlichung'' der Thatcher-Ära gehörte (und gehört) neben der Privatisierung die systematische Liquidierung der traditionellen Industriezweige. Der Niedergang der Bergbau-, Kohle-, Stahl-, Schiffbau- und Druckindustrie, der im wesentlichen ohne „soziale Abfederung'' oder gar Ersatzarbeitsplätzen vonstatten ging, hat zu einer rasanten Verelendung der entsprechenden Industrieregionen geführt. Der Norden der Insel, die Regionen jenseits der berüchtigten Bristol-Norwich-„Grenze'', mit Städten wie Liverpool, Manchester oder Glasgow bietet seinen Bewohnern kaum noch eine gesicherte Existenz. Dort lebt auch der Großteil der 3,2 Millionen Arbeitslosen (die „Dunkelziffer'' ist allerdings erheblich höher). Daß die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger usw. von einer künftien Tory-Regierung nichts zu erwarten haben, ist in Britannien völlig unumstritten, würden doch staatliche Eingriffe in diesem Bereich den „schleichenden Sozialismus'' (Thatcher) vergangener Labour-Regierungen wiederbeleben und der ‚Entstaatlichung' entgegenstehen.

Weniger staatliche Zurückhaltung zeigten die Tories bei der Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte und Spielräume. Mit den Gesetzen von 1980, 82 und 84 hat die konservative Regierung eine umfassende Reglementierung und staatliche Kontrolle der Gewerkschaften — von veränderten Wahl- und Urabstimmungsmodalitäten bis hin zur möglichen Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens — erreicht. Die beiden großen Abwehrkämpfe, der Bergarbeiter- und der Druckerstreik, die in deprimierenden Niederlagen endeten, symbolisierten drastisch, daß die Thatcher-Regierung auch bei Verlust des „sozialen Konsenses'' willens und fähig ist, ihr „Umbauprogramm'' durchzusetzen.

Wie nachhaltig die ehemals bedeutenden britischen Gewerkschaften durch die kontinuierliche Tory-Offensive demoralisiert sind, zeigte sich anläßlich des Druckerstreiks, als Mitglieder der Elektriker-Gewerkschaft Streikbrecherjobs übernahmen, was innerhalb des Gewerkschaftsdachverbandes weitgehend ungeahndet blieb.

In der Verteidigungspolitik bewegte ich Thatcher schon eher in der Kontinuität britischer Politik. Enge Einbindung in die Nato, besonders gute Beziehungen zu den USA (v.a. was die übrige Außenpolitik betrifft) und natürlich das eigene Nuklearpotential. Die Thatcher-Regierung hat intensiv die Modernisierung der U-Boot-gestützten strategischen Atomraketen (Polaris) betrieben. In den 90er Jahren soll Polaris gegen das Trident-System ausgetauscht werden, das auf vier U-Booten mit je sechzehn Raketensilos stationiert werden und aoht atomare Sprengköpfe (bei Polaris zwei) tragen soll. Das erste U-Boot des „Trident-Programms'' befindet sich bereits in Bau, ein weiteres soll nach der Regierungsplanung diesen Sommer in Auftrag gegeben werden.

Zurück zu „Papas Armee"?

Die „Verteidigungs''politik ist der am heftigsten umstrittene Punkt im laufenden Wahlkampf. Die oppositionelle (sozialdemokratische) Labour-Party fordert in ihrem Wahlmanifest „Britain will win'' den Ausstieg Britanniens aus dem „nuklearen Club'', die Streichung des Trident-Programms und den Ausstieg aus Polaris. Zudem soll eine künftige Labour-Regierung bei den Vereinigten Staaten um den Abzug der US-Nuklearpotentiale nachsuchen. Absichtserklärungen, die für die Tories und die sozialliberale „Alliance'' (drittstärkste Partei) unpatriotischem Kapitulantentum gleichkommen. So mußte sich Labour-Spitzenkandidat Neil Kinnock vom Alliance-Chef Owen fragen lassen, ob er nicht wisse, was während der „Iwan-Besatzung'' Berlins mit den Frauen geschehen sei. Ein „Zurück zu Papas Armee'', so Owen, biete keinen Schutz vor einem sowjetischen Einmarsch, der als durchaus möglich behauptet wird. Und Thatcher warf Labour vor, mit dem Verzicht auf Nuklearwaffen eine Guerilla-Armee einführen zu wollen.

Keine Chance für die Linke

Mit Ausnahme der „Verteidigung'' bietet das Labour-Wahlmanifest wenig Konfliktstoff. Mehr Bobbies und Parkwächter gegen Kriminalität, mehr Beschäftigungsprogramme und Bildung zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Viele Linke hatten sich den von der Labour-Führung mit reichlich Pathos ausgerufenen „Kampf gegen den Thatcher-Extremismus'' auch programmatisch entschlossener vorgestellt. In der für Labour besonders brisanten Frage der Gewerkschaftsgesetzgebung z.B. hat man sich bewußt nicht auf die Aufhebung der Gesetze festgelegt.

Ein Zuück nach „vor '79'' wird es weder in dieser noch in anderen zentralen Fragen geben. Neil Kinnock, seit '83 Parteichef, hat dies in den vergangenen Jahren immer wieder beteuert. Auch der Gewerkschaftsdachverband TUC hat sich mit der gegenwärtigen Situation abgefunden. Auf dem TUC-Kongreß '86 wurden alle Anträge, die zu Verhältnissen vor '79 zurück wollten, klar abgelehnt. Linke Gewerkschafter wie Arthur Scargill sind derzeit fast gänzlich isoliert und haben Schwierigkeiten genug, ihre eigenen Einzelgewerkschaften vor größeren Spaltungen zu bewahren.

Für die britische Linke, die sich nach wie vor hauptsächlich in, an und um Labour orientiert und dort zahlreiche Fraktionen, Gruppen und „Tendenzen'' unterhält, ist das Wahlmanifest eine kalte Dusche. Jener Teil der Labour-Linken, der sich in den vergangenen Jahren verstärkt den „neuen sozialen Bewegungen'' geöffnet hat, wird öffentlich und auch innerparteilich für das negative Labour-Image und diverse Wahlniederlagen verantwortlich gemacht, „Loony-left'' (übergeschnappte Linke) ist zum stehenden Schimpfwort für diese Richtung geworden, die mit ihrer angeblichen Orientierung auf „Randgruppen'' den Normalwähler verschrecken. Das endgültige Aus für „looney-left'' kam im Februar dieses Jahres, als die linke Kandidatin Deirdre Wood die Labour-Hochburg Greenwich bei einer Nachwahl verlor. Daß dieser Wahlkreis ausgerchnet an die rechte Labour-Abspaltung Social Democratic Party (SDP) ging, die zusammen mit der Liberalen Partei die „Alliance'' bildet, hat die Labour-Führung endgültig veranlaßt, von einem ‚left-wing''-Wahlkampf Abstand zu nehmen.

Dies ist um so bedeutsamer, als das britische Mehrheitswahlsystem (es gibt ausschließlich Wahlkreise, deren gewählte Direktkandidaten ins Parlament kommen; die für die unterlegenen Kandidaten/Parteien abgegebenen Stimmen zählen nicht) kleineren Parteien nicht den Hauch einer Wahlchance läßt und so erfolgversprechende linke/alternative Kandidaturen (vergleichbar den BRD-Grünen) ausgeschlossen sind. Wenn es um parlamentarische Einflußnahme geht, konzentriert sich die linke Hoffnung traditionell und fast zwangsläufig auf Labour.

Traditionell ist allerdings auch die Enttäuschung.

b., ra./Kiel

Quellen:
Wahlkampfmanifeste zitiert nach „The Guardian" vom 20. Mai. Sonst britische Presse und „New Statesman".

Innen- und aktuelle Antifapolitik

Thesen, vorgetragen auf einem Antifakongreß in St. Augustin

9. Mai: antifaschistische Konferenz in St. Augustin/Bonn. Veranstalter: Initiative „Gemeinsam gegen Neofaschismus" in Bonn, „Forum gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, Rhein-Sieg-Kreis/Bonn", „Antifaschistische Initiative St. Augustin" sowie — als Finanzier und offizieller Gastgeber — die Stadt St. Augustin, vertreten mit einer Begrüßungsansprache ihres CDU-Bürgermeisters.

Ca. 200, hauptsächlich junge Menschen aus unterschiedlichsten Spektren der antifaschistischen Linken waren dem landesweiten Aufruf gefolgt, gegen die in letzter Zeit zunehmend militanten NS-Umtriebe in St. Augustin, in deren Folge inzwischen auch Todesopfer zu beklagen sein sollen, ein deutliches Zeichen zu setzen. Zu den Hintergründen und den Ergebnissen des Kongresses berichtet unsere Bonner Gruppe.

Im Namen des KB beteiligten wir uns — über die Vorbereitungen der örtlichen Gruppe hinaus — durch Vortrag der nachstehend abgedruckten Thesen zum Thema „Das Konzept der Bundesregierung seit 1982", in dem wir aktuelle Positionen zur antifaschistischen Politik zur Debatte stellten. Die Thesen erscheinen in den Nachbereitungspapieren zur Konferenz, die zugleich Vorbereitungspapiere für die Folgekonferenz am 14.11.87 in Bielefeld sind. Auf dieser Konferenz soll es eine spezielle AG zur Frage der „Wende" seit 82 geben, auf der die angerissene Kontroverse vertieft werden soll.

F.

These 1: Das Konzept

Das Konzept

Das Konzept und die konkrete Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition steht seit Amtsantritt '82 bis heute voll und ganz in Erbe und Kontinuität der von der SPD 68/9 eingeleiteten „Reform von oben", deren Ergebnis die Stabilisierung des „Modell Deutschland" war.

„Modell Deutschland", das ist das Modell des befriedeten parlamentarisch-demokratischen Sozialstaats autoritär-etatistischer Prägung, der auf dem Grundkonsens der klassenversöhnenden Zusammenarbeit von Kapital, DGB und Regierung beruht. Unter dem Motto „Modell Deutschland, Modell für Europa" machte die SPD/FDP-Koalition es seit Mitte der 70er zum westdeutschen Exportschlager Nr 1.

Politische Grundlinie dieses Modells ist die auf der Grundlage relativer sozialer Befriedung durchgeführte konfliktdämpfende Integrations-Politik gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger exemplarischer Isolation nicht integrationswilliger politischer, kultureller und ethnischer Minderheiten, deren Ausgrenzung und ggf. Zerschlagung, wie z.B. an der RAF exemplarisch demonstriert. Grundlage dieser Politik ist die relative soziale Befriedung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Diese Grundlinie drückt sich in Begriffen wie „Politik der Mitte" oder — im Bereich der „Inneren Sicherheit" — „Sicherung des inneren Friedens", „Deeskalationsstrategie" etc. aus.

Der bisherigen Kontinuität dieser Politik entspricht die bisherige Kontinuität der politischen Lager in der Wählerlandschaft der BRD. Seit Gründung der BRD, erst recht seit Mitte der 60er bis heute hat es keine extremen Lagerverschiebungen im politischen Verhalten der Gesamtbevölkerung, soweit es sich in den Wahlen ausdrückt, von links nach rechts oder von rechts nach links gegeben. Die Gesamtpotentiale des konservativen Lagers unter Einschluß der extremen Rechten wie auch des sozialdemokratischen unter Einschluß des linksradikalen sind vielmehr bisher im Großen und Ganzen gleich geblieben, konkret, haben sich rund um eine Größenordnung von 5% gegeneinander verschoben. Die CDU/CSU selbst schwankt um einen Mittelwert von 46% (bestes Ergebnis 1952: 50,2%, bisher schlechtestes 1987: 44,3%.)

Der Übergang von der CDU/ CSU-Regierung auf eine der SPD/ FDP in den Jahren 66-69 war so wenig ein Produkt eines Linksrutsches im Massenbewußtsein, wie 1982 der von der SPD/ FDP-Koalition auf die der CDU/ CSU/ FDP das Ergebnis eines Rechtsrutsches war. Es war vielmehr das Ergebnis entsprechender Kurs-Änderungen *von oben* mittels der FDP als koalitionsbildende Manövriermasse. Auch die Tatsache, daß die Republik demnächst wahlarithmetisch „schwarz" werden könnte, ist nicht etwa einem Rechtsrutsch in der Bevölkerung, sondern der Regierungsbildung von oben anzurechnen. Der in den Wahlen geäußerte „Volkswille" spielt bei den Regierungsbildungen offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle. Bei den Wahlen von 1969, wohlgemerkt also bei den Wahlen, in deren Ergebnis die Brandt-Regierung antrat, verfügte die CDU/CSU zusammen mit den damals beachtlichen Ergebnissen der NPD von 4,3% über eine rechnerische Mehrheit von 50,2%. Bei der von „Wende"-Theoretikern immer wieder ins Feld geführten „Rechtsverschiebung" von 1976 (48,6% CDU/CSU + 0,3 NPD) bis zum Antritt der „Wende"-Regierung 1983 (48,8 % CDU/CSU + 0,2% NPD) handelt es sich real um eine Steigerung von 0,1% für die Rechte — einschließlich der NPD! Bei der letzten Bundestagswahl kam die CDU/CSU zusammen mit den 0,6% der NPD auf ganze 44,9% der Stimmen. Dies deutet wohl eher auf einen Abbau von Wählersympathie für das rechte Lager. Aber auf die Regierungsbildung hat das ebenso wenig Einfluß wie die rechnerische Mehrheit für die Rechte 1969.

Von „Rechtsruck" in der Bevölkerung kann aktuell jedenfalls nicht die Rede sein, eher schon — wenn mensch das unterschiedlose Waschmittel-Niveau der Wahlaussagen und die hohe Wahlenthaltung bei den Bundestagswahlen (mit 84,3% die niedrigste seit 49) bedenkt — von zunehmender Nivellierung und Entpolitisierung.

vellierung und Entpolitisierung.



Foto: H. Wojahn

These 2: Die aktuelle Politik

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition seit '82 zugelassene innenpolitische Situation ist in einigen Punkten bisher sogar liberaler als die während der SPD/FDP-Regierungszeit — und sowieso als die unter damaliger CDU/CSU-eigener Regierung hergestellte des „Kalten Krieges" in den 50ern und 60ern.

Mensch denke zum einen an das KPD-Verbot und seine verheerenden Folgen für die demokratische Kultur der BRD 1956ff., zum andern an die Terrorismus-Hysterie und K-Gruppen-Hetze mit ihrem Höhepunkt im „Deutschen Herbst 77". Etwas Vergleichbares hat die CDU/ CSU/ FDP-Koalition seit ihrem Antritt bis heute nicht aufzuweisen.

Mensch denke andererseits an die parlamentarische Realität der GRÜNEN als mögliche neue reformistische Kraft, mit der große, ja die größten Teile der Innovationspotentiale der APO als Erneuerungsschub in Staat und Gesellschaft der BRD integriert wurden und weiter werden. Auch die Integration der APO in Form der GRÜNEN ist nicht auf dem Mist der CDU/CSU-Politik gewachsen, sondern Ergebnis der sozial-liberalen Politik von „Zuckerbrot und Peitsche" seit 68/69, insbesondere der noch von der SPD/FDP-Koalition nach dem „deutschen Herbst" 77 wieder eingeleiteten relativen Liberalisierung. Selbstverständlich wird heute auch auf die GRÜNEN Druck ausgeübt — mensch denke an die aktuellen Kriminalisierungs- und Illegalisierungsdrohungen im Rahmen der Volkszählungs-Auseinandersetzung. Aber bisher zielen Drohungen mit der Kriminalisierung, gar dem Verbot der Partei wesentlich auf weitere Integration, nicht auf Zerschlagung der Organisation. Ein Verbot der GRÜNEN wäre bei der immer noch steigenden Popularität der GRÜNEN und gleichzeitiger Krise der SPD aus der Sicht der Herrschenden z. Zt. eine ziemliche Dummheit, die nicht erwünschtes Feuer aus der Asche relativer politischer Ruhe locken würde.

Unbeschadet dieses aktuellen liberal-konservativen Konzepts ihrer prakti-

Unbeschadet dieses aktuellen liberal-konservativen Konzepts ihrer praktischen Politik bemüht sich die CDU — und vor allem die CSU — selbstverständlich, die Regierungsgewalt für eine langfristige Umgestaltung im Sinne konservativer „Werterneuerung" zu nutzen. Im Kern heißt das: Versuch der Überwindung der „Wunde Hitler" durch weitere Verdrängung, um Raum für neues konservatives Gedankengut und eine neue Legitimation reaktionärer Großmachtpolitik etwa nach Art des in Kohls letzter Regierungserklärung geforderten Groß-Europäischen Patriotismus zu schaffen. Dies ist ja der Kern des konservativen Traums der „Mitte", der aber zu seiner Verwirklichung von dem Schatten Hitlers befreit werden muß. Hierhin gehört u.a. „Bitburg" ebenso wie der aktuelle sog. Historiker-Streit, d.h. die Versuche der Nivellierung der historischen Verantwortung des deutschen Faschismus für den 2. Weltkrieg, wie der des deutschen Kapitals für den Faschismus. Hierhin gehören allerdings auch Vorgänge wie der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Chaim Herzog, eine Geste der CDU/CSU-Politik, die es an populistischer Wirksamkeit in Sachen „Normalisieung" durchaus mit Brandts Kniefall in Warschau aufnehmen kann. Hierhin gehört auch die konservative Familienpolitik, das Rütteln am § 218. Hierhin gehört die privatisierende Bildungs-, die Asylpolitik usw. usf. Aber all dies geschieht eben i.d.R. bisher nicht in Konfrontation, sondern nach Möglichkeit in klassenübergreifender oder parteiübergreifender Kooperation, flankiert durch relativierende Maßnahmen (wie in der Familienpolitik z.B. die geplante Einführung eines Paragrafen gegen die Vergewaltigung in der Ehe), was ein konfliktumgehendes schrittweises Durchsetzen der jeweiligen Absichten erleichtern soll. Auf Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen.

These 3: Von Sonthofen nach Bonn

Die bisherige Politik der CDU/CSU als Regierungspartei ist wesentlich zurückhaltender und pragmatischer als ihre aus der Opposition seit 68/69 propagierte Linie, wie sie aus der 1974 bekanntgewordenen „Sonthofener Rede" von Strauß hervorging: Die

kanntgewordenen „Sonthofener Rede" von Strauß hervorging: Die

„Sonthofener Linie" setzte auf Zuspitzung der ökonomischen und politischen Krise mit allen Mitteln, einschließlich der Mobilisierung der äußersten Rechten in den Jahren 71 und 72 („Aktion W") als „Hilfstruppen" gegen den „Ausverkauf Deutschlands" seitens der SPD. Später folgten die Strauß-Drohungen mit der „4. Partei". Im Zuge der Propagierung einer „Politik der Mitte" setzt die reale Regierungspolitik dagegen bisher in der Hauptlinie auf Herunterspielen der Krise, auf Integration und zu diesem Zweck sogar auf exemplarische Illegalisierung einiger der wüstesten Spitzen der äußersten Rechten wie der NS-Organisations-Versuche eines Kühnen usw. Dem entspricht die Wandlung der aktuellen Selbstdarstellung der CDU/CSU von einer konservativen Kampfpartei des Kapitals zu einer Volkspartei. Dieser Wandel vollzog sich schrittweise entlang ihrer Niederlagen mit dem alten CDU/CSU-Kampfprogramm noch während der Oppositionszeit: Niederlage mit dem Mißtrauensvotum gegen die Ost-Politik Brandts 1972. Niederlage mit der direkt aus der Sonthofener Strategie begründeten Parole „Freiheit oder Sozialismus" im Wahlkampf '76. Niederlage von Strauß im Wahlkampf '80. Das Programm, mit dem die CDU/CSU/FDP-Koalition dann '82 die SPD ablöste, wurde von der CDU/CSU zwar noch als „Wende"-Programm verkündet, unterschied sich aber in seinen konkreten Vorhaben kaum noch von der realen Politik der SPD. — Der Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU bestand derzeit nicht mehr im konkreten politischen Konzept, sondern in der Durchsetzungsfähigkeit eines im wesentlichen gleichen Konzepts.

Die programmatischen, ideologischen und sozialen Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD waren damit nicht aufgehoben. Allerdings werden sie seitdem zunehmend nivelliert. Inzwischen ist die Nivellierung zwischen den Parteien auf der Linie der von der SPD seinerzeit eingeleiteten „Reform von oben" so weit vorangeschritten, daß die SPD selbst in der Opposition gegenüber der aktuellen CDU/ CSU/ FDP-Politik keine Identität mehr findet — wenn sie nicht nach links rückt, was sie offenbar z. Zt. nicht will.

Kurz gesagt: die '82 angekündigte „Wende" blieb bisher ein Propaganda-Coup, mit dem sich die CDU/CSU die für eine Mehrheit nötigen Stimmen von rechts sicherte. Vollzogen wurde die „Wende" bisher nicht.

These 4: Erneuerungswünsche von rechts

Spätestens auf der Hälfte der Legislaturperiode 83-87 begann die Rechte die ausgebliebene „Wende" einzuklagen. Im Wahlkampf '87 konnte sich die CDU/CSU nicht zur offenen Einbeziehung rechter und rechtsradikaler Positionen durchringen. Diesbezügliche Kontroversen zwischen Strauß und Kohl blieben unentschieden. Ergebnis: die NPD sammelte 0,6% der rechten Proteststimmen, die sich durch die CDU/CSU-Regierungspolitik nicht mehr vertreten sehen. D. h. nach einer Legislaturperiode von vier Jahren hat die CDU/CSU zugunsten einer Stabilisierung der „Mitte" gegenüber ihrem rechten Klientel an Integrationskraft eingebüßt, ist z. Zt. wie die CDU/CSU-internen Wahlauswertungen zeigen, auch nicht bereit, sich nach rechts zu öffnen. Vielmehr wird — mehr seitens der CDU, versteht sich, als seitens der CSU — das schlechte Ergebnis bei den Buntestagswahlen in der Union hauptsächlich auf das Verschrecken potentieller „Mitte"-Wähler durch die Rechts-Ausfälle von Strauß und Co. zurückgeführt und für die Zukunft eine konsequentere „Politik der Mitte" gefordert.

Das Bonner Wahlergebnis könnte sich als Trend in den kommenden Landtagswahlen fortsetzen. Erfolge der Republikaner in Bayern noch vor der Bundestagswahl, Bemühungen einer gemeinsamen Kandidatur von Frey und NPD in Bremen deuten darauf hin. Die „Formierung einer neuen Rechten" im Zuge einer allgemeinen Rechtswendung des politischen Klimas der BRD und einer allgemeinen Kräfteverschiebung aber ist das ganz sicher nicht. Zwar stimmt es, daß rechte Ide-

verschiebung aber ist das ganz sicher nicht. Zwar stimmt es, daß rechte Ide-

ologen aktiv an einer „Kulturrevolution von rechts" arbeiten, d.h. an einer ideologischen Erneuerung des rechten Lagers. Dies tun sie aber erstens bereits seit Mitte der 70er Jahre, nämlich genau seitdem die orthodoxe Neo-Rechte mit der CDU/CSU zusammen durch die SPD-Reformpolitik in die Krise kam. Zum zweiten ist die Absicht eines ideologischen Aufbruchs noch keine politische Realität im Sinne einer neuen Mobilisierungsfähigkeit. Was im rechten Lager gärt, ist ein ideologisches und politisches Potential für eine gesellschaftliche Eventualität, die denkbar, allerdings z. Zt. nicht absehbar ist. Die rechten Ideologen sind z. Zt. „Offiziere ohne Mannschaft", (wie Klaus Aresti sie im AK 281/282 genannt hat). D. h. nicht, daß sie ungefährlich seien. Aber ihre Gefahr liegt z. Zt. nicht in ihrem praktisch-politischen Einfluß, nicht in der angeblichen Formierung einer neuen rechten Bewegung, sondern in ihrer ideologischen Kaderfunktion, d.h. in dem Versuch, eine neue, zeitgerechte rechte Alternative zu dem verbrauchten NS-Schrott zu entwickeln, um die herum zum einen die eigenen Reihen ausgerichtet, zum andern der konservativen politischen Intelligenz Perspektiven angeboten werden können. Diese Versuche dürfen nicht unterschätzt werden, sondern bedürfen einer aufmerksamen Untersuchung und Auseinandersetzung — wesentlich mehr als das z. Zt. geschieht!

These 5: Der „doppelte Kohl"

Ein Bruch der aktuell verfolgten politischen Linie des „Modell Deutschland" ist bei Veränderung der Grundlagen der sozial-politischen Befriedungsstrategie, d.h. evtl. krisenhafter Zuspitzungen der politischen oder ökonomischen Grundsituation der BRD, prinzipiell selbstverständlich jederzeit möglich. Die entsprechenden staatlichen Apparate für eine solche Krisenbewältigung stehen mit den Notstandsgesetzen und dem hochzentralisierten Si-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

cherheitsapparat, wie er im „deutschen Herbst“ erkennbar wurde und wie er seitdem ständig „dynamisiert“ wird, sichtbar bereit. Auch in dieser Beziehung steht die CDU/CSU voll im Erbe der SPD wie in ihrer eigenen Kontinuität aus den 50er Jahren. Im „deutschen Herbst“ demonstrierte die SPD/FDP-Regierung am Modell der RAF, was die Essenz des „Konsenses der Demokraten“ zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaats unter dem Motto „wehrhafte Demokratie“ im Zweifelsfall heißt: rücksichtslose, auch Tote (die Landshut-Geiseln, die RAF-Gefangenen, Schleyer) in Kauf nehmende Durchsetzung der Staatsräson gegen Minderheiten als integraler Bestandteil der Befriedungspolitik gegenüber der Mehrheit. In Kalkar wurde diese Bereitschaft zum rücksichtslosen Einsatz des Unterdrückungsapparats auch gegenüber Massen demonstriert. Die CDU/CSU/FDP-Koalition fährt diesen Apparat heute nicht voll aus. Er steht ihr aber gemeinsam mit den SPD-regierten Bundesländern für jederzeitigen Einsatz voll zur Verfügung.

Im Sinn des von W.F. Haug (AK 280, S. 33) benannten „doppelten Kohl“, ist der sozial-konservative Pragmatiker Kohl wohl pinzipiell durchaus bereit und vielleicht sogar in der Lage ggf. zu Krisen- und Kriegspolitik überzugehen. Mindestens wäre seine Partei dazu bereit, wenn er selbst einen solchen Wechsel nicht schaffen sollte. Konkret allerdings sind derartige Entwicklungen erstens trotz aller Freiheiten der Herrschenden bei Regierungsumbildungen von oben nur über Machtumbrüche im herrschenden Block und Konfrontation nach unten möglich und zweitens für die kommende Legislaturperiode bei *normalem Gang der Dinge* nicht absehbar. Das Regierungsprogramm für die 2. CDU/ CSU/ FDP-Legislaturperiode versucht vielmehr Kontinuität und Stabilität des „Modell D.“ festzuschreiben. (siehe dazu AK 282, S. 30 ff.) Daran ändert auch der aktuelle Flip des Zimmermann-Ministeriums in Sachen Velkszählung nichts. Der dort riskierte Konflikt greift in keiner Weise in den klassenversöhnenden Grundkonsens des „Modells D.“ ein, sondern ist —
klassenversöhnenden Grundkonsens des „Modells D.“ ein, sondern ist —
daran gemessen — ein Randkonflikt. (Deswegen aber nicht weniger ernst zu nehmen zur Schaffung, bzw. Stärkung demokratischen Bewußtseins in der Bevölkerung).

Konkrete Untersuchungen, wo und ggf. womit und wie Regierungspolitik den bisherigen Konsens des „Modell D.“ verschiebt oder gar zu brechen beabsichtigt, sind notwendig, um Klarheit für politisches Handeln zu gewinnen. Spekulationen über angebliche „Wenden“, die real z. Zt. weder geplant sind, noch stattfinden, bewirken jedoch das Gegenteil, nämlich die Verbreitung von Einschätzungsnebeln, in denen weder die Bewegungen des politischen Gegners, noch die eigenen richtig bestimmt werden können.

These 6: „Wende“, ein Begriff der Verharmlosung

Die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition seit '82 als Wende zu bezeichnen, bedeutet, gleich in mehrfacher Hinsicht auf Tricks bürgerlicher Politik hereinzufallen:
— zum einen auf die Selbstlob-Propaganda der CDU/CSU, die ihre Fortsetzung der SPD-Politik selbstverständlich als originäre CDU/CSU-Erfindung verkaufen möchte, solange diese Politik erfolgreich ist;
— zum zweiten auf die Wiederbelebungs-Propaganda der SPD, die den Buhmann einer „schwarzen Republik“ und das Vergessen der „schwarzen“ Linie ihrer eigenen Politik in den 70ern braucht, um neben einer CDU/CSU, die die Erbin dieser Politik ist, als „kleineres Übel“ ein neues Profil zu gewinnen;
— zum dritten ist die Charakterisierung dessen, was die CDU/CSU an unbestreitbarer Fortschreibung von Verschlechterungen für das sozialstaatliche Versorgungsnetz oder in einigen politischen Fragen wie dem § 218 oder dem Asylrecht gebracht hat, als „Wende“ eine gefährliche Verharmlosung dessen, was eine „Wende“ im Sinne eines Abbruchs des aktuell klassenversöhnenden Grundkurses tätsächlich bedeuten würde. Ich will über die möglichen konkreten Formen einer solchen Entwicklung aber nicht spekulieren.



These 7: Gefahren neu vermessen! Beobachtung der rechten Erneuerungsversuche organisieren!

Antifaschistische Politik kann (entsprechend dem hier Gesagten) heute nicht darin bestehen, weiter gebetsmühlenartig die angebliche bisherige und die Gefahr einer kommenden „Wende“ durch die CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik zu beschwören.

Allererste Voraussetzung für die zeitgerechte Weiterentwicklung antifaschistischer Politik — ich denke, mensch liegt sogar trotz vielfältiger Aktivitäten richtig, von Wiederbelebung zu sprechen — ist heute: Mit Illusionen über die konkrete politische Situation und das, was auf uns zukommt, gründlich aufzuräumen, d.h. die Ausgangsbedingungen des Kampfes neu zu vermessen. Wir müssen analytisch aufarbeiten und in unseren Schriften klarmachen, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung bis heute in der vollsten Kontinuität der von der SPD seit Mitte der 60 eingeleiteten Politik steht, und was dies für eine Politik ist: eben eine autoritär-etatistische, z. Zt. liberal-konservative Stabilisierung des „Modell D.“. Das ist der aktuelle Ausgangspunkt zukünftiger gesellschaftlicher und staatlicher Veränderungen. Diese Analsyse beinhaltet auch die Beschreibung der Grenzen dieses Modells und der möglichen oder geplanten Grenzüberschreitungen sei-
Modells und der möglichen oder geplanten Grenzüberschreitungen sei-
tens der herrschenden Kräfte und die dafür geltenden Bedingungen.

Das beinhaltet über die Untersuchung der Politik der jetzigen Koalition hinaus auch eine Kritik der SPD, die seit 68/9 die Grundlagen für die jetzige Politik der CDU/CSU legte und sowohl als Opposition wie auch in den Länderregierungen ihren Vollzug heute ermöglicht. Ohne eine solche Kritik der historischen und aktuellen Verantwortung der SPD ist jedes Gejammer über „Wende“-Politik der CDU/ CSU/ FDP-Koalition nichts anderes als Hilfsarbeit zur Widerbelebung der verschlissenen SPD, und zwar zum Nulltarif auf Kosten demokratischer Substanz und der Entwicklung eigener Alternativen.

Angesagt ist auf dieser Grundlage des weiteren die Ausnutzung der aktuellen parlamentarischen (und zunehmend auch bürokratischen und finanziellen) Möglichkeiten der GRÜNEN für die Entwicklung und Umsetzung konsequent antifaschistisch-demokratischer Forderungen an die Adresse der bürgerlichen Parteien. Hauptsächlicher Adressat solcher Forderungen muß selbstverständlich die SPD sein. Auch aus der Verantwortung für praktische antifaschistische Politik darf sie nicht entlassen werden. Im Gegenteil ist Kritik an ihren diesbezüglichen Versäumnissen, Halbheiten und den von ihr selbst getragenen repressiven Maßnahmen zum eisernen Bestandteil antifaschistischer Politik zu machen. Mit Abwandlungen gilt die Notwendigkeit der Kritik auch gegenüber den GRÜNEN: Sie dürfen nicht aus dem Basisdruck entlassen werden.

Eine derartige Politik müßte sich entlang der Hauptkomplexe der bisherigen antifaschistischen Politik entwickeln, an einigen Punkten aber deutlich zulegen:

Erstens: Komplex „Nie vergessen!“ Das bedeutet wie bisher: Aufklärung und Mobilisierung gegen die Entlastung der Herrschenden durch das Schließen der „Wunde Hitler“, einschließlich aktiver antifaschistisch-demokratischer Erziehung. Hinzukommen aber muß die Auseinandersetzung mit den Versuchen der ideologischen Erneuerung autoritärer Staatsideologie im Zuge neuer Weltgeltungs-Strategien des (west)deutschen Imperialismus, Stichwort: Europa-Patriotismus. Darüberhinaus: Ökofaschismus, neue technische Herrschaftsutopien etc. pp.

Zweitens: Komplex „Eindämmung von Neofaschismus“. Auch hier wie bisher: Mobilisierung der öffentlichen Wachsamkeit gegen solche Gruppen, Forderung nach Verboten entsprechender Organisationen, ggf. aktive eigene Aktionen. Aber über das „Stiefelzählen“ hinaus muß mehr als bisher die Auseinandersetzung mit den politischen, den ideologischen und auch den kulturellen Inhalten gesucht werden, mit denen diese Kräfte vor allem bei jungen Leuten landen können.

Drittens: Komplex „Verteidigung demokratischer Rechte“. Es gilt wie bisher: Kampf gegen die Illegalisierung antifaschistischer Aktionen, generell: des außerparlamentarischen Widerstands. Der Kampf gegen die Einschränkung und Illegalisierung der parlamentarischen Opposition kommt unter den aktuellen Bedingungen hinzu. Aber an einigen Punkten kann und sollte heute, wo das möglich ist und solange und soweit das geht, der „Kampf gegen“ durch „Kämpfe für“ ergänzt, bzw. solche unterstützt werden, nämlich Kämpfe für den Ausbau rechtsstaatlicher und basisdemokratischer Positionen gegen die Staatsbürokratie vor allem wohl im kommunalen, aber auch im nationalen Bereich.

In der Auseinandersetzung um eine solche konsequent radikaldemokratische reformorientierte Antifa-Politik werden sich dann wohl sehr schnell die Grenzen des auch von der CDU/CSU/FDP-Koalition vor sich hergetragenen staatstragenden antifaschistischen, sozial- und rechtsstaatlichen Grundkonsenses zeigen, ebenso wie die Reformunfähigkeit. bzw. auch -unwilligkeit der SPD, wie auch die Grenzen der GRÜNEN. Mit den Grenzen werden auch die Illusionen über den gegenwärtigen Charakter der BRD-Demokratie sichtbar und die Entwicklung entsprechender öffentlicher Diskussionen möglich und notwendig. Anders als über das konsequente und praktische Einklagen demokratischer Rechte werden Diskussionen über Grenzen des „Rechtsstaats BRD“, das ist der Inhalt von antifaschistischer Überzeugungsarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen, aktuell bei uns nicht zu haben sein. Dies ist Schwierigkeit und Chance zugleich. Es ist keinesfalls ein Grund zum Abschlaffen, im Gegenteil, es ist eine Aufforderung und eine Gelegenheit, die gegebenen Spielräume kräftig zu nutzen.

Letztlich ist die Grundlage einer solchen Antifa-Politik natürlich die *organisierte Beobachtung* der gesellschaftlichen und staatlichen Potentiale, die an möglichen Grenzüberschreitungen der aktuellen liberal-konservativen parlamentarischen Demokratie des „Modell Deutschland“ entweder heute selbst aktiv arbeiten oder ggf. dafür mobilisierbar wären. In diesem Sinne plädiere ich entschieden für eine Reaktivierung einer in den letzten Jahren sichtbar ziellos gewordenen antifaschistischen Untersuchungsarbeit.

Vorgetragen am 9.5.87, F.



Foto: pan-Foto

Demonstration und Kongreß

Zur Erinnerung: am 23.10.83 fand in Berlin das Europameisterschaftsspiel Türkei-BRD statt. Dorthin hatte vor allem die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) „zum Kampf gegen das stinkende Türkenpack“ mobilisiert. Vom Verfassungsschutz wurde der ANS/NA bescheinigt, unter den „im Grunde unpolitischen Teds, Rockern, Skinheads, Punks und Fußballfans“ die intensivste Werbung betrieben zu haben. Am 7.12.83 verbot das Zimmermann-Ministerium die ANS/NA zusammen mit der „Aktion Ausländerrückführung — Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung“ (AAR), veranlaßte aber gleichzeitig, daß die SS-HIAG im Verfassungsschutzbericht nicht mehr als rechtsextremistische Vereinigung auftauchte. Kleiner Kuhhandel.

Durch diese Entwicklung erhielt die 1979 in Stuttgart durch den Rechtsextremisten Martin Pape gegründete und bis dahin bedeutungslose „Freiheitliche Arbeiterpartei“ (FAP) starken Zulauf aus der ANS/NA. Mit dem Ziel der Kandidatur zur Landtagswahl 1985 eröffnete die FAP im August 1985 ihre Bundesgeschäftsstelle in der Schlosserstraße in Dortmund. Eine spontane Demo am 23.8.85 forderte das Verbot der FAP; der Landtag befaßte sich auf Antrag der SPD-Dortmund am 14.11.85 damit und kündigte seine Entscheidung für Juli 1986 an. Eine durch den Koordinierungskreis antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW organisierte Demo am 21.6.86 in Duisburg gab der Verbotsforderung Nachdruck.

Zur Beurteilung des politischen Klimas muß man sich daran erinnern, daß am 28.9.85 der Autonome Günter Sare bei der Führung einer Demo zur Verhinderung des NPD-Parteitages in Frankfurt durch einen Wasserwerfer der Polizei gezielt überfahren worden war, und daß am nächsten Tag an Häuserwänden geschrieben stand „Das war der Erste“ (vgl. AK 263). Man muß sich an den Frankfurter Kessel erinnern; man muß sich an die Eiertänze des hessischen Innenministers, der SPD und der Grünen erinnern, mit denen das Wort und der Tatbestand „Mord“ umgangen wurde.

Das war das Klima, in dem die Anti-FAP-Demo in Duisburg stattfand. Die vereinigte zunächst einmal alle Spektren der Antifa-Szene. Auf der Demo hielt ein Autonomer noch einen Redebeitrag. Kernsatz: „Das FAP-Verbot — von DKP und VVN ausgetüftelt — zielt (nicht) auf ein Verbot als faschistische Partei ... Wir rufen auf zu einer autonomen Demonstration, da wir die Forderung nach einem Verbot der FAP nicht unterstützen. Inhaltlich wie auch praktisch distanzieren wir uns von der Reformstrategie.“

Dabei blieb es bei der Auswertungskonferenz zur Demo, dabei blieb es bei allen anschließenden Antifa-Aktivitäten und auch bei der letzten Konferenz am 9. Mai 87 in St. Augustin/Bonn. Das wurde von nicht wenigen Teilnehmern und Mitveranstaltern bedauert, weil auch dort die Differenzierungen unter Autonomen gesehen werden und weil man sich eine solche Spaltung nicht leisten könne. (Wie mensch das kürzliche Bielefelder Antifa-Bündnis von Junge Union bis Autonome deuten soll, ist uns zunächst einmal rätselhaft.)

Der Kongreß bewältigte sein Mammut-Programm auf äußerst friedliche Weise. Vom einfachen Informationsangebot an Einsteiger in die Antifa-Arbeit über zielgruppengerechten Erfahrungsaustausch (Frauen, Lehrer, Gewerkschafter, Jugend- und Sozialarbeiter, Kirchen, Historiker) bis zu spezielleren Fragen (Rechte Tarnkappen in Friedens- und Ökologiebewegung, kommunale Antifa-Arbeit und Faschisierungsdiskussion) war so ziemlich alles abgedeckt. Die Thematisierung der europäischen Geheimpolizei und der europäischen paramilitärischen Eingreiftruppe unter bundesdeutscher Führung mit nicht auf Europa begrenztem Einsatzgebiet und deren Integration in das NATO-Kriegskonzept (der Kampf gegen die innere Subversion wird dort als die 5. Front bezeichnet neben der Atlantikfront und den 3 Landfronten in Europa) — das war von dem Kongreß auf dieser Stufe der politischen Auseinandersetzung nicht zu erwarten, ist jedoch für die Zukunft anvisiert.

Der Kongreß forderte
— vom Kultusminister NRW: ein landesweites Lehrerfortbildungsprojekt „Neofaschismus — Antifaschismus“; Richtlinien der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer über die Behandlung von Ursachen, Zielen und Strategien des Neofaschismus; Auflistung und Verbot von als Unterrichtsmaterial kursierenden Propagandaschriften;
— von den Jugendämtern in NRW: Arbeitskreise zur Indizierung neofaschistischer Medien;
— von den Städten: die konsequente Anwendung des Art. 139 GG gegenüber FAP, Nationale Front, Junge Nationaldemokraten, Deutsche Volksunion und Wiking Jugend (Aachen, Bielefeld, Bottrop, Dortmund, Stolberg und Wuppertal sollen bereits entsprechende Beschlüsse gefaßt haben; von Bielefeld speziell wurde die Schließung des Hauses der Nationalen Front in der Bleichstraße 143 gefordert);
— von der Leitung des Evangelischen Kirchentages (17.-21. Juni 87 in Frankfurt): Ausschluß der evangelikalen Verbände INKATHA, United Christian Action, Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland, Kreuz im Süden und des direkt mit dem Hilfskomitee Südliches Afrika zusammenarbeitenden Arbeitskreises für Partnerschaft statt Gewalt.

Das vielleicht erfreulichste Ergebnis der Konferenz war die deutliche Abfuhr für die Spaltungsmanöver des Initiativkreises Linke Deutschland Diskussion (LDD) und ähnlicher Infiltrationsprojekte der Neuen Rechten in Friedens- und Ökologiebewegung. Unter wesentlicher Beteiligung des Bonner Friedensplenums erging an alle friedenspolitisch Engagierten die Aufforderung, sich nicht mit Gruppen einzulassen, die eine Wiedervereinigungsdiskussion eröffnen wollen. „Offenbar verfolgen diese Gruppen also durch die Einbeziehung nationalistischer und neofaschistischer Kräfte ein politisches Ziel“, heißt es in dem Beschluß der AG „Rechte Tarnkappen in Friedens- und Ökologiebewegung.“

Erfreulich war auch, daß die Arbeitsgruppe „Sicherheitsgesetze und Faschisierung des Staatsapparates?“ die „Thesen zum innenpolitischen Konzept der Bundesregierung seit 82“ nach anfänglicher Skepsis ernstnahm und eine Fortsetzung auf der nächsten Konferenz plant. Verständlich, daß die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg diese Aussagen so nicht akzeptieren konnte, hatte sie doch, mehrheitlich BWK-bestimmt, das KB-Thema Faschisierung für sich entdeckt und für den 16./17. Mai nach Köln zu einem bundesweiten Kongreß „Faschisierung — was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes“ eingeladen.

Konferenz-Reader zu beziehen über H. Meyer, c/o. AStA Uni Bonn, Nassestraße 11, 5300 Bonn 1.

wk/KB-Bonn

,,Faktor Mensch''

Kritisches zur Gorbatschow-Debatte

,,Demokratisierung'' — Zauberwort der Saison! Einige sehen sie schon verwirklicht. Andere hoffen. Dritte sind skeptisch.

Hoch fliegen die Fantasien. Hoch fliegen auch schon die Fetzen. Nicht zuletzt im AK. Aber worüber, bitte sehr, wird eigentlich bisher gestritten?

Über den konkreten ,,Umbau'' in der UdSSR Über sozialistische Perspektiven für die BRD? Über die revolutionäre Erneuerung des Sozialismus? Über einen demokratischen Weg zum Sozialismus?

Diskutieren wir Über eine nachrevolutionäre oder über eine vorrevolutionäre Gesellschaft?

Bisher herrscht Chaos in diesem Punkt. Differenzierung und Konkretisierung tut not, wenn irgendjemand überhaupt irgendetwas von Gorbatschow lernen soll.

F.

,,*Der bisherige Sozialismus*'', schreibt jb. im letzten ,,Arbeiterkampf'' unter der Überschrift: **,,Was macht die perestroika so attraktiv?''**, habe ,,*die Marxschen Hoffnungen in das Proletariat und den Sozialismus stets bitter betrogen*''. Sozialdemokratismus, Stalinismus, Kulturrevolution: Der Beweis, daß Sozialismus mehr Freiheit realisieren könne als der Kapitalismus, habe empirisch bisher nicht angetreten werden können.

,,*Somit schien Mitte der 70er Jahre der Sozialismus passè zu sein. ... Und nun die perestroika! Die UdSSR bewegt sich, die KPdSU -Führung (oder genauer: ihre Mehrheit) wagt den ersten ernsthaften Angriff auf den Stalinismus. Es kommt Bewegung in die Geschichte, die nach Meinung vieler Linker nur noch die Alternative zwischen Stagnation und Weltkrieg zu bieten hatte. Der Sozialismus gewinnt an Attraktivität zurück und zwar rasant ... In der Programmatik der neuen KPdSU-Führung deutet sich eine Alternative zum Kapitalismus an, die nicht von einer Sekte, sondern von den Inhabern der Macht projektiert wird; die zwar keine Garantie, aber immerhin doch die Chance hat, gesellschaftlich etwas zu bewegen*''. Für die Linke, meint jb., habe die perestroika als ,,*umfassende sozialistische Erneuerung*'' eine Perspektive ,,*weil sie seit langem die erste große sozialistische Diskussion ist, die praktische gesellschaftliche Relevanz hat, deren Wahrheitsgehalt daher auch empirisch überprüfbar wird*''.

Mit dieser Position teilt jb. offenbar die Hoffnung vieler Linker, auch im KB, vermutlich auch die von Lesern und Leserinnen des AK, die theoretische und politische Stagnation sozialistischer Politik hierzulande — als Utopieverlust, als Krise des ML usw. in den letzten Jahren hinreichend beklagt — könne nun durch Gorbatschows Initiative für den ,,Umbau'' der sowjetischen Gesellschaft aufgebrochen werden. Die Erwartungen variieren dabei von Erneuerung der historischen Initiative des Jahres 1917 noch über die Ansätze der chinesischen Kulturrevolution hinaus bis zu Überwindung des ,,dogmatischen Marxismus-Leninismus'' einschließlich der Fehler der Kulturrevolution.

Eine Kritik an Stalin sucht mensch vergebens in seinen bisherigen Reden.

Woran das zukünftige Plus an Sozialismus auf der Welt allerdings gemessen wird, außer an mehr zu erwartender Rechtsstaatlichkeit in der UdSSR, was schließlich von Gorbatschow für den Weg zum Sozialismus hierzulande gelernt und wie das auf hiesige Verhältnisse umgesetzt werden soll, bleibt diffus.

Es ist sogar zu befürchten, daß die Initiativen Gorbatschows bei oberflächlicher Vereinnahmung und ,,Anwendung'' durch die hiesige Linke zu ebenso oberflächlichen Imitationen führt wie weiland die ,,Anwendung'' des ,,ML'' und der ,,Mao-Tse-Tung-Ideen'', nur diesmal nicht unter den Parolen wie ,,Sieg im Volkskrieg'' und ,,Für die Diktatur des Proletariats'' usw., sondern unter Parolen wie ,,Demokratisierung''. Unter den z. Zt. gegebenen hiesigen Verhältnissen, ganz ungeachtet dessen, was sich in der UdSSR tatsächlich abspielt und in welchen, auch rrrrevolutionären Wendungen die Debatte hier zunächst erscheint, könnte das konsequenterweise nur auf eine weitere Sozialdemokratisierung der linken Sozialismusvorstellungen hinauslaufen.

Kommt hinzu, daß der beklagte Orientierungsverlust in der Linken nicht in erster Linie durch einen Anstoß von außen zu knacken sein wird, sondern durch die kritische Aufarbeitung der eigenen Situation, d.h. die bisherige und zukünftige Entwicklung der Klassenkämpfe hierzulande.

Gorbatschows ,,Erbe''

Stellen wir also klar: Der ,,Umbau''-Prozeß in der UdSSR findet in einer nachrevolutionären Gesellschaft statt. Er läßt sich mit Sicherheit nicht unmittelbar auf eine vorrevolutionäre Gesellschaft wie die der BRD oder anderer heutiger kapitalistischer Metropolen übertragen. Anders gesagt: Weder aus der seit langem sich erweisenden Notwendigkeit, genauer Überfälligkeit der Demokratisierung des real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung, noch aus der vom 27. Parteitag demonstrierten Entschlossenheit, sie jetzt in Angriff zu nehmen, lassen sich irgendwelche unmittelbar übertragbaren Schlüsse auf die Möglichkeit oder Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus oder gar eines ,,demokratischen Wegs'' zum Sozialismus hier und heute ziehen.

Für die Theorie des Herankommens an den Sozialismus, d.h. die Frage nach der Rolle der Gewalt beim Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Unvermeidlichkeit einer Übergangsphase der ,,Diktatur des Proletariats'', um es klar auszusprechen, bringt der gegenwärtige Demokratisierungs-Prozess in der UdSSR nichts Neues: orthodox sind die erneuten Angebote der Koexistenz zum einen, orthodox die Bekenntnisse zum ,,revolutionären Marxismus-Leninismus'' zum andern. Eine Korrektur der Leninschen Revolutionstheorie durch Gorbatschow ist nicht in Sicht.

Bewegung kommt nicht in ,,konzeptionelle'' Fragen der vorrevolutionären Leninschen Revolutionstheorie, wie jb. es uns z. B. nahelegen möchte. Bewegung kommt in Theorie und Praxis der nachrevolutionären Entwicklung der UdSSR. Salopp gesagt: 70 Jahre gesellschaftlicher Ausnahmezustand sind genug, sind zuviel. Die Verschleppung der Übergangsphase der Diktatur des Proletariats zum gesellschaftlichen Dauerzustand ist das Problem, die Überwindung der daraus resultierenden Folgen der Gegenstand der aktuellen ,,Umbau''-Kampagnen, nicht etwa eine prinzipielle Kritik an den historischen und aktuellen Machtgrundlagen des sowjetischen Staates, d.h. der Führung des Staates durch die Partei im Namen des Proletariats! Im Gegenteil: Es geht um die Stärkung der Partei als Zentralgewalt durch stärkere Mobilisierung aller ,,gesunden Kräfte des Volkes'', insbesondere aber der Arbeiterschaft, wie Gorbatschow bei jeder Gelegenheit betont.

Der Aufbruch der KPdSU nach 70 Jahren, der auch der Aufbruch einer neuen Generation ist, die den Stalinismus und den 2. Weltkrieg nicht mehr persönlich erlebte und auch nicht mehr historisch zu verantworten hat, sondern das Erreichte sichern und ausbauen will, könnte sich unter günstigen Umständen durchaus zu einer Ermutigung für demokratische Kräfte, insofern auch für Sozialisten innerhalb der UdSSR und auch über ihre Grenzen hinaus entwickeln. Bei näherem Hinsehen erweist sich die aktuelle Entwicklung des realen Sozialismus in der UdSSR aber keineswegs als beispielhaft für die allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten ,,des'' oder zum Sozialismus, sondern als ein Produkt besonderer historischer Umstände, die sich sehr von denen der heutigen hochentwickelten kapitalistischen Metropolen unterscheiden: Ich meine den fast unmittelbaren Übergang von feudalistisch-frükapitalistischen Verhältnissen mit kaum entwickelter Industrie und unterentwickelter demokratischer Tradition zur sozialistischen Gesellschaftsordnung der jungen Sowjetrepublik 1917.

An diesen historischen Voraussetzungen: Unterentwickelte Produktivkräfte zum einen, kaum vorhandene demokratische Kultur zum anderen sind die historischen Prozesse in der UdSSR zu messen. Das gilt für den Kriegskommunismus nach 1917, das gilt für die ,,Neue ökonomische Politik'' (NEP), das gilt für die Industrialisierung unter Stalin und für die schrittweisen, z. T. steckengebliebenen Reformschübe seit dem 20. Parteitag 1956 bis heute. Das ist auch das ,,Erbe'', das Gorbatschow heute bewältigen muß.

Das Problem der ,,ursprünglichen Akkumulation''

Kern des Problems ist der bis heute nicht überwundene Prozess der ,,ursprünglichen Akkumulation'', den die junge UdSSR ab 1917 im Rahmen der Planwirtschaft mit Gewalt nachholen mußte und das damit verbundene Auseinanderklaffen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, d.h. der Organisation der Arbeit und der Lebensumstände.

,,*Unter der ,ursprünglichen Akkumulation' versteht man*'', schreibt Leo Kofler in einem aktuellen Beitrag zur Entwicklung der UdSSR, ''*den im Übergang zu jeder neuen Gesellschaftsordnung (z.B. Frührenaissance, Manufaktur, industrielle Revolution) unvermeidlichen ökonomischen Prozess der Erstellung der für die Lebenskraft dieser Ordnung unverzichtbaren wirtschaftlichen, d.h. technischen und finanziellen Mittel, und dies ebenso unvermeidlich auf Kosten der Arbeitskraft, der sozialen, gesundheitlichen — im industriellen Frühkapitalismus Durchschnittsalter der Arbeiter 29 Jahre (Friedrich Engels) — moralischen und kulturellen Substanz des Volkes.*'' (1)

Bei den genannten Voraussetzungen der frühen Sowjet-Republik und angesichts der System-Konkurrenz entwickelte sich dieser Prozess der ohnehin schmerzlichen ,,ursprünglichen Akkumulation'' — nach dem kurzen Zwischenspiel der NEP Anfang der 20er Jahre — unter Stalin zur gigantischen Industrialisierung mittels terroristischer Methoden (politischer Terror zur Durchsetzung einer entsprechenden Zentralinstanz, Zwangskollektivierung, Massenrekrutierung von Arbeitskräften zu ausbeuterischen Bedingungen).

Gegenstand seiner Kritik ist unzweideutig die Breshnew-Ära der 70er und 80er Jahre.

Theoretisch wurde das Problem (im wahrsten Sinn des Wortes) bewältigt, indem man die Sowjetunion zur unmittelbaren Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft erklärte, in der sich Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Unterschied zum Kapitalismus automatisch aneinander angleichen. Das offensichtliche Auseinanderklaffen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, d.h. die Ungleichmäßigkeit der gigantischen Kapitalakkumulation zum einen, die ungeheure materielle Auspowerung und politische Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung zum andern, wurde auf diese Weise schlicht geleugnet. Es wurde behauptet, eine beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie zöge automatisch eine entsprechende Beschleunigung in der Entwicklung der Lebensqualität nach sich. Praktisch führte der Dirigismus der Industrialisierung zur Herausbildung einer die ganze Gesellschaft durchsetzenden allmächtigen Zentralplan-Bürokratie als neuer privilegierter Schicht, die auf dem Hintergrund der feudalen Traditionen quasi oligarchische Herrschaftsstrukturen wiederbelebte.

Aber mensch muß es ausprechen: Nicht trotz, sondern aufgrund des stalinistischen Terrors und der ,,Opferbereitschaft'' ihrer Bevölkerung entwickelte sich die UdSSR bis zum Tode Stalins 1951 zu einer der führenden Industrienationen und zur Weltmacht Nr. 2 nach den USA. Dies ist keine politische und erst recht keine moralische Rechtfertigung des Stalinismus. Dies ist eine historische Feststellung. Die trotz aller Hindernisse, einschließlich des 2. Weltkrieges, erfolgreiche Organisation der ,,ursprünglichen Akkumulation'' der UdSSR in historisch nie dagewesenem Ausmaß und Geschwindigkeit ist der sozialpolitische Kern des Stalinismus, demgegenüber die KPdSU wie auch die sowjetische Gesellschaft insgesamt bis heute eine äußerst ambivalente Haltung einnimmt.

So kritisierte Chruschtschow 1956 in seiner ,,Geheimrede'' auf dem 20. Parteitag zwar Stalins ,,Personenkult'', stellte sich aber andererseits voll und ganz in die Kontinuität der Leistungen des ,,sozialistischen Aufbaus'', was selbstverständlich nichts anderes als volle Akzeptanz eben jener Phase der terroristischen Organisierung der ''ursprünglichen Akkumulation'' bedeutet. Entsprechend halbherzig blieben, trotz aller Verurteilung Stalins, Schritte zur Dezentralisierung der Wirtschaft und Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Das 3. Programm der KPdSU, das unter Chruschtschow angenommen wurde, verkündete noch, bis 1980 den Kommunismus in der UdSSR verwirklichen zu wollen.

So definierte Breschnjew zwar die UdSSR neu als ,,entwickelten Sozialismus'' und projektierte weitere Reformprogramme, die sozialistische Theorie von der Gesellschaft sei aber unter seiner Führung aber auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre stagniert, wie den heutigen Kritiken Gorbatschows zu entnehmen ist. Andropov hielt sich in diesen Fragen bedeckt, obwohl er andererseits personalpolitisch den Schrittmacher für Gorbatschow machte. (2) Ebenso Tschernjenko, unter dessen Interimsführung Gorbatschow bereits als 2. Generalsekretär seinen Machtantritt vorbereitete. Auf dem Weg über das Aprilplenum des ZK der KPdSU 1985 war er es, der wesentlich die Vorbereitungen für den 27. Parteitag bestimmte.

Von Stalin redet er wenig...

Ambivalent zeigt sich in diesem Punkt schließlich auch der Neuerer Gorbatschow selbst, der nicht müde wird zu betonen, was die Grundlage jeglicher ,,Umgestaltung'' sei: ,,*Der von unserm Land zurückgelegte Weg, seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften bestätigen überzeugend die Lebenskraft der marxistisch-leninistischen Lehre und das dem Sozialismus innewohnende riesige Potential, das im Fortschritt der sowjetischen Gesellschaft realisiert ist. Wir können auf das, was in diesen Jahren, den Jahren angespannter Arbeit, den Jahren des Kampfes, geleistet wurde, durchaus stolz sein*''. So Wortlaut und Tenor kategorialer Feststellungen Gorbatschows im ,,Politischen Bericht'' an den 27. Parteiag.

Auch in jener vielbeachteten Rede ,,Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei'', die hierzulande unter dem Titel ,,Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen'' inzwischen berühmt geworden ist (3), bleibt Gorbatschow in diesem Punkt unmißverständlich: ,,*Unter der Führung der Partei hat das Sowjetvolk den Sozialismus aufgebaut, den Sieg über den Faschismus im großen Vaterländischen Krieg errungen, die Volkswirtschaft wiederaufgebaut und gefestigt sowie seine Heimat zu einer starken Macht entwickelt. Unsere Leistungen sind gewaltig und unbestreitbar, und die sowjetischen Menschen sind zu recht stolz auf ihre Erfolge. Sie sind die stabile Grundlage für die Realisierung der heutigen Pläne sowie unserer Vorhaben für die Zukunft*''.

Aber damit nicht genug: Nicht nur beruft Gorbatschow sich schon beinahe penetrant beständig auf Lenin, er stellt sich auch betont — und dies in der Regel mehrere Male im Verlauf seiner jeweiligen Reden — in die Kontinuität des ,,sozialistischen Aufbaus'' und der großen Tradition des ''Maxismus-Leninismus'': Der Name Stalin kommt bei ihm nicht vor. Eine ausdrückliche Kritik an Stalin sucht mensch vergebens in seinen bisherigen (auf deutsch zugänglichen) Reden.

Wo Gorbatschow, wie in dem ,,Politischen Bericht'', von ,,*immer neuen Problemen*'' spricht, ,,*die wir als Erbe der Vergangenheit übernommen*'' haben, deren Wiederholung nicht zugelassen werden dürfe, da geht es nicht in erster Linie um die Aufarbeitung des historischen Stalinismus, nicht um die 20er, nicht die 30er, nicht die 40er, ja nicht einmal um die 6oer Jahre. Da geht es darum, ,,*die Ursachen für die gegenwärtige Lage zu erörtern und die Gründe für das zu analysieren, was sich an der Wende von den 70er zu den 80er Jahren im Lande vollzog*''.

Und wo Gorbatschow, von westlicher Presse und antistalinistischen Verehrern der Linken stark beachtet, ,,*konservative Haltungen*'', kritisiert, da findet sich die schon erwähnte interessante Wendung: ,,*Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus blieben in vielerlei Hinsicht auf dem Niveau der 30er-40er Jahre, **als die Gesellschaft völlig andere Aufgaben löste***''. Kritisiert wird nicht der Stalinismus als politische Wirklichkeit, sondern die ideologische Stagnation auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre, einschließlich der ,,*theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus*'', speziell der Vorstellungen von der UdSSR als Gesellschaft, in der sich die Produktionsverhältnisse automatisch an den Stand der Produktivkäfte angleichen, keine Interessenkonflikte darum stattfinden usw.

Hier fallen harte Worte über die Ersetzung der lebendigen Diskussion und des schöpferen Denkens durch ,,*autoritäre Einschätzungen, ... die man nur noch kommentieren konnte*'', ,,*oberflächliche Vorstellungen vom Kommunismus*'', ,,scholastisches Theoretisieren'' in ,,*jener konkreten historischen Situation*'', die die Ursache für diese theoretische Verflachung gewesen sei.

Der 27. Parteitag steht in der Tradition bisheriger Wirtschafts- und Innenpolitik.

Wer will, kann dies als Kritik des Stalinismus verbuchen, vermutlich mit recht. Entscheidend ist allerdings: Der Stalinismus selbst ist für Gorbatschow offenbar unter der historischen Rubrik: ,,*völlig andere Aufgaben*'' abgehakt, jedenfalls ist weder der Stalinismus, noch ,,der ML'', wie viele Linke glauben möchten, Thema für eine aktuelle politische Kampagne von seiner Seite oder seitens der Partei. Gegenstand seiner Kritik ist unzweideutig die Breschnjew-Ära der 70er und 80er Jahre, in denen es die Partei trotz aller Anläufe nicht geschafft hat, von der Phase der ,,ursprünglichen Akkumulation'' zur Phase der ,,erweiterten Reproduktion'' voranzuschreiten, d.h. mit den ,,quantitativen'' Pfunden der Stalinzeit ,,qualitativ'' zu wuchern. Niemand solle sich täuschen, mahnt Gorbatschow in seinen Reden immer wieder: es gehe bei der ,,Umgestaltung'' nicht um die Bewältigung der Vergangenheit, sondern um die der Gegenwart und der Zukunft.

Scharf gesprochen: Mit der bloßen Verabschiedung der ,,*Konzeption der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes*'' (4), mit seinen Aufrufen zur ,,*Modernisierung aller Bereiche der Volkswirtschaft*'', zu intensiver Produktion, statt extensiver, zu mehr Qualität, statt Quantität, zu mehr Leistung, mehr Disziplin im Dienst an der *Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft*'' usw. steht der 27. Parteitag voll und ganz in der Kontinuität der bisherigen Traditionen sowjetischer Wirtschafts- und Innenpolitik. Schon Chruschtschow hatte unter dem Motto ,,Weg von der Tonnenideologie'' versucht, diesen Übergang zu schaffen. Zeitweilig konnte er, später auch Breschnjew, damit neue Energien der sowjetischen Volkswirtschaft freisetzen. Unter Breschnjew allerdings, d.h. eben seit den 70er Jahren, entwickelte sich das Wirtschaftswachstum konstant rückläufig. Zwar hat (nach sowj. Angaben, versteht sich) beispielsweise das Nationaleinkommen im 11. Fünfjahresplan noch um 17% zugenommen, zwar liegen auch die Realeinkommen von 1985 noch 12% über denen von 1980. Seit 1970 ist der Zuwachs des Nationaleinkommens aber insgesamt von 41% auf 17%, die jährliche Zuwachsrate der Realeinkommen von 1970 4,7% auf 1985 2,3% gesunken; Tendenz: weiter fallend. (5) Eine Fortsetzung dieses Entwicklungstrends birgt für die UdSSR die Gefahr ihrer Schwächung als Weltmacht und der Entstehung innerer Spannungen.

Und nicht nur das: Unter dem Druck der rückläufigen Wachstumsdynamik, der wachsenden internationalen Konkurrenz, der scharfen Systemkonkurrenz sieht sich die Führung der UdSSR heute gezwungen, alle Reserven des sowjetischen Volkes für eine gigantische Effektivierungskampagne zu mobilisieren, deren Kern die radikale Automatisierung und Rationalisierung aller Bereich der Volkswirtschaft ist. Die Beschlüsse des 27. Parteitags wie auch die Reden Gorbatschows sind gespickt mit Beispielen über erfolgreiche Rationalisierungsmaßnahmen, über Freisetzung und Umsetzung von Arbeitskräften etc. Dazu gehört übri-

gens auch die z. T. schon stattfindende, aber für das ganze Land geplante Umstellung der Produktion vom Ein- oder Zwei- auf den Dreischichtbetrieb. Dazu gehört nicht zuletzt der beschleunigte Ausbau des Atomenergie-Programms, sowie all der bekannten Technologien, die in den kapitalistischen Metropolen Objekt linker Fortschrittskritik sind. Ich will das hier nicht weiter ausführen. Ein Blick in die Beschlüsse und Berichte vom 27. Parteitag wird genügen.

Die Führung der UdSSR steht heute in ähnlicher Weise vor einer Schallmauer wie seinerzeit die junge Sowjetrepublik bei Beginn der Industrialisierung. Heute ist es nicht mehr die „ursprüngliche Akkumulation", sondern die Überwindung dieser Phase, mit der der Sprung ins 3. Jahrtausend gesichert werden soll. Allemal geschieht es aber immer noch im Aufholzwang gegenüber der Entwicklung des Kapitalismus. Insoweit wäre der Aufruf des 27. Parteitags über die routinemäßige Bekanntgabe des zwölften 5-Jahresplanes hinaus nicht prinzipiell etwas Neues.

„Stachanowarbeiter der Umgestaltung"

Neu ist die Einsicht der sowjetischen Führung, daß die bloße Modernisierung der Produktionsmittel die notwendige Angleichung der Produktionsverhältnisse an die veränderten Produktivkräfte nicht von selbst bewirken wird, sondern daß der „Faktor Mensch" (4) als Motor der Effektivierung mobilisiert, besser genutzt und für die Zukunft besser qualifiziert werden muß. Als Aufruf zur Entwicklung einer „Volksinitiative" zur Mobilisierung aller „gesunden" Reserven des Sozialismus findet sich diese Einsicht im „politischen Bericht" Gorbatschows zum 27. Parteitag. Neu ist auch die Einsicht, mindestens die Bereitschaft, dieser Einsicht entsprechend zu handeln, daß eine solche Mobilisierung angesichts der realen Demotivation und Entmündigung in der arbeitenden Bevölkerung der UdSSR nicht durch neue Appelle und Versprechen erreicht werden kann, schon gar nicht durch terroristische Methoden wie während der Industrialisierung unter Stalin, sondern nur über spürbare Verbesserung der sozialen Verhältnisse: durch materielle „Stimulierung", mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Verwendung der Produkte und Erweiterung der Individualrechte. Neu ist die Einsicht, daß die Bedingungen dafür in der sowjetischen Gesellschaft inzwischen auch herangereift, gewissermaßen „überreif" sind und daß sie genutzt werden müssen, wenn sie nicht in eine Behinderung der Produktivkäfte umschlagen und die Stagnation zu einer lebensbedrohlichen Krise für die sowjetische Gesellschaft zuspitzen sollen.

Dies ist das Wesen der vom 27. Par-
nutzt werden müssen, wenn sie nicht in eine Behinderung der Produktivkäfte umschlagen und die Stagnation zu einer lebensbedrohlichen Krise für die sowjetische Gesellschaft zuspitzen sollen.

Dies ist das Wesen der vom 27. Parteitag beschlossenen „Umgestaltung". Die Demokratisierung ist eine Funktion der ökonomischen Effektivierung, nicht etwa umgekehrt. *„Wir wollen aufrichtig sein, Genossen,"* mahnt Gorbatschow die Funktionäre des Gewerkschaftskongresses. *„Man kann eine Beschleunigung und eine Erhöhung der Qualität unseres ganzen Lebens nur auf einem Weg erzielen — durch effektive, hochproduktive Arbeit. Keinerlei Mechanismen der Verteilung und Umverteilung schaffen etwas an und für sich ... Die Umgestaltung bedeutet, daß jeder an seinem Arbeitsplatz mehr leisten muß ... Demokratie ist kein Gegenstück von Ordnung. Demokratie ist kein Gegenstück von Diziplin. Demokratie ist kein Gegenstück von Verantwortung".*

Neu ist, daß der „Faktor Mensch" als Motor der Effektivierung mobilisiert wird.

„Stachanowarbeiter der Umgestaltung", das ist das höchste Lob, das Gorbatschow vor den Gewerkschaftsfunktionären zu vergeben hat. Damit ist der Übergang vom nachstalinistisch geprägten „Helden der Arbeit" zum zukünftigen Helden der "Umgestaltung" geebnet. Dies kennzeichnet die Bahnen, in denen die Demokratisierung sich nach dem Willen der Partei bewegen soll. Das heißt natürlich nicht, daß sie sich in diesen Bahnen auch halten wird. Aber darüber soll hier nicht spekuliert werden. Das wird auch zu beobachten sein.

Neu am Aufruf des 27. Parteitags ist auch die erkennbare Entschlossenheit der von Gorbatschow repräsentierten nachdrängenden jüngeren Partei-Bürokratie der UdSSR, es diesmal nicht bei Appellen bewenden zu lassen, sondern *„die Kräfte der Trägheit, des Abbremsens bis zu Ende zu brechen"*, die *„Umgestaltung umumkehrbar zu machen"*, um eine Wiederholung alter Fehler zu vermeiden (6), mensch könnte sagen: Den Generationswechsel sichtbar und nachhaltig zu vollziehen.

Das Tempo der personellen Umstrukturierung in der Führungsspitze spricht für sich: Neben den spektakulären Umbesetzungen in ZK und Politbüro hatte Gorbatschow schon bis Anfang November '85, also bereits ein halbes Jahr nach Amtsantritt, 14 Minister auf Unionsebene, 25 regionale Parteichefs und acht Abteilungsleiter des Zentralkomitees ausgewechselt.(7) Im Bereich des Ministerrats, der mit seinen zentralen Planungsorganen Haupthebel für die Durchführung der Wirtschaftsreformen sein soll , waren bis Ende 1985 136 Personen, dazu 31 Minister und Vorsitzende, ausgewechselt. Die meisten mußten wegen Vorwürfen der Inkompetenz oder Korruption gehen, nur wenige aus Altersgründen. Allerdings rückten in der Regel jüngere Kräfte nach. (8)

Gorbatschow fordert Aktion: Bereits seinen „politischen Bericht" für den 27. Parteitag bezeichnete er als "Aktionsprogramm", bei dem das Entscheidende nicht die Worte, sondern die Umsetzung in praktisches Handeln sei. Seitdem drängt er auf Tempo: *„Man muß handeln, handeln,handeln und nochmals handeln — aktiv, kühn, schöpferisch und kompetent"*, so Gorbatschow in seiner Rede vor der Partei im Februar '87, in der er auf ideologische Erneuerung und Umgestaltung in der Partei drängte. *„Wir müssen bei uns selbst anfangen"*, hielt er den Parteifunktionären vor, und kündigte ein gnadenloses Ausräumen des bürokratischen Augiasstalles an.

„Nun kommt es darauf an, die Umgestaltung in der Praxis zu entfalten. Das begonnene Jahr 1987 wird in vielerlei Hinsicht bestimmend sein, denn heute wird praktisch das Schicksal der Umgestaltung entschieden, wird das Fundament der Beschleunigung errichtet", so agitierte er einen Monat später vor dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß, wo er erstmalig auch deutlich Klage über *„eigennützige Gegner der Umgestaltung"* führte, allerdings zugleich auch erkennen ließ, daß die Umgestaltung auch bei *„ehrlichen Menschen"* auf Schwierigkeiten stößt, die *„im Bann der alten Vorstellungen bleiben, die die Schärfe und den kritischen Charakter der Probleme, die sich für die Gesellschaft ergaben, nicht erkannt haben"*. (Anm.6) Seitdem folgt ein öffentlicher Einsatz auf den nächsten. Die Zeit drängt offenbar. Im Juni '87 soll auf einem ZK-Plenum Zwischenbilanz gezogen werden.

Mehr Markt, mehr Geld, mehr Freiheit...

Die neuen Erkenntnisse schlagen sich in weitreichenden Revisionen bisheri-

Mehr Markt, mehr Geld, mehr Freiheit...

Die neuen Erkenntnisse schlagen sich in weitreichenden Revisionen bisheriger Grundsätze der KPdSU nieder. (9) Die bisher herrschende Auffassung von der „automatischen Anpassung" der Produktionsverhältnisse an die sich verändernden Produktivkräfte wird vom 27. Parteitag ausdrücklich korrigiert. Auch sozialistische Formen der Produktionsverhältnisse könnten sich zu Fesseln der Produktivkräfte entwickeln. *„Die Beibehaltung der überholten Aspekte in den Produktionsverhältnissen führt zur Verschlechterung der sozialökonomischen Situation, daher ist es erforderlich, das ganze System der Produktionsverhältnisse periodisch und einschneidend umzugestalten und die ganze Wirtschaftsstruktur grundlegend zu reformieren"*. Dem entspricht die von Gorbatschow neu gegebene Definition der SU als *„sich entwickelnder Sozialismus"*.

Auf dieser Grundlage wird die bisherige *„Verabsolutierung des sozialistischen Eigentums"* korrigiert. „Gemeineigentum an sich" sei kein Garant für die Entwicklung der Produktivkräfte, wenn die existierenden Formen des Gemeineigentums den veränderten Bedingungen nicht mehr entsprächen. Die Konsequenz: Neben sozialistischem Eigentum soll in Zukunft das genossenschaftliche mehr gefördert werden. Privatwirtschaft wird *„als notwendige Ergänzung der gesellschaftlichen Produktion"* zugelassen. „Sozialistisches Eigentum", also wesentlich Lohnarbeit, soll darüber hinaus unmittelbar von der Leistung abhängig gemacht werden. Es soll Schluß sein mit „Gleichmacherei". *„Das Niveau der Einnahmen der Belegschaften ist in eine direkte Abhängigkeit von der Effektivität ihrer Arbeit zu setzen"*. Kurz, es gilt jetzt für die Zukunft auch in der UdSSR der uns so wohlbekannte Spruch: Leistung soll sich wieder lohnen!

Die Ware/Geld-Beziehung soll in neue Rechte eingesetzt werden. Ihre Anerkennung soll zur Herstellung eines Binnenmarktes führen, von dem man sich eine marktorientierte Produktion, bessere Produkte, sowie deren reibungslosere Verteilung erhofft. War die Ware/Geld-Beziehung früher als Überrest des Kapitalismus und im Zuge der Reformversuche der 70 Jahre noch als „Marktsozialismus" verdammt worden, so heißt es für die Zukunft: *„Die Ware/Geld-Beziehung ist ein natürlicher Bestandteil der Planwirtschaft"*.

Alles in allem: Die Konkurrenz in der Form des „sozialistischen Wettbewerbs" soll wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Die Ware/Geld-Beziehung (letztlich wohl auch die Ware Arbeitskraft?!) sei kein vom Kapitalismus eingeführter Fremdfaktor, sondern ein gesetzmäßiges Phänomen des „Lebens selbst", wie Gorbatschow sich auszudrücken liebt. Mißstände, wie der Mangel an Objektivität der Planwirtschaft (fehlende Wissenschaftlichkeit, ungenaue Bedarfsanalysen etc.), Überreste von Naturalwirtschaft, die Mentalität der Abhängigkeit von anderen, die Gleichmacherei usw., Mißstände, die die sozialökonomische Entwicklung hemmen, könnten nur durch eine richtige Regelung der Ware/Geld-Beziehung überwunden werden.

Regulativ und Motor für die angestrebte Entwicklung soll die verstärkte Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung und Aufsicht des Produktions- und Verteilungsprozesses abgeben. Die Betriebe und Kombinate werden aufgefordert, die unmittelbare Demokratie zu erweitern, die Rolle der Arbeitskollektive und der Betriebsversammlungen zu stärken. Leiter von Betrieben, Produktionseinheiten bis hin zu Brigadeleitern sollen gewählt werden, die Betriebsdirektoren der kollektiven Leitung verantwortlich gemacht werden.

Die Arbeitskollektive sollen das *„zentrale Glied der Umgestaltung"* werden. In den Arbeitskollektiven sollen vertreten sein: die Belegschaft, die Betriebsleitung, die Gewerkschaft, örtliche Organe (Sowjets) und Komitees. In den Arbeitskollektiven soll über Leistungsvorgaben, Lohnauszahlung, Arbeitseinsatz und die soziale Verwendung der Gelder, also eigentlich über alle Belange des sozialen Lebens, beraten werden. *„Wie es in den Arbeitskollektiven abläuft, so läuft es auch in der ganzen Gesellschaft.... Nimmt man das Produktionsleben eines Arbeitskollektivs, so werden hier sicher die Hauptveränderungen durch die beginnende Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus, den Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Eigenfinanzierung, das Rentabilitätsprinzip, und die Selbstverwaltung bestimmt."*

Es gilt für die Zukunft auch in der UdSSR — Leistung soll sich wieder lohnen.

Es gilt für die Zukunft auch in der UdSSR — Leistung soll sich wieder lohnen.

Was ist gemeint? — *„Auf einen einfachen Nenner gebracht: Wer braucht die wirtschaftliche Rechnungsführung? Jene, die ehrlich arbeiten. Für wen ist die wirtschaftliche Rechnungsführung gefährlich? Für den Schwätzer, da sie sofort seine Inkompetenz entlarvt. Wer, wenn nicht das Arbeitskollektiv, kann das gesellschaftliche Gesicht eines jeden Menschen wirklich sehen, das Maß der sozialen Gerechtigkeit nicht im großen und ganzen, sondern konkret, sozusagen namentlich bestimmt? Wer weiß am besten, wo die Möglichkeiten erschöpft sind, und wo noch nicht geringe Reserven versteckt sind? Wer und wo alles Mögliche getan hat, oder wo es zur Norm wurde, nachlässig zu arbeiten?"*

Die kleinste gesellschaftliche Einheit, das Arbeitskollektiv, als Ort ökonomischer Mobilisierung nach dem Leistungsprinzip und als Ort sozialer Kontrolle! Voila, das Modell Gorbatschow!

Die Ankündigungen des 27. Parteitags blieben keineswegs Papier. Eine Reihe konkreter Schritte wurde bereits eingeleitet. Die wesentlichen seien hier genannt:

— Schon im Januar '86 wurde unter Verantwortung des Ministerrats bei der staatlichen Planungskommission (GOSPLAN) eigens eine Kommission zur Durchführung einer Strukturreform der Verwaltungs- und Planungsarbeit der Wirtschaftsmechanismen eingerichtet. Angestrebt wird die Effektivierung der zentralen Planung im Sinne einer Konzentration auf die Durchsetzung einheitlicher politischer Richtlinien der Modernisierungskampagne bei gleichzeitigem Ausbau der Befugnisse und Verantwortung der örtlichen Sowjets als kommunale Organe. Die mittlere Bürokratie soll dagegen radikal durchrationalisiert werden. Etwas salopper ausgedrückt: Nach oben Konzentration, nach unten Einbeziehung, in der Mitte soll abgespeckt werden. Bis Anfang 86 sollen bereits mehr als 12.000 mittlere Funktionäre „umgesetzt" worden sein. (7)

Im Zuge der Marktbelebung werden auch die „horizontalen Verbindungen" gestärkt.

— Unter dem Motto „Einführung wirtschaftlicher Rechnungsführung" soll das Prinzip der leistungsbezogenen und marktorientierten Produktion, das als Experiment seit 1984 in fünf, verschiedenen Industrieministerien unterstellten Betrieben durchgeführt wurde, jetzt auf das erste Drittel der sowjetischen Betriebe ausgedehnt werden. Ab 1987 sollen diese Leitungsmethoden in allen Betrieben der SU praktiziert werden.

„Wirtschaftliche Rechnungsführung" bedeutet: Reduzierung der von oben festgelegten Höhe der Planziffern. Verbleib der das Plansoll übersteigenden Überschüsse im Betriebsfonds. Eigenverantwortlichkeit der Betriebskollektive bei der Verwendung dieser Betriebsfonds. Das Betriebskollektiv hat zu entscheiden, ob die erwirtschafteten Überschüsse a) in neue Investitionen b) in Lohnerhöhungen c) in Erhöhung sozialer und kommunaler Leistungen gesteckt werden. Vergleichbare Regelungen wurden auch für die Landwirtschaft getroffen. Staatsgüter dürfen Sollüberschüsse und 30 % der im Rahmen der Planvorgaben produzierten Produkte selbst verkaufen.

Eine Reihe von neuen Gesetzen und Beschlüssen flankieren die organisatorischen Maßnahmen:

— Erweiterung der Rechte der Betriebe auf Abschluß selbstständiger Handelsverträge im In- und auch im Ausland;

— Neuregelung des Lohnpolitik. Nach dem Beschluß legt der Staat nur noch Lohngruppen fest. Konkrete Lohnerhöhungen sind Sache der Betriebe

— Beschluß über die Gründung von Genossenschaftswesen speziell im Dienstleistungsgewerbe;

— Beschluß zur Zulassung privater Initiative: Den Selbständigen ist erlaubt, unter der Voraussetzung der Nichtbeschäftigung von Arbeitern, in 29 Bereichen Gewerbe zu treiben;

— Schließlich wurde noch ein neues Betriebsgesetz verabschiedet, das Rechte und Pflichten innerhalb der Betriebe, die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Betrieben, sowie die zwischen den Betrieben und den zentralen Leitungsorganen wie den örtlichen Sowjets regelt.

In Verbindung mit der Lockerung der Zensur für die Medien, Kunst und Kultur, mit Initiativen zur Erneuerung vor allem der Gesellschaftswissenschaften durch Förderung bisher in der UdSSR kaum entwickelter empirisch-soziologischer Felduntersuchungen, mit Vorlage eines Gerichtsverfassungs-Gesetzes und Novellierung des Strafgesetzes und anderen Maßnahmen zur *„Festigung sozialistischer Gesetzlichkeit"*, wie Gorbatschow es nennt, mit denen die Willkür der Bürokratie abge-

baut und die Gleichheit vor dem Ge-
soziologischer Felduntersuchungen, mit Vorlage eines Gerichtsverfassungs-Gesetzes und Novellierung des Strafgesetzes und anderen Maßnahmen zur „Festigung sozialistischer Gesetzlichkeit", wie Gorbatschow es nennt, mit denen die Willkür der Bürokratie abge-

baut und die Gleichheit vor dem Gesetz einklagbar gemacht werden soll, ist es nicht übertrieben, von einem in der Geschichte der UdSSR bisher beispiellosen Gewinn an sozialer Mobilität, Lebensqualität und persönlicher Freiheit zu sprechen. Die Einzelheiten dieses vielgestaltigen und sehr ungleichmäßig verlaufenden Prozesses sind allerdings erst noch zu untersuchen.

Insofern könnte von dem Demokratisierungsprozess für die Gesamtgesellschaft durchaus die Dynamik ausgehen, die die UdSSR-Führung und sicher auch große Teile der politisch wachen Bevölkerung sich davon versprechen bzw. erhoffen, wenn die Neuerer nicht durch Widerstände aus den Teilen der bürokratischen Apparate aufgehalten werden, denen es mit dem „Umbau", speziell mit dem Abspecken des Bürofetts, an die Privilegien geht. Darüber soll hier aber nicht spekuliert werden. Auch dies wird zu beobachten sein.

... und Gleichheit?

Zweifelhaft allerdings erscheint mir doch, ob die Wiederzulassung von Privatproduktion, die Stärkung des Marktes, die Wiedereinführung des Leistungslohns, die funktionale Unterordnung der Demokratisierungsmaßnahmen unter die Erfordernisse des sozialökonomischen „Umbaus", d.h. auch die Unterordnung der Volksinitiative unter die Parteikontrolle tatsächlich auf eine revolutionäre Erneuerung des Sozialismus in der UdSSR oder gar auf die prinzipielle Entwicklung einer attraktiven Alternative zum Kapitalismus hinauslaufen.

Unter Sozialismus würde ich doch — grob gesprochen — immerhin einen gesellschaftlichen Prozeß verstehen, der sich in der Tendenz auf die Überwindung von Klassenunterschieden, die Aufhebung des Staates und die allseitige Verwirklichung der Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Menschlichkeit zubewegt.

Die aktuellen „Umbau"-Maßnahmen vertiefen dagegen, auch wenn sie gleichzeitig die formale, d.h. juristische Gleichheit propagieren, tendentiell die sozialen Ungleichheiten. Das beginnt mit der Differenzierung der Individuen nach dem Leistungslohn, der unter dem Ruf des Kampfes gegen „Bummelanten" und „unehrlich erworbenen Gewinn" ausdrücklich die bisherige „Gleichmacherei", d.h. gleichen Lohn für ungleiche Leistung, ersetzen soll. Es setzt sich fort in der ungleichmäßigen Entwicklung der Betriebe, zwischen denen sich nach dem neuen System in absehbarer Zeit große Differenzen im Lohnniveau und der Qualität der sozialen Leistungen entwickeln werden. Antagonistisch müssen sich die Interessen von Betriebsleitungen und Belegschaften entwickeln, die aus dem Betriebsfonds einerseits Investitionen für eine marktwirtschaftlich orientierte Modernisierung und Effektivierung der Produktionsanlagen, andererseits Lohnerhöhungen und kommunale soziale Leistungen bestreiten sollen. Die Freigabe privater Unternehmer-Initiative schließlich führt nach aller bisherigen Erfahrung auch nicht gerade zu mehr sozialer Gleichheit, sondern — wie die chinesische Entwicklung zeigt — geradewegs zu neuen Klassendifferenzierungen.

Nutznießer der neuen Freiheiten sind vor allem die, die sie sich ökonomisch leisten können.

Anders gesagt: Der aktuell unbestreitbare, auch der sicher noch zu erwartende Gewinn an Freiheit und formaler Gleichheit in der sowjetischen Gesellschaft wird erkauft durch intensivere Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung und die offizielle Beseitigung der bisher postulierten sozialen Gleichheit auf der anderen Seite. Damit engt sich der Kreis der hauptsächlichen Nutznießer der neuen Freiheiten tendenziell auf diejenigen ein, die sie sich auch ökonomisch leisten können. Hierin kann ich zwar durchaus noch einen begrüßenswerten Impuls zur Überwindung des demokratischen Nachholbedarfs der SU, aber keineswegs einen solchen für revolutionäre Eneuerung des Sozialismus erkennen.

Zum Schluß, denn der Platz wird knapp, nur noch eine Anmerkung in Sachen Ökologie: Nach dem Super-Gau von Tschernobyl erklärte Alexander Rsychkow, der neue erste Mann im Ministerrat, auf der Juni-Sitzung des oberstens Sowjets, zwar könne die Sollplanung des 27. Parteitags in Sachen Kernenergie nun nicht mehr eingehalten werden, man werde aber nach wie vor alle Anstrengungen unterneh-

men, den Anteil des Atomstroms an
der Rsychkow, der neue erste Mann im Ministerrat, auf der Juni-Sitzung des oberstens Sowjets, zwar könne die Sollplanung des 27. Parteitags in Sachen Kernenergie nun nicht mehr eingehalten werden, man werde aber nach wie vor alle Anstrengungen unterneh-

men, den Anteil des Atomstroms an der Energieversorgung bis 1990 zu verdoppeln. Der Sicherheitsstandard müsse erhöht werden, aber grundsätzlich sei die Kernenergie der einzige Weg, den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.(10)

No Comment! Der Fortschritt fordert seinen Tribut. Es mag der sowjetischen Gesellschaft als Ganzes nützen wie auch die politischen Initiativen Gorbatsachows. Ob aber aus dem jetzigen „Umbau", sofern er nicht gestoppt wird, Impulse für eine glaubhafte sozialistische Alternative zum Kapitalismus entstehen, das steht auf einem noch nicht beschriebenen Blatt.

Anmerkungen

1) Leo Kofler, „Aufbruch in der Sowjetunion?", VSA, 87
2) siehe dazu auch AK 268;
3) „Wir brauchen die Luft zum Atmen", rororo-aktuell, S. 15 ff, I, Nr. 12168 außerdem M. Gorbatschow, "Über die Umgestaltung der Kaderpolitik der Partei", APN, 87, S. 7 ff;
4) siehe Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag", APN, 1986;
5) Jörg Hufschmidt, „Umbau der Wirtschaft und Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung — zur neuen wirtschaftspolitischen Strategie der Sowjetunion", in „Blätter für deutsche und internationale Politik", 1/87
6) M. Gorbatschow, „Die Umgstaltung ist das ureigenste Anliegen des Volkes", Rede auf dem XVIII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR vom 25.2.87;
7) Angaben nach Christian Schmidt-Häuer, „Michail Gorbatschow", Piper Aktuell, März 86;
8) Angaben nach Malcolm Mackintosh, „Die Sowjetunion nach den ersten zwei Jahren unter der Herrschaft Gorbatschows", aus „NATO-Brief", 1/87;
8) Siehe hierzu, „Beijing-Rundschau", Nr. 11 vom 17.3.87;
Außerdem die Original-Unterlagen: „Politischer Bericht" an den 27. Parteitag (Anm. 4); „Programm der kommunistischen Partei", Neufassung, APN, 1986; „Über die Umgestaltung der Kaderpolitik der Partei" (Anm. 3); Rede vor dem 18. Gewerkschaftskongress (siehe Anm. 6);
9) Zhores Mewedjew, „Der Generalsekretär", Luchterhand, 1986.

Gewaltwelle der PKK gegen Kurdische Linke

Unter den Augen der westdeutschen Linken hat die Terror- und Liquidierungkampagne der Kurdischen Arbeiterpartei, PKK, ein neues Todesopfer gefordert. Am Nachmittag des 3. Mai wurde in Hannover der 37-jährige Ramazan Adigüzel erschossen. Ramazan Adigüzel floh Ende 1983 aus der Türkei in die Bundesrepublik. Er war Mitglied im Lehrerverband TÖB-DER und Bundesvorstandsmitglied der Föderation kurdischer Arbeitervereine in der BRD, Komkar. Schon am 8. April war in Stuttgart auf ein Mitglied des Komkar-Bundesvorstandes, Mehmet Elbistan, ein Mordanschlag verübt worden, den das Opfer überlebte.

Ramazan Adigüzel ist das jüngste Opfer einer Politik, die im Gewand des revolutionären Befreiungskampfes Angst und Terror unter politisch Andersdenkenden verbreitet.

Die PKK führt seit Jahren eine gezielte Mordkampagne gegen Dissidenten in den eigenen Reihen, Kritikern aus anderen türkischen und kurdischen Organisationen. In einer ,,Frühjahrsoffensive'' hatte die PKK zuletzt versucht, ihren Alleinvertretungsanspruch der kurdischen Nation gewaltsam gegenüber anderen Gruppierungen aus Türkei-Kurdistan durchzusetzen. In der Bundesrepublik griffen PKK-Anhänger vier kurdische Neujahrsfeiern (Newroz) von PKK-Anhängern an (in Klammern jeweils die veranstaltenden Organisationen):

* am 21. Februar in Bremen (TSK-DK)
* am 28. Februar in Hannover (KKDK)
* am 7. März in München (Komkar)
* am 15. März in Bielefeld (Kawa).

* am 15. März in Bielefeld (Kawa).

Im gleichen Zeitraum wurden auf Vereinsbüros der Komkar in Köln, München, Duisburg, Nürnberg und Hamburg Brandanschläge verübt, deren Sachschäden Komkar mit 500.000,— DM beziffert.

Nachdem in München am 7.März bei den Auseinandersetzungen einer der Angreifer von Schüssen tödlich getroffen zurückblieb, steigerten sich die Drohungen der PKK und ihrer Volksbefreiungsfront, ERNK, gegen die *,,politisch maskierte kollaborierende kurdische Reaktion in Europa''* (ERNK-Europavertretung, 10.3.1987, vgl. AK 281).

In einem *,,Brief aus dem Gefängnis''* fordert ein Ahmet in der Zeitung der ERNK weitere Schläge gegen Komkar: *,,Bestraft sie! Vernichtet sie vollständig, wo unser Volk lebt! Eröffnet gegen diese Verräter und Auslandsbande (Spezialkriegsbande) mit apoistischer Entschiedenheit und mazlumistischem Widerstandswillen einen Krieg! Der Kampf gegen diese Verräter und Sklaven ist genauso heilig wie der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus (...) Vorwärts um diese heilige Aufgabe zu erfüllen, um diese Verräter und Sklaven in Europa vollständig auszurotten!''* (Berxwedan, April 1987).

Ein in Hamburg schon im März aufgetauchter Aufkleber spricht eine ebenso deutliche Sprache: *,,Bandenführer und Agentenmilizen, Feinde Kurdistans und des Kurdentums, 5-Pfennig Lakaien des faschistischen türkischen Kolonialismus, keine Kraft wird euch vor den Kugeln der Volksbefreiungskräfte retten! Ergebt euch der Volksbefreiungsarmee Kurdistans, bevor ihr noch mehr Schuld gegenüber dem Volk auf euch ladet! Bittet das Volk um Verzeihung, legt Rechenschaft über eure Schuld ab! ARGK''*. Bei der ARGK handelt es sich um die von der PKK Ende 1986 gegründete Volksbefreiungsarmee Kurdistans. Ein Artikel in Berxwedan vom April 1987 macht klar, daß Aufkleber dieser Art nicht etwa auf das türkische Militär abzielen. Unter der Überschrift *,,Sind die Dörfbeschützer in Europa?''* werden kurdische Organisationen wie Komkar und Peseng (KKDK) als *,,Dorfmilizen in Europa''* (bewaffnete Agenten der türkischen Militärs) und *,,maskierte Sklaven''* bezeichnet.

Nebenstehende Auszüge aus dem *,,Aufruf an alle Menschen aus Kurdistan, die in Würde leben wollen''*, vom Zentralrat der ERNK auch in deutscher Sprache verbreitet, zeichnet die aktuelle Generallinie der PKK. Die unbedingte Unterordnung unter die führende Rolle der PKK im nationalen Befreiungskampf wird zur Scheidelinie des Freund-Feind-Bildes der Bewegung. Jeder, der sich dieser Führung nicht unterwirft, wird nach dem *,,Nationalen Befreiungsgesetz''* der PKK bestraft. ,,Verrat'' an der PKK, gleichgesetzt mit Verrat an Vaterland und Nation wird, als *,,größte Schuldtat überall mit dem Tode bestraft''*. In die Reihe der Feinde stellt die PKK neben das türkische Militär und die Dorfvorsteher auch Institutionen wie das Gesundheits- und Erziehungswesen, die ebenso zerstört werden sollen wie alle ,,Kollaborateure''. *,,Kurz gesagt, alles, was in unserer Heimat dem Feind gehört, ihm dient, ist Ziel unseres Kampfes. Der Angriff gegen diese Kräfte und deren Vernichtung ist legitim und unumgänglich. (...) Um zu leben, müssen wir töten.''* (ERNK-Zentralrat, 30.4.1987)

Diejenigen Linken, die noch immer alle Vorwürfe gegenüber der PKK mit Hinweis auf die schwierigen Kampfbedingungen in Kurdistan zurückweisen und die terroristische Politik der PKK mit dem Mantel antiimperialistischer Solidarität bedecken, sollten sich angesichts dieser Programmatik fragen, ob es außer der Gegnerschaft zum türkischen Militär weitere Gemeinsamkeiten mit der Ideologie und Politik der PKK gibt. Kann der einzige Anspruch an eine Befreiungsbewegung tatsächlich im bewaffneten Kampf gegen eine kolonialistische Armee bestehen, oder müssen nicht auch die angewandten Methoden sich an dem emanzipatorischen Ziel messen lassen?



Trauerzug für Mordopfer Adigüzel

Wie auch immer man zur Politik der verschiedenen anderen kurdischen Organisationen stehen mag, ob man sie für ,,Revisionisten'', ,,Opportunisten'' oder ,,Kleinbürgerliche Intellektuelle'' hält, bewaffnete Überfälle, Brandanschläge und politischer Mord können damit nicht gerechtfertigt werden.

Türkische und kurdische Linke im Kreuzfeuer

Auch die häufig aufgeworfene Frage nach der Beteiligung des türkischen Geheimdienstes MIT an der Terror- und Liquidationspraxis führt solange nicht weiter, bis die PKK ihre Angriffe auf Linke aus der Türkei und Türkei-Kurdistan nicht einstellt und öffentlich zurücknimmt. Nur dadurch kann einem möglichen Mitmischen von Geheimdiensten der Boden entzogen werden. Es ist denkbar, daß die PKK selbst, wie von Manchen behauptet, von Agenten des türkischen Geheimdienstes durchsetzt ist, oder dieser die geschaffene Situation nutzt, um der türkischen und kurdischen Linken Schläge zu versetzen.

Einiges spricht dafür, daß die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den Ermittlungen ein doppeltes Spiel treiben. Nach dem Überfall von PKK-Anhängern auf die Newroz-Veranstaltung der Komkar in München richtete die Polizei ihr Hauptaugenmerk auf die Verfolgung von Komkar-Anhängern. Schon am Veranstaltungsort nahm sie acht Komkar-Anhänger fest, führte eine Großrazzia in den Münchener Vereinsräumen durch und verhaftete später den 2. Bundesvorsitzenden von Komkar, als er gerade eine Pressekonferenz durchführen wollte.

,,Am 25. März 1987, bevor unsere Vereinsräume in Hamburg gegen 23.00 Uhr in Flammen aufgingen, wurde die Polizei gegen 18.00 Uhr bei unserem Vereinsvorstand vorstellig und forderte ihn auf, den Verein zu räumen, weil ,erhebliche Gefahr für Leib und Leben der Anwesenden bestehen' würde. Sie stellte mehrmals die Frage, ob in der Nacht ,irgendwelche Mitglieder in den Vereinsräumen schlafen' würden.'' (Komkar-Flugblatt vom 13.4.1987)

Nach dem Mord an Ramazan Adigüzel wurden der Bruder des Ermordeten sowie ein Vetter und zwei weitere Verwandte festgenommen, die zu den Trauerfeierlichkeiten nach Hannover gekommen waren (HAZ, 8.5.1987). Der Vetter wurde flugs in die Türkei abgeschoben, weil er ohne gültige Ausweispapiere war (Spiegel, 25.5.1987).

Gleichzeitig verbreitet die Polizei gezielt Hinweise: *,,Es war der Staatsschutz, der unseren 2. Vorsitzenden davon in Kenntnis setzte, daß er auf der Todesliste der PKK steht''*, berichtet Kmkar (13.4.1987). Gezielte Warnungen der Polizei wurden u.a. auch in Hamburg ausgesprochen und polizeilicher Personenschutz angeboten. Der bayerische Staatsschutz soll angeblich im März dieses Jahres eine ,,Todesliste'' der PKK beschlagnahmt haben, auf der die Namen von 60 möglichen Opfern genannt werden (Neue Osnabrücker Zeitung, 7.5.1987). Stellungnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz: *,,Die Organisation wird strengstens beobachtet und überwacht''* (ebenda).

Vom Bundesinnenministerium verlautet, daß sich auch die Innenministerkonferenz mit der *,,Kurdenproblematik''* befaßt habe (ebenda). Türkische Zeitungen, die die jüngsten Vorfälle genüßlich ausschlachten, wußten Innenminister Zimmermann mit der Äußerung zu zitieren, es werde der PKK so gehen wie der verbotenen Gruppe DevSol.

Nicht nur die PKK ist seit längerem Beobachtungsobjekt der Sicherheitsbehörden, auch die Organisationen der Opfer sind verstärkten Observationen ausgesetzt.

In Hamburg werden seit dem 13. Mai im großen Stil Personenüberprüfungen bei Türken und Kurden durchgeführt. Schon nach dem Mord an Kürsat Timuroglu im Frühjahr 1986 hatte der damalige Innensenator Lange angekündigt, *,,die blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Organisationen''* würden nicht hingenommen. Heute begründet die Polizei die verstärkte Kontrolle türkischer und kurdischer Bewohner der Stadt wiederum mit angeblichen *,,gewalttätigen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen linksextremistischen Gruppen türkischer Kurden''* begründet (Polizeibericht vom 13.5. 1987). Seitdem werden auf der Suche nach ,,Faustfeuerwaffen'' in öffentlichen Verkehrsmitteln, Vereinslokalen und Vierteln mit hohem Ausländeranteil dunkelhaarige ,,Verdächtige'' kontrolliert.

Angesichts dieser Strategie, die Spannung für eigene Zwecke zu nutzen, sind Appelle an die Polizei, sich mit der Ergreifung der Täter zu be-

schäftigen, zwar verständlich aber we-

mit der Ergreifung der Täter zu beschäftigen, zwar verständlich aber wenig erfolgversprechend. Hatte die Komkar noch Ende März die Frage gestellt, wie lange die Polizei noch zusehen will und ob erst noch weitere Morde, Angriffe und Brandanschläge geschehen müssen, bis die Polizei reagiert (Flugblatt vom 26.3.87), äußert die Organisation nach dem Mord an Ramazan Adigüzel, *,,daß die Sicherheitskräfte der Bundesrepublik keinerlei Interesse haben, gegen die PKK vorzugehen. Wir haben sogar das ungute Gefühl, daß sie bewußt das Vorgehen der PKK tolerieren.''* (5.5.1987)

Die politische Lähmung überwinden

Die anhaltende Bedrohung durch die PKK sowie die ständige Observation durch die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden hat sichtbare Spuren in den Aktivitäten der betroffenen Organisationen und Vereine hinterlassen. Zum Teil weckt die Situation heute Erinnerungen an Zeiten, in denen Terror der Faschisten es Linken unmöglich machen sollte, ihre politische Arbeit zu organisieren, sie zum Untertauchen zwang.

Um diese politische Lähmung zu durchbrechen, haben sich in Hamburg eine Reihe türkischer und kurdischer Organisationen und Vereine zusammengesetzt, mit dem Ziel die öffentliche Debatte über die Politik der PKK und über das Verhalten des westdeutschen Sicherheitsapperates wieder zu eröffnen. In einer, inzwischen von 14 Gruppen unterzeichneten Erklärung heißt es: *,,Wir protestieren ausdrücklich gegen dieses Vorgehen der Polizei, daß lediglich dazu dient, die hier lebenden Immigranten und Flüchtlinge einzuschüchtern und zu diffamieren.''* Noch vor den Sommerferien will der Kreis eine Veranstaltung in Hamburg durchführen.

Ein letztes Wort noch zu den Reaktionen westdeutscher Linker. Der Landesvorstand der Hamburger GAL stellt dazu in einer Presseerklärung vom 26.5. fest: *,,Offenbar neigen viele Linke (im weitesten Sinne) dazu, die menschenverachtenden Aktionen der PKK unter der Rubrik ,Exotisches' zu verbuchen, um sich auf diese Weise die ernsthafte Beschäftigung mit Ereignissen und Tatsachen zu ersparen, die Fragen für ihr eigenes Selbstverständnis als Linke aufwerfen würden. So wird — gestützt auf das auf Dauer nicht haltbare Argument mangelnder Information — einer Parteinahme, die Konsequenzen für politisches Handeln hätte, ausgewichen. Solidarität mit denen, deren Leben in Gefahr ist, findet von dieser Seite nicht statt. Obwohl die Opfer unter uns gelebt haben, wird ihr Tod wie eine ,fremde Angelegenheit' behandelt.''*

Der Verrat am Vaterland ... wird mit dem Tode bestraft

Erklärung der ERNK, 30.4.87

Aufruf an ale Menschen aus Kurdistan, die in Würde leben wollen!

Unser Nationaler Befreiungskampf, der mit dem historischen Elan des 15. August eine neue Stufe erreicht hat, befindet sich heute an einem Wendepunkt. (...), unser Befreiungskampf hat sich durch die Erlangung neuer Errungenschaften verstärkt und befindet sich heute in einer Phase, in der er den Charakter einer Armee und eines breiten Guerillakampfes annimmt. (...)

Die Angriffe gegen unseren Nationalen Befreiungskampf gehen nicht nur vom türkschen Staat aus. In Wirklichkeit beteiligen sich auch diverse Kräfte, die die Interessen der dienerhaften Kreise in Kurdistan vetreten, an diesen Angriffen und unterstützen somit die Kolonialisten. Diese Kräfte, die sich patriotisch, revolutionär u.ä. bezeichnen, haben eine neue Angriffskampagne gegen unseren Nationalen Befrieungskampf gestartet. (...)

Unsere Front hat, sich diese Tatsachen vor Augen haltend, einen neuen revolutionären Elan begonnen, um den revolutionären Kampf zu erheben, und durch den Kampf für ein menschenwürdiges Leben zu bahnen. (...) Die Unterstützung dieses Elans ist zu einer patriotischen und unumgänglichen Aufgabe eines jeden Kurden geworden, der mit Würde und als Herr des eigenen Landes leben will. In diesem Kampf wird alles und jeder, der gegen unser Volk und unsere Sache Schuldtaten begeht, angeklagt und verurteilt. Unsere Front hat das Nationale Befreiungsgesetz beschlossen. Jede Schuldtat wird diesem Gesetz entsprechend angeklagt; die Schuldigen werden Rechenschaft ablegen müssen. (...)

Das Verräter-, Banden- und Denunziantentum, die ein Hindernis vor dem Kampf unseres Volkes darstellen, müssen funktionsunfähig gemacht werden. Diejenigen, die die Waffen des Verrats, die der Feind aufzwingt, annehmen, gehören nicht zu uns. Sie können nicht Teil unseres Volkes sein. Der Verrat am Vaterland ist die größte Schuldtat und wird überall mit dem Tode bestraft. Die Banden sind die Feinde des Kurdentums und von Kurdistan, sie sind fremd. Unter welchem Vorwand auch immer diese Schuldtat begangen wird, sie muß bestraft werden. Dem Bandentum, das sich gegenüber den Schlägen der bewaffneten Befreiungskräfte unseres Volkes auflöst, darf keine Gelegenheit zur Reorganisierung gegeben werden. Unsere Front wiederholt an dieser Stelle ihren Aufruf, sich von den Schuldtaten an unserem Volk und unserer Heimat abzuwenden und sich den revolutionären Befreiungskräften zu stellen. Jeder, der diesen Aufruf nicht befolgt und weiterhin Schuldtaten begeht, wird nicht unbestraft bleiben. Es darf nicht vergessen werden, daß auch ihr Ende sich nicht von dem ihrer Vorgänger unterscheiden wird. Der Verrat muß überall, wo er auftritt, vernichtet werden; ihm darf kein Lebensrecht zuerkannt werden.

Institutionen wie das Amt des Dorfvorstehers, das Gesundheits- und Erziehungswesen u.a., die keine andere Funktion besitzen, als die Vernichtungsbemühungen der Kolonialisten gegen unser Volk zu unterstützen, müssen aus unseren Dörfern entfernt werden. Diese Institutionen sind in jeder Hinsicht zu Agentenzentren des Feindes geworden. Alle maßnahmen und Schritte der Kolonialisten in Kurdistan verfolgen nur ein Ziel, die Unterdrückung unseres Nationalen Befreiungskampfes und die Versklavung unseres Volkes. Es gibt keine Schritte, die diesem Ziel nicht dienen. Aus diesem Grund müssen diese Institutionen und ihre Aktivitäten zerstört werden und keiner unserer Menschen darf sich an diesen Aktivitäten beteiligen. Statdessen muß sich unser Volk an Organisationen und Institutionen, die der nationalen Befreiung dienen, beteiligen und diese entwickeln.

(...) Auch die Kräfte und Organisationen, die bis heute keinerlei Widerstand gegen den inneren Feind geleistet und den Kampf unseres Volkes für ihre eigenen Interessen ausgenutzt haben, dürfen nicht in unsere Reihen aufgenommen werden. Diese Kreise stellen bis heute nur ein Hindernis vor der Entwicklung unseres Kampfes und der Erlangung des Sieges dar. Heute bezwecken sie, dieselbe Situation durch Beziehungen mit dem Feind zu entwickeln. Das, was diese Kräfte bis heute noch praktizieren, ist, gegen unsere führenden Befreiungskräfte zu schießen und unseren Kampf zu verhindern.

Kurz gesagt, alles, was in unserer Heimat dem Feind gehört, ihm dient, ist Ziel unseres Kampfes. Der Angriff gegen diese Kräfte und deren Vernichtung ist legitim und unumgänglich. Unser Volk muß mit allem, was es besitzt, mit den Zähnen, Nägeln, Spaten und Schaufel, Messer, Axt, mit Waffen diese angreifen; alles, was dem Feind dient, muß zerstört, abgebrannt und zunichte gemacht werden. Um zu leben, müssen wir töten. (...)

*** Nieder mit dem faschistischen türkischen Kolonialismus und seinen Kollaborateuren!**

*** Nieder mit dem Verrat am Heimat!**

30. April 1987

Zentralrat der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

I-KDP(Irak, Barzani) kündigt Zusammenarbeit mit der PKK auf

Erklärung der I-KDP (Barzani, Irak) zur Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der PKK

Nach dem Beschluß unseres Politbüros vom 11.2.1987 wurde das mit der PKK geschlossene Abkommen (1983) gegenseitiger Unterstützung aus folgenden Gründen aufgekündigt.

1.) Entgegen der Vereinbarungen wurde unsere Partei über die Entwicklungen in der Region und die strategischen, politischen und anderen Fragen nicht unterrichtet.

2.) Die Komitees unserer Partei wurden über praktische Taktiken und Bündnisse nicht informiert.

3.) Die politische Linie unserer Partei wurde nicht unterstützt, auch bei den Arbeitern im Ausland erfolgte keine Hilfe.

4.) Es wurde eine Reihe von Problemen geschaffen, mit den Vorkommnissen, die in den befreiten Gebieten geschaffen wurden, wurden ständig Probleme geschaffen, v.a. gegen die Kräfte in den Grenzgebieten, ihre Sympathisanten, die bewaffneten Einheiten, insbesondere die Kräfte der CUD (Oppositionsfront im Irak) und die irakischen Kräfte.

5.) Die Beschlüsse des höchsten Organs der CUD wurden nicht beachtet und umgesetzt.

6.) Es ist offensichtlich, daß sie (die PKK) von damals bis heute eine aggressive Haltung gegenüber der Führung, der Politik und der Freunde unserer Partei eingenommen hat.

7.) Ihre terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, ihr Vorgehen, Menschen zu liquidieren und zu töten, ebenso das Verständnis, das sie zu solchen Handlungen bringt, richtet sich gegen Menschlichkeit und Demokratie und ist mit dem Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unvereinbar.

Wir rufen alle Parteieinheiten und revolutionären Einrichtungen auf, auf allen Gebieten und Ebenen die verabschiedeten Beschlüsse umzusetzen.

gez. Politbüro

Quelle:
,,Kürdistan Press'', Nr. 15, April 1987 (Schweden), Übersetzung: Informationsstelle Türkei, Hamburg.

Fortsetzung von Seite 42

sprechen ihren Beschreibungen, sie sind unsicher, hilflos und eher resignativ. Sie weicht in Naturromantik und subjektive Ratschläge aus.

,,Plötzlich habe ich mich fragen müssen, ob die Betreiber jener Arten von Technik, deren höllische Gefährlichkeit in ihrem Wesen liegt, jemals in ihrem Leben winzigste Samenkörner, die einem an den Fingerspitzen kleben bleiben, in die Erde gesenkt haben, um sie später aufgehen zu sehen und über Wochen und Monate hin das Wachstum der Pflanzen zu verfolgen.''

,,Ich habe mir vorgenommen, eine Liste derjenigen Tätigkeiten und Freuden anzufertigen, die jene Männer der Wissenschaft und Technik wahrscheinlich nicht kennen. Was soll daraus folgen? Um die Wahrheit zu sagen: Ich weiß es nicht.''

Daran schließt sich später die Feststellung an: *,,Und wieviele dieser Tätigkeiten sehe ich selbst als Zeitvergeudung an?''*

,,wabernde Metaphysik'' oder ,,neues Denken''

,,Störfall'' ist ein sehr persönlich geschriebenes Buch und von daher leicht angreifbar. Es läßt keine eindeutigen Schlußfolgerungen oder konkrete Vorschläge zu. Dagegen läßt sich vieles hineindeuten und interpretieren, denn es ist voll von hingeworfenen Reflexionen, angedeuteten Problemen und viel Symbolik.

Das Zerfallen in einzelne Absätze, die zwar gekonnt sprachlich verbunden sind, inhaltlich aber aneinandergereiht und offen bleiben, können als literarischer Kunstgriff gewertet werden, um vor allem eins deutlich zu machen: die Ratlosigkeit und Resignation der Erzählerin darüber, daß Altes in Frage gestellt werden muß, für das noch nichts Neues gefunden wurde.

Ich versuche in diesem Sinne die Erzählung zu akzeptieren.

Daß die Offenheit und Angreifbarkeit, die das Buch zuläßt auch zu ganz anderen Interpretationen benutzt werden kann, dafür hier zwei Beispiele:

In einer bissig aggressiven Besprechung in ,,konkret'' (3) findet Ingrid Strobl es *,,zum Heulen''*, *,,wenn die Autorin von ,Kindheitsmuster' vor sich hinplappert wie eine betuliche, wehleidige Betschwester.''* Sie hebt vor allem Christa Wolfs Naturbeschreibungen und subjektive Erklärungsmuster hervor und zieht daraus die Parallele zur hiesigen Mütterwelle nach Tschernobyl. *,,Kompliment an die unsichtbare Wolke: Sie hat es offenbar geschafft, die neue Weiblichkeit über die DDR abzuregnen.''*

Ihr Fazit: *,,Es mag ja sein, daß es ein mutiger Akt ist, als DDR-Autorin die staatliche Atomlobby zu kritisieren. Fragt sich nur, ob die sich ernsthaft angegriffen fühlt durch diese wabernde Metaphysik der sprossenden Zucchini, äsenden Rehe, hirngehemmten Stillenden und dauererregten Neutronen.''*

Nun genau das ist es allerdings, was H. Projansky in der ,,UZ''(4) an Christa Wolfs Buch so wertvoll findet. ,,Von Gorbi lernen'' ist die DKP-Devise und reibungslos fügt er Christa Wolf in diesen Reigen ein. *,,Die Katastrophe von Tschernobyl hat vielen Menschen zum ernsten Nachdenken über die Gefahren des Umgangs mit brisanter Technologie und über gesellschaftliche und individuelle Verantwortung geführt.''* Und: *,,Auf diese Weise nähert sich Christa Wolf dem, was auch und gerade nach Tschernobyl mit dem Begriff des ,neuen Denkens' umschrieben wird.''*

Doch damit nicht genug, positiv wird in diesem Sinne zugleich auch noch die Einheit zwischen Literatin und Regierung hergestellt. Triumphierend wird im gleichen Artikel der Stellvertreter des Ministers für Kultur in der DDR zitiert, der das Buch ,,Störfall'' im Neuen Deutschland positiv als ,,Auseinandersetzung mit Genügsamkeit und Gleichgültigkeit'' bewertet.

Ich halte die Art des Verrisses in ,,konkret'' ebenso wie die Vereinnahmung durch die ,,UZ'' für überspitzt und nicht berechtigt. Allerdings bietet Christa Wolfs Buch in seiner Offenheit und Unfertigkeit für solcher Art Spekulationen und Interpretationen durchaus eine Angriffsfläche.

,,Kein Buch über Tschernobyl'' wollte die Autorin schreiben, sie wollte *,,tiefer graben und einige Etagen tiefer fragen''*.

Ob ihr dieser Versuch gelungen ist, dies zu bewerten ist das gute Recht jedes/r Leser/in:

Gemessen an anderen Büchern von ihr, und das ist es was Erwartungen und Hoffnungen schürt und Maßstäbe setzt, halte ich ihr neuestes Buch für ihr schwächstes Werk und für einen sehr unfertigen unzureichenden Schnellschuß.

G./Hamburg

Christa Wolf: Störfall — Nachrichten eines Tages, 119 Seiten, Luchterhand, 9,80 DM

Quellen:
1) Interview mit Christa Wolf in: Bücherjournal, ARD vom 12.5.87
2) ebd.
3) Konkret 5/87, I. Strobl, Zucchini mit Wolke
4) UZ vom 9.5.87, Harlad Projanski, Nachdenken über Tschernobyl



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: H. Wojahn

Redaktionelle Frechheit

Betr.: Gorbi Superstar? (AK 281)

Liebe AK-Redaktion!
Ich habe mit euch ein Hühnchen zu rupfen. Anlaß dafür ist die redaktionelle Anmerkung zur Gorbi-Diskussion, die ich eigentlich besser als redaktionelle Frechheit bezeichnen sollte. Ihr haltet es nicht für nötig, den Diskussionsbeiträgen inhaltliche Positionen entgegenzusetzen, sondern ihr begnügt euch damit festzustellen, daß ihr von der ,,Begeisterungswelle'' überrascht und überrollt worden seid, um anschließend in einem polemischen Rundschlag die Autoren runterzumachen.

Daß diese Herangehensweise nicht hinreichend ist, bestätigt mir nachfolgend das Zitat eines Herrn, der euch eigentlich besser bekannt sein müßte als mir: ,,Jede Meinungsäußerung muß auf Argumenten beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen.'' (Mao, 1929). Der Vorwurf, daß ein besonderer Bedarf an wegweisenden Heilspersönlichkeiten bestehe, geht über bürgerliche Sichtweise nicht hinaus, wird eben gerade von euch die gesellschaftliche Veränderung in der SU auf das Wohlwollen einer Person reduziert, und geleugnet, daß bedeutende Kräfte diese Umgestaltung tragen und vorantreiben wollen. Im Gegensatz dazu implizieren die Autoren mit Gorbi nicht die Person, sondern den dafür stehenden Kurs der KPdSU. Wenn ihr also nicht in der Lage seid, die ,,besonders begeisterten Autoren'' zu widerlegen, dann erspart uns in Zukunft die nicht einmal mittelmäßigen Kommentare.

dim, KB-Freiburg

KPD rehabilitiert?

KPD rehabilitiert?

Betr.: Bruno Tesch (AK 282)

Liebe Leute,
als seltener Leser Eures geschätzten Blättchens habe ich mich geärgert über den Artikel ,,Bruno Tesch: Ausgrenzung bis nach dem Tod''. Er erscheint mir symptomatisch für eine Sichtweise, die nach dem Motto vorgeht: Wie kann ich einen Erfolg in eine Niederlage ummünzen?

Zunächst einige Fakten, die in dem Artikel, obwohl sie zur Sache gehören, fehlen:

1. Joist Grolle hat in dem damaligen Streit über die Namensgebung der Universität Oldenburg nicht ,,den kürzeren'' gezogen, sondern — nach dem Ende seiner Ministertätigkeit — öffentlich seine Position geändert. Wer ihm also jetzt Heuchelei diagnostiziert, müßte dies auch bei der ohne Not erklärten Meinungsänderung in Sachen Ossietzky tun.

2. Nach Otto Eggerstedt, dem Polizeipräsidenten Altonas von 1932, heißt tatsächlich eine Straße in Altona, aber nicht, weil er Polizeipräsident war und tatsächlich an dem Blutsonntag durch Abschieben der Verantwortung ein großes Maß Schuld hat, sondern weil auch er ein Naziopfer wurde, erschlagen 1934 in einem der ersten KZ.

3. Die Entscheidung des Senats, der Schule den Namen von Bruno Tesch zu geben, war zwar formell eine Senatsentscheidung, real aber nur eine Entscheidung der Schulbehörde. Deswegen ist es unsinnig, dem Schulsenator vorzuwerfen, daß der ,,zweite, entscheidende'' Schritt, nämlich die Aufhebung der Urteile gegen die Blutsonntags-Opfer, unterblieb.

4. Ich war offensichtlich im April auf einer anderen Umbenennungsfeier als Jü. Denn auf der Feier, auf der ich war, hat zwar auch der Schulleiter den Schulsenator gelobt (wegen seiner Meinungsänderung wohl mit Recht), der Landesschulrat in peinlicher Weise vor Radikalen gewarnt, aber schon die Rede von Helmut Kalbitzer habe ich ganz anders gehört. Er hat zwar wirklich gesagt, der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vor 1933 sei Schnee von gestern, aber ich habe das so verstanden, wie es auch viele Sozialdemokraten und Kommunisten nach 1933 gemeint haben, nämlich daß es darum gehe,* das Gemeinsame am Kampf gegen die Nazis zu betonen. Außerdem habe ich noch die Rede eines türkischen Lehrers gehört, der vom Ausländer und Kommunisten Tesch einen Vergleich zu den Türken heute zog, und habe auch die Rede des Elternratsvorsitzenden gehört, der ankündigte, daß nunmehr die Eltern, Lehrer und Schüler sich für die Aufhebung der Urteile gegen Bruno Tesch u.a. einsetzen würden, und der im ausdrücklichen Gegensatz zum Landesschulrat und (dem abwesenden) Senator den Kommunisten Tesch als Vorbild für die heutigen Schüler sah.

Der Hauptpunkt aber meines Ärgers ist die Behauptung von Jü., der Senator habe es mit einer ersten Ablehnung der Namensgebung geschafft, ,,die Befürworter der Umbenennung unter Druck zu setzen, sich von Brunos Mitgliedschaft bei den Kommunisten zu distanzieren und wesentlich auf den 'anständigen Menschen' abzustellen.''

Ich glaube nicht, daß das je geschehen ist. Denn niemand, auch nicht die Sozialdemokraten, die der Umbenennung zugestimmt haben, hat je formuliert ,,... obwohl er Kommunist war'', wie ja auch die anderen nicht formuliert haben ,,... weil er Kommunist war''. Denn bei der Ehrung eines Menschen geht es ja wirklich nicht um die Ehrung seiner Partei, sondern um den Menschen in seinen sozialen und politischen Zusammenhängen. Und es war der ,,rechte'' Sozialdemokrat Kalbitzer, der darauf hinwies, daß mit der Namensgebung ,,Theodor-Haubach-
der ,,rechte'' Sozialdemokrat Kalbitzer, der darauf hinwies, daß mit der Namensgebung ,,Theodor-Haubach-
Schule'' auch nicht die Politik der SPD, deren Mitglied Haubach war, geehrt worden ist, sondern der Mann Haubach.

Der Erfolg der Namensgebung für Bruno Tesch besteht nun aber gerade darin, daß ein Tabu gebrochen wurde, nämlich das der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei bzw. der Jugendorganisation dieser Partei. Mit Bruno Tesch dürfen also in der Tat Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Öffentlichkeit wieder einen guten Namen bekommen, der ihnen vierzig Jahre lang abgesprochen wurde.

Erfolge dieser Art werden nie so aussehen, daß die Vertreter der bisher herrschenden Meinung dieser völlig abschwören und eine völlige Kehrtwendung vollziehen. Dies wäre auch wenig glaubwürdig. Vielmehr wird es immer verschiedene Definitionsversuche geben. Ich bin nicht dafür, die des Landesschulrats zu akzeptieren und damit aus dem Erfolg der Umbenennung eine Niederlage werden zu lassen. Jü. will uns aber dazu überreden.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Schmidt (Hamburg)

Keine Linie

Betr.: Wende-Artikel (AK 282)

Liebe Genossen,
es ist einfach unübertrefflich, wie in AK 282 drei Artikel lang mit dem Märchen aufgeräumt wird, daß CDU/CSU rechte Parteien seien, daß ihre Politik unsozial, unliberal, wenig friedliebend, in Ansätzen revanchistisch oder gar reaktionär (pfui, was für ein böses Wort!) sei, wie der doofen westdeutschen Linken endlich mal gezeigt wird, daß sie von Rechtstendenzen, Faschisierung und Faschismus, diesen alten Schinken der sozial-liberalen Ära, nichts verstanden hat.

In diesen drei ,,Wende-Artikeln'' (und es sind weiß Mao nicht die ersten dieser Art im AK!) wird Absatz für Absatz versucht nachzuweisen, daß niemand dieser Bundesregierung *irgendwas* vorwerfen kann. Unter dem selbst nur halbherzig vertretenen Vorwand der Entlarvung der SPD wird hier nicht etwa, wie ich zumindest erwartet hätte, die Kontinuität und streckenweise Verschärfung der eh schon katastrophalen SPD-Politik durch CDU/CSU/FDP untersucht, stattdessen werden selbst die schlimmsten Auswüchse dieser ,,neuen Kultur'' bagatellisiert, für normal erklärt und dem Leser schmackhaft gemacht. Sicher, unsere intensive Antifa-Arbeit der letzten Jahre hat auch eine Reihe von Fehleinschätzungen und nicht immer berechtigte Stimmungen gebracht — ein Kühnen und auch ein Strauß machen noch kein Viertes Reich — aber anstatt nun mit Nachdruck in allen Bereichen der sich verschärfenden Krisen und Probleme (Schuldenkrise, Flüchtlingsprobleme, jede Menge Kriege, neue Armut in den Industriestaaten, Rassismus, Öko-Katastrophen, Faschisierung ...) zu forschen, zu analysieren und nach Erklärungen zu suchen, wird in einem Teil des AK immer wieder dasselbe runtergeleiert: Wir leben mit Kapitalismus, Nazis, Wirtschaftskrisen, Antisemitismus und Kommunistenhatz seit 1945 *und wir leben ganz gut damit* ...!

Daß es im AK keine einheitliche Redaktion, keine halbwegs erkennbare Linie gibt, ist traurig genug. Aber wenn einige Artikel z.B. den Bitburg-Besuch für eine neue Stufe der SS-Rehabilitierung und der Verharmlosung halten und andere Artikel diese Sicht wiederholt nur milde belächeln können, wenn sich einige darüber streite, ob man zur Wahl der Grünen aufrufen soll oder nicht, während andere
können, wenn sich einige darüber streite, ob man zur Wahl der Grünen aufrufen soll oder nicht, während andere
seitenweise die Vorzüge der CDU zu preisen wissen, dann sollte man die verschiedenen (Redaktions-)Fraktionen auch im AK besser auseinanderhalten. 15 Seiten ,,Arbeiterkampf'', 15 Seiten ,,5 vor 12'' und nochmal 15 Seiten ,,Mach mal Pause'', der Rest für Inhaltsverzeichnis und eventuell auftretende gemeinsame Gedanken der Redaktion. Ich denke schon, daß diese Einteilung eine große Hilfe wäre, um sich durch diese ,,dicke TAZ'' durchzuarbeiten.

Aber selbst wenn sich nichts am konzeptionellen und inhaltlichen Chaos im AK ändert (und das betrifft noch viel mehr als die kurz gestreiften Beispiele), wird er seine Leser ohne größere Probleme halten können, denn spannend bleibt das ganze allemal: Noch ist nicht ausgemacht, wen der Zeitgeist schneller erlegt, die Grünen oder den KB!

M., Westberlin

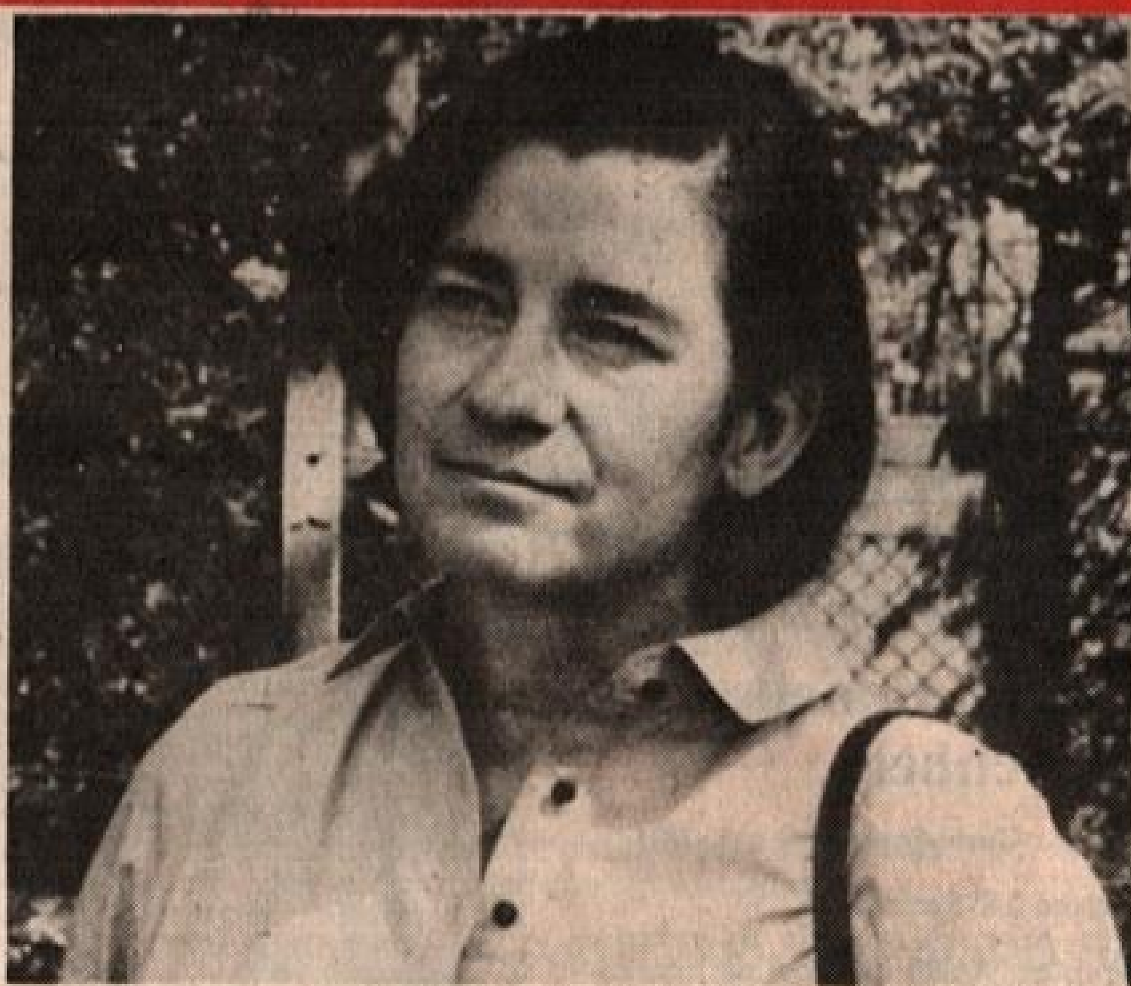
Alte Probleme

Das ,,Vorwärts'' scheint das Hauptprinzip in der letzteren Zeit zu befolgen, Manuskript zu nehmen, ,,copie'' wie die Franzosen sagen, woher es immer komme. Z.B. in einigen der letzteren Nummern schreibt erstens ein Bursche, der nicht das ökonomische ABC kennt, groteske *Enthüllungen* über die ,,Gesetze'' der Krisen. Er enthüllt nichts als seinen eignen inneren ,,Krach''. Und nun gar der naseweise Bengel aus Berlin, dem erlaubt wird, seine unmaßgeblichen Gedanken über England und den plattesten Panslawismusblödsinn in endlosen Bandwurmsartikeln auf Kosten des ,,souveränen Volks'' drucken zu lassen!

(Marx an Sorge am 19.10.1877)

Verstrahlte Gedanken
Christa Wolfs „Störfall"

„Das ist meine große Angst", sagt Christa Wolf über ihre Erzählung „Störfall", „daß dieses Buch unter der Marke läuft, ein Buch über Tschernobyl zu sein. Das hätte ich nicht schreiben können und auch nicht schreiben wollen. Dazu hatte ich gar keine Voraussetzungen. Es ist natürlich kein Buch über Tschernobyl, es ist ein Buch über einen Tag, der unter ganz bestimmten Sternen oder Unsternen stand im Leben dieser Erzählerin, mit der ich mich schon weitgehend identifizieren will. (...) Ich glaubte und meinte, das entstehen sollte ein Nachdenken über die Voraussetzungen, die unsere Zivilisation an diesen Punkt gebracht haben. Es hat ja keinen Sinn, wenn die Literatur dasselbe noch einmal macht, was Journalisten machen können, Berichterstattung aller möglichen Art (...) Wir müssen etwas anderes versuchen, wir müssen versuchen, immer noch einige Etagen tiefer zu graben und auch tiefer zu fragen. Das ist der Versuch hier." (1)



Christa Wolf, die mit ihrem Roman „Der geteilte Himmel" eine der ersten literarischen Verarbeitungen der deutschen Teilung in der DDR vorlegte, ist der Lesergeneration der 70er und 80er Jahre vor allem bekannt geworden durch ihren Roman „Kindheitsmuster" und ihre Erzählung „Kassandra", die ein anerkannter Szene-Renner war. Ihr neuestes Buch „Störfall — Nachrichten eines Tages", von ihrem westdeutschen Verlag, Luchterhand, als „Das Taschenbuch nach Tschernobyl" angepriesen, stößt — soweit das über Presse und Meinungsäußerungen nachvollziehbar ist — auf verhalten kritische Reaktionen bis hin zu offener Enttäuschung und Ablehnung.

„Jenes Ziel ... weggesprengt"

„Jenes Ziel ... weggesprengt"

Es ist schwer, den Inhalt des Buches nachvollziehbar darzustellen. Es setzt sich aus verschiedenen Strängen zusammen, die in einzelne Absätze zerfallen. Teilweise werden die Fäden wieder aufgenommen und weitergesponnen, anderes bleibt — einmal kurz angetippt — offen.

Die Ich-Erzählerin erlebt einen Tag im April 1986 allein in ihrem Haus in einem kleinen Dorf in Mecklenburg.

Einen Tag, an dem es dem *„Naturvorgang angemessen"* wäre zu sagen, die *„Kirschbäume sind explodiert"*, *„das Grün explodiert"*. Dies so auszudrücken oder auch zu denken aber soll *„vermieden"* werden, denn an diesem Tag wird über Rundfunk und Fernsehen bekannt, daß es in der UdSSR einen Unfall in einem Atomreaktor gegeben hat, dessen Ausmaß für die Menschheit nicht einschätzbar ist. *„In Kiew bin ich einmal im Leben gewesen, just im Mai. Ich erinnere weiße Häuser. Abfallende Straßen. Viel Grün, Blüten."*

An diesem Tag muß sich der Bruder der Erzählerin einer schweren Gehirnoperation unterziehen. Sie versucht zu erfassen, was gerade mit ihm passiert, beschreibt medizinische Abläufe und mögliche Folgen — die Gefahr von „Ausfällen", Beschädigungen des Sprachzentrum, des Geruchssinns.

An diesem Tag hat die Erzählerin zufällige Begegnungen mit dem Nachbarn, der Saatkartoffeln holt und dabei Kriegserlebnisse erzählt, die sie nicht hören möchte, *(„Ich habe den alten Plaack nicht dazu bringen können, seine Geschichte für sich zu behalten.")* mit einer Familie, die das Grab der *„fünfundvierzig"* gestorbenen Schwester auf ihrem Grundstück sucht, mit Schwägerin, Tochter und Enkelkind.

Dazwischen immer wieder — akribisch beschrieben — der Alltag mit seinen tausend alltäglichen Handgriffen: frühstücken, Kaffee kochen, Kaffeemaschinen anstellen, Ei kochen ... Dazwischen auch die Auseinandersetzung mit der Natur: Unkraut jäten — *„mit bloßen Händen"*, Freude über die aufgegangenen Zucchini-Pflanzen: *„siebzehn Keimlinge in acht Töpfen"*, das *„unaufschiebbare Pflanzen der japanischen Friedensblume"*.

gegangenen Zucchini-Pflanzen: *„siebzehn Keimlinge in acht Töpfen"*, das *„unaufschiebbare Pflanzen der japanischen Friedensblume"*.

Zwischen all dem sind unzusammenhängend Gedankengänge, Reflexionen und Assoziationen der Autorin aneinandergereiht, die nur teilweise wieder aufgegriffen werden, meist jedoch abbrechen und offen stehen bleiben. Die angeschnittenen Themen, Fragen und Antworten sind bestimmt von dem Schock und der Ratlosigkeit der Erzählerin und Literatin, wie nach dieser Katastrophe weiter leben, denken, schreiben.

Ein Stück Lebensziel scheint abhanden gekommen zu sein. Die Sprache bekommt einen anderen Sinn.

„Jenes Ziel in einer sehr fernen Zukunft, auf das sich bis jetzt alle Linien zubewegt hatten, war weggesprengt worden, gemeinsam mit dem spaltbaren Material in einem Reaktorgehäuse ist es dabeigewesen zu verglühen."

„Wir herrlich leuchtet mir die Natur. Vielleicht ist es nicht die dringlichste Frage, was wir mit den Bibliotheken voller Naturgedichte machen. Aber eine Frage ist es schon, habe ich gedacht."

„Während du schläfst, Bruder, lerne ich neue Wörter." ... *„Ein neuer Name für Gefahr wird in Umlauf gesetzt: JOD 131."*

Zerstörung gekoppelt an Lust?

Die Kernfrage aber, die Christa Wolf für sich und ihr Buch in den Mittelpunkt stellt, benennt sie in einem Interview so:

„Wie kommt es, daß in unserer Zivilisation Zerstörung an Lust gekoppelt ist oder Lust an Zerstörung. Wenn das massenhaft auftritt oder auftreten sollte, das ist meine These, dann ist das natürlich kein Problem eines Einzelnen, dann ist das natürlich keine psychologische oder Charakterfrage mehr, dann ist das ein Problem der ganzen Zivilisation. Und warum die nun — die Wissenschaft, die ich ja nicht etwa verteufle als Wissenschaft — warum die nun einen Teil, einen großen Teil dieser Wissenschaft in diese Zerstörungsmechanismen hineingetrieben hat, das ist meine eigentliche Frage." (2)

Ihre Antwortversuche darauf geraten sehr persönlich und psychologisch. Sie sucht die Ursachen ausschließlich

Ihre Antwortversuche darauf geraten sehr persönlich und psychologisch. Sie sucht die Ursachen ausschließlich im Menschen selbst, in seiner (Forscher-)Natur, in unserem *„übergroßen unbeschäftigten Gehirnteil"*, der sich in *„eine manisch-destruktive Hyperaktivität geflüchtet"* hat *„und schneller und schneller, schließlich heute in rasender Geschwindigkeit immer neue Phantasien herausschleudert"*. Dabei malt sie vom Menschen ein sehr düsteres Bild.

„Einige Abzweigungen am Stammbaum der Wirbeltiere führten in Sackgassen. Ob derjenige Zweig, der zum Menschen führte, ebenfalls in einer Sackgasse enden wird, kann man noch nicht beurteilen."

„Was will der Mensch. (...) Der Mensch will starke Gefühle erleben, und er will geliebt werden. Punktum." wenn ihm dies nicht gelingt, *„dann schafft er — ach: wir! —, dann schaffen wir uns Ersatzbefriedigung und hängen uns an ein Ersatzleben, Lebensersatz, die ganze atemlos expandierende ungeheure technische Schöpfung Ersatz für Liebe."*

Ihre Ansätze einer Konsequenz, die daraus gezogen werden könnte, ent-

Fortsetzung auf Seite 41



INHALT

Dokumentation zur Kontroverse in der GAL 18
Bremen: Rot-grün mit Basismandat? 17